BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 11/12 Köln, 25. Nov. 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Die Lage"* S. 1077
- *Dr. Hermann Rauschning, „Nach der amerikanischen Präsidentenwahl"* S. 1091
- *William Warbey, M. P., „Der Kampf für die Abrüstung"* S. 1103
- *Herbert Stubenrauch, „Militärisches Abenteuer oder Revolution der Politik?"* S. 1108
- *Heinz Abosch, „Der entzauberte Zauberer"* S. 1115
- *General a. D. Dr. Franz Beyer, „Neutralismus heute"* S. 1123
- *Hermann Schwann, „Absage an die FDP"* S. 1128
- *Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund, „Positive Neutralität und Entwicklungshilfe"* S. 1137
- *Ob.-Ing. Erich Ritter, „Atomluftschutz — das Geschäft mit dem Tode"* S. 1142
- *Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel, „Die D-Mark auf der schiefen Bahn"* S. 1152
- *Tian Olff, Stockholm, „Die Osthandelsbeziehungen Skandinaviens"* S. 1163
- *Johannes Weidenheim, „Trauriger Volkstrauertag"* S. 1170
- *Buchbesprechungen* S. 1174
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 1178

Dr. Achim von Borries

Die Lage

Neutralistische Tendenzen gewinnen an Boden

Es erscheint nicht unsinnig, eine Betrachtung der weltpolitischen Lage gegen Ende des Jahres 1960 mit einer zeitgemäßen Abwandlung des berühmten Wortes aus dem ‚Kommunistischen Manifest' zu beginnen: „Ein Gespenst geht um die Welt, das Gespenst des Neutralismus." Vor einem Monat ist an dieser Stelle bereits auf die Bedeutung der UN-Tagung dieses Herbstes hingewiesen worden. In den letzten Wochen hat es sich gezeigt, in welchem Maße heute der ‚neutralistische Bazillus' schon virulent ist. Wir erwähnen im folgenden nur einige besonders wichtige Ereignisse, die in dieser Hinsicht symptomatisch sind.

In Japan ist es der Regierungspartei bei den Neuwahlen zum Parlament am 20. November nicht gelungen, die angestrebte Zweidrittel-Mehrheit zu erringen. Das ist innenpolitisch wie außenpolitisch von großer Bedeutung. Obgleich sie abermals die stärkste Partei geworden sind, sind die Liberalen Demokraten Ikedas nicht in der Lage, die von ihnen angestrebten Verfassungsänderungen im Sinne einer Rückkehr zum traditionellen autoritären Staat durchzuführen.

Außenpolitisch muß die Regierung auch weiterhin Rücksicht nehmen auf eine neutralistische Linksopposition, die bei den Wahlen erheblich mehr Sitze gewonnen hat als die Regierungspartei. Zwar haben die neutralistischen Sozialisten die Wahlen nicht gewonnen, doch läßt ihr Stimmen- und Mandatgewinn Rückschlüsse zu auf die Stärke der Opposition gegen die Bündnispolitik der Liberaldemokraten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das Fiasko der Sozialdemokratischen Partei, die vor kurzem als sozialistische Konkurrenz zu der alten Sozialistischen Partei gegründet worden war und deren Führer aus der Sozialistischen Partei hervorgegangen sind. In dieser Sozialdemokratischen Partei sammelten sich die sozialistischen Gegner der neutralistischen Konzeption der Sozialdemokraten. Ein Erfolg war dieser anti-neutralistischen Partei jedoch nicht beschieden, ganz im Gegenteil hat sie eine schwere Niederlage erlitten und die Sozialisten nicht ernsthaft gefährden können.

Ein so profunder Kenner der japanischen Verhältnisse wie Dr. Robert J u n g k hat jüngst noch einmal darauf hingewiesen, daß die japanische Opposition gegen das Regime K i s h i und gegen Kishi's Nachfolger Ikeda keineswegs in erster Linie anti-amerikanisch akzentuiert ist, sondern auf innenpolitischen Vorbehalten gegenüber den ausgesprochen anti-demokratischen Tendenzen der Regierungspartei beruht, außenpolitisch eine Revision des amerikanisch-japanischen Sicherheitspaktes, nicht aber eine abrupte anti-amerikanische Wendung anstrebt. Besonders bemerkenswert erscheint uns die Tatsache, daß die japanische Linke sich im Wahlkampf auf den als außenpolitischer Experte anerkannten amerikanischen Senator M a n s f i e l d (Demokrat) berufen konnte, der kürzlich erklärt hat, die USA müßten den neutralistischen Tendenzen in Japan Rechnung tragen und den Sicherheitspakt unter Umständen neu formulieren. Mansfield ist darüber hinaus vor kurzem mit aufsehenerregenden Vorschlägen für eine Neutralisierung Koreas und Formosas hervorgetreten[1]). Schließlich sei die Erklärung des alten und neuen japanischen Ministerpräsidenten erwähnt, Japan sei an guten Beziehungen zu Peking sehr interessiert. Aus verschiedenen Berichten der internationalen Presse geht deutlich hervor, in welchem Maße die japanische Industrie auf den großen chinesischen Markt als Exportfeld angewiesen ist.

Nicht minder wichtig ist die Entwicklung in Süd-Ost-Asien. Das Regime S o u v a n n a P h o u m a in L a o s bemüht sich z. Zt. um die Bildung einer Regierung der „Nationalen Union", an der sich auch die kommunistische Rebellen-Bewegung Pathet Lao beteiligen soll. Die Regierung in Vientiane hat ferner beschlossen, „mit der chinesischen Volksrepublik und der Demokratischen Republik Nordvietnam wieder gut nachbarliche Beziehungen herzustellen". Nach beiden Ländern sollen demnächst Freundschaftsmissionen entsandt werden. Die heutige laotische Regierung ist neutralistisch eingestellt. Besonnene westliche Beobachter der Entwicklung in Laos haben wiederholt der Auffassung Ausdruck gegeben, daß dem Westen mit einem solchen nicht-kommunistischen neutralistischen Regime besser gedient sei, als mit einem in breiten Schichten der laotischen Bevölkerung höchst unpopulären westlich-antikommunistischen[2]). Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma steht mit seinen neutralistischen Bestrebungen aber nicht allein. Im Nachbarland K a m b o d s c h a finden neutralistische Bestrebungen ebenfalls Sympathie und Zustimmung. Der Staatschef von Kambodscha, Prinz N o r o d o m S i h a n o u k, der sich Mitte November in Frankreich aufhielt, gab am 18. November in Paris eine Grundsatzerklärung über seine außenpolitischen Ziele ab, in der er, nach AFP, u. a. sagte: „Ich habe bereits in den Vereinten Nationen meinen Plan zur Neutralisierung von Laos und Kambodscha dargelegt. In dieser besonders empfindlichen Zone Asiens sollte eine Gruppe von Pufferstaaten geschaffen werden, die einen direkten Kontakt zwischen den Mächten des Ostens und Westens verhindern kann. Die von Kambodscha befolgte Neutralitätspolitik ist imstande, Laos aus der gefährlichen Lage herauszubringen, in der

es sich gegenwärtig befindet. Diese Neutralitätspolitik, die von den Großmächten garantiert werden sollte, würde es ermöglichen, die internen Rivalitäten zu beschwichtigen, welche die Laoter entzweien und die gegenwärtig von außen her eifrig genährt werden." Der Prinz erklärte, sein Plan habe bei General de Gaulle größtes Verständnis gefunden. Ende November wird der Staatschef von Kambodscha auf Einladung von Ministerpräsident Chrustschow der Sowjetunion einen Besuch abstatten. Der Regierung von Laos hat Prinz Sihanouk den Abschluß eines Verteidigungsbündnisses zwischen Laos und Kambodscha vorgeschlagen.

Aber nicht nur in den Randzonen der SEATO geistert das Gespenst des Neutralismus herum. Auch im Raume der Nato wird es lebendig. Bei den Wahlen in Dänemark hat die Sozialdemokratische Regierungs-Partei des Ministerpräsidenten Kampmann einen großen Erfolg errungen. Die eigentliche Sensation dieser Wahl ist aber der erstaunliche Starterfolg der unabhängigen „Sozialistischen Volks-Partei" des früheren Kommunistenführers Aksel Larsen. Larsen war nach dem Ungarn-Aufstand wegen „Titoismus" und „Revisionismus" aus der Kommunistischen Partei Dänemarks ausgeschlossen worden. Die von ihm gegründete Sozialistische Volks-Partei tritt für einen von Moskau unabhängigen Sozialismus ein und wendet sich ausdrücklich gegen die Nato-Bindung Dänemarks. Der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung in Kopenhagen berichtete am 17. November, die Partei des in Dänemark auch in nichtsozialistischen Kreisen sehr populären Larsen habe „offenbar zahlreichen Zustrom vor allem auch aus linksbürgerlichen Kreisen erhalten ..., die sich mit der Nato-freundlichen Schwenkung der linksbürgerlichen Radikalen und der Rechtsstaatspartei in ihrer Eigenschaft als Koalitions-Partner der Sozialdemokratie nicht abfinden wollten". Das ist um so bemerkenswerter, als ja die dänische Regierung, verglichen etwa mit der Haltung Bonns, einen relativ gemäßigten Nato-Kurs steuert. Das neutralistische Lager verfügt jetzt im dänischen Parlament über elf Sitze; die neue Partei konnte 149 482 Stimmen gewinnen, weit mehr, als die Kommunisten vorher erhalten hatten. Die Kommunisten selbst bekamen diesmal statt 72 315 Stimmen und fünf Mandaten nur noch 27 345 Stimmen und sind im dänischen Folketing fortan nicht mehr vertreten. Man mag darin auch ein Symptom dafür sehen, daß neutralistische Tendenzen nur dann eine Chance haben, wenn sie von wirklich unabhängigen Parteien verfochten werden, und daß eine Ost-Bindung den Neutralismus diskreditiert!

Aber nicht genug damit, auch in Großbritannien wächst offenbar die Neigung zu einer neutralistischen Außenpolitik. Wir erinnern an den Parteitag der Labour-Party, der in dieser Zeitschrift vor einem Monat eingehend gewürdigt worden ist. Gewisse latente antiamerikanische Gefühle fördern offensichtlich, durch gewisse Vorfälle aktualisiert, gerade in diesen Wochen den englischen Neutralismus. Die Übernahme der britischen Ford-Werke durch die amerikanische Mutterfirma hat in England einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Und dies Ereignis, das den britischen Nationalstolz besonders zu treffen scheint, fiel zusammen mit der Errichtung eines Polaris-Stützpunktes in Schottland. In einem von der Stuttgarter Zeitung wiedergegebenen ausführlichen dpa-Bericht aus London vom 20. November heißt es, noch nie seit den dreißiger Jahren seien jene Gruppen in Großbritannien, „die das Land aus der internationalen Machtpolitik heraushalten möchten ... so aktiv gewesen wie jetzt. Das Entsetzen vor der Möglichkeit eines Atomkrieges, ein gewisses latentes Mißtrauen gegenüber den Amerikanern und jenem Schreckgespenst Pentagon, religiöse und moralische Faktoren und die starke pazifistische Tradition der britischen Linken haben sich zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengefunden, deren Zielsetzungen praktisch auf einen Austritt Großbritanniens aus der Nato hinauslaufen... Die Gegner des Polaris-Stützpunktes gehören in ihrer Mehrzahl zu den Befürwortern eines ein-

seitigen Verzichts auf Atomwaffen und, wenn notwendig, eines Austritts aus der Nato. Sie leben in der Hoffnung, dem Vorbild Indiens folgend Großbritannien durch eine Politik des ‚dynamischen Neutralismus' eine neue Führungsrolle und eine neue moralische Größe in der Welt zu geben."

Die New York Times brachte am 7. November 1960 einen ausführlichen zweispaltigen Bericht ihres Korrespondenten in London über „Neutralismus in Großbritannien", in dem auf das Anwachsen der neutralistischen Strömung in England hingewiesen wird. Drew Middleton kommt hier zu dem Schluß, der neue amerikanische Präsident werde vor dem schwierigen Problem einer zunehmenden Ablehnung der bisherigen amerikanischen Außen- und Nato-Politik durch breite Schichten der englischen Bevölkerung stehen.

Wir möchten uns auf diese Hinweise beschränken. Sie machen deutlich, daß es sich bei den neutralistischen Bestrebungen in verschiedenen Ländern nicht um vorübergehende sektiererische Aufwallungen, sondern um breite Bewegungen handelt, die dabei sind, über den bloßen Einspruch gegen die bisherige gefährliche Außenpolitik ihrer Länder hinaus eine umfassende neue außenpolitische Konzeption zu entwickeln, die der Sicherheit dieser Länder selbst und aller Völker dient, indem sie eine weltpolitische Entspannung fördert.

Amerikanische Perspektiven

Die erwähnten Vorschläge des Senators Mansfield sind ein Beweis dafür, daß der Neutralismus heute auch in einsichtigen politischen Kreisen der USA durchaus nicht mehr schlechthin verketzert und als indiskutabel betrachtet wird. Ähnliches besagen die Äußerungen des demokratischen Senators Fulbright, die der Leser in der Dokumentation dieses Heftes findet. Fulbright ist sich offenbar über die militär-politische Entwertung der bisherigen amerikanischen Überseestützpunkte ebenso im klaren wie über die immer deutlicher zutage tretende politische Fragwürdigkeit dieses Stützpunkt-Systems. Gerade die waffentechnische Entwicklung, die die amerikanische Verteidigungspolitik mehr und mehr unabhängig werden läßt von jenen Stützpunkten, macht eine grundsätzliche Überprüfung dieser Konzeption unter politischen Gesichtspunkten jetzt möglich. Man soll Ausführungen, wie die genannten, vorerst nicht überschätzen. Ein Symptom sind aber auch sie. Und man wird sie gerade nach der Wahl Kennedy's mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen.

Was aus amerikanischer Sicht zu dieser Präsidentenwahl so unmittelbar nach dem großen Ereignis gesagt werden kann und gesagt werden muß, das steht in dem folgenden Beitrag von Dr. Hermann Rauschning. Soweit sich die Dinge aus der Distanz beurteilen lassen, möchten wir uns seinem gedämpften Optimismus anschließen. Zweifellos bringt der neue Präsident ein beträchtliches Kapital an persönlicher Initiative, Intelligenz und Energie mit, das eine wesentliche Aktivierung der amerikanischen Außenpolitik erwarten läßt. Nicht zuletzt sein qualifizierter Berater-Stab berechtigt zu dieser Annahme. Die amerikanische Außenpolitik dürfte zumindest dynamischer als bisher werden. Daß diese Dynamik nicht in einer, sondern gleichzeitig in verschiedenen Richtungen wirksam sein wird, ist zu erwarten, und darauf auch beruht die gewisse Skepsis, zu der wir uns, auch hier Hermann Rauschning folgend, noch immer veranlaßt sehen.

Immerhin: Die neue Aktivität in Washington wird nicht zuletzt auch größere außenpolitische Elastizität bedeuten. Man kann auch sagen: Die Ziele der amerikanischen Außenpolitik werden im wesentlichen unverändert bleiben, die Mittel und Methoden aber dürften modifiziert werden. Gerade diese Modifizierung wird man in der Bundesrepublik beachten müssen. Denn sie wird auch einer besonnenen deutschen Abrüstungs- und Entspannungs-Politik wesentlich mehr Spielraum geben als bisher. Jede deutsche Politik vom Boden der Bundesrepublik aus wird die Konstellation in Washington heute und in den nächsten

Jahren sorgfältig zu prüfen und zu berücksichtigen haben. Wir kommen auf dieses Problem später nocheinmal zurück, möchten aber schon jetzt sagen, daß eine neue deutsche Außenpolitik sich unter den gegebenen Umständen (die sich unmittelbar von hier aus nicht ändern lassen und noch lange Zeit bestimmend sein werden) nur im Rahmen einer neuen Politik des Westens gegenüber dem Ostblock entwickeln lassen wird, daß die Bundesrepublik auf die Realisierung einer solchen neuen, d. h. Abrüstungs- und Entspannungs-Politik des ganzen Westens aber auch unermüdlich hinwirken m u ß und heute mit mehr Aussicht auf Erfolg als je hinwirken k a n n. Es wird in der amerikanischen Außenpolitik nicht alles beim alten bleiben, wie sehr der Bundeskanzler das auch wünschen mag. Er selbst ist sich offensichtlich nach der Wahl Kennedys durchaus darüber im klaren, daß es zu e n t s c h e i d e n d e n Veränderungen zumindest kommen k a n n. Darum sein Übereifer: Dr. A d e n a u e r sagte sich, ohne eine Einladung abzuwarten, sogleich beim neuen amerikanischen Präsidenten an, mußte aber eine ziemlich peinliche Ablehnung erleben. Freilich wird man nicht daran zweifeln können, daß der Bundeskanzler im nächsten Frühjahr mit Kennedy zusammentreffen wird. Das B e r l i n - Problem wird dann das wichtigste Gesprächsthema sein.

Diesem Problem sehen sich die USA ebenso wie die Bundesrepublik konfrontiert, und in Washington wie in Bonn ist man sich wohl darüber im klaren, daß die bisherige Verzögerung einer konstruktiven Lösung des Problems die Notwendigkeit einer solchen Lösung nicht hat vermindern können. Chrustschow hat dem Westen Aufschub gewährt, er ist aber willens, im nächsten Jahr eine neue politische Vereinbarung über Berlin durchzusetzen. Man muß sich schon jetzt besorgt fragen, ob der Westen die ihm seit Ende 1958 gewährte Frist wirklich zur Entwicklung einer realistischen Berlin-Konzeption genutzt oder ob er nicht vielmehr einmal mehr allzu starr an den alten, unbrauchbar gewordenen Vorstellungen festgehalten hat. Diese Frage richtet sich nicht zuletzt an die Bundesregierung! Die große Gefahr, der wir uns sehr bald ausgesetzt sehen könnten, wäre: daß der Westen einem neuen unmißverständlichen Ultimatum der Sowjetunion in der Berlin-Frage konfrontiert wird, ohne irgend eine für beide Seiten akzeptable Alternativlösung anbieten zu können — weil man sich über eine solche Lösung keine Gedanken hat machen wollen. Um so größer würde die Möglichkeit einer westlichen Kurzschluß-Reaktion oder eines einseitigen sowjetischen Schrittes.

Der neue Präsident wird sich also eingehend mit dem Berlin- und dem D e u t s c h l a n d - Problem beschäftigen müssen. Aber nicht nur das. Er steht auch vor der Notwendigkeit neuer Entscheidungen in der so ungeheuer wichtigen C h i n a - Politik. Und diese Entscheidungen werden die weltpolitische Entwicklung der nächsten Jahre nicht weniger beeinflussen als jene in der deutschen Frage. Die „Als-ob-Politik" Peking gegenüber erweist sich von Tag zu Tag mehr als eine geradezu verhängnisvoll sich auswirkende Hypothek, die die Administration Kennedy Schritt für Schritt wird abtragen müssen, wenn sie nicht mit ihrer gesamten Außenpolitik ein Fiasko erleiden will. Das China-Problem bedeutet in diesem Sinne für die USA heute dasselbe wie das A l g e r i e n - Problem für F r a n k r e i c h und das Problem D D R für die B u n d e s r e p u b l i k. Die Entspannung, auf die alle Nationen angewiesen sind, ist nur möglich, wenn dem „Als-ob" in diesen Fragen ein Ende bereitet wird, ehe es zu spät ist. In welchem Maße eine solche „Als-ob"-Politik eine Nation auszehren und an den Rand des moralischen und politischen Ruins bringen kann, zeigt das Beispiel Frankreich. Es gilt in allen drei Fällen dasselbe: Man hat, indem man gewisse politisch unangenehme Tatsachen beharrlich glaubte ignorieren zu können, diese Tatsachen nicht aus der Welt geschafft, sondern im Gegenteil, heute ist die Hürde, die übersprungen werden muß, noch weit höher als je zuvor! Vor allem aber wird durch eine derartige starrsinnige Intransigenz eine weiträumige Entspannungs-, Koexistenz- und Kooperations-Politik immer wieder unmöglich ge-

macht. Und dieser bedarf es, wollen die Völker aus dem Banne der Kriegsgefahr und der Angst vor einer Atomkriegs-Katastrophe endlich heraustreten.

Man wird von der neuen Administration nicht eine radikale und revolutionäre Änderung der amerikanischen Politik in der Deutschland- und der China-Frage erwarten können, darf aber den evolutionären Übergang zu einer neuen realistischen Konzeption erhoffen. Das bedeutet zunächst eine gewisse neue Akzentuierung der Nato- und auch der SEATO-Politik. Anzeichen für eine solche gibt es. Die Deutsche Zeitung berichtete am 10. November, die neue Regierung wolle „das gesamte System der Pakte und Allianzen überprüfen". Ein Symptom ist auch die in gewissem Sinne programmatische Rede des zukünftigen Vizepräsidenten, Senator Lyndon B. Johnson, vor der Nato-Parlamentarier-Konferenz in Paris. Gerade sie ließ die oben erwähnte neue Akzentuierung erkennen. Johnson forderte eine aktive gemeinsame Arbeit der Nato-Mächte auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet zur Beseitigung der „ewigen Ursachen des Krieges: Ungerechtigkeit und Ungleichheit, Unbildung, Krankheit etc.". Die westlichen Nationen sollten alle Anstrengungen machen, in diesem Sinne aktiv zu werden, zugunsten eines Lebens ohne Krieg, einer Zukunft des Friedens für alle Nationen. Man muß in diesen Ausführungen (vergl. den Wortlaut der Rede in der New York Times vom 22. Nov.) wohl einen Hinweis auf amerikanische Vorstellungen über eine Erweiterung der Organisation und der Kompetenzen des Nato-Systems sehen, weit hinaus über die bisherige Beschränkung dieses Bündnisses auf eine immer problematischer gewordene reine Militärpolitik. Daß Johnson's Ausführungen gerade von den auf eine ausschließliche und hemmungslose Nato-Aufrüstungspolitik eingeschworenen Kreisen in diesem Sinne verstanden worden sind und bei diesen Kreisen gewisse Befürchtungen hervorgerufen haben, geht aus dem Bericht des zu der Pariser Konferenz entstandten außenpolitischen Chefredakteurs der Neuen Zürcher Zeitung hervor (vergl. NZZ vom 23. November). Natürlich ist auch hier nicht eine radikale Wendung zu erwarten, etwa ein Verzicht auf jede militärische Funktion der Nato, sondern nur eine Relativierung des bisher von Washington und erst recht von Bonn verabsolutierten rein militärischen Gesichtspunktes. Schon das aber kann ein erster entscheidender Schritt zu einer neuen konstruktiveren Gesamtpolitik sein.

Daß sich in den USA auch jenseits der großen politischen Zentren und abseits von den Propaganda-Tribünen einiges tut, läßt der bemerkenswerte Kommentar der New York Times vom 14. November zu einer privaten, aber politisch offenbar bedeutungsvollen Konferenz erkennen, die in der ersten Novemberhälfte in den USA stattgefunden hat. Es trafen sich, auf Einladung der Ford-Stiftung, zuerst in Dartmouth, dann in New York angesehene und einflußreiche amerikanische und sowjetische Persönlichkeiten, unter ihnen der mit Chrustschow befreundete und als sein Vertrauensmann geltende Dichter Alexander Kornejtschuk. Von amerikanischer Seite waren vertreten u. a.: George Kennan, Philip Mosely, William Benton, Arthur Larson, Walt Rostow, Norman Cousins und Präsident Dickey (Dartmouth College). Das große amerikanische Blatt betonte, es sei ein wichtiges Faktum, daß diese angesehenen Persönlichkeiten beider Länder freimütig und sogar freundschaftlich über alle offenen Fragen miteinander hätten diskutieren können. Wahrscheinlich wird im nächsten Jahre in der Sowjetunion eine zweite Konferenz derselben Art abgehalten werden. Es ist zu hoffen, daß auch auf diese Weise allmählich Brücken gebaut, die bestehenden Gegensätze entschärft werden. Notwendig ist jedenfalls ein psychologisches Klima, das konkrete politische Verhandlungen aussichtsreich erscheinen läßt. Die bisherige Hysterie hüben und drüben hat verheerend gewirkt!

So erfreulich die bisher erwähnten Ereignisse sind, sie allein kennzeichnen doch die Situation noch nicht. Die amerikanische Außenpolitik wird gerade in

der näheren Zukunft mitbestimmt werden von wirtschaftlichen Problemen. Und soweit sich das bis jetzt übersehen läßt, bedeutet diese Verknüpftheit von Außenpolitik und Wirtschaft für Washington gerade im Augenblick eine außerordentliche Belastung. Schon aus diesem Grund sollte man Kennedy's Start nicht mit übertriebenen Hoffnungen entgegensehen. Die wirtschaftliche Lage der USA ist zur Zeit, summarisch gesprochen, überaus angespannt. Zumal die Stahlindustrie leidet unter Rezessions-Erscheinungen, die bereits das Ausmaß einer ernsten Krise angenommen haben. Ein Ende dieser Schwierigkeiten ist noch nicht abzusehen. Abermals versucht man von Regierungsseite, durch eine Vermehrung von Rüstungsaufträgen, diese Krise zu mildern. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete am 20. November 1960 aus New York: „Für den Monat September errechnet das Handels-Departement gegenüber dem Vormonat eine weitere Steigerung (der Aufträge der Industrie) um rund 200 Millionen Dollar. Diese Entwicklung ist hauptsächlich aus den vermehrten Rüstungsaufträgen der Regierung zu erklären, die im Laufe der letzten Monate der Flugzeug- und der elektronischen Industrie erteilt wurden. Allmählich werden diese vermehrten Rüstungsaufträge auch ihren Einfluß auf andere Wirtschaftszweige ausüben." Also wieder einmal die schon so oft praktizierte Flucht aus der Rezession in die Rüstung! Die außenpolitischen Rückwirkungen sind leicht abzuschätzen. Es überrascht nicht, was die Neue Zürcher Zeitung am 15. November über die polnische Reaktion auf die Wahl Kennedys zu melden wußte. Zwar erhoffe man sich von Kennedy eine Politik der Entspannung, aber: „Bedenklich nennen die polnischen Kommentatoren die Pläne Kennedys, der drohenden Rezession mit vergrößerten Aufträgen für die Produktion konventioneller Waffen entgegenzutreten; dies werde praktisch eine Verzögerung der internationalen Abmachungen über die Abrüstung gleichkommen ..." Eine Bestätigung solcher Befürchtungen und ein geradezu erschreckendes Dokument der Verflechtung von Wirtschaft und Außenpolitik der USA stellen die Ausführungen des amerikanischen Industriellen T. Coleman Andrews dar, über die die New York Times am 30. Oktober berichtet hat. Andrews, Präsident und Aufsichtsratsvorsitzender der American Fidelity & Casualty Company in Richmond, Va., erklärte, ein sinnvoller sowjetischer Friedensvorschlag sei die größte Gefahr, der sich die USA ausgesetzt sehen könnten. „Die größte Drohung, der Amerika heute gegenübersteht, ist die Möglichkeit, daß Chrustschow mit einem wirklichen Friedensplan auftritt, der sich nicht zurückweisen läßt. Wenn die Sowjets einen solchen aufrichtigen und unabweisbaren Vorschlag machen sollten, dann würde uns das in einen industriellen Engpaß treiben, von dem wir noch niemals geträumt haben." Ein solcher Plan würde zu der größten wirtschaftlichen Depression in der amerikanischen Geschichte führen, weil die Rüstungsindustrie, verbunden mit der Auslandshilfe, jedes Jahr für 50 000 000 000 Dollar Aufträge erhalte! Wohlgemerkt, das ist nicht „kommunistische Propaganda" gegen den Kapitalismus, sondern eine Art Selbstbezichtigung dieses Kapitalismus! Es kommt hinzu die immer größer werdende Belastung der amerikanischen Zahlungsbilanz, die ja erst in diesen Tagen den amerikanischen Finanzminister und den stellvertretenden Außenminister Dillon nach Bonn und Paris geführt hat. Die energischen, bestürzend hohen amerikanischen Forderungen an die Bundesrepublik — auch dies eine der fatalen Begleiterscheinungen unserer Nato-Bindung — gehen in erster Linie auf jene Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz zurück.

Um auch über das Unerfreuliche relativ ausführlich zu referieren, wollen wir schließlich noch an die Vorschläge des rechts-republikanischen Senators Goldwater erinnern, die in der Dokumentation wiedergegeben sind. Auch wenn man Goldwaters Einfluß und Prestige nicht gerade übermäßig hoch einschätzen darf, beweisen seine nun wirklich abenteuerlichen Vorschläge zugunsten einer

neuen Politik „unmittelbar am Rande des Krieges", eines roll back und eines Nato-Neokolonialismus unter amerikanischer Führung, daß auch in den USA der militärpolitische Extremismus noch keineswegs ausgestorben ist. Mit solchen Strömungen wird man immer wieder rechnen müssen. Was die wirtschaftliche Lage anbetrifft, so ist zu hoffen, daß die sehr aktiven und wohl auch konstruktiven wirtschafts-politischen Berater Kenndys durch eine Reformpolitik der Schwierigkeiten einigermaßen Herr werden, ohne sich allzu sehr des Strohhalms Aufrüstung, welcher Waffen auch immer, bedienen zu müssen. Immerhin machen die von uns zitierten Äußerungen die strukturellen Probleme des amerikanischen Kapitalismus einmal mehr deutlich.

In Bonn alles beim alten

Unmittelbar nach der Präsidentenwahl wucherten in Bonn die Spekulationen über eine angebliche außenpolitische Kehrtwendung des Bundeskanzlers. Von all dem heute noch eingehend zu reden, erscheint müßig. Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen haben sich inzwischen wieder in nichts aufgelöst. Von nichts anderem kann die Rede sein als von einem Versuch Dr. Adenauers, seine nicht eben günstige Ausgangsposition für die bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen über Berlin und Deutschland durch einige taktische Winkelzüge zu verbessern. Der Bundeskanzler kennt die Schwäche seiner Position, fatale Frucht seiner jahrelangen ost-politischen Intransigenz einerseits, seiner besonders aktiven Nato-Aufrüstungspolitik andererseits. Wir haben bereits vor einiger Zeit an dieser Stelle auf das Paradox aufmerksam gemacht, daß die politische Position der Bundesrepublik in den letzten Jahren gerade in dem Maße schlechter geworden ist, als ihre militärische Position stärker wurde. Diese Tatsache beweist die politische Unsinnigkeit der Bonner Aufrüstung! Es wird damit gleichzeitig das Urteil gesprochen über eine Regierung, die immer wieder behauptet hat, diese Aufrüstung sei doch nur ein Mittel zum politischen Zweck. Dr. Adenauer weiß, daß eine Lösung des Berlin-Problems sich nicht mehr lange wird aufschieben lassen. Die Bundesregierung verzichtet aber nach wie vor darauf, eine eigene Initiative zu einer befriedigenden Lösung des Berlin- und des Deutschland-Problems auf dem Boden der Tatsachen zu entwickeln. Was man in Bonn anstrebt, ist eine „Klima-Verbesserung" in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Politisch relevant wäre eine solche Klimaverbesserung im Falle des deutsch-sowjetischen Verhältnisses aber nur dann, wenn sie verbunden wäre mit dem Willen zum Realismus und zur Vernunft. Es gibt nichts in Bonn, was zu einer solchen Annahme berechtigt. Vielmehr hat man den Eindruck, der Bundeskanzler wolle lediglich noch einmal eine Vertagung des Berlin-Problems erreichen, um nicht im Wahlkampf durch eine sowjetische Initiative in dieser Frage gestört zu werden. Denn wie immer die neue Berlin-Lösung aussehen wird — die Bundesregierung hat sich derart starrsinnig auf den Status quo festgelegt, daß die unumgängliche Veränderung des Berlin-Status in jedem Falle ihre bisherige Politik gegenüber Moskau und auch gegenüber Pankow ad absurdum führen muß. Zu einer Revision dieser Politik ist man noch immer nicht bereit, man sucht seine Zuflucht bei kleinen psychologischen Kniffen, mit denen allein sich keines der schwierigen Probleme der deutschen Politik lösen läßt.

Wenn es der Beweise für diese unsere These noch bedurft hätte, so hat Dr. Adenauer selbst sie geliefert, in der Absicht, die ihm angedichtete außenpolitische Kursschwenkung als Hirngespinst böswilliger Spekulanten hinzustellen. Daß sich an der Grundkonzeption der Adenauer'schen Politik nichts geändert hat, wußte man eigentlich schon am 2. November. An diesem Tage verlangte der Bundeskanzler für die Nato eine eigene atomare Abschreckungswaffe und unterstützte damit demonstrativ solche Bestrebungen gewisser Nato-Kreise. Da-

bei ist selbstverständlich an eine atomare Bewaffnung auch der deutschen Truppen gedacht. Ja, offensichtlich soll diese neue von Bonn unterstützte Konzeption das Vehikel sein für eine weitere Verlagerung des militärischen Schwergewichts der Nato auf die Bundesrepublik. Der Aufbau einer selbständigen Nato-Atom-Streitmacht bedeutet eine gewisse militärpolitische Emanzipation der Nato von den USA und führt notwendigerweise zu einer neuen Problematik. Es wird damit auch die bisherige Konzeption aufgegeben, die auf dem „Gleichgewicht des Schreckens" zwischen den beiden Supermächten beruhte. Das wiederum hängt zusammen mit den höchst beunruhigenden amerikanischen „Kalkulationen" über die Möglichkeit „begrenzter Kriege". Wenn irgend etwas aufschlußreich für den Geist und die Intentionen der Bundesregierung ist, dann die Tatsache, daß sie auch diesmal einen besonderen Eifer an den Tag legt, wo es um eine Vermehrung des militärischen Potentials der Bundeswehr geht. Dieser alte und neue Aufrüstungs-Eifer steht in Gegensatz zu dem absoluten politischen Immobilismus derselben Regierung. Denn es ist ja nicht nur so, wie einige kluge Kritiker der Bonner Außenpolitik jetzt mit Nachdruck betonen: Daß die Außenpolitik der Bundesrepublik steril sei und wir demnächst die Zeche für einen jahrelangen Immobilismus werden zahlen müssen. Schon das wäre schlimm genug. Aber so inaktiv und immobil die Bundesregierung außenpolitisch seit Jahr und Tag ist, so aktiv und höchst mobil ist sie in rüstungspolitischer Hinsicht. Das außenpolitische Dilemma wird dadurch immer größer, gleichzeitig verstärkt sich der Verdacht, die Bundesregierung liebäugele mit einer „Lösung" der politischen Probleme durch Waffengewalt.

An unmißverständlichen Äußerungen ließ es Dr. Adenauer auch weiterhin nicht fehlen. Am 18. November hielt er in Bonn vor den führenden Gremien der CDU eine „Grundsatzrede", die in erster Linie die SPD herausfordern sollte, unmittelbar vor dem Beginn von deren Parteitag in Hannover. In dieser Rede sagte Dr. Adenauer, die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen sei unbedingt notwendig. Wer den deutschen Truppen nicht Atomwaffen zubillige, der zerstöre damit die Nato. Es war wieder einmal vom potentiellen Gegner die Rede, im Sinne der berühmt-berüchtigten Denkschrift der Generäle vom Spätsommer des Jahres. Mit anderen Worten: während früher auch die Bundesregierung sich zu der These bekannte, entscheidend sei das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den USA und der Sowjetunion, vertritt Bonn nunmehr eine neue Konzeption, über deren Tragweite man sich rechtzeitig klar werden sollte. Denn sie bedeutet nichts anderes, als daß die militärische Gleichwertigkeit zwischen der Bundeswehr, als Nato-Repräsentant, und der sowjetischen Armee nunmehr als das militär-politische Minimal-Ziel der Bundesregierung zu gelten hat. Natürlich nicht einer auf sich allein gestellten Bundeswehr, sondern einer Bundeswehr, die der wichtigste Faktor einer von den USA relativ emanzipierten Nato-Atom-Macht wäre. Mit anderen Worten, der militär-politische Ehrgeiz der Verantwortlichen in Bonn kennt keine Grenzen mehr. Und entsprechend größer wird die Versuchung, sich den unumgänglichen politischen Kompromissen eines Tages durch eine Flucht nach vorn zu entziehen.

So bleibt Bonn auf den vertrauten Bahnen, ersetzt nach wie vor eine konstruktive Politik durch eine politisch destruktive und militär-politisch sinnlose Aufrüstung, fürchtet aber auch gleichzeitig eine Modifizierung der amerikanischen Außenpolitik unter Kennedy. Vermutlich unterstützt man in Bonn auch darum so eifrig die Pläne zur Umorganisation der Nato, weil man hofft, sich auf diese Weise bald militärisch auf die eigenen Füße stellen und Nato-Europa mehr und mehr majorisieren zu können. Dem entspricht die Fortsetzung der schon gewohnten Praxis in der Bundesrepublik selbst: alle diejenigen, die sich, aus welchen Gründen immer, gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aussprechen, werden als „Narren", Bösewichter, als Vaterlandsverräter und Agen-

ten des Kommunismus denunziert. Die politische Diskussion in der Bundesrepublik hat in dieser Hinsicht einen erschreckenden Tiefstand erreicht. Das Motto dieser Denunziation ist: Wer gegen deutsche Atomwaffen ist, der ist gegen die Nato — und wer gegen die Nato ist, der ist für den Kommunismus oder dient ihm doch. Das ist das Niveau, auf dem der verantwortliche deutsche „Staatsmann" landauf, landab Wahlpropaganda für seine Partei macht.

Es sollen aber noch andere Ausführungen Dr. Adenauers in jener Rede vom 18. November erwähnt werden, die die letzten Zweifel über die politischen Vorstellungen der Bundesregierung zu zerstreuen geeignet sind. Der Kanzler sagte, „daß nur dann, wenn es gelingt, die Bundesrepublik als starken und mächtigen Bundesgenossen der freien Völker zu erhalten, mit Sicherheit eines Tages die B e f r e i u n g Berlins und die B e f r e i u n g der Zone erwartet werden kann ..." Diese Terminologie ist verräterisch und betrügerisch zugleich. Man ersieht aber auch aus diesen Worten, welche fatalen Erwartungen Dr. Adenauer und seine Partei noch immer nähren, und wie sie diese Erwartungen mit dem Aufrüstungsprogramm propagandistisch verknüpfen!

Die SPD ist die Antwort nicht schuldig geblieben. Wie diese Antwort ausfallen würde, das war dank der Entwicklung seit dem 30. Juni 1960, diesem schwärzesten Tag der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, abzusehen. Die sogenannte „Opposition" hat sich von ihrem parteipolitischen Gegner das Stichwort geben lassen. Dr. Adenauer fordert von ihr ein klares Bekenntnis zur atomaren Bewaffnung, als Grundsatzentscheidung, in der Hoffnung, die SPD werde wieder einmal ausweichen, sich in Zweideutigkeiten flüchten, so daß er sie dann als „unzuverlässig" hinstellen könne. Einen Augenblick lang schien es, als solle der Parteitag einen anderen als den zu erwartenden Ausgang nehmen. Erich O l l e n h a u e r sprach sich ausdrücklich und offen gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus, und schon schöpfte die Opposition in der „Opposition" noch einmal Hoffnung. Ollenhauer erhielt demonstrativen Beifall, aber es vergingen nur 24 Stunden, und diese Hoffnungen waren so enttäuscht wie alle früheren. Die Mehrheit der Arbeitsgemeinschaft Außen-, Wiedervereinigungs- und Sicherheits-Politik nahm mit rund 30 Stimmen gegen den Widerspruch einer starken Minderheit von etwa 20 Mitgliedern den vom Parteivorstand vorgelegten Resolutionsentwurf an. In diesem ist ausdrücklich nicht von einer Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr die Rede, sondern lediglich davon, die Bundesrepublik solle auf eine solche Bewaffnung „nicht drängen". Ollenhauer selbst kapitulierte in der Sache und erklärte, er sei am Vortag mißverstanden worden. Wer sich den Sinn für Nuancen bewahrt hat, der wird die Diskussion über die Atomwaffenfrage auf dem SPD-Parteitag nur mit Betroffenheit und Empörung quittieren können. Daß Herr E r l e r heute mehr oder minder offen Bewegungsfreiheit der Partei in dieser Frage fordert und faktisch die Atombewaffnung befürwortet, erstaunt nicht einmal mehr. Peinlich aber muten die Ausführungen des „Star"-Intellektuellen der Partei, des zum „zweiten Mann" der Regierungs-Mannschaft erkorenen Carlo S c h m i d an. Er verstieg sich zu der Behauptung, es lohne sich, auch mit Atomwaffen für die Freiheit zu kämpfen. Wer dies nicht wolle, der müsse konsequenterweise den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa verlangen und vor den Sowjets kapitulieren. Anders spricht auch Herr Adenauer nicht! Auch der „Humanist" Carlo Schmid hält also einen Atomkrieg für sinnvoll, obwohl die V e r h i n d e r u n g eines solchen Krieges das erste Ziel jeder deutschen Politik sein muß. Denn es lohnt sich eben n i c h t, mit solchen Waffen für die Freiheit zu kämpfen, weil dieser Kampf in jedem Falle zum Untergang des deutschen Volkes führen würde!

So muß man denn zu der Erkenntnis gelangen, daß die SPD auf diesem Parteitag ihren neuen Kurs bestätigt hat, oder doch zumindest die Parteiführung zur

Zeit in der Lage ist, der Partei diesen Kurs zu oktroyieren. Alle Beschwichtigungen, mit denen man auch in Zukunft die Opposition in den eigenen Reihen zu neutralisieren versuchen wird, besagen demgegenüber nichts. Oder doch nichts Wesentliches. Die Entscheidung der SPD zugunsten der deutschen Atombewaffnung ist gefallen! (Natürlich wird der Bundeskanzler aus wahltaktischen Gründen auch weiterhin so tun, als sei die Haltung der Sozialdemokraten in dieser Frage so unklar wie vor dem 30. Juni. Denn das ist sein einziges, wie er hofft zugkräftiges Argument im Wahlkampf; übrigens auch ein Beweis mehr dafür, auf welchem politischen Niveau dieser Wahlkampf geführt wird!)

Die neue politische Kraft

Mitte vergangenen Monats begannen in der Bundesrepublik konkrete Bemühungen um eine Sammlung aller wirklich konsequenten Gegner der Bonner Aufrüstungspolitik. In der Öffentlichkeit sind die ersten Verlautbarungen dieser Kreise über ihre Absicht, sich zusammenzuschließen, stark beachtet worden. Daß es an Angriffen und auch an Denunziationen nicht fehlte, nimmt nicht Wunder. Die Sammlung der Kräfte wird durch solche Praktiken nicht aufgehalten. Der Ausgang der Atomwaffendiskussion auf dem SPD-Parteitag hat die von manchen Kreisen noch immer angezweifelte Notwendigkeit der Bildung einer neuen politischen Kraft noch einmal deutlich gemacht. Die für diese neue Initiative Verantwortlichen können dafür Herrn Erler und Herrn Carlo Schmid nur dankbar sein! Offensichtlich nimmt man in Bonn die Bestrebungen dieser neuen Opposition schon jetzt sehr ernst. Man tut sie zwar nach außen als ein kleines „Grüppchen" naiver politischer Sektierer ab. Man weiß auch, daß diese neue Kraft die beiden großen Parteien z. Z. noch nicht unmittelbar gefährden kann. Aber man fürchtet schon jetzt, daß sich angesehene und einflußreiche Persönlichkeiten sowie ein breites Heer Namenloser ihr anschließen und dieser „Stimme der politischen Vernunft" politisch und moralisch beträchtliches Gewicht geben werden. Die Bundesregierung mag z. Z. in dieser Kraft ein neues parteipolitisches Element sehen, das vielleicht in der Lage ist, die SPD zugunsten der CDU zu schwächen. Aber diese wahltaktischen Überlegungen werden doch schon jetzt überschattet von anderen, grundsätzlichen. Denn jene neue politische Kraft vertritt eine Konzeption, über deren wachsende Attraktivität man sich auch in Bonn nicht hinwegtäuschen kann. Wie anders ist es zu erklären, daß der Bundeskanzler in seiner Rede vom 18. November sich mit geradezu beschwörenden Worten an „diejenigen Politiker, die zu dem Gedanken einer Neutralisierung Deutschlands neigen", wandte und erklärte, sie hingen einem „Wunschtraum, und zwar einem gefährlichen Wunschtraum" nach! Dr. Adenauer ist sich offenbar im klaren über die Virulenz des „neutralistischen" Bazillus! Er kann die Neutralisten nicht mehr einfach als „Idioten" oder Narren abtun, weil der Neutralismus heute schon eine internationale Bewegung von beträchtlicher politischer Bedeutung und unantastbarem politischen Prestige ist. Daß er dennoch immer wieder zu diesen törichten Anwürfen seine Zuflucht nimmt, ist darauf zurückzuführen, daß er eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser neutralistischen Opposition mehr denn je scheut. Er steht damit nicht allein. Herr Schröder löst solche Probleme, wie man weiß, auf seine Weise. Nicht nur, daß der „Fall Frenzel" jetzt als Vorwand dient für eine scharfe Überwachung der Bundestagsabgeordneten — Herr Schröder hat am 17. November in Bonn die Öffentlichkeit über einen Gesetzentwurf unterrichtet, der den Reiseverkehr zwischen West- und Ost-Deutschland wesentlich einschränken soll. Was grundsätzlich zu diesen Plänen zu sagen ist, möge man in der Dokumentation nachlesen (in der Stellungnahme der Münchener Abendzeitung). Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß mit einem solchen Ausnahmegesetz die in Artikel 11 des Grundgesetzes garantierte Freizügigkeit für Deutsche innerhalb Deutsch-

lands eingeschränkt wird. Die Begründung ist töricht genug, zudem natürlich fadenscheinig. Denn die Agenten, die man aussperren will, sind bekanntlich noch nie auf den normalen Reiseverkehr angewiesen gewesen. Betroffen würde durch diese Maßnahme nicht in erster Linie der Agent, sondern jener Bürger der Bundesrepublik, der der Bundesregierung wegen seiner demokratisch-oppositionellen Haltung unbequem ist. Der Willkür wird Tür und Tor geöffnet, denn bekanntlich gilt in Bonn die Devise: Wer Kommunist ist, bestimmt der Bundesinnenminister . . . (Wir wollen nicht verschweigen, daß wir für die seit Jahren bestehenden entsprechenden Behinderungen des Reiseverkehrs innerhalb Deutschlands durch die Regierung der DDR ebenfalls kein Verständnis haben!). Es soll nicht nur die Einreise angeblicher kommunistischer Funktionäre und Agenten, sondern auch die Ausreise von Bürgern der Bundesrepublik behindert werden. Die Deutsche Zeitung, nicht selten Sprachrohr der Bundesregierung, interpretierte am 18. November den Gesetzentwurf und schrieb, „daß die Ausreise kommunistenfreundlicher, n e u t r a l i s t i s c h e r (von uns gesperrt, d. V.) und durch ähnliche Geisteshaltung gekennzeichneter Bundesbürger abgestoppt werden wird." So soll denn also eine neutralistische politische Gesinnung bestraft werden durch die Aufhebung eines Grundrechtes! Auf diese Art und Weise möchte man sich in Bonn den Neutralismus vom Halse schaffen. Nun, es mag das Leben einiger konsequent oppositionell Gesinnter dadurch ein wenig unbequemer werden — ihre politische Konzeption aber kann dadurch nur gewinnen. Denn die Tatsache, daß man hier bereits wieder Staatsbürger I. und II. Klasse einführen will, wird die konsequente Opposition bestärken in ihrem notwendigen Kampf nicht nur für eine realistische konstruktive Außenpolitik, sondern auch für den Schutz der F r e i h e i t gegen diejenigen, die diese Freiheit mit Atomwaffen verteidigen zu wollen vorgeben, sie gleichzeitig aber Zug um Zug einschränken.

Der „R a d i k a l i s m u s, die K i n d e r k r a n k h e i t des N e u t r a l i s m u s"

So ist denn also politisch und moralisch die Position der neuen politischen Kraft stärker denn je. Wenn wir dennoch an dieser Stelle nicht darauf verzichten können, ein wenig Wasser in den Wein dieser neuen politischen Kraft zu gießen, dann nicht (im Bilde zu bleiben) um diesen Wein zu verwässern, sondern im Gegenteil, gerade um ihn genießbar zu machen. Die neuen politischen Bestrebungen, zu denen wir uns grundsätzlich mit Nachdruck bekennen, sind durchaus nicht gefeit gegen die Gefahr, auf Abwege zu geraten. Das aber würde ein Fiasko der neuen Sammlungsbewegung bedeuten, mit allen Konsequenzen eines solchen. Diese neue Kraft versteht sich und präsentiert sich als eine „neutralistische" Bewegung. Sie will im Gegensatz zur SPD eine klare außenpolitische Alternative bieten, die Entspannung, Abrüstung und auf diesem Umweg auch die Wiedervereinigung fördern kann. So weit, so gut. Wir haben oft genug an dieser Stelle der Kritik an der bisherigen Bonner Außenpolitik Ausdruck gegeben; so wird man uns nicht des Defaitismus bezichtigen, wenn wir uns einige ketzerische Bemerkungen an die eigene Adresse erlauben.

Nichts wäre verhängnisvoller für die neue Opposition, als wenn der „Neutralismus" für sie zu einem Zauberwort würde; wenn sie meinte, damit schon eine Art politisches Allheilmittel, eine Wunderwaffe entdeckt zu haben. Neutralismus, recht verstanden, ist eine Aufgabe. Er bedeutet nicht Isolationismus, wie denn eine absolute weltpolitische Abstinenz für Deutschland unter den gegebenen geographischen und machtpolitischen Verhältnissen noch weniger möglich ist als für andere Länder; ganz abgesehen von ihrer moralischen Fragwürdigkeit.

Nicht zwar der Neutralismus selbst, wie seine Gegner behaupten, wohl aber eine gewisse Spielart desselben ist utopistisch im schlechten Sinne des Wortes.

Ein solcher naiver, utopistischer Neutralismus aber macht es den Befürwortern der Atomrüstung etc möglich, den Neutralismus selbst immer wieder zu denunzieren. Darum ist Sachlichkeit und Nüchternheit für die neue politische Kraft das Gebot der Stunde. Es kann nicht um einen abstrakten neutralistischen Radikalismus, nicht um ein neutralistisches Ideal- und Maximal-Programm für Deutschland gehen, so wenig wie um Forderungen politischer oder militär-politischer Art, die in keinerlei Zusammenhang stehen mit den effektiven Möglichkeiten der deutschen Politik. Wir verhehlen nicht, daß wir gelegentlich solchen wohlgemeinten, aber höchst schädlichen Tendenzen begegnen. Man sollte nicht neutralistische Luftschlösser bauen. Notwendig ist vielmehr die gründliche Ausarbeitung einer neuen außenpolitischen Gesamtkonzeption. Die Parole „es muß alles ganz anders werden", führt nicht weiter. „Wie soll es anders werden? Und wie kommen wir dahin, daß es anders wird?" Das sind die Probleme. Ein weltfremder neutralistischer Maximalismus wird dem politischen Renommè der neuen politischen Kraft im Inland wie im Ausland nicht gut tun. Darüber hinaus würde er sie sehr leicht der Möglichkeit einer effektiven Einflußnahme auf das politische Geschehen berauben. Je „seriöser" diese neue Bewegung ist, desto größer sind ihre Chancen. Anderenfalls gerät sie in die Gefahr, auch von denen nicht ernst genommen zu werden, die ihre potentiellen Anhänger sind. Daß zur Seriosität die Unabhängigkeit gehört, sollte sich von selbst verstehen.

Wer sich solchen Überlegungen verschließt, der fördert mittelbar gerade diejenigen Tendenzen, die er bekämpfen will. Unmöglich ist eine absolute außenpolitische Kursschwenkung in Form eines einzigen „Kraftaktes". Jedermann, der sich über die realen Verhältnisse und über die Wünschbarkeiten der deutschen Politik auch nur halbwegs im klaren ist, sieht das ein. Es muß unterschieden werden zwischen außenpolitischen Fernzielen, den Wegen zu diesen Zielen und dem, was als erster Schritt zu diesen Zielen möglich ist. Von der Notwendigkeit eines fundierten und umfassenden Programmes haben wir bereits oben gesprochen. Nicht minder notwendig ist es, die richtigen Ansatzpunkte für eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik zu finden. Ihre Vertrauenswürdigkeit, ihr Kredit im Westen wie im Osten wird nicht zuletzt davon abhängen. Die Frage ist, ob unser weltpolitisches Engagement dem „kalten Krieg" oder der Entspannung dienen soll!

Irgendein weltpolitischer Alleingang der Bundesrepublik ist faktisch einfach undenkbar. Die notwendige scharfe Kritik an den jahrelangen verhängnisvollen ost-politischen Versäumnissen der Bundesregierung darf nicht dazu führen, daß man nun einfach die heutigen westpolitischen Voraussetzungen, die westpolitische Bedingtheit jeder Außenpolitik vom Boden der Bundesrepublik aus verkennt. Diese Gegebenheiten müssen der Ausgangspunkt aller neuen Überlegungen sein. Wenn die neue Opposition der heutigen Regierung mit Recht vorwirft, sie habe überhaupt keine Ost-Politik (d. h. der blindwütige Antikommunismus und die Aufrüstung „ersetzten" eine solche), muß diese Opposition ihrerseits den Anschein vermeiden, als habe sie überhaupt keine West-Politik! Entsteht dieser Eindruck, dann wird damit die politisch legitime Sache dieser Opposition diskreditiert. Auch bei uns kann es nur um eine so konsequente wie behutsame Evolution, um eine unmißverständliche neue Akzentuierung der Außenpolitik gehen. Der Neutralismus darf nicht zu einer leeren Parole werden, hinter der sich ein Mangel an konkreten politischen Vorstellungen versteckt, und deren Wiederholung doch einen solchen Mangel nicht verleugnen kann. Kurzum: wir müssen Schritt für Schritt vorangehen, ein Sprung ins Absolute ist unmöglich, er wäre auch hier nur der Sprung ins politische Nichts. Der Ansatzpunkte aber für eine durchaus realistische, gewissermaßen pragmatisch-neutralistische Entspannungs-Politik sind genug. Wir haben

oben auf die amerikanische Konstellation hingewiesen. Eine offenherzige Diskussion über die Zukunft Deutschlands im weltpolitischen Kräftespiel ist heute mit gewissen, durchaus nicht unmaßgeblichen Kreisen in den USA durchaus möglich. Man wird dort nicht mehr auf taube Ohren stoßen, denn diese Kreise und auch die Administration Kennedys befürworten keineswegs jenen harten Kurs am Rande des Krieges, zu dem sich Dr. Adenauer noch immer bekennt, wobei er sich auf die USA und die Nato berufen zu dürfen vorgibt. Im Gegenteil, man sieht heute schon in Washington mit einiger Sehnsucht vernünftigen Initiativen der Bundesrepublik entgegen, die Washington und Bonn aus der Sackgasse herausführen können, in die beide in der Ära Eisenhower und Adenauer geraten sind. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung ließ sich von ihrem nach Washington entsandten Korrespondenten Christian am Ende berichten: „In der Umgebung Kennedys wurde schon über eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen beraten, nicht ohne Nebengedanken an die Deutschlandfrage. In dieser Reihenfolge hofft man auch einen Weg zu finden, auf dem den Sowjetrussen der Hebel des Berlin-Problems entwunden werden könnte. Als Voraussetzung dafür werden von der Bundesrepublik auch konstruktive Vorschläge für erste Schritte einer etappenweisen Abrüstung in Mitteleuropa erwartet." (FAZ v. 21. XI. 60) Nun pflegt zwar auch der Bundeskanzler neuerdings immer von Abrüstung zu sprechen, da er die Frage selbst nicht mehr von der Tagesordnung der Weltpolitik absetzen kann. Aber seine Vorstellungen von einer solchen Abrüstung sind gerade diesen Erwartungen und gleichzeitig auch dem, was möglich und notwendig ist, entgegengesetzt. Die Bundesregierung lehnt gerade alle Vorschläge für eine regionale Abrüstung in Mitteleuropa beharrlich ab. Sie weigert sich faktisch, über solche Vorschläge auch nur zu diskutieren, geschweige denn eigene zu unterbreiten. So sind denn ihre Abrüstungsbeteuerungen sehr wenig glaubwürdig, zumal sie ja begleitet werden von einer Aufrüstung ad infinitum. Um so notwendiger aber ist es, daß die neue politische Kraft in dieser Hinsicht eigene Pläne entwickelt und für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, damit auch für eine möglichst weiträumige atomwaffenfreie Zone in Europa eintritt. Sie muß unermüdlich Verhandlungen über ein solches Sicherheitssystem fordern. Dasselbe gilt natürlich für die unumgänglichen Kontakte zwischen den beiden deutschen Regierungen. Auch hier kommt es vor allem auf die Verhandlungsbereitschaft und den beiderseitigen Willen zu einer vertraglich gesicherten Koexistenz an. Eine realistische neutralistische Bundesregierung müßte eingedenk der noch immer gültigen Tatsache, daß Politik die Kunst des Möglichen ist, ihre allererste Aufgabe darin sehen, die zahllosen unausgeschöpften, bewußt ignorierten Möglichkeiten einer deutschen Entspannungs-Initiative zu nutzen, den Spielraum ihrer Aktivität behutsam zu erweitern und vermittelnd zu wirken! Die neue politische Kraft verharmlost keineswegs die ideologischen, gesellschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen Ost und West. Ganz im Gegenteil: Gerade weil sie ausgeht von diesen Gegensätzen, aber auch von den ungeheuren Gefahren, denen die Menschheit bei einer Fortsetzung des kalten Krieges ausgesetzt sein würde, gerade darum erhebt sie die Sicherung des Friedens für alle Völker zu ihrem ersten Ziel und unternimmt in diesem geschichtlichen Augenblick alles, um die Voraussetzungen für eine Zukunft ohne Krieg zu schaffen.

Anmerkungen

1. Vergleiche Stuttgarter Zeitung vom 9. November: „Senator Mansfield hilft der japanischen Linken".

2. Siehe zum Problem Laos auch die New York Times vom 19. und vom 22. November sowie die Frankfurter Allgemeine vom 21. und 22. November.

Dr. Hermann Rauschning

Nach der amerikanischen Präsidentenwahl

1.

Man kann im Zweifel sein, ob nicht die Öffentlichkeit das persönliche Element in der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten überschätzt hat, ob nicht die wesentliche Entscheidung bereits damit getroffen wurde, daß zu Kandidaten beider Parteien jüngere Männer erkoren wurden, Politiker des 20., nicht mehr des 19. Jahrhunderts, darum eher befähigt, das volle Gewicht der sich von Grund auf ändernden politischen und sozialen Wirklichkeit zu würdigen. Eine neue amerikanische Politik, auf die wohl die weit überwiegende Mehrheit der Weltöffentlichkeit, wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen, hofft, ist mehr eine Frage der Generation als der Person. Oder wie es der Harvardprofessor Arthur Schlesinger jun. in einer politischen Flugschrift „Kennedy oder Nixon?" mit der Frage ausgedrückt hatte, ob es schon irgendeinen Unterschied mache, wer gewählt werde. Die Kandidaten wären einander sehr gleich, beide seien „kalte Katzen". Besser sagt man wohl, beide seien als Vierzigjährige nüchterne, sachliche Männer, die den Illusionen und Ideologien des 19. Jahrhunderts ferner stehen als Männer in ihren achtziger oder siebziger Jahren. Man kann indessen wohl der Meinung sein, daß die künftigen großen Entscheidungen auch nicht mehr durch den Generationswechsel der Führenden beeinflußt werden können, sondern von Tatsachen abhängen und unter dem Zwange unaufhaltsamer Entwicklungen erfolgen. Aber es gilt, diese Tatsachen und Entwicklungen nicht nur rechtzeitig zu erkennen, wozu beide Kandidaten gleich befähigt sein mögen, sondern auch, sich zu ihnen als dem Gegebenen und Unabänderlichen zu bekennen, auch dort, wo es „weh tut". Es ist vornehmlich in dieser Hinsicht, daß wir die nach einem schweren Wahlkampf und mit geringer Mehrheit erfolgte Wahl Senator Kennedys als die glücklichere und ihn selbst als die Persönlichkeit begrüßen, die sich mit ungleich größerer Entschiedenheit und Offenheit für die ungefärbte, unbeschönigte Wirklichkeit als den notwendigen Ausgangspunkt einer gesunden Politik bekannte und ohne Rücksicht auf das Zetergeschrei der Taktiker sie beim richtigen Namen genannt hat, anders als der Gegenkandidat, der nicht ohne Grund als verschlagen, als „tricky Nixon" bezeichnet wird. Kennedy hat mit einem ungewöhnlichen Freimut im Wahlkampf die wahren, wenn auch schmerzenden Züge der veränderten politischen Realität aufgewiesen; ob es sich um die Tatsache des gesunkenen Prestiges Amerikas handelte, hinter dem als eigentlicher Grund die bisher unaufhaltsame Erosion der Machtposition des gesamten Westens steht, oder um die Verteidigungsmöglichkeit der küstennahen Inseln zwischen Formosa und dem chinesischen Festland. Wir sind der Überzeugung, daß nichts gefährlicher und hinderlicher für eine Verständigung und eine Lösung der großen schwebenden Probleme sei als „keeping them guessing" — wie Walter Lippmann es kritisierte —, als den Gegner im unklaren darüber zu lassen, was Bluff, was schlauer Zug im politischen Pokerspiel und was blutiger Ernst in der Verteidigung der letzten Widerstandslinie sei. Solch Freimut und Wille zur Sachlichkeit, sich durch das Tohuwabohu der Propaganda, der politischen und psychologischen Kriegführung zu Gehör zu bringen, ist vielleicht der einzige, jedenfalls der wesentliche persönliche Beitrag, mit dem ein führender Staatsmann noch die Entscheidungen beeinflussen und die einem nahezu unaufhaltsamen Fatum folgende Entwicklung auf die Katastrophe hin noch brechen kann. Vornehmlich dieses Willens zur Sachlichkeit und zur Wirklichkeit wegen, welchen wir bei den Bonner Staatsmännern und Politikern so schmerzlich ver-

missen, begrüßen wir die Wahl des amerikanischen Volkes als eine glückliche und bekennen, mit größerer Zuversicht als bisher in die nächste Zukunft mit ihren schweren Problemen und Spannungen zu sehen.

Dies ist eine mit Absicht vorsichtig gehaltene Formulierung dessen, was wir glauben von dem neuen Präsidenten erwarten und erhoffen zu können. Denn, um es vorweg zu sagen, wir sind uns keineswegs dessen sicher, ob der künftige Präsident bereits das volle Ausmaß der notwendigen Anpassung an die sich immer rapider vollziehende revolutionäre Umgestaltung aller Ordnungs- und Machtelemente zur Kenntnis genommen und sich von den politischen Maßstäben eines endgültig versunkenen Zeitalters so völlig befreit habe, um der amerikanischen Politik die Wende zu geben, die erforderlich wäre, um die brennendsten Probleme rechtzeitig zu lösen und die drohende Katastrophe nicht nur wie bisher aufzuschieben, sondern die Gefahr einer solchen von Grund auf zu beseitigen. Wir wissen nicht, ob Kennedy die Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit richtig einschätzt. Wir können nur mit einiger Sicherheit annehmen, daß der besiegte Kandidat die amerikanische Politik schwerlich aus der Atmosphäre des „Make believe", der Politik des „als ob" alles noch so sei wie ehedem und immer, herausgeführt und ihr den notwendigen Anstoß zu einer neuen Entwicklung gegeben hätte. Wir hoffen, daß die Ansätze zu einer neuen Politik, zu denen sich Kennedy bereits bekannt hat, ihn mit der ihnen innewohnenden Folgerichtigkeit dahin führen werden, die Vereinigten Staaten zu entscheidenden Schritten in der Richtung auf den Frieden und eine verläßliche Lösung der mit ihm verknüpften Probleme zu bestimmen. Die amerikanische Nation wird ihm auf solchem Wege nicht ohne schwere Kämpfe und nur zögernd und gegen den heftigen Widerstand einflußreicher Kreise folgen. Denn wenn sie sich für ihn entschieden hat, so geschah dies gewiß nicht in voller Erkenntnis dessen, was die neue Zeit von ihr an Umdenken, Preisgabe gewohnter Vorstellungen und Opfer verlangt, sondern aus dem vagen Gefühl heraus, so wie bisher könne es jedenfalls nicht weiter gehen. Es ist gewiß, daß Kennedy als eine Persönlichkeit mit echten Führerqualitäten und voll Initiative nicht darauf warten wird, bis die Nation ihn zu grundlegenden Änderungen der bisherigen initiativlosen Politik drängen wird. Er wird sich nicht sträuben, auch unter vorübergehendem Verlust an Popularität der Nation vorauszugehen, auch dort, wo die Entschlüsse ins eigene Fleisch schneiden. Dafür bürgt uns sein Charakter und seine Vergangenheit als Mann und Politiker wie auch einige bezeichnende Züge des von ihm geführten Wahlkampfes. Aber der Führer bedarf, um unbeirrt voranzugehen, selbst der Erkenntnis des richtigen Zieles, auf das hin er seine Gefolgschaft führen will; und es ist hier der Punkt, wo uns ein gewisser Zweifel beschleicht, ob die neue Führung bereits den vollen Druck der Mitverantwortung für das Schicksal der gesamten Menschheit und nicht nur die Verantwortung für die eigene Nation verspürt habe. Den charakteristischen Zügen und den Hauptthemen des Wahlkampfes, soweit sie für den künftigen Präsidenten und sein politisches Wollen aufschlußreich sein dürften, sollen die folgenden Bemerkungen dienen; wobei sich ein ausführliches Eingehen auf den Verlauf des Wahlkampfes erübrigt, zumal auch der bundesdeutsche Bürger die Gelegenheit hatte, die Fernsehdebatten der beiden Kandidaten mitzuerleben.

2.

Die Bedeutung der Wahl ist nicht nur in den USA selbst, sondern auch im Ausland sehr hochgespielt worden. Selbst Billy G r a h a m , der populäre Evangelist, hat sich bemüßigt gefühlt, in einer der verbreitetsten Wochenschriften die Wahl eines Präsidenten der Vereinigten Staaten in etwa der Wahl eines Weltpräsidenten gleichzustellen, die den Lauf der künftigen Weltereignisse bestimmen werde.

Die Bedeutung der Wahl ist aber auch von einigen Kreisen geflissentlich herabgestimmt worden, nicht allein, was die Qualitäten der Persönlichkeiten, sondern auch die hauptsächlichen Streitpunkte anlangt. Die Behauptung, es ginge in ihr lediglich um zweierlei Arten von Fragen, emotionelle — ob die Nation in einen Krieg verwickelt werde, ob Korruption in der Regierung bestünde oder anderes die Tradition verletze —, und ökonomische, die die Brieftasche eines jeden beträfen, Lebensstandard, Arbeitsplatz, Depression, Inflation, — solche Vereinfachung heißt denn doch die Wahl allzusehr im Muster früherer Wahlen in vergleichsweise „normalen Zeiten" zu beurteilen. Die Wahl erfolgte vielmehr im unterirdischen Feuer einer großen Sorge und Daseinsangst, die sich mehr des Unterbewußtseins als des klaren urteilenden Verstandes bemächtigte, aber auch unter den bengalischen Lichtern einer fast zu einer allgemeinen Gipfelkonferenz ausgewachsenen Tagung der United Nations, deren Themen und Debatten nicht ohne Einfluß auf den Ausgang der Wahl gewesen sein dürften. Beides verlieh der diesjährigen Präsidentenwahl eine in der Geschichte Amerikas neue und ernste Note, die sich trotz allem hergebrachten Wahlzauber, um nicht zu sagen Rummel, vernehmbar machte. Es ist deshalb töricht, wenn englische Kritik gelegentlich behauptete, es sei der ödeste und langweiligste Wahlkampf seit dreißig Jahren gewesen. Der Wahlkampf war vielmehr ein beachtliches Dokument für die Besorgheit der breiten Massen und die Ahnung, wenn auch kaum die rationale Erkenntnis der Priorität der Außen- vor der Innenpolitik. Der Ausgang der Wahl ist ein nicht weniger beachtliches Zeichen für die im letzten doch wirksame Selbständigkeit des Urteils Propagandatricks und salbadernden Beruhigungspredigten

„Papa knows best"

gegenüber, die im bundesdeutschen politischen Leben von solcher Wirksamkeit sind. Wer, wie einige Zyniker erinnerten, es damit hielt, Politik bestünde darin, Tatsachen zu ignorieren, ist allenfalls des Beifalls einiger Prominenter in Bonn gewiß, aber die amerikanische Wahl wies ihn damit zurecht, daß der Kardinalpunkt des Wahlkampfes gerade darin bestand, die ignorierten Tatsachen zu erkennen und vorzuschlagen, wie ihnen durch eine künftige Politik in rechter Weise Rechnung getragen werden könne.

Nahezu ein halbes Jahr ist die Nation durch den Wahlkampf gespalten gewesen. Spaltung und bevorstehender Personenwechsel im Führersitz des Staates haben entschlossenes und weit zielendes politisches Handeln der Vereinigten Staaten gelähmt. Beides in der kritischsten Zeit der neueren Geschichte hat nicht nur jeden amerikanischen Patrioten bedrückt, sondern auch die ausländischen Diplomaten und Beobachter mit Sorge den Zeitpunkt des Endes des Wahlkampfes herbeisehnen lassen. Der Ausgang hat indessen gezeigt, daß in der in zwei Hälften gespaltenen Nation mit dem Schluß des Wahlkampfes die Einheit nicht schon wieder hergestellt worden ist, sondern daß dies als die vielleicht schwerste Aufgabe, jedenfalls als erste Voraussetzung einer die großen Probleme wirklich in Angriff nehmenden Politik dem bewußten Handeln des Präsidenten aufgebürdet ist, auch wenn, der traditionellen Loyalität folgend, die besiegte Hälfte der Nation zunächst einen Burgfrieden wahren wird. So gewiß sich in der geringen Mehrheit für den Präsidenten — der knappsten seit 72 Jahren — die Härte des unterirdischen Ringens widerspiegelt, so müssen wir doch fragen, ob der Ausgang der Wahl schon eine solche Klärung herbeigeführt habe, daß der Präsident auf seinem Wege wird frei ausschreiten können oder ob er nicht ein schweres Handicap aufgehalst bekommen habe. Entscheidend wird es daher auf die politische Geschicklichkeit, die Energie und Zielbewußtheit des Präsidenten ankommen, ob er aus einem beschränkten einen vollen Sieg machen könnte. An Feinden

und falschen Freunden, die ihm Steine auf den ohnedies hindernisreichen Weg wälzen werden, wird es ihm nicht fehlen, sowohl auf dem konservativen Flügel der Republikaner wie dem rechten seiner eigenen Partei, obwohl er über eine demokratische Mehrheit im Kongreß verfügen wird. Mit einem schweren Handicap hat indessen der neu gewählte Präsident schon den Wahlkampf ausfechten müssen und ihn trotzdem gewonnen. Das ist ein gutes Omen für den bevorstehenden, noch härteren Kampf. Ohne Zweifel hat die Zugehörigkeit Kennedys zur römisch-katholischen Kirche ihm, der Tradition zufolge, daß kein amerikanischer Präsident katholisch sein dürfe, viele Stimmen nicht nur eifriger Protestanten, sondern auch vieler, in den USA immer noch einflußreichen Freimaurer gekostet. Sein Sieg, trotz konfessioneller Vorurteile, nationaler Tradition und bisher unbrechbarer Tabus muß daher höher bewertet werden, als das gezählte Stimmenergebnis es sonst zuläßt. In der letzten Phase des Wahlkampfes wirkte sich auch deutlich der volle Einsatz des immer noch sehr populären Präsidenten Eisenhower für Vizepräsident Nixon aus. Überraschend war dem gegenüber die Unterstützung Kennedys durch die New York Times; seit Roosevelts letzter Wahl 1944 ist es der erste demokratische Kandidat, der von dem Weltblatt gefördert wurde. Übrigens im sonderbaren Gegensatz zu demokratischen Blättern, die, wie das Oregonische „Journal", sich für den republikanischen Kandidaten eingesetzt haben.

Man wird indessen gerechterweise nicht verschweigen dürfen, daß auch Nixon mit einem gewissen Handicap zu kämpfen hatte, wenn auch einem ungleich geringeren als Kennedy. Seine Sprachregelung war vielfach durch den Umstand bedingt, daß er als Exponent des Eisenhower'schen Regimes weder seiner, von des Präsidenten Politik abweichenden Meinung freien Ausdruck geben, noch klare Linien seiner Politik ziehen konnte, ohne die bisherige so zu kritisieren, wie es zu Beginn des Wahlkampfes etwa Nelson Rockefeller gewagt hatte. Dafür fand Nixon gewichtige Unterstützung bei so einflußreichen Organen wie Life, Time, Fortune und den mächtigen Gruppen, die sich jeder Änderung der Politik in Richtung auf Verständigung und Beendigung des Kalten Krieges widersetzen. Die Taktik Nixon's war offensichtlich darauf abgestellt, die Masse der säumigen Wähler, die parteilich nicht abgestempelt waren, zu gewinnen. Auf den festen Stamm republikanischer Parteiangehöriger, der stets in der Minderheit ist, konnte der Vizepräsident einen Wahlsieg nicht begründen. Er mußte versuchen, wie es Eisenhower gelang, sich auf die Gewinnung der gut zwanzig Millionen unentschiedener, ungebundener und meist uninteressierter und uninformierter Wähler einzustellen. Nixons Reden, vor allem in den kleinen Städten, waren auf das Schwarz-Weiß-Denken dieser Wählermassen zurechtgeschneidert. Sie wiesen eine Reihe kalkulierter „Applauspunkte" auf, waren darauf berechnet, die Versammlung in glücklicher Stimmung zurückzulassen und ihr jede Besorgnis hinwegzuschmeicheln. Sie verwandten billige Gefühlsappelle und Vereinfachungen, hielten sich aber nicht von gelegentlichen Verzerrungen der Wirklichkeit, billigen Tricks frei. Nixon mußte sich vorwerfen lassen, man könne in seine Äußerungen alles hinein- und alles aus ihnen herauslesen. Die Reden enthielten wenig Substanz. „Es wäre fein, wenn er uns einmal wirklich erzählte, was denn seine Konzeptionen seien." Er wolle sich wohl „auf den Fußspitzen in die Präsidentschaft schleichen"; und was dergleichen Einwände mehr waren. Der Ausgang hat erwiesen, daß nicht immer „warme Volkstümlichkeit" ausreicht, und daß billige Tricks mitunter auf den sie Verwendeten zurückfallen. In einigen Fällen hatte sich Nixon erlaubt, Äußerungen seines Gegners im Munde umzudrehen, Mittel, die ihm nachweislich geschadet haben. Seine Wahlkampftechnik hielt sich an die alte erprobte Linie der Kommunalpolitiker, der hinterhältigen, mit allerhand

Falstricken operierenden „courtroom"-Politiker und bestärkte die eine Hälfte der Nation in der Überzeugung, daß dem offen und freimütig sprechenden Senator Kennedy eher Vertrauen zu schenken sei als jemandem, der es sich versagte, offen zu sprechen. Auf die Wiederherstellung des Vertrauens im umfassendsten Sinne kommt es an, wenn der Krieg überhaupt noch vermieden werden soll; darauf, daß ein Wort ein Wort sei; daß man sage, was man meint, und meine, was man sagt.

Gelegentlich fand zwischen Kennedy und Nixon ein ziemlich grober und unfreundlicher Meinungsaustausch statt. Kennedy warf Nixon vor, er sei für den Verfall der nationalen Sicherheit verantwortlich; und Nixon nannte Kennedy einen unreifen, hastigen, verantwortungslosen Menschen. Um so positiver muß die Initiative Kennedys gewertet werden, über solche persönlichen Verunglimpfungen hinweg schon wenige Tage nach der Wahl die Verbindung mit seinem Gegner aufzunehmen, ihn persönlich aufzusuchen und eine „sehr herzliche" Aussprache mit ihm über künftige Zusammenarbeit zu haben; eine überlegene Art sachlichen Denkens, die sich vorteilhaft von der persönlichen Empfindlichkeit des alten Präsidenten abhebt, der Anregungen seiner Umgebung und neutraler Politiker, während der UN-Tagung sich mit Chrustschow auszusprechen, strikte ablehnte. Wille zur Sachlichkeit charakterisiert die ersten vorbereitenden Maßnahmen des Präsidenten in der Wahl seiner Regierung und Ratgeber. Kennedy hat es scharf zurückgewiesen, etwa bei der Besetzung auswärtiger Vertreter auf verdienstvolle Helfer während des Wahlkampfes im Sinne des traditionellen „spoil system" zurückzugreifen. Für ihn gilt der Grundsatz: der bestgeeignete Mann für das Amt. Sowohl der Leiter des Central Intelligence Office, der Bruder des verstorbenen Außenministers Dulles, wie der Präsident des Federal Buro of Investigation, Edgar Hoover, bleiben in ihren Ämtern bestätigt. Alle Maßnahmen deuten darauf hin, daß sich der neue Präsident der Gefahr der Verhärtung in der Spaltung der Nation bewußt ist und ihr mit allen Kräften entgegenzuarbeiten sucht, weil eine geeinte Nation die Vorbedingung einer starken Politik ist. Ein wie tiefer Zwiespalt in der Nation aufgerissen ist, lassen jüngste Kommentare erkennen. So spricht einer der führenden Kommentatoren geradezu von „zwei Nationen", die in ihren Zielen, Intentionen und Idealen weit voneinander unterschieden wären. Sie stünden einander über einem tiefen Riß mißtrauisch und sich gegenseitig verdächtigend gegenüber. Der Ausgang der Wahl habe keinen Weg für eine Wiedervereinigung freigemacht. Aber Kennedy bringt, auch nach dem Urteil bisheriger Gegner, die Qualitäten mit, die erforderlich sind, um die Nation im Hinblick auf ein alle verbindendes Ziel allmählich wieder zusammenzufassen. Er besitzt die Gabe, fähige Männer zu entdecken und an sich zu ziehen. Er selbst ist ein Mann kühler Überlegung. Er ist trotz seiner Jugend und Energie ein Mann des Maßes. Er ist kein Doktrinär und gewiß kein radikaler Liberaler. Er weiß, daß ein vernünftiges Regime auf überzeugender Gewinnung der Freunde wie der Gegner und auf der so erlangten Übereinstimmung des Urteils beruht; eine Erkenntnis, die auch grundlegend für neue Versuche, die Probleme der Außenpolitik zu lösen, sein wird. Bezeichnend für die Personalpolitik des neuen Präsidenten ist die von vielen Demokraten anfänglich getadelte Wahl Lyndon B. Johnsons, des Führers der südstaatlichen Demokraten, zum Vizepräsidenten und Weggenossen des Präsidenten, die sich im Verlauf der Wahlkampagne als die den Sieg entscheidende Maßnahme erwiesen hat. Nach dem Muster dieser Wahl darf man die Besetzung der wichtigen Regierungsposten erwarten. Was das Rätselraten um die Nachfolge auf dem Posten des Außenministers anlangt, so scheint die Absicht, Adlai Stevenson oder Chester Bowles damit zu betrauen, aufgegeben zu sein, auch in diesem Falle im Interesse der

Einheit der Nation und der Stabilisierung einer verläßlichen Grundlage der Regierung. Alles in allem, so stellt Joseph Alsop fest, weht eine frische Brise in den USA und John F. Kennedy erscheint — ohne Vorschußlorbeeren — bereits gegenwärtig als eine Persönlichkeit, die verspricht, ein Präsident von erstem Range zu sein.

Es wäre abwegig, jedes Wort des gewählten Präsidentschaftskandidaten während des Wahlkampfes nun auf die Waagschale zu legen. Es wäre auch wenig ergiebig, die Plattform der demokratischen Partei eingehend zu analysieren, um daraus Rückschlüsse auf die zu erwartende Politik des Präsidenten zu machen. Aufschlußreicher als die Formeln sind Akte des Präsidenten, soeben erwähnte wie andere. Man muß schon sehr hellhörig sein und genau hinhören, um das Trennende in den Parteiprogrammen richtig zu wägen, die populäre Einkleidung von dem wirklichen Kern abzulösen und das Wesentliche des Kennedy'schen Zukunftsplanes herauszuhören. Den Republikanern ging es um nichts anderes als einen „Nadelwechsel" in dem bisherigen politischen Grammophon, wie man es genannt hat. Im wesentlichen sollte die Politik den bisherigen Linien folgen. Größere Entschiedenheit in der Vervollständigung der Rüstung, größere Festigkeit und Kompromißlosigkeit in der Verteidigung des status quo, wobei im unklaren blieb, wo die letzte unaufgebbare Linie des Widerstandes läge, an der die Nation sich zu einem Kriege entschließen müsse. Ist es z. B. die Behauptung des derzeitigen Status von Westberlin, an dem nicht gerührt werden darf? Kennedy geht es um etwas ganz anderes, Neues, bisher für utopisch Gehaltenes. Es geht ihm um Bewegung, um Evolution, um die Auflockerung der versteiften Lage, um die Änderung des status quo mit seinen unerträglichen Spannungen. Es geht ihm um eine große politische Initiative der USA, mit der nicht nur der Westen, sondern alle Völker mitgerissen werden sollen im „Mut" nicht allein zu einer „neuen Politik", vielmehr zum Überschreiten der Schwelle in ein neues Zeitalter; was alles etwas überschwenglich und utopisch erscheinen mag, aber bei näherem Zusehen schon einen guten Sinn hat. Es geht ihm aber auch — und darin stimmt er mit den Forderungen der Republikaner, insbesondere des kritischen Republikaners Nelson Rockefeller überein — um die volle, mit dem Einsatz der ganzen Kraft der Nation erreichbaren Stärke und Macht der Vereinigten Staaten. Aufschluß über das, was Kennedy plant, gibt das, was nach Alsop die Schlüsselnote in dem von ihm geführten Wahlkampf war: die offene und aufrichtige Beschreibung der wirklichen Lage Amerikas in der Welt, um dadurch die anscheinend unerschütterliche nationale Selbstgefälligkeit zu überwinden. Niemand, der seinen persönlichen Erfolg über alles andere stellt, wäre ein solches Risiko eingegangen, die amerikanische Selbstgefälligkeit herauszufordern. Kennedy tat es. Es war ein großes Risiko, das er um der Sache willen, um der Erneuerung und Verjüngung der Nation willen einging. Allein dies schon hebt ihn weit über das Niveau seines Gegners und des gewöhnlichen Maßes des Politikers hinaus. Diese Grundnote des Wahlkampfes, die Erörterung des Prestigeverlustes der Vereinigten Staaten und die Gründe dafür, muß man festhalten, wenn man sich darüber Klarheit verschaffen will, was von der künftigen Politik Kennedys zunächst zu erwarten sein wird und was ihr Fernziel ist.

3.

Weder Überlebenwollen, noch die Aufnahme der Herausforderung der bolschewistischen Welt im Wettstreit um die beste, ergiebigste Wirtschaftsverfassung, noch das Ringen um die Gefolgschaft der aufsteigenden neuen Nationen, weder allgemeiner Wohlstand noch selbst Friede könnte für sich allein als das eigentliche nationale Vorhaben gelten, um das sich die Nation, und um diese wiederum in weiterem Ringen andere Nationen zusammenschließen könnten. Das ist die

Grundansicht Kennedys. Was die Hilfe für die aufstrebenden Nationen anlangt, so sollte das, was Amerika allenfalls jetzt um der Herausforderung des Bolschewismus willen zu tun bereit sei, um seiner selbst willen getan werden. Was das Überlebenwollen anlangt, so habe noch keine Nation ihr Lebensrecht in bloßer Verteidigung gewonnen. Die amerikanische Nation sei immer aufgeschlossen für neue Versuche gewesen. Unbeschwert von feudalem Erbe und dem toten Gewicht von Kastengeist, Ständedünkel und überlebter Tradition sei sie immer für kühne Abenteuer bereit gewesen. Sie habe immer zum Optimismus über ihr eigenes Schicksal und die Zukunft geneigt. Immer hätten sich an dem Horizont der Nation weitere Grenzen entfaltet. Damit ist das Schlüsselwort für die neue Politik gegeben: die neuen, die weiteren Grenzen, ein neuer Horizont; eine dem Amerikaner vertraute Vorstellung, ein Appell an noch im Innern lebendige Kräfte und Erinnerungen an persönliches Ringen. „Neue Grenzen"; gewiß nicht im politischen Sinne zu verstehen als Expansion, als Einbeziehung weiterer Interessensphären, sondern im geistigen Sinne. Nicht sich der veränderten Welt zögernd anzupassen gilt es, sondern in der geistigen Führung zu bleiben, nicht in der technischen allein, oder an der Spitze des Wohlstandes zu stehen. Nicht die neuen Grenzen eines „Zeitalters des Überflusses" sind es, um die es geht, wie ein Senator mißversteht; nicht um den „dream of plenty", den Traum der Fülle, um die Eroberung der Armut, des Hungers, der Krankheit in der Welt geht es. Was Kennedy im Sinne hat, ergibt sich aus der, als moralische Forderung dem amerikanischen Bürger geläufigen Aufgabe, an der Verwirklichung einer immer „vollkommeneren Union" zu arbeiten. Es ist die Zeit für den Schritt aus der Sphäre der eigenen Nation heraus, die Verwirklichung der vollkommeneren Union in den weiteren Grenzen eines gemeinsamen Lebensraumes aller Nationen zu wagen. Daraus folgt, daß ein Nebeneinander, die bloße Koexistenz isolierter Nationen nicht mehr ausreicht, um den Frieden zu gewinnen. Die Lage erfordert die Befürwortung und Förderung jedes Versuches der Kooperation der Nationen. Der Westen kann nicht länger vor einer Kooperation mit den bolschewistischen Nationen zurückschrecken. Grob gesprochen, war die Republikanische Partei mit Nixon für die Erhaltung des prekären Gleichgewichtes, wie es zur Zeit besteht. Die Demokraten dagegen bekennen, daß ein Gleichgewicht nicht anders als in ständig neuer Anpassung an die sich unaufhaltsam verändernde Weltlage zu bewahren sei und deshalb, wenn dies auch zunächst noch immer neue Rüstungsüberprüfungen und -aufwendungen erfordert, im Endziel, auf das sich die gegenwärtige Politik einzustellen habe, durch eine neue Art der Zusammenarbeit zu ersetzen sein wird. „Unsere Stellung in der Welt", erklärte der neue Präsident in Washington, „hängt von der Stärke und unseren Erfolgen ab, Wege zu finden, um eine ehrenhafte Kooperation zu fördern", und Wayne Morse, der ältere demokratische Senator von Oregon, erläuterte diesen entscheidenden Punkt der Kennedy'schen Konzeption mit dem Satz: „Wir müssen uns für eine auswärtige Politik einsetzen, die ein System internationaler Gerechtigkeit durch die Herrschaft des Gesetzes vertritt." „Die amerikanische Nation ist nicht allein durch die Todeswaffen bedroht, sondern auch durch das Fehlen von Ziel und Vorhaben", sagte Kennedy. Dies nun solle fortan Ziel und Vorhaben sein.

So etwa sieht der Kern der Kenedy'schen politischen Konzeption aus, die in den dokumentierten Äußerungen während der Wahl zwar noch nicht klar zum Ausdruck gekommen aber doch im Umriß deutlich geworden ist. Es versteht sich von selbst, daß dies noch nicht das Knochengerüst einer realen Politik ist, sondern allenfalls als Richtungspunkt, auf den hin die Politik auszurichten ist, gelten kann. Als politische Idee ist das gewiß nichts Neues, aber als Maxime des praktischen politischen Handelns könnte es wohl die entscheidende Wendung zum

Guten in der Weltlage herbeiführen und die Hoffnung auf Frieden und haltbare Lösungen auch solcher umstrittener Fragen wie die Zukunft Berlins und das Schicksal des ganzen deutschen Volkes neu beleben. Dem skeptischen Europäer mag der angedeutete Gedankengang zu vage und durch Moral und allzu betontes amerikanisches Sendungsbewußtsein getrübt und unseriös erscheinen. Er, insbesondere der inmitten seines „goldenen Wunders" sitzende Bundesdeutsche ist geneigt, nichts anderes mehr wichtig zu nehmen als den materiellen Erfolg. Aber das amerikanische Gemeinwesen lebt allem äußeren Anschein eines hemmungslosen Materialismus und Erfolgsstrebens zum Trotz im letzten doch immer noch aus moralischen und ideologischen Impulsen und schöpft aus ihnen, wenn darauf hin richtig angesprochen, seine fast unbegrenzten Kräfte. Alles wird darauf ankommen, wie nun die politische Strategie und Taktik, wie die einzelnen Probleme einer Lösung näher geführt werden sollen. Entscheidend wird vor allem sein, wie diese Vertretung eines Systems internationaler Gerechtigkeit in der zu erwartenden amerikanischen Initiative vorgetragen werden soll, ob als der einigende Ruf zum Zusammenschluß über die bisher bestehende Spaltung hinweg oder ob nur zur Wiederherstellung des amerikanischen Prestiges und zur Stärkung der Einheit der „freien Nationen". Es wäre wohl wichtig, auf Grund der bereits zu den einzelnen Problemen getanen Äußerungen des Präsidenten zu untersuchen, wie er im Raum des praktischen Handelns vorzugehen gedenke. Es liegen bereits einige Äußerungen vor; solche, die man im Hinblick auf Entspannung und Frieden als positiv, und solche, die man als negativ oder im Widerspruch mit dem großen, eigentlichen Vorhaben bezeichnen muß. Es erscheint indessen verfrüht, ja unfair, bereits eine kritische Bewertung versuchen zu wollen, und auf solche Äußerungen Gewicht zu legen, die in der Hitze des Wahlkampfes gefallen sind, mit allen Übertreibungen und unvermeidlichen Entgleisungen, die einem in der Debatte entschlüpfen. Es ist dabei etwa an solche Äußerungen gedacht wie die Kennedys über die Unterstützung konterrevolutionärer Bestrebungen durch die USA, um Fidel C a s t r o in Cuba zu stürzen; etwas, das schwerlich im Ernst von Kennedy gemeint sein kann. Wir denken indessen auch an Verlautbarungen wie über die Unvermeidlichkeit, dem kommunistischen China den ihm zukommenden Sitz in den UN einräumen zu müssen, und solche wie über die nicht zu haltenden küstennahen Inseln der Formosa-Straße, Andeutungen, deren politische Tragweite noch nicht abgeschätzt werden kann. Widerspruchsvoll im Hinblick auf das eigentliche Ziel und Vorhaben sind Äußerungen über die Zukunft der Nato und die „kollektive Stärke und Einheit der freien Nationen", auf der sich die „beste Hoffnung für den Frieden" gründe. Unklar ist die Tragweite der Erklärung, die Herausforderung der kommunistischen Welt in jedem Punkt annehmen zu wollen und ihr zu begegnen. Positiver ist die Betonung der engen Verbindung zwischen den außenpolitischen und innenpolitischen Aufgaben. „Unsere Außenpolitik kann nicht besser sein als unsere innere Politik", sagte Henry J a c k s o n, der demokratische Senator von Washington. Fest steht im Grunde nur als Positivum die Bereitwilligkeit zu einer baldigen Gipfelkonferenz. Fest steht aber auch der entschlossene Wille, alle noch vorhandenen Lücken und fehlenden Elemente in einem ausgewogenen Gleichgewicht aller Waffen einer modernen, für alle Eventualitäten im Augenblick bereiten Wehrmacht zu füllen und zu beschaffen und die volle Energie und immense Produktionskraft der USA dafür einzusetzen. Zweifelhaft ist die Bedeutung der bekundeten Absicht, so bald als möglich in neue Abrüstungs- und Kontrolldiskussionen einzutreten; wobei es sich fragt, ob der von Chrustschow in New York formulierte Appell für einen Kompromiß, Sowjetrußland würde die von den USA vorgeschlagenen Kontrollen annehmen, wenn der Westen dem Sowjetplan für die Abrüstung selbst zustimmte,

zur Grundlage für wirklich ernst gemeinte Diskussionen ins Auge gefaßt worden ist. Fest steht wiederum die Absicht, den aufstrebenden Völkern Afrikas, Asiens und vor allem in der eigenen westlichen Hemisphäre, den lateinamerikanischen, nicht nur mit ein paar Tropfen, nicht nur mit der Spende des als schwere Bürde von einem in das andere Jahr weitergeschleppten überschüssigen Farmproduktes für die hungernden Massen, sondern wirkungsvoll und für Jahre mit zu Buch schlagenden Investitionen und Beihilfen helfen zu wollen. Erst kürzlich hatte Adlai Stevenson seine Besorgnis über die in den zwanzig lateinamerikanischen Nationen herrschende prärevolutionäre Unrast zum Ausdruck gebracht und die Notwendigkeit schneller und wirksamer Hilfe an dem Aufbau dieser Länder dargelegt, was allerdings nicht mit einer einmaligen Spende von 500 Millionen Dollar zu bewerkstelligen ist, wie Eisenhower angeregt hatte, sondern Kapitalinvestierungen in der Größenordnung von jährlich mindestens zwei Dollarmilliarden auf lange Zeit erfordert. Ob es dazu kommen wird und kommen kann angesichts der vermehrten Rüstungskosten, ist eine Frage, die noch völlig im Dunkeln liegt. Nicht weniger dunkel ist die wirkliche Stellungnahme des neuen Präsidenten in der Berliner Frage und zu dem Problem eines Friedensvertrages für Deutschland.

Das ist ein Bild voller Widersprüche; es sind Vorhaben, die sich zum Teil auszuschließen scheinen, jedenfalls vorläufig auf keinen gemeinsamen Nenner gebracht werden können, so daß es besser ist, abzuwarten, bis sich die Lage geklärt hat und man nicht mehr in Versuchung steht, den Propheten spielen zu müssen, anstatt ein vorsichtiger Analytiker zu sein. In einigen Punkten wird man sich indessen schon jetzt besorgt zu fragen haben, in was sich denn diese „neue" Politik von der „alten" unterscheide, worin der neue Geist, die neue Ära bestehe. Und hier wäre denn auch der Punkt, an dem ein paar Worte am Platze sind, um den im Anfang geäußerten Zweifel näher zu begründen, ob der neue Präsident schon den furchtbaren Ernst und den unerbittlichen Zwang der Lage im vollen Umfang ihrer Folgen erfaßt und seine Vorhaben und Ziele zu der Höhe der Anschauung gebracht und geklärt habe, um der Welt endlich das Maß an Friede und Sicherheit zu gewähren, ohne das sich der Mensch schließlich zu irrationalen Akten der Verzweiflung hinreißen läßt, aber auch um sich von den Widersprüchen in seiner großen Vision einer „Ordnung unter dem Gesetz" freizumachen, die, wenn wir sie überhaupt richtig verstanden haben, gegenwärtig noch wie Nebelwolken die Sicht des Hochgebirges verdecken. Um das recht zu verstehen, was hier gemeint ist, muß noch einmal weiter ausgeholt und auf das Hauptthema in der Wahldiskussion zurückgegriffen werden, den Prestigeverlust Amerikas in der Welt und seine angeblichen und wirklichen Gründe. Präsident Eisenhower konnte kaum erwarten, ernst genommen zu werden, als er während des Wahlkampfes sagte, das Problem bestünde überhaupt nicht. Es besteht, und zwar als ein sehr ernst zu nehmendes Symptom nicht so sehr für die niemals beständige Popularität, über die man sich wohl hinwegsetzen könnte, als für einen objektiveren Vorgang, die im letzten Jahrzehnt immer stärker sich als ein Grundzug der großen revolutionären Umgestaltung der Welt abhebende E r o s i o n der Macht des Westens. Zu einem Teil stehen hinter dieser Erosion Vorgänge, die sich der Beeinflussung durch die Politik der von ihnen betroffenen Mächte entziehen. Zu einem anderen Teil ist sie die natürliche rückläufige Bewegung auf die unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg weit über jedes richtige und dauernd zu vertretende Maß hinausgehende Ausdehnung des Einflußbereich der USA. Zu einem beträchtlichen Teil ist sie jedoch auch die Folge einer einsichtslosen Politik, die halsstarrig zu halten versuchte, was man hatte, ohne rechtzeitig zu erkennen, daß die bisherigen Formen und Weisen der Einflußnahme nicht mehr der Lage entsprachen und die gegenteilige Wirkung hervorriefen, insbesondere wenn man

sich dabei ungeeigneter sozialer Elemente, absinkender ehemals feudaler Gesellschaftsschichten, kleiner und großer Tyrannen bediente, um seinen Einfluß zu behaupten. Daß die USA Grund und Boden verloren habe, sei keine Frage, hatte Chester Bowles, der Preiskommissar unter Roosevelt und ehemalige Botschafter in Indien, für die Demokraten gesagt. Was aber hinter diesem Prestigeverlust stünde, hatten die Republikaner offenbar nicht verstanden. Die „schweigende Revolution", so benennt ein anderer Kommentator die wirkliche, hinter den Wandlungen der Welt allgemein und der Erosion des Machtbereiches des Westens im besonderen stehende Kraft. Das populäre Alibi, fährt er fort, den Kommunismus für alles das zu brandmarken, sei ungefähr dasselbe wie: Typhusepidemien den Demokraten oder Juden in die Schuhe zu schieben, statt das Trinkwasser zu untersuchen. Nicht die kommunistische Propaganda hat die politische Unrast geschaffen. Umgekehrt vielmehr ist diese Propaganda nur dort wirksam, wo bereits prärevolutionäre Unrast besteht. Der Bolschewismus ist nicht der Anstifter, sondern der Nutznießer dieser Unrast infolge der politischen Versäumnisse und Fehler der Westmächte. Die Geschichte der 50er Jahre ist so die Geschichte der Versäumnisse seitens des Westens, die Größe der Wende rechtzeitig zu erkennen und ihr durch eine angemessene Außenpolitik Rechnung zu tragen. Das sind einige Stimmen der amerikanischen Selbstkritik, die erst jetzt mit dem neuen Präsidenten in die Zentren der politischen Willensbildung zu dringen beginnen.

Aber in welcher Weise wird sie diese zu bestimmen suchen? Was ist die Antwort Kennedys selbst auf diesen unbestreitbaren Grundzug in der politischen Existenz des Westens? Das Prestige ist nicht unmittelbar wieder herzustellen. Es kann sich nur als Folge einer anderen Politik allmählich von selbst wieder einstellen. Damit aber geraten Funktion und Bedeutung des Kennedy'schen Konzeptes der „weiteren Grenzen", einer „neuen Ära" und eines Systems der „Gerechtigkeit unter der Herrschaft des Gesetzes" in die Gefahr, mißdeutet zu werden, oder müssen überhaupt anders aufgefaßt werden als dies hier geschehen ist. Wie? Ist diese neue politische Konzeption nur gedacht, um die Machtposition Amerikas wieder herzustellen und neu zu begründen? Soll sie, um es grob zu sagen, den politischen sexappeal Amerikas aufwärmen? Ist das des Pudels Kern? Noch ist nirgends deutlich und klar zum Ausdruck gebracht worden, daß sie der Überwindung der Gegensätze, der Förderung einer allseitigen Kooperation und der Grundlegung eines dauerhaften Friedens dienen soll. Wir kommen zum Kern der Sache: Kennedys Konzeption könnte sehr Verschiedenes besagen. Sie kann ein fruchtbares Element der Entspannung werden; sie kann aber auch ein neues Kampfmittel in dem Ringen auf Tod und Leben mit den bolschewistischen Nationen sein. Wir wissen es nicht, als was sie wirklich verwandt werden soll. Darum ist die Warnung am Platz, daß, wenn die Maxime einer „Ordnung unter dem Gesetz" nur als werbende Idee für den festeren Zusammenschluß der „freien Völker" und den weiteren Ausbau des von Amerika geführten Bündnissystems gelten soll, dies unweigerlich zu einer Verschärfung des Kalten Krieges und zur fruchtlosen Abnutzung einer politischen Idee führen müßte, auf die sich die letzten Hoffnungen der Menschheit auf eine schließlich doch noch mögliche vernünftige Ordnung gründen. Die Vermutung ist nicht ganz unbegründet, daß schließlich und endlich von dem kreißenden Berg nur die kleine Maus einer neuen „Rückroll-Politik" geboren wurde.

Eine Rechtsordnung der Nationen gründen zu helfen, kann wohl die Berufung einer Nation sein, und die Vereinigten Staaten würden gewiß an Statur wie im Prestige immens wachsen, wenn sie sich zu einer solchen in ihrer realen Politik bekennen würden. Aber ihre Verwirklichung kann nicht im Ausschluß mächtiger

Nationen und als Kampfmittel gegen sie gelingen. Nicht aus dem Bündnissystem der Westmächte und als Privilegierung der zu ihm Gehörigen kann sie erwachsen. Sie muß als die eigenste Aufgabe der Vereinten Nationen, der UN, in der Entwicklung zu ihrer eigentlichen Gestalt versucht werden. Sie kann nicht durch den Druck einer überlegenen Machtgruppe erzwungen und Zögernden von außen über die widerspenstigen Köpfe gestülpt werden; sie kann allein wie jedes dauerhafte Gemeinwesen, und wie es jetzt der neue Präsident in der Wiederherstellung der nationalen Einheit Amerikas versucht, durch „persuasion" und „consent", durch gewinnendes Überzeugen und freiwillige Zustimmung verwirklicht werden. Ein gewiß schwieriges, langwieriges Vorhaben, das Geduld und Duldung erfordert. Ähnliches gilt für die Hilfsaktionen zur weltweiten Beseitigung von Hunger, Armut, Krankheit und Unwissen. Auch sie müssen in den UN zusammengefaßt und von dem Odium befreit werden, daß sie nicht um der Sache selbst willen, sondern um des Einflusses einzelner Nationen willen getan werden. Andernfalls wird aus den Bemühungen, einander den Rang abzulaufen, nur noch größeres Unheil entstehen als durch die frühere Aufteilung der Welt in Kolonialgebiete. Die jüngsten Ereignisse in Afrika haben gezeigt, welche Gefahren hier auf Schritt und Tritt für alle Nationen lauern. Es soll hier gewiß nicht gesagt werden, daß die neue Politik des künftigen Präsidenten in diesen, hier als verhängnisvoll angedeuteten Linien bereits festgelegt worden sei. Aber es scheint, daß sie wohl in diese Linien abgedrängt werden könnte. Am fragwürdigsten erscheint in diesem Zusammenhange der große Nachdruck, der in der Wahlkampagne von den Demokraten auf die Lücken und Fehler in der Aufrüstung mit der Ankündigung gelegt wurde, Amerika wieder zu der stärksten Militärmacht zu machen, wie es das vor dem Bruch des Atomwaffenmonopols durch Rußland gewesen ist. Gewiß kann in der gegenwärtigen kritischen Situation nur die starke Nation Verhandlungspartner sein. Aber es ist der Ton, der die Musik macht. Es ist zuviel des Nachdruckes, der auf die bessere Aufrüstung gelegt, und zu wenig des, der auf die notwendige Abrüstung verwandt wurde. Wohl ist es notwendig, für den Fall voll gerüstet zu sein, daß es zu einer Verständnigung nicht käme. Aber es scheint, daß dieser Ausgang bereits als zu gewiß oder gar wünschenswert angenommen wurde. Auf das Problem der Abrüstung soll hier nicht eingegangen werden. Das Kürzeste und Treffendste zu den bisherigen Bemühungen äußerte wohl N e h r u in New York mit dem Satz, es sei klar, daß eine Abrüstung ohne Kontrollen kein ausführbarer Vorschlag sei, — aber noch klarer sei es jedenfalls, daß Kontrollen ohne Abrüstung bedeutungslos seien. Uns will auch scheinen, daß weder vom neuen Präsidenten noch von anderen Wahlrednern klar und unmißverständlich genug der unlösbare Zusammenhang der Abrüstung mit allen anderen Problemen betont worden sei, der Abrüstung und der bisherigen militärischen Paktsysteme sowohl mit der Berliner Frage wie einem deutschen Friedensschluß, wie mit anderen brennenden Problemen, und vor allem mit der Vertretung eines „Systems der Gerechtigkeit unter dem Gesetz" — mit den Worten des Senators Morse.

Dazu wäre noch ein letztes zu sagen: Ein System internationaler Gerechtigkeit durch die Herrschaft des Gesetzes läßt sich nicht allein durch Abrede und Verträge, durch Beschluß und Verkündigung schaffen. Es muß ihm ein System der Machtbeziehungen zu Grunde liegen, in dem bereits die schwierigsten Konfliktstoffe und Rivalitäten kontrollierbar gemacht worden sind. Die Realität der Macht und Machtbeziehungen im politischen Leben der Völker ist schlechterdings nicht abzuschaffen, wohl aber kann sie durch ein System ausgewogener Gegengewichte und wechselseitiger Kontrollen geordnet werden. Deshalb bedarf es, neben einem Rechtssystem der Nationen eines solchen „systems of checks and

balances". Es ist die Voraussetzung für das erstere und zugleich die Grundlage eines dauerhaften Friedens. Es ist befremdlich, daß dieser, gerade dem amerikanischen Politiker aus der Gründungsgeschichte seines Gemeinwesens eigentlich so naheliegende Gedanke eines organisierten Machtgleichgewichtes in seiner wichtigen Bedeutung für eine Überwindung der Zweiteilung der Welt und eine dauerhafte Entspannung und Befriedung nicht aufgegriffen worden ist, auch nicht von dem so intelligenten und belesenen neuen Präsidenten. Uns scheint die Vernachlässigung des fruchtbaren Prinzips der Gliederung der Nationen zu Gruppen in wohl abgewogener Trennung und Verbindung ein großer Schaden zu sein. Wir erinnern uns, diesen Gedanken, wenn auch nicht in seiner vollen Bedeutung in Verbindung mit dem Prinzip der Neutralität, nur bei dem früheren demokratischen Staatssekretär Sumner W e l l e s angedeutet gefunden zu haben. Es scheint, daß erst im rein pragmatischen Prozeß des Aufstieges neutraler Mächte zu einem bestimmenden Faktor, wie dies bei der letzten UN-Tagung in New York so offensichtlich an den Tag kam, die Aufmerksamkeit der Politiker für dieses unentbehrliche Element einer Friedens- und Rechtsordnung gewonnen werden soll. Es brennt uns noch eine Fülle anderer Fragen über die lebens- und zukunftswichtigen Probleme auf der Zunge, auf die weder der neue Präsident, noch andere Wahlredner, noch die demokratische „Plattform" Auskunft gaben: Das Problem der Zukunft der UN, die in eine Krise, wie wir hoffen, eine fruchtbare Wachstumskrise geraten sind; vor allem aber die eigentliche Gewissensfrage, ob und wie weit die Idee der Vorherrschaft und Alleingeltung der eigenen Ordnung aufgegeben und der Erkenntnis Platz gemacht hat, daß nicht nur die bisher einander ausschließenden Ordnungen des Westens, sondern möglicherweise andere, neue neben- und miteinander werden leben müssen. Wir wollen uns mit der begründeten Hoffnung bescheiden, daß ein so intelligenter, unvoreingenommener, auf weiten Gebieten unterrichteter und elastischer Mann wie Präsident Kennedy gewillt und fähig sein wird, dort, wo zur Zeit noch Lücken oder Irrtümer in seiner Konzeption sein sollten, sich selbst zu korrigieren. Es geschehen keine Wunder in der Politik. Wir werden sie weder von dem neuen amerikanischen Präsidenten noch von einer neuen Gipfelkonferenz erwarten dürfen. Wohl aber hat die Wahl und die Person des Gewählten die Wiederaufnahme der Verhandlungen, die der Entspannung dienen sollen, erheblich erleichtert. Der Friede ist eine langfristige Aufgabe, die nur in Bruchstücken hier und da, in einzelnen Zügen dort und hier, in unvollkommenen, aber zur Zeit praktisch wirksamen, wenn auch nicht für die Dauer gültigen, sondern immer aufs neue verbesserungsnötigen Einzelheiten bewältigt und allmählich zu einem großen Ganzen gestaltet werden kann. Darum bedarf es nicht nur des Mutes zu einem Beginn, sondern des langen Atems und der Geduld zur Ausdauer. Gewiß ist eines: die amerikanische Nation ist gewillt, neue Risiken einzugehen, die auf dem Wege zu einer friedlichen Lösung der großen Weltprobleme liegen. Sie ist bereit, die „challenge", die Herausforderung, die die neue Ära an alle Nationen richtet und von allen ein revolutionäres Umdenken verlangt, anzunehmen und darauf zu antworten.

William Warbey, M.P.

Der Kampf für die Abrüstung

Die neue Dringlichkeit der Abrüstung

Vor 150 Jahren träumte Zar Alexander von der Einführung einer ewigen Friedensregierung durch allgemeine Abrüstung und einem Einverständnis der Mächte, Streitigkeiten durch Verhandlungen beizulegen. Seit damals gab es zwei europäische Kriege, Kolonialkriege und zwei Weltkriege. Wir hatten ein Einverständnis der Mächte, einen Völkerbund und die Organisation der Vereinten Nationen. Nach Beendigung der Kriege gab es eine Reihe von Friedenskonferenzen. Die letzte von ihnen dauerte in dieser oder jener Form mit Unterbrechungen und einer langen Pause von 1950—1954 beinahe 15 Jahre. Jetzt hat das Wettrüsten einen neuen Intensitätsgrad erreicht und Gewalt oder Drohung der Gewalt schwebt noch über den internationalen Streitigkeiten.

Ist Abrüstung demnach nur der Traum eines Idealisten — eine Illusion, bestimmt, immer durch die rauhe Wirklichkeit der Machtpolitik zerstört zu werden? Sind die Hindernisse — gegenseitige Angst, nationaler Ehrgeiz, militärische Unversöhnlichkeit — letzlich unüberwindlich?

Die letzten Erfahrungen scheinen diese pessimistische Ansicht zu rechtfertigen. Doch glücklicherweise ist die vergangene Erkenntnis ein unsicherer Wegweiser für die Zukunft. Tatsache ist, daß sich die ganze Beschaffenheit des Problems innerhalb der letzten zwanzig Jahre geändert, und zwar dramatisch geändert hat. Krieg als Mittel zur Erreichung menschlicher Ziele — wenn auch nur der primitivsten — wurde zuerst unnötig, dann gefährlich und schließlich unmöglich. Es gibt vier vollkommen neue Aspekte des Problems, die verantwortlich für die Veränderung sind: Erstens haben das Ergebnis der menschlichen wissenschaftlichen Entdeckungen und der Beginn der gegenseitigen Hilfe zwischen Menschengruppen und Nationen zum Zwecke des Überlebens dem mörderischen Kampf im Grunde ein Ende bereitet. Alle Nationen verlieren durch einen Krieg mehr als sie durch ihn gewinnen. Zweitens drohen durch die Geschwindigkeit der Kommunikation, das Wesen der modernen Waffen und die weltweiten Interessen der größeren Mächte alle Konflikte global zu werden. Drittens machen die Atomwaffen den Untergang der menschlichen Rasse in einem globalen Konflikt mehr als wahrscheinlich und die Vernichtung der Bevölkerung in weiten Gebieten der Welt sicher. Viertens, Atomwaffen, Flugzeuge mit Überschallgeschwindigkeit, Raketen und Radar schaffen die Möglichkeit eines globalen Krieges, hervorgerufen durch einen Zwischenfall oder Zufall, ohne daß noch Zeit bliebe für weitere Gedanken.

Neue Aussichten für die Abrüstung

Alle diese gänzlich neuen Aspekte eines Krieges geben einen unendlich größeren Impuls als jemals zuvor, nach einer Lösung der Probleme einer universellen Abrüstung zu suchen. Die Führer können nicht länger hoffen, „außerhalb des Kampfes" zu stehen, denn persönlich sind sie genauso von ihm betroffen wie ihre Völker. Die Menschen selbst sind alle davon betroffen wie nie zuvor; jeder Mann, jede Frau und jedes Kind sind sich ihres wahrscheinlichen Schicksals bewußt. Ebenso sind alle Länder gefährdet. Niemand kann hoffen, den Folgen eines globalen Kampfes zu entgehen, auch dann nicht, wenn sie kein Interesse an einem Konflikt haben. Alle Länder und deren Bevölkerung haben daher ein unmittelbares Interesse, den Ausbruch eines Krieges zu verhüten. Krieg, Abrüstung und die friedliche Schlichtung von Streitigkeiten sind nicht länger die Frage einiger

Staatsmänner, einiger Großmächte. Frieden ist nun das größte aller universellen Probleme, das zu demokratischer Handlung aufruft.

Neue Ziele für die Abrüstung

Die Gefahr einer atomaren Kriegführung fordert, daß die Ziele einer Abrüstung höher gesetzt werden müssen als je zuvor. Die Abrüstung muß vollkommen und allgemein sein: das heißt, sie muß sich ohne Ausnahme auf jedes Land in der Welt erstrecken, und sie muß sich auf alle Typen der Streitkräfte und auf jede Waffentype beziehen. Herkömmliche Bewaffnung muß eingeschlossen sein wie auch atomare Bewaffnung, da der Ausbruch eines Krieges mit herkömmlichen Waffen innerhalb eines Jahres zu einem Atomkrieg führen würde, gleich, ob alle Atomwaffen vorübergehend zerstört wurden oder nicht. Kein Land kann davon ausgenommen werden, weil irgendein Land, auch ein kleines, einen neuen Krieg beginnen könnte, der zu einem allgemeinen Konflikt werden müßte.

Wenn die Abrüstung vollständig und allgemein sein soll, abgesehen von Militär für interne Zwecke, dann müssen zur Verhütung einer heimlichen Wiederaufrüstung Mittel gefunden werden. Dies verlangt die Schaffung einer internationalen Polizeistreitmacht unter internationaler Kontrolle, bereit, jederzeit zu handeln und den Friedensbruch zu verhüten.

Hindernisse der Abrüstung

Wenn die Abrüstung nun so allgemein gewünscht wird, warum wurde sie nicht erreicht? Welches sind die Hindernisse, die bleiben?

Obwohl der Krieg ein Werkzeug der nationalen Politik war, wird er heute allgemein als wirkungslos und als Selbstvernichtung betrachtet. Es gibt aber noch einige Nationen, deren Führer oder zukünftige Führer bereit sein könnten, das Risiko eines Versuches auf sich zu nehmen, ihre Ziele durch Anwendung von Gewalt zu erreichen. Es gibt zum Beispiel den ungelösten israelisch-arabischen Konflikt, irredentistische Ansprüche Westdeutschlands, den internationalisierten Aspekt der Feindseligkeiten zwischen Peking und Tschiang-Kaischek und den Kampf zwischen Schwarz und Weiß in Südafrika. Zwar werden die Kämpfe innerhalb der Grenzen gehalten, doch repräsentieren sie bei einer Nichtexistenz der Abrüstung und einer Weltfriedensaktion mögliche Quellen der Gefahr, so wie die Spannung sich durch das Anwachsen der Feindseligkeiten zwischen solchen, die mit Aggression drohen, und denen, die die mögliche Aggression fürchten, verschlimmert.

Wir können auch nicht die Möglichkeit ausschließen, daß in diesem oder jenem Land durch wirtschaftlichen Tiefstand oder durch ein Gefühl nationaler Enttäuschung ein neuer Hitler zur Macht gelangt, der gewillt ist, die gesamte Welt in Trümmer zu legen, um seine wahnsinnigen Ambitionen zu erreichen. Die wirkliche Existenz dieser Möglichkeit, so entfernt sie auch in diesem Augenblick scheint, führt zur Dringlichkeit des Abrüstungsfeldzuges.

Wir müssen auch der Tatsache ins Gesicht sehen, daß viele nationale Führer — de Gaulle zum Beispiel — den Waffen treu bleiben, als Symbol des Prestiges und der Macht. Obgleich sie verstandesgemäß damit übereinstimmen würden, daß Krieg nicht länger ein Instrument der nationalen Politik sein kann, sind sie dennoch unfähig, einer Welt ins Auge zu sehen, auf welche sie Einfluß nehmen wollen, ohne ihre Worte mit einem Aufwand von Tanks, Raketen und Atombomben unterstützen zu können. Diese anachronistische Haltung ist besonders für die militärischen Führer charakteristisch und ist ein furchtbarer Hemmschuh bei der Abrüstung. Das größte Hindernis der Abrüstung jedoch ist das klare Moment der militärischen Bereitschaft. Dies ist ein neuer Zug der modernen Welt, der den

neuen Aspekten des Krieges selbst entspricht: der weltumfassende Charakter der Konflikte und der Charakter der neuen Waffen, die eine sofortige Entscheidung und Handlung fordern. Die Schwungkraft des Prozesses wird durch die ideologischen Konflikte des kalten Krieges genährt und gestützt, der durch das offene Wettrüsten verschärft worden ist.

Die Entwicklung sieht man am klarsten am Beispiel der Nato. Die Nato entwickelte sich aus einer altmodischen Verteidigungsalliance — ein Vertrag gegenseitiger Hilfe im Falle einer Aggression — in ein Werkzeug einer großzügigen militärischen Mobilisation: eine Kriegsmaschine, bereit, sofort zu handeln, mit ihren militärischen Führern, die fortwährend die Strategie und Taktik eines tatsächlichen Krieges planen, die bis heute ständig immer mehr Waffen fordern und die immerfort so denken, sich so betragen und sprechen, als ob der mögliche Feind jeden Augenblick zuschlagen würde!

Diese Entwicklung vertiefte die psychologischen und politischen Wirkungen. Sie hält eine ständige Atmosphäre der Spannung und Angst aufrecht. Sie fördert Angst, Feindseligkeit und reziproke Handlung bei der entgegengesetzten Seite. Sie führt zu vorherrschend militärischem Denken und zu militärischer Führerschaft in den unabhängigen Ländern.

In New York gab Mr. Chrustschow kürzlich den Journalisten einen enthüllenden Bericht über eines seiner Gespräche mit Präsident Eisenhower in Camp David. Er sagte: „Präsident Eisenhower fragte, wie die Angelegenheiten in meinem Lande stünden, und er sagte: „Hier in den Vereinigten Staaten kommt das Militär zu mir, um meine Bestimmungen für die Produktion einer bestimmten Waffentype zu fordern. Der Präsident sagt gewöhnlich: Nein. Ich habe kein Geld, das ich euch geben könnte. Darauf sagen jene Militärdelegierten: „Wenn Sie uns das Geld für jene Waffen nicht geben, werden uns die Russen, die so viel Geld für dieselbe Sache spenden, eines Tages einholen." „So geben wir ihnen das Geld, um zu verhüten, daß uns die Russen einholen." Er fragte mich, wie es mit uns sei. Ich sagte: „Ebenso". (Times 27. 9. 60).

Keine bessere Beschreibung wurde jemals über den Zirkelschluß des Wettrüstens gegeben und die Art und Weise, wie die Militärmacht die politischen Führer beherrscht!

Es sind die militärischen Führer, die bis heute in erster Linie dafür verantwortlich sind, daß die Atomkonferenzen versagt haben. Dr. Anthony Nutting, ein früherer Abgeordneter dieser Konferenzen, sprach von den Militärs als „grauen Schatten" hinter den vorzüglichen Delegaten der Konferenz. Der Times-Korrespondent berichtete am 3. Juni 1960 vom „allmächtigen Einfluß des Pentagon auf die amerikanische Außenpolitik." Der Einfluß des Pentagon wird auf verschiedene Arten ausgedrückt: Die Gegenwart sei niemals die richtige Zeit, die Abrüstung zu beginnen, da Amerika gerade dabei sei, die Russen einzuholen oder zu überholen. Die Nato-Verpflichtung erfordere ein gewisses Minimum an Rüstungsbestand zur Instandhaltung der Stützpunkte und zur sofortigen Bereitschaftstätigkeit ... Als ein Parlamentsmitglied die britische Regierung fragte, warum sie nicht mit der Herabsetzung der Truppenstärke, die von den Russen vorgeschlagen wurde, übereinstimme, obwohl sie ursprünglich im englisch-französischen Memorandum im Juni des Jahres 1954 vorgeschlagen worden war, erwiderte darauf der Staatsminister: „Aus dem einfachen Grund, daß eine Herabsetzung auf 1,5 Millionen Mann zum Beispiel bei den Vereinigten Staaten, wie mir berichtet wurde, bedeuten würde, daß die USA ihre Verpflichtungen in Europa nicht länger einhalten könnten, und das könnte einen Bruch der Nato-Verteidigungsstruktur bedeuten." (Hansard 7. 5. 56; cols. 843—844). Kein Kommentar ist nötig, denn dies zeigt alles!

Jedoch, wenn die militärischen Führer sich selbst dazu bringen könnten, die Abrüstung ernsthaft zu betrachten, haben sie eine Bedingung, die allen Fortschritt illusorisch macht: in einem gewissen Stadium des Abrüstungsprozesses muß das genaue Gleichgewicht auf jeder Seite bewahrt werden. Da dies eine mathematische Unmöglichkeit ist, ist ein Stillstand gewiß.

Der gegenwärtige Lauf der Abrüstungsverhandlungen

Auf diesem Hintergrund betrachten wir die Nachkriegsentwicklung der Abrüstungsverhandlungen. In der günstigen Atmosphäre der ersten Nachkriegsperiode und bald nach dem Atomabwurf in Japan verfaßte die Generalversammlung der Vereinten Nationen bei ihrem ersten Treffen in London im Jahre 1946 eine Resolution, unterstützt von allen fünf Großmächten, die nach dem Verbot aller Atomwaffen und aller Waffen der Massenvernichtung riefen, mit Kontrolle der Atomenergie und der Garantie, sie nur für friedliche Zwecke zu verwenden. Bald stieß die Atomenergiekommission mit dem kalten Krieg zusammen, der bereits begonnen hatte. Die Amerikaner legten den ausgezeichneten Baruch-Plan vor, der die gesamte Atomenergie der Welt unter internationale Kontrolle stellen sollte. Jedoch die bestehenden atomaren Einrichtungen und die Atombombenbestände der Vereinigten Staaten würden erst dann unter Kontrolle gebracht werden, wenn die Kontrolle vollständig überall in der anderen Welt durchgeführt worden wäre. Auf diese Weise hätten die Vereinigten Staaten sich ihr Monopol der Atomkraft für eine Anzahl von Jahren sichergestellt, und es ist daher kaum verwunderlich, daß die Russen einen solchen Vorschlag klar ablehnten.

Inzwischen begann im Jahre 1947 die Arbeit der Kommission für allgemeine Abrüstung. Hier, beinahe unverzüglich, wurden zwei entgegengesetzte Ansichten ausgesprochen, die später alle Diskussionen beherrschten. Die Sowjet-Union schlug eine unverzügliche Herabsetzung eines Drittels aller Aufrüstung und aller bewaffneten Streitkräfte der Großmächte vor, der andere Länder durch ähnliche Herabsetzungen folgen sollten. Die Westmächte erwiderten mit einem Plan der Zählung aller bewaffneten Streitkräfte und der Aufrüstung und einer Beglaubigung der Zählung durch eine Prüfungsgruppe, nach welcher die wirkliche Abrüstung beginnen könne. Die Sowjetunion lehnte diesen Plan von Grund auf ab mit der Begründung, daß „ohne vorhergehende Übereinstimmung über die Herabsetzung der Waffen und bewaffneten Streitkräfte und über das Verbot der Atomwaffen jede Zählung sinnlos wäre und nur dazu dienen würde, militärische Auskünfte zu erhalten."

Das Argument des Westens ist: „keine Abrüstung ohne vorherige Kontrolle"; das der Russen: „keine Kontrolle ohne vorherige Abrüstung". Diese Thesen wurden in endlosen Variationen während der später ermüdenden und häufig unterbrochenen Verhandlungen wiederholt und man hörte sie neulich ebenso in den Reden Eisenhowers und Chrustschows auf der UNO-Generalversammlung von 1960. Jedoch gab es Zeiten, wo es schien, daß beide Seiten ein Übereinkommen erzielen würden. Das war die günstige Gelegenheit am 10. Mai 1955, als die Russen die ganze Substanz der englisch-französischen Vorschläge für herkömmliche und atomare Abrüstung annahmen, eingeschlossen die über die weitreichenden Grenzen der Kontrolle. Mr. Nutting, der britische Delegierte, sagte bei dieser Gelegenheit: „Wir haben einen Fortschritt gemacht, den ich mir nicht einmal träumen ließe". Schon innerhalb von einigen Tagen wurde die Konferenz vertagt, um der Delegation der Vereinigten Staaten zu ermöglichen, „die neue Situation zu studieren", und als die Konferenz wieder zusammentrat, zogen die westlichen Delegierten ihre eigenen Vorschläge wieder zurück.

Eine ähnliche Situation entstand 1960, als die Russen Mr. Mochs Vorschlag akzeptierten, daß die Abrüstung mit der Abschaffung der Atomwaffenherstellung beginnen solle. Der Delegierte der Vereinigten Staaten war verwirrt und still, bis er daran dachte, Mr. Sorin zu fragen, warum er nun die Herabsetzung der herkömmlichen Streitkräfte auf einen späteren Zeitpunkt des Sowjet-Planes verwiesen habe. Mr. Zorin erklärte, das diene dazu, die sowjetischen Vorschläge denen des Westens anzunähern. Falls jedoch die westlichen Delegierten irgendwelche konkreten Vorschläge für die Herabsetzung der herkömmlichen Streitkräfte an erster Stelle hätten, wäre er bereit, sie sofort zu diskutieren. Darauf gab es keine westliche Erwiderung.

Doch unter der Auswirkung der wachsenden Erkenntnis von der Unmöglichkeit eines Krieges wurde ein realer Fortschritt gemacht. Seit zwei Jahren gab es keine Atomwaffentests, und die Möglichkeit existiert noch, ein Abkommen zu erreichen, das nicht nur Tests für immer verhindern, sondern auch einen bahnbrechenden Plan der Inspektion und Kontrolle festlegen kann. Mr. Chrustschow erklärte, — „trotz des russischen Spazierganges hinaus aus Genf" — wiederholt, daß die Abrüstung das wichtigste internationale Problem und die Sowjetunion bereit sei, alle nötigen Kontrollen zur wirkungsvollen Durchführung der Abrüstungsvorschläge zu akzeptieren und zu garantieren. Beide Seiten stimmen über den Gegenstand der vollständigen allgemeinen Abrüstung überein, und zwar, daß diese von der Schaffung einer internationalen Polizeimacht unter der Kontrolle der Vereinten Nationen begleitet sein muß. Staatsmänner stimmen in ihrem Willen, zu einer Einigung zu gelangen, überein, obwohl sie nicht oder noch nicht in der Lage sind, den Plan zu verwirklichen.

Es ist klar, daß ein großes Hindernis immer noch übrig bleibt, und zwar „der graue Schatten" der militärischen Führer des Pentagon und vielleicht ebenso des Kreml. Es sind die Industriellen, die das Pentagon unterstützen, weil sie ein begründetes Interesse am Wettrüsten haben, und einige andere Gruppen, die die ökonomischen Folgen einer wirkungsvollen Abrüstung fürchten. Die vereinigte militärisch-kapitalistische Opposition ist zu stark für die politischen Führer der westlichen Allianz. Westliche Zähigkeit provoziert und ermutigt die schwierigen Elemente in Moskau und Peking, und der Stillstand ist daher vollständig.

Ein neuer Impuls für die Abrüstung

Dieser Stillstand kann nur durch einen neuen Impuls von außen gebrochen werden, der nicht von den beiden feindlichen Hauptlagern ausgeht. Jene, die innerhalb der Lager wirkliche Abrüstung suchen, müssen unterstützt, ermutigt und durch Druck von außen zur Tätigkeit gebracht werden. Glücklicherweise ist der Anfang bereits gemacht. Eine ungeheure historische Entwicklung beginnt sich vor unseren Augen anzubahnen. Die unabhängigen Völker Asiens, Afrikas und im wachsenden Maße Lateinamerikas haben bereits an Zahl und Einfluß so zugenommen, daß sie bei den Vereinten Nationen dominieren.

Das amerikanische Monopol der Vereinten Nationen ist gebrochen, ein kommunistisches Monopol ist unmöglich. Nicht nur, daß die unabhängigen Nationen das Gleichgewicht halten, sondern auch um ihre Unterstützung wird eifrig von beiden Lagern geworben. Was immer die Unterschiede in vielen Fragen auch sind, in der Forderung nach einer Beendigung der atomaren Kriegsbedrohung, wirksamer Abrüstung und Beendigung der Versuche, die ganze Welt in zwei feindliche Lager zu spalten, darin sind sie sich einig. Die Initiative von Nehru, Nkrumah, Nasser, Tito und Sukarno, die ein Treffen zwischen Eisenhower und Chrustschow fordert, ist ein Beispiel ihres neugegründeten Vertrauens und ihrer Bestimmung. Sie könnte eine Macht sein, die die Militaristen

besiegen und eine gemeinsame Basis zwischen den entgegengesetzten Kräften schaffen könnte.

Es besteht kein Bedürfnis nach neuen Abrüstungsplänen. Die schon vorgebrachten enthalten alle nötigen Bestandteile, aus welchen ein annehmbares und durchführbares Programm der Abrüstung verfaßt werden kann; und zwar ein fortlaufendes, terminiertes Programm der Vernichtung aller atomaren Waffenlieferungen, die gleichzeitige Herabsetzung der herkömmlichen Streitkräfte, die fortschreitende Auflösung der fremden Stützpunkte, angemessene Kontrollmaßnahmen in jedem Stadium und schließliche Eliminierung aller Streitkräfte und Aufrüstungen, die nicht für die interne Sicherheit erforderlich sind, und deren Vertretung durch eine internationale Polizeimacht unter Kontrolle der Vereinten Nationen. All das, was nun nötig ist, ist der politische Wille, das Programm anzunehmen und durchzuführen. Ein neuer Abrüstungsausschuß sollte aufgestellt werden, bestehend aus fünf Abgeordneten aus jedem der feindlichen Blöcke, fünf Abgeordneten der unabhängigen Nationen. Es sollte der Auftrag gegeben werden, ein Abrüstungsprogramm zu verfassen, das einer Sonder-Versammlung der Vereinten Nationen zu unterbreiten wäre, welche in 6 Monaten einberufen werden sollte. In dieser Versammlung sollte die Chinesische Volksrepublik ihren rechtsmäßigen Platz als Mitglied einnehmen. Ich bin fest davon überzeugt, daß auf diesem Wege ein Übereinkommen erreicht werden kann — denn dies ist zweifelsohne der überwiegende Wunsch von 99,9 % der Bevölkerung der ganzen Welt!

Herbert Stubenrauch

Militärisches Abenteuer oder Revolution der Politik?

„Wenn die Menschen das Furchtbare nicht mehr fürchten, dann naht das große Fürchterliche."
(Lao Tse)

1

Immer düsterer werden die Bilder, die am politischen Horizont in Deutschland heraufziehen: Die „Verteidigungsausgaben" sind mit weit über 12 Milliarden DM pro Jahr zum alles überschattenden Ausgabenposten des Bundeshaushaltes geworden. Allein für Wehrforschung wird mehr Geld ausgegeben als für die Förderung der zivilen Forschung und Wissenschaft insgesamt. Die Denkschrift der Generale spricht eine brutal offene Sprache. Sie ist ein politisches Dokument, das den „Ernstfall" als Normalfall propagiert und Verhandlungen überhaupt nicht mehr erwähnt. Noch nie zuvor — bis auf die Jahre kurz vor dem zweiten Weltkrieg — wurden in Deutschland so hektische Kriegsvorbereitungen unternommen wie heute. Notdienst-, Luftschutz- und Bundesleistungsgesetz garantieren, daß jeder waffenfähige Bürger für den Kriegsfall herangezogen werden kann. Täglich wird über das gesprochen und geschrieben, was im Kriegsfall zu tun sei: wie lang der Dauerton der Luftsirenen bemessen sein soll, der die Entwarnung (!) nach einer Atombombenexplosion verkündet, wieviel Lebensmittel die Hausfrauen vorsorglich für den Kriegsfall einkaufen sollen — mit welcher Tarnfarbe man sein Auto versehen soll und wo man es im Kriegsfalle abzugeben hat. All

dies ist als planmäßige psychologische Vorbereitung auf den Kriegsfall gedacht und soll die Bevölkerung an den Gedanken des Ernstfalls gewöhnen.

Morgen wird unser Staat in der Lage sein, „billige" Atomwaffen selbständig herzustellen, und General Speidel, der Altbewährte, spricht öffentlich von der neuen Nato-Strategie, nach der künftig Deutschland „an den östlichen Ausläufern Mitteleuropas" (!) verteidigt werden soll.

Die Führer der Vertriebenenverbände sprechen lauthals von der Wiederinbesitznahme der Gebiete jenseits Oder-Neiße und haben gänzlich vergessen, daß jeder Rechtsanspruch auf diese Gebiete zusammen mit dem Naziregime in der bedingungslosen Kapitulation von 1945 untergegangen ist. Die strikte Weigerung dieser Leute, mit Polen und den anderen östlichen Nachbarvölkern über die anliegenden Fragen zu verhandeln — denn nur und einzig durch Verhandlungen ist irgend etwas zu verändern — spricht Bände über die tatsächlichen Hintergründe der sogenannten „Vertriebenenpolitik".

2

Im Inneren der Bundesrepublik ist die Restauration allmächtig geworden. Fast alle entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen sind in den Händen einiger Weniger vereinigt. Die noch wirksame innenpolitische Opposition wird durch Verketzerung und Diffamierung immer mehr eingeschüchtert, die große Presse putscht täglich neu den Antikommunismus auf und verbreitet die politische Ignoranz unter der Bevölkerung. Der Bundeskanzler erhält ein privates Fernsehprogramm — auf den Universitäten hat das große Kesseltreiben gegen unabhängig denkende und handelnde Professoren und Studenten eingesetzt, die Meinungs- und Lehrfreiheit soll eingeschränkt werden — : Ein Land, das zum Frontland eines (kalten) Krieges geworden ist, hat die Einheitsfront der gleichgeschalteten Krieger gebildet! Wer sich dem entgegenstellt, wer dafür eintritt, daß der Friede in jedem Fall erhalten werden muß, ist (kalter) „Kriegsverbrecher", potentieller Landesverräter und in jedem Fall ein Konspirant des Feindes.

All das tritt mit dem Anspruch der Selbstverständlichkeit auf, hat sich mit dem Begriff „staatsbürgerliches Bewußtsein" identifiziert und ist, als könnte es gar nicht anders sein, bei den meisten zu einem „notwendigen" Bestandteil der Demokratie geworden. Der politische Katholizismus und die „Moralische Aufrüstung" sind bemüht, diesem Zerrbild einer Demokratie den notwendigen ideologischen Hintergrund zu geben, und die evangelische Kirche, angewiesen auf die Protektion des Staates, gibt ebenfalls ihren Segen dazu.

So geschieht es dann, daß in unserer Demokratie der Akt der echten Freiheitswahrnehmung als antidemokratisch bestraft wird (z. B. Hagemann, Riemeck), mit dem Hinweis auf die Aufgabe, „Freiheit" zu verteidigen. Der Vergleich zu der Behandlung der französischen Opposition unter dem Regime de Gaulle ist hier höchst aufschlußreich: Wer sich in Frankreich kritisch zur Algerienpolitik der Regierung äußert und dem Krieg in Algerien aktiv Widerstand leistet, wird, wie in den letzten Wochen vielfach geschehen, als Landesverräter eingekerkert. Was in Frankreich „Befriedung" Algeriens genannt wird, hat in der Bundesrepublik seine Parallele in dem Begriff der „Befreiung" der DDR und der Ostgebiete. In beiden Ländern wird Wiedervereinigung als gewaltsamer Anschluß verstanden.

3

Die innen- und außenpolitische Opposition ist in unserem Staate nicht mehr parlamentarisch vertreten; im Parlament hat sich die „Gleichschaltung" aller auf eine politische Linie — spätestens mit der Debatte vom 30. Juni 1960 — stillschweigend vollzogen. An Stelle des unüberhörbaren Protestes, der jetzt das

völlige Scheitern der Adenauerschen Politik hätte zeigen können, rückte die SPD so nahe an die CDU heran, daß sie nun deren totalen Zusammenbruch mitverantworten will und muß. Die Rolle des Gerichtsvollziehers, zu der die parlamentarische Opposition jetzt berufen wäre, hat sie mit der eines Teilhabers vertauscht, der noch kurz vor dem Bankrott in das schon ruinierte Unternehmen eintritt. Die FDP hat es ebenfalls vorgezogen, sich im Gefolge der Großen anzusiedeln und wird ebenso wie die Sozialdemokraten diese sträfliche Verkennung der wirklichen Aufgaben und Realitäten bitter bezahlen und verantworten müssen.

Für diejenigen jedoch, die sich dennoch nicht gleichschalten lassen wollen und nicht willens sind, dem Beispiel der SPD in die Selbstaufgabe zu folgen: für sie liegt das Notstandsgesetz bereit, das alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellt und die Exekutive dazu ermächtigen soll, sämtliche entscheidenden Grundrechte außer Kraft zu setzen und somit jeden, der sich nicht zur Politik der großen Einheitspartei bekennen will, für unbegrenzte Zeit und ohne richterlichen Haftbefehl ins Zuchthaus zu stecken. Die Regierung war sich bei der Konzeption des Notstandsgesetzes anscheinend darüber im klaren, daß durch die Fortführung ihrer Politik und die hemmungslose Aufrüstung — auch wenn es, allein durch ein Machtwort der großen Mächte oder mit dem Durchbruch der neuen politischen Kraft, nicht zum Krieg kommen sollte — die dritte Inflation mit Sicherheit heraufziehen wird. Den daraus folgenden inneren Unruhen will die Regierung durch Einsatz von Militär gegen streikende und demonstrierende Arbeiter begegnen. Somit erhält die Regierung durch das Notstandsgesetz die Möglichkeit, ihre gescheiterte und absurde Politik bis hinein in die innere und äußere Katastrophe fortführen zu können.

Fast von selbst versteht sich bei einer solchen Politik, daß sich die Förderung von Forschung und Wissenschaft, das Schul- und Universitätsleben weitgehend in einer permanenten Krise befinden und ständig am Rande des Erträglichen ausgehalten werden; die Bundesrepublik ist im Laufe der Jahre mehr und mehr im Schul- und Bildungswesen zu einem „unterentwickelten Land" geworden.

Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit, eine großzügige und weitschauende „Hilfe zur Selbsthilfe" für die Entwicklungsgebiete der Erde, ist zu einer völlig vernachlässigten Angelegenheit geworden, und man überlegt jetzt erst — an Stelle einer Einschränkung des ungeheuerlichen Militärhaushaltes! — wie man dem Verbraucher noch zusätzlich für diesen Zweck eine Sondersteuer auferlegen kann!

4

Mit diesen dürren Sätzen ist die Lage innerhalb der Bundesrepublik jedoch nur unvollkommen gekennzeichnet. Hunderte von Einzelsymptomen, die Tag für Tag — wir brauchen nur die Zeitung aufzuschlagen — uns immer mehr erschrecken, passen genau in das Gesamtbild: die verhängnisvolle Situation ist eingetreten, daß die Regierung eher bereit zu sein scheint, den Atomkrieg vorzubereiten und zu riskieren, als eine gescheiterte Politik zu revidieren.

Gleichzeitig und zwangsläufig muß sie aber dabei die Demokratie abbauen, da sie sonst nicht den irrsinnigen Kampf gegen Realität und Vernunft ungestört weiterführen könnte. Das Schlimmste, was in Europa nach der Katastrophe von 1945 geschehen konnte, hat sich somit schon ereignet: beide deutsche Teilstaaten stehen sich in absoluter Frontstellung gegenüber: wenn die Welt an Deutschland denkt, denkt sie wieder an Krieg — innerhalb dieses zerschlagenen und gefallenen Landes haben die Keime des neuen Krieges alles überwuchert, und von Stunde zu Stunde wird es wahrscheinlicher, daß hier der atomare Massenmord entfesselt wird.

5

In Westdeutschland ist die erneute Preisgabe des Versuchs einer Demokratie dabei unvermeidlich. Die rücksichtslose Weiterführung des Kalten Krieges und die Vorbereitung des Heißen Krieges erzeugen notwendig eine undemokratische Gleichschaltung auf allen Gebieten. So gibt man vor — oft im guten Glauben —, den Totalitarismus unter der Fahne der Freiheit bekämpfen zu wollen, wird dabei aber selber totalitär und verbündet sich mit anderen totalitären Regimen wie etwa Spanien, Portugal, Formosa und Frankreich. Daß diesem „totalitären Antikommunismus" Demokratie und Freiheit — ja sogar das Leben der ganzen Menschheit — geopfert werden soll und er mehr und mehr faschistische Züge annehmen muß, liegt in der menschenverachtenden Natur dieser Denkweise begründet. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß man als „kalte Krieger" auch diejenigen willkommen heißt, die sich schon einmal unter dem Hitler-Regime als militärische oder andere Funktionäre im „Kampf gegen den Bolschewismus" bewährt haben.

An dieser Stelle stehen wir jetzt, im Herbst 1960: Vor uns liegen die düstere Zukunft eines totalitär aufgefüllten Staatsapparates (den wir dann nicht mehr vor dem Totalitären im anderen Gewande zu schützen brauchen) und die große Kapitulation in der Gestalt des atomaren Untergangs. Die Politik, die nicht dem Frieden, sondern lediglich der (kalten) Kriegsführung dient, schafft fortwährend neue Tatsachen, die den heißen Krieg unausweichlich machen. Der schlechthin undenkbare Atomkrieg wird als einzig „reale" politische Möglichkeit einkalkuliert und die Inquisition als demokratische Wirklichkeit praktiziert.

Ein Student, der in der DDR scharf verfolgt wurde und jetzt hier in der Bundesrepublik studiert und bei diesem Studium die bittere Wirklichkeit der demokratischen Praxis erfahren konnte, charakterisierte unsere innenpolitische Situation sehr treffend mit folgenden Worten: Das, was in der DDR als offener Terror erschien, finde ich hier in der BR als schleichendes Gift wieder. Den offenen Terror kann man aber deutlich erkennen und ihm klar Widerstand leisten, das schleichende Gift jedoch dringt so unmerklich in die Poren ein, daß man ihm oft freiwillig keinen Widerstand mehr leistet und dann schließlich auch nicht mehr leisten kann.

6

Verantwortung und Chance

Den Menschen in der Bundesrepublik, die angesichts einer solch bedrohlichen Lage noch fähig sind, klaren Kopf und einen entschlossenen Willen zu behalten, fällt jetzt eine ungeheuere Verantwortung zu. Die Zeit drängt. Morgen schon kann die Atombombe fallen. Es kommt alles und ausschließlich und ‚einseitig' nur darauf an, daß sie nicht fällt. Jeder weitere Tag, an dem die Bundesregierung ungestört ihre Politik fortsetzen kann, macht es wahrscheinlicher, daß sie fällt! Wie aber können die Einsichtigen das verhindern, was müssen sie tun, wo sind die Ansatzpunkte und die Aufgaben?

Eins muß ihnen allen klar sein: der Krieg ist der einzige wirkliche Feind der Menschheit und die Erhaltung des Friedens die Vorbedingung für alles weitere. Es muß, koste es, was es wolle, gelingen, den Frieden zu garantieren. Damit dies aber gelingt, ist es unbedingt notwendig, daß nicht nur die zum Kriege führende Außenpolitik unserer Regierung, sondern gleichzeitig die diese Politik abdeckende Innenpolitik gestoppt wird, die mehr und mehr die Demokratie verfälscht. Wenn es also gelingt, die Demokratie vor jeder Usurpation von seiten der Regierung zu schützen, dann ist schon der Mechanismus des

kalten Krieges unterbrochen und eine entscheidende Schlacht für die Erringung des Friedens gewonnen.

Ist eine wirkliche Demokratie hergestellt, dann wird auch einsichtig, daß zum Schutz der Demokratie nach außen hin nur die Mittel herangezogen werden können, die dem menschlichen und geistigen Gehalt der zu schützenden Werte gemäß sind. (Eine Demokratie, eine Freiheit und ein Abendland, die mit dem Mord von Millionen Menschen geschützt werden sollen, haben eine ebenso niedrige ethische Qualität wie eben dieser Massenmord!)

Wenn dies alles klar ist, wird der Blick frei für die einzig reale Alternative, die darin besteht, die geschichtliche Wirklichkeit unserer Tage ernst zu nehmen — mit allen Konsequenzen — und dafür zu arbeiten, daß die verschiedenen Gruppen in dieser Welt zusammen in einen friedlichen Wettbewerb eintreten müssen, bei dem die einzig echte Perspektive heißen muß: von der Koexistenz zur Kooperation.

7

Die Bundesregierung unternimmt, wie oben skizziert, alle erdenklichen Anstrengungen, um diese Perspektive auszulöschen, und bewegt sich immer schneller und bedrohlicher auf den Abgrund des totalen Untergangs zu. Dieser Prozeß läuft mit der wohlorganisierten Präzision einer Maschine ab, die von einem Milliardenaufwand von Geld, von staatlicher Macht und Propaganda getrieben wird. Es wird also darauf ankommen, ob es den einsichtigen Kräften gelingt, den weiteren Ablauf dieser Maschine zu bremsen und zum Stillstand zu führen und einer auf Koexistenz, Frieden, Vernunft und Demokratie gegründeten Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Das ist eine ungeheuer große Aufgabe, und ihre Bewältigung scheint fast aussichtslos zu sein angesichts der blanken Macht der Herrschenden und der Lethargie großer Bevölkerungsmassen, die mit verschränkten Armen dabeistehen, wenn vor ihrer aller Augen die Untergangsvorbereitungen getroffen werden. Aber es kann und darf keinen Zweifel geben: Wir alle sind verpflichtet, unser Menschenmögliches zu tun, um diese Aufgabe zu bewältigen!

8

Angesichts der gezeichneten Lage fragen sich viele Deutsche in allen Lagern, was jetzt getan werden muß und getan werden kann. Es muß, darüber sind sich alle Einsichtigen im klaren, eine neue politische Kraft zum Durchbruch kommen, deren vordringlichste und elementarste Aufgabe darin besteht, den Frieden, d. h. die Verhinderung der auf uns zukommenden Katastrophe zu garantieren. Auf Grund einer heillosen Kette von Fehlern und einer permanenten Verkennung der geschichtlichen Realität ist die Politik der Bundesregierung in eine Sackgasse hineingesteuert worden, in der es nur noch zwei Möglichkeiten gibt: entweder die Gasse wird durch ein militärisches Abenteuer gesprengt, oder die Politik zieht sich Schritt für Schritt aus ihr wieder heraus und schlägt einen neuen, freien und hoffnungsvollen Weg ein, einen Weg, der sowohl den Interessen des deutschen Volkes als auch dem Bedürfnis aller Völker nach Frieden zu dienen vermag. So wird unsere Aufgabe deutlich: die Mächtigen unter allen Umständen, koste es, was es wolle, daran zu hindern, den Ausbruch aus der Sackgasse mittels eines atomaren Krieges zu versuchen und gleichzeitig gemeinsam und entschlossen den neuen Weg aufzuzeigen und zu praktizieren, der unsere einzig reale Zukunftsmöglichkeit darstellt. Eine friedliche Chance hat Deutschland nur, wenn Deutsche, deren Unabhängigkeit für den Westen wie für den Osten gleichermaßen überzeugend ist, den Kampf für ein unabhängiges Deutschland als einen Beitrag zu einem unabhängigen Gesamteuropa proklamieren und beginnen.

9

Bisher hat die deutsche Politik unendlich viel dazu beigetragen, die Feindschaft und Spannungen zwischen den beiden Fronten in der Welt zu vergrößern. Diese Politik hat unser Volk in diese lebensbedrohende Sackgasse hineingeführt, und um aus ihr, hart am Rande des Abgrundes, wieder herauszufinden, müssen wir zunächst allen Maßnahmen des kalten Krieges scharf entgegentreten und die ‚panische Angst' vor dem ‚Erzfeind' im Osten überwinden. Wir wissen, daß diese künstlich geschürte Angst bei den meisten in unserem Volk größer ist als die vor dem drohenden Atomkrieg. Da das deutsche Volk mit Recht kein bolschewistisches Gesamtdeutschland haben will, können A d e n a u e r und seine Gefolgsleute ihre Politik auf diese glatte Ablehnung gründen und sie bis zur selbstmörderischen Katastrophe weitertreiben. Die Bemühung dieser Leute, trotz aller Einsicht, den begrenzten Krieg zu propagieren und der Bevölkerung durch Luftschutz und ähnliche Dinge eine gewisse Beruhigung zu suggerieren, zeugt von der Vorstellungswelt derjenigen, die wohl begriffen haben, daß die Weiterführung ihrer Politik den Krieg (ob begrenzt oder nicht) schwerlich vermeiden kann. Einer Politik, die an einer solchen Stelle angelangt ist, bleibt anscheinend wirklich keine andere Alternative mehr übrig, als die dumme Frage zu stellen: lieber rot als tot — lieber tot als rot? Wer eine solche Alternative überhaupt aufstellt und sie ernsthaft diskutiert, beweist damit sein ‚beschränktes' politisches Denken und die lebensgefährliche Situation, in der ihn dieses Denken am Ende der Sackgasse aufschreckt. Hier muß die neue Kraft ansetzen, an dieser Stelle muß sie unüberhörbar und unverlierbar mit dem Anspruch der einzig friedlichen und realistischen Alternative auftreten und alle Einsichtigen zu dem einen Ziel hin sammeln: Heraus aus der Sackgasse, Hände weg vom Krieg und hin zu dem unabhängigen Deutschland in einem unabhängischen Gesamteuropa.

10

Es gilt die kleine Entspannung, die kleine Abrüstung im mitteleuropäischen Raum zu verwirklichen, die bis zur Stunde von den Verantwortlichen unserer Regierung unter Hinweis auf die große Abrüstung und große Entspannung verhindert worden ist. Es kommt aber alles darauf an, den Zirkel des west-östlichen Treibens überzeugend zu durchbrechen und in Verbindung mit allen geeigneten Kräften der Welt die Aufspaltung des Globus in einen russischen und amerikanischen Machtblock zu beenden. Deutschland steht als Nahtstelle dieser Blöcke vor der klaren Alternative: entweder den Teufelskreis von Haß, Erzfeindschaft und Kriegsvorbereitungen bis zum tödlichen Ende weiter zu beschreiten oder den „gigantischen Sprung in den Frieden" zu wagen und den einzig gangbaren und vernünftigen Weg der Entspannung, der Entmilitarisierung und der Koexistenz einzuschlagen, der allein die Überwindung der Zonengrenze und die Wiedervereinigung der beiden Provisorien zu einem unabhängigen Deutschland ermöglichen wird.

11

Eine wirksame und aussichtsreiche neue politische Kraft muß ganz elementar ansetzen: der geistig-moralische Niedergang unseres Volkes hat schon auf allen Gebieten verheerende Früchte gezeitigt. Der Abbau der Demokratie ist schon erschreckend weit fortgeschritten. Es wird darauf ankommen, die D e m o k r a t i e vor jedem Zugriff totalitärer Praxis entschlossen zu verteidigen, die Gewissensfreiheit, die Meinungs- und Lehrfreiheit, die Pressefreiheit und alle anderen Grundrechte zu schützen, die Verfolgung Andersdenkender zu unterbinden und es den Mächtigen nicht zu gestatten, selbstherrlich und zynisch totalitär zu handeln und dabei Demokratie zu spielen.

Wir müssen uns auf die Kraft und Energie unserer geistigen, gesellschaftlichen und politischen Substanz — es gilt, sie zunächst einmal neu zu bestimmen — besinnen und dabei wissen, daß einzig diese Kräfte zählen werden für die Welt der Zukunft und es von ihnen abhängt, inwieweit diese Welt von der Achtung der Würde und des Wertes der Menschen und der Respektierung seiner verantwortlichen Freiheit bestimmt sein wird. Wir müssen an den Beweis glauben, den die Geschichte dafür erbringen wird. Dazu aber ist Vorbedingung, daß die Geschichte überhaupt weitergeht und nicht in dem Selbstmord der Menschheit endet.

12

Wir haben gesehen, daß der Abbau der Demokratie unter dem Druck der wachsenden Kriegsbereitschaft einerseits und die rücksichtslose Weiterführung des kalten Krieges zusammen mit der hektisch betriebenen Aufrüstung und totalen Militarisierung andererseits unser Land in die fürchterlichste Bedrohung der Geschichte geführt hat. Wer diese Zeichen zu deuten weiß, der kann nicht einen Tag länger mit gleichgültiger Miene zusehen, wie das Unheil seinen Lauf nimmt. Er wird selbstverständlich mit all den ihm zur Verfügung stehenden Kräften dieser apokalyptischen Perspektive entgegenwirken und der neuen Kraft als der wahren und einzigen letzten Chance zum Durchbruch verhelfen.

Angesichts der Tatsache, daß das gewählte P a r l a m e n t weitgehend untätig zusieht, wie die lebensgefährliche Entwicklung der Innen- und Außenpolitik der Regierung Adenauer das Land überflutet, ja, wie es diesen unglaublichen Prozeß noch ausdrücklich legalisiert — angesichts all dessen kann es keinen Zweifel mehr geben, daß ein blindes Vertrauen auf die väterliche Sorge des Parlaments für das Wohlergehen des Staates in dieser Situation eine sträfliche Verkennung der Realität bedeutet. Daher müssen wir uns zwingend neben dem Bestehen auf der echten Funktion des Parlamentes auch auf die außerparlamentarischen Möglichkeiten stützen. Die Arbeit, die zu leisten ist, muß in erster Linie vorparlamentarisch einsetzen und darf keinesfalls die Aufgabe einer neuen politischen Partei — die diese neue Kraft parlamentarisch vertreten soll — überbewerten. Wenn das Parlament in Ordnung sein soll, dann muß zunächst das außerparlamentarische Leben gesund und stark sein. Hier gilt es, ganz elementar anzufangen und gleichzeitig alle Kräfte aus allen Lagern zu einem politischen Instrument zu sammeln. Wird aber das vorparlamentarische Leben nicht verändert und gelingt es nicht, ein neues politisches und menschliches Bewußtsein zu schaffen — eine Reformation, eine Revolution im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Denken —, dann vermag auch keine neue politische Partei unsere Zukunft maßgebend und dauerhaft zu verändern.

13

Das Ziel ist klar vor Augen: Es kommt darauf an, den Sorgen des Ostens wie des Westens überzeugend zu begegnen und es der Sowjetunion und den USA zu ermöglichen, „ja" zu einem unabhängigen Deutschland in einem à la Rapacki entspannten Gesamt- (und nicht karolingischen) Europa zu sagen, das freundschaftliche Beziehungen zu beiden Seiten pflegt, den Entwicklungsländern entscheidende Hilfe gibt und sich mit ihnen im Kampf für Entspannung und Frieden verbündet. Angesichts der lebensbedrohenden Situation, in der wir uns, alle in einem Boot, befinden, und der n o c h offenstehenden hoffnungsvollen Perspektive, kann es keinen Zweifel geben, daß jeder, gleich, ob Christ (es wäre deren vornehmste Aufgabe!) oder Atheist — ob Wirtschaftsmanager oder Hilfsarbeiter, ob konservativ, liberal oder sozialistisch denkend, ob alt, ob jung, jetzt in dieser Stunde aufstehen muß, um seine Stimme für die Vernunft und für seine elementarsten Lebensinteressen zu erheben. Wir sind alle im gleichen Maße „Betroffene"

und zu dem neuen Weg verpflichtet. Eine Erkenntnis gibt uns die nötige Hoffnung zu dieser Arbeit: Es ist augenscheinlich, daß in dem Maße, wie die Entspannung im globalen Rahmen Fortschritte macht, der Druck im Inneren der Bundesrepublik (kalter Krieg, Verketzerung usw.) zunimmt. Wir wissen, wie geschickt und böswillig versucht wird, der neuen Kraft in der Bundesrepublik den Boden zu entziehen, und können daher auch wissen, in welchem Maße die Entspannung in der Welt schon an Boden gewonnen hat.

14

„Es ist erstaunlich, daß sich die Gesellschaft nicht wie ein Mann erhebt, wenn das Wort Krieg ausgesprochen wird!" (Guy de Maupassant). Sollte es nicht doch möglich sein, daß sich angesichts des schrecklichsten Krieges, den die Menschheit je erleben wird, die Gesellschaft wie ein Mann erhebt? Es bleibt uns keine andere Wahl, als allen Mut und alle Entschlossenheit hartnäckig auf das eine Ziel zu lenken, in letzter Stunde, fünf Minuten vor zwölf, die Stimme der Vernunft so stark und unüberhörbar werden zu lassen, daß unser Volk vor dem „großen Fürchterlichen" gerettet wird.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß 1946 wurde in einem Urteil u. a. festgestellt: „Die Tatsache, daß ein Angeklagter auf Befehl seiner Regierung oder seines Vorgesetzten handelte, schließt seine Schuld nicht aus." Unsere demokratische Verfassung verpflichtet uns zum Kampf für die Rechte des Menschen, seine Würde und Freiheit. Sie fordert von uns den Aufstand gegen den geplanten Massenmord ebenso wie den gegen die totalitäre Verfälschung der Demokratie. Wer an diesem Kampf nicht teilnimmt, wer auf sein Engagement für die Sache des Friedens freiwillig verzichtet, indem er sich auf den Befehl seiner Regierung beruft — wer das Kommando seiner vorgesetzten Behörde ernster nimmt als die Stimme des eigenen Gewissens: der macht sich mitschuldig wie nie zuvor!

Noch ist Zeit zu diesem aktiven Widerstand; noch sind die Würfel nicht endgültig gefallen. Die Militärs und ihre Helfer sind hektisch bei der Arbeit — es wird alles darauf ankommen, das Lager der Einsichtigen zeitig genug so stark zu machen, daß den Böswilligen keine Chance mehr bleibt!

Heinz Abosch

Der entzauberte Zauberer

Die dreißig Monate, in denen de Gaulle Frankreich regiert, sind gleichbedeutend mit der Zeit fortschreitender Ernüchterung und täglich zunehmender Enttäuschung. Wie nach einem Rausch erwacht die Nation und fragt: Ist es nur das? Ist das der große Zauberer, der Wunder tun sollte? In der Tat haben sich seine Kunststücke als Tricks erwiesen, denen die Wirkung versagt blieb. Als die Repräsentanten der Vierten Republik dem General die höchste Verantwortung anvertrauten, atmete die Mehrheit des Landes erleichtert auf. Wie während des Krieges würde er von neuem den Weg weisen und die unentwirrbar gewordene Krise meistern. Zufrieden waren die Politiker, die Mollet, Pflimlim, Gaillard und Co., weil sie auf leisen Sohlen die Szene verlassen konnten; zufrieden waren die Militärs, die nun glaubten, den Algerienkrieg ungehindert

fortführen zu können; zufrieden war die Mehrheit des Volkes, die, der ewigen Kabinettsstürze überdrüssig, hoffte, daß der große Mann schon irgendeine Lösung finden werde. Zwar wußte niemand, welcher Art diese Lösung sein würde — oder besser: jeder stellte sich darunter etwas anderes vor —, aber im Augenblick der akuten Gefahr, die der Mai-Putsch heraufbeschworen hatte, dachte keiner sehr weit. Für fast alle handelte es sich darum, auf die gegebene Situation zu reagieren: die Metropole wollte dem Bürgerkrieg entgehen, während die Putschisten die Genugtuung hatten, der Vierten Republik, die mit Pflimlim Konzessionen in der Algerienfrage zuzuschlittern schien, den Todesstoß zu versetzen. Für die einen wie für die anderen war de Gaulle ein Mittel zum Zweck — allerdings einem jeweils völlig verschiedenen Zweck.

Mehr als ein politisches Programm mit präzisen Linien und genauen Vorstellungen war er ein Mythus, der nichts Bestimmtes darstellte, aber gerade durch seine weitreichende Schwammigkeit der vorhandenen Lage und den sich das Gleichgewicht haltenden widerstreitenden Kräften entsprach. Eine ähnliche Funktion hatte er in den Tagen des Widerstandskampfes erfüllt. An den Realitäten das Nachkriegs-Frankreich nutzte sich der Mythus vom großen nationalen Zauberer allerdings schnell ab und überdauerte das Kriegsende mit keinem Jahr, da sich zeigte, daß de Gaulle für die wirtschaftlichen und politischen Probleme kein Verständnis hatte. Als er am 1. Juni 1958 die Ära der Fünften Republik einleitete, war es nur zu deutlich, daß der abgeschlossene Kompromiß auf einem Mißverständnis beruhte und die einen oder die anderen (oder vielleicht sogar alle beide) enttäuschen mußte. Die Kriegshoffnungen der Putschisten schlossen letzten Endes die Errichtung einer Militärdiktatur ein, die Erwartungen des großen Teils der Metropole dagegen gipfelten in der Aufrechterhaltung der liberalen Freiheiten und in der Abwehr der rechtsradikalen Anmaßungen. Diese seltsamen Umstände bei seiner Geburt belasteten das gaullistische Regime von Anfang an und schränkten seine Bewegungsfreiheit ein. Natürlich konnte der Mythus, die Selbstgefälligkeit, daß de Gaulle „es schon machen" werde, die Brüchigkeit des Kompromisses eine Zeitlang verbergen, der Tag der unvermeidlichen Ernüchterung aber mußte kommen!

Auf der Suche nach einer Politik

De Gaulle kam an die Macht, weil die Verantwortlichen nicht in der Lage waren, die algerische Frage zu lösen: sie konnten weder den Krieg gewinnen, noch konnten sie sich dazu entschließen, den Frieden herzustellen. Das dringendste Problem, das er als böse Hinterlassenschaft geerbt hatte, war also das algerische. Löste er es nicht, dann müßte er daran zerbrechen wie seine Vorgänger, keine nutzbringende Wirtschafts- und Sozialpolitik ließe sich entwickeln, die Spannungen, die der Kolonialkrieg nach sich zieht, müßten den Kompromiß, auf dem die Fünfte Republik beruhte, sprengen und das Regime selbst beseitigen. Dieses Problem war sehr deutlich und unausweichlich. War de Gaulle durch den Algerienkrieg an die Macht gekommen, nachdem das Spiel der innerpolitischen Kräfte ihn zu völliger Wirkungslosigkeit verdammt hatte, dann konnte er sie nur erhalten, indem er ihn auf irgendeine Weise beendete. Nun, das versuchte er, indem er plump in die Fußstapfen der von ihm so kritisierten Amtsvorgänger trat. Auf einer Reise nach Algerien im Sommer 1958 versicherte er: „Ich gebe euch mein Ehrenwort, daß es hier nur französische Bürger mit gleichen Rechten gibt . . . Es lebe das französische Algerien!" De Gaulle machte sich also das Programm der Kolonialisten zu eigen. Mit ihnen glaubte er auf dem Wege des Sieges zu sein. Dieser würde erreicht werden einerseits durch die Anstrengungen der Armee, andererseits durch die rechtliche Gleichstellung der Mohammedaner

mit den Franzosen. Beide Mittel waren nicht neu, der General übernahm sie, entwickelte sie weiter und vermeinte, das Ziel zu erreichen. Das heißt, er mißachtete alle Irrtümer der Vierten Republik, als hätte es diese bittere Erfahrung nicht gegeben. Er übersah sie großmütig, als gingen sie ihn nichts an, obwohl der Krieg bereits vier Jahre dauerte. Er ignorierte, daß dieses lange Experiment am Schluß Pflimlim von der Unmöglichkeit überzeugt hatte, den Krieg mit den angewendeten Mitteln zu beenden. Stattdessen beruhigte er die aufsässigen Militärs und die radikalen Kolonialisten. Erst allmählich fanden in seinem Denken, vorsichtig und widerspruchsvoll, andere Tendenzen Einlaß. Ohne den Krieg als wichtigste Methode aufzugeben, begann er die politischen Ursachen des Problems anzuerkennen. Er rückte von den Positionen des reinen Kolonialismus ab und bekannte sich zu einer Entwicklung, die den Mohammedanern größere Rechte zusicherte. Da und dort sprach er von den Sünden des alten Systems, verlangte seine Änderung, die bislang vernachlässigte Industrialisierung Algeriens, die Beseitigung des französischen Bildungsmonopols. Einzelnen Mohammedanern wurde der Weg in die höhere Verwaltung erlaubt. Daneben erkannte er den Mut der Kämpfer der algerischen Befreiungsfront an, die bis dahin offiziell nur als Banden und Verbrecher bezeichnet worden waren. Er gab auch zu, daß objektive Ursachen zu ihrer Erhebung geführt hätten, meinte jedoch, daß sie von nun an nicht mehr bestünden. War es zur Revolte gekommen, weil man den Arabern die Menschenrechte verwehrt hatte, so müßte sie jetzt versiegen, da de Gaulle ihnen die gleiche Behandlung versprach. Wohlbemerkt, diese neue Tonart ging einher mit immer intensiver durchgeführten Kriegsoperationen, wobei diese jene entwerteten.

Die Lage ebenso verkennend wie sich selbst überschätzend, glaubte de Gaulle somit die Lösung des Problems entdeckt zu haben. War er nicht größer als alle seine kläglichen Vorgänger der Vierten Republik, die er verachtete, die sich „dem Gift und den Spielen des Parlaments" hingaben, wie er sagte? Er selber wurde das Opfer des Mythus. Vor ihm, Charles de Gaulle, würden sich die mißlichen Ereignisse zurückziehen wie vor Moses das Meer. Hatte er nicht mehr Kredit als jeder andere? Er war ehrlich, wollte eine Änderung, an seinem Versprechen würde niemand zweifeln: er sah das Ende des Krieges vor sich. Tatsächlich verfügte de Gaulle bei den Mohammedanern über einen beträchtlichen Einfluß, den kein französischer Staatsmann vor ihm besessen hatte. In ihrer Not, schlimmer Unterdrückung und einem ausweglosen Krieg ausgeliefert, wünschten sie, ihm zu glauben. Nur war es notwendig, daß den Worten Taten folgten. Und da ließ die de-Gaulle-Politik sehr zu wünschen übrig. Denn wie sehr die Araber ihm auch vertrauen wollten, die Vergangenheit hat sie äußerst skeptisch gegenüber offiziellen Versprechungen gemacht. Das Kolonialsystem war mit den schönsten Verheißungen geschmückt, nie hatte es daran gefehlt. Jetzt sollte es damit vorbei sein, man wollte etwas anderes als Worte haben. Nun, die praktische Aktion sprach nicht zugunsten de Gaulles. Ganz im Gegenteil. Um die Wirkung der Aufständischen zu untergraben, hätte er die Vorrechte der Kolonialisten wesentlich einschränken müssen, wozu in erster Linie eine großzügige Landreform gehört. Statt den französischen Grundbesitz zu vermindern, wurde eine Million Araber aus ihren Dörfern vertrieben und unter Armeekontrolle umgesiedelt. Die Möglichkeit, Beamter zu werden, war nur für einen kleinen Bruchteil von praktischer Bedeutung und konnte das Los der Massen keineswegs berühren. Die rechtliche Gleichstellung wurde entwertet durch die praktisch vorhandene wirtschaftliche und politische Ungleichheit.

Diese neue „liberale" Politik wurde am 16. September 1959 am deutlichsten mit dem Zugeständnis der Selbstbestimmung definiert. Aber immer handelte es sich darum, die Aufständischen militärisch zu schlagen. Erst dann sollte das Selbst-

bestimmungsrecht verwirklicht werden. Dieser Politik war kein Erfolg beschieden, weil sie im Grunde nur diejenige Mollets fortsetzte: zuerst militärische Entscheidung, dann Wahlen und zum Schluß Verhandlungen. Obwohl die Taktik de Gaulles geschmeidiger war, hatte sich an der Sache nichts geändert. Auch er glaubte, daß taktische Schachzüge ausreichten, ohne im Grundsätzlichen etwas revidieren zu müssen. Er war überzeugt davon, daß es ihm auf diese Weise gelingen würde, die Befreiungsfront sowohl militärisch zu schlagen wie politisch aufzuweichen. Einem gemäßigten Nationalismus, der mit Frankreich zusammenarbeiten würde, sollte der Weg geebnet werden. Dieses Ziel, obwohl bis heute die vielfältigsten Mittel nur ihm dienen sollten, ist nicht erreicht worden. Die verschiedenen „Wahlen" gaben gemäßigten Nationalisten keinen Spielraum, sondern nur den treuen Verbündeten der Armee und der Behörden. Die Tatsachen haben den Versprechungen de Gaulles beständig ein Dementi erteilt und verhindert, daß seiner Politik der geringste Erfolg beschert würde.

Ohne den Einfluß der Befreiungsfront einzudämmen, gelang es ihm immerhin, die Kolonialisten zu reizen. Vier Monate nach der Erklärung vom 16. September putschte Algier von neuem, diesmal gegen den „Verrat" de Gaulles. Der Staatspräsident leistete Widerstand, friedlich legte die Armee die Revolte, der sie wohlwollend gegenüberstand, bei. Aber auch jetzt hörte die Politik des Staatspräsidenten nicht auf, widerspruchsvoll zu sein. Dem Heer bestätigte er, daß es die Aufgabe habe, „die Kraft der Rebellen zu liquidieren" und „die Freiheit des Selbstbestimmungsrechtes zu sichern". Das hörten die Offiziere gern, es war ein Zugeständnis an kolonialistische Forderungen. Die Armee sei auf dem besten Wege, den Krieg zu gewinnen. Einige Wochen später, auf einer Rundreise in der Normandie, hieß es wesentlich anders: „Der Krieg hat seine Zeit gehabt, und im Grunde glaubt niemand mehr an ihn." Am 14. Juni lud de Gaulle die provisorische algerische Regierung ein, mit ihm in Paris zu verhandeln. Nachdem die Unterhändler eingetroffen waren, lehnte er das Kommen von Ferhat Abbas und damit grundsätzliche politische Gespräche ab. Nach wie vor hielt er am Ziel der Diskussion rein militärischer Fragen fest, die den Algeriern nicht die geringste politische Garantie geben würde: Nach der Feuereinstellung sollten die Wahlen von der französischen Armee kontrolliert werden. Die Vorverhandlungen wurden im ersten Stadium abgebrochen und endeten auf arabischer Seite mit einer schweren Enttäuschung.

Das Ende der Manöver

Allein, diese vielen Manöver, nicht gehaltenen Versprechungen und enttäuschten Hoffnungen, die jeden verbitterten (nicht zuletzt de Gaulle selbst, da er nicht zum Ziel kam), beginnen sich zu erschöpfen. Der Zauberer, der vor zwei Jahren reichen Beifall erhielt, ruft Langeweile, Mißmut und Pfiffe hervor. Seine pompösen Gesten, geheimnisvollen Formeln und vieldeutigen Nuancen haben ihre Aureole verloren, da sie ihre Hinfälligkeit zeigten. De Gaulle steht auf dem Podium wie jemand, der zuviel von sich behauptet und ein zu großes Eintrittsgeld verlangt hat. Nichts hat geklappt, das Kaninchen schlüpfte nicht aus dem Ärmel. Eher ironisch schreibt „Le Monde", er „hat die Gewohnheit, die Zeit zu einem seiner seltenen Verbündeten zu machen." Und einer seiner Vertrauten meint, man solle nicht so tun, als müsse jetzt unbedingt etwas geschehen und als würde die Zeit gar keinen Rat bringen. De Gaulle rechnete mit der Zeit und er rechnet noch immer damit, obwohl er immer weniger darüber verfügen kann. Der Siebzigjährige glaubt jedoch, daß sich alles abnützt, in erster Linie seine algerischen Gegner, nur er nicht und die Zeit, die ihm bleibt. Vor zehn Jahren, als die RPF-Bewegung stagnierte, sagte der heutige Kulturminister André Malraux: „De

Gaulle hat uns an den Rubikon geführt, damit wir darin angeln können." Seit er der Fünften Republik vorsteht, läßt sich dasselbe sagen. Wie wenig verträgt sich dieses Verhalten mit der Legende vom kühn drängenden Tatmenschen! Er weicht Entscheidungen aus, vertagt Lösungen und stapft stattdessen auf ausgetretenen Pfaden, die bereits der Vierten Republik zum Verhängnis wurden. Gewiß angelte er nicht nur im Rubikon, er machte lebhafte Scheinmanöver zu seiner Überquerung, aber er hütete sich, das Ufer zu verlassen.

Allein, wie großzügig der General mit dem Zeitfaktor umging, jetzt wird er immer mehr von ihm bedrängt. Innen- und außenpolitisch häufen sich die Schwierigkeiten und versperren jede Ausflucht. Die Abkehr vom Ziel des „französischen Algerien" hat die einstigen Verbündeten des Mai-Putsches gegen ihn in Wallung gebracht. Die bis jetzt deutlichste Warnung waren die Barrikaden der L a g a i l l a r d e - O r t i z im Januar dieses Jahres. Der neue Vorstoß des Staatspräsidenten in Richtung eines „algerischen Algerien" und sogar einer „algerischen Republik" hat die Opposition von rechts gereizt und den Protest so einflußreicher Militärs wie Marschall J u i n und General S a l a n hervorgerufen. Versucht de Gaulle seinen neuen Zauberformeln einen Inhalt zu geben, dann wird man wieder mit der akuten Gefahr eines Putsches rechnen müssen, zu dem ununterbrochen gerüstet wird.

Aber nicht nur die Rechte bedroht die Autorität des Staatschefs. Die Linke, die zu Beginn seiner Herrschaft eine quantité négligeable war, ist in den letzten Monaten ein Faktor geworden, dessen Wirksamkeit zu spüren ist. Die Mißerfolge de Gaulles kommen ihr zugute, sie erwacht aus ihrer Lethargie, kritisiert die Halbheiten des Präsidenten und erhöht den Druck, um ihn zu einer wirklichen Friedenspolitik zu bewegen. Hierbei muß man feststellen, daß es sich viel weniger um ein Erwachen der traditionellen Linksparteien handelt als um das Entstehen einer n e u e n L i n k e n. Da ist das Manifest der 121, das S a r t r e und andere namhafte Intellektuelle unterzeichnet haben, da ist die Aktion des sehr kämpferischen Philosophen Francis J e a n s o n , der in direkter Tuchfühlung mit der algerischen Befreiungsfront steht, da ist die Bewegung der Wehrdienstverweigerer, die von religiösen Kreisen ausgegangen ist und nun immer breitere Kreise vor allem der studentischen Jugend erfaßt. Den traditionellen Organisationen wird dadurch der Wind aus den Segeln genommen, sie werden von neuen Aktionsformen zurückgedrängt. Im Manifest der 121 heißt es dazu: „Es sind freie Bewegungen, die sich außerhalb der offiziellen Parteien entwickelt haben, ohne deren Hilfe und, letzten Endes, gegen deren Mißbilligung." Darauf zurückzuführen ist die neue wichtige Funktion der Studentengewerkschaft UNEF, der die Mehrheit der Studierenden angehört. Sie steht unter dem starken Druck der Jugendlichen, die der Algerienkrieg am direktesten betrifft, weil sie dem Militärdienst unterworfen sind. Dieses Schicksal bringt sie dazu, das gesamte Problem politisch zu überdenken, und führt zu einer Stellungnahme zugunsten des Friedens. Schon im Sommer dieses Jahres waren Vertreter der UNEF mit dem algerischen Studentenverband zusammengekommen und hatten in einer gemeinsamen Erklärung den „dem algerischen Volk auferlegten Krieg als absurd und grausam" bezeichnet. Das war überhaupt das erstemal, daß eine französische und eine algerische Organisation sich auf einer gemeinsamen politischen Plattform trafen. Bis jetzt hatte das niemand gewagt. Von da aus wurde die UNEF immer mehr zu einer Vorhut der Linken, die sie zum Handeln und zur Gemeinsamkeit antrieb. Durch den Studentenverband war es möglich, kommunistische, christliche und sozialdemokratische Gewerkschafter zusammenzubringen. Am 27. Oktober war es die UNEF, die zu einer großen Kundgebung in Paris aufrief, die sie selbst gegen ein eventuelles Verbot (das dann zurückgenommen wurde) durchführen

wollte. Dieser Schritt wurde von den Kommunisten als zu kühn erachtet und als „Abenteuer" verurteilt. Nichtsdestoweniger wurde er zu einem großen Erfolg. Tausende fanden in dem großen Versammlungslokal der Mutualité keinen Einlaß, und stundenlang dauerten die Schlägereien mit der Polizei. Der UNEF-Vorsitzende Pierre Gaudez sagte zur Situation: „Unter den Studenten nimmt die Kriegsdienstverweigerung täglich zu. Scheitert die Aktion, die wir unternommen haben, dann werden die Jugendlichen in großer Zahl die geheime Aktion der Kriegsdienstverweigerung wählen. Der Druck im Innern der UNEF wächst. Wir spielen die letzte Karte einer demokratischen und legalen Aktion." Das ist die jetzige Stimmung, ganz anders als vor zwei Jahren, als man den Sprüchen des großen Zauberers noch vertraute. Sie läßt selbst die Spitzen der Kirchen ein Wort für den Frieden erheben und ihr Verständnis für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen aussprechen. In der ganz und gar nicht linkseingestellten katholischen Tageszeitung „Le Croix" schrieb der Chefredakteur Pater Wenger: „Die Jugendlichen, die sich entehrenden Aktionen entziehen, haben die Moral, das Recht und das Gesetz auf ihrer Seite." In dieser Zeitung hätte man einen solchen Satz weder vor zwei Jahren noch vor einem Jahr noch auch vor sechs Monaten lesen können.

Der Stimmungsumschwung macht sich bis hinein in den Führungsstab der gaullistischen Bewegung bemerkbar. Auf der Oktober-Tagung des Nationalrats der UNR erklärte Neuwirth, der den Mai-Putsch in die Bahnen de Gaulles gelenkt hatte: „Es wäre falsch und unwirklich, die tiefe Sehnsucht nach einem Ende der Kämpfe zu übersehen, die die Gesamtheit des französischen Volkes belebt und deren offenkundigster Ausdruck die Haltung der Studenten darstellt." Der frühere Informationsminister Frey sprach sich gegen die fortwährenden Beschlagnahmungen linker Zeitungen aus. Noch symptomatischer ist eine Erklärung von 13 algerischen Abgeordneten, von denen 10 der UNR angehören. Da das Prinzip der Selbstbestimmung von beiden Parteien angenommen worden sei, wäre es undenkbar, daß „einfache Fragen des Verfahrens, des Prestiges und der Eigenliebe" seine Anwendung verzögerten. Die Annahme ist nicht irrig, daß sich die Kritik in erster Linie gegen de Gaulle richtet. Nicht nur weil davon gesprochen wird, daß man „loyal und ohne Hintergedanken" handeln soll, sondern weil die Erklärung direkte Verhandlungen zwischen Paris und der algerischen Regierung verlangt, die „alle Garantien ohne Einschränkung betreffen müssen, die die eine oder andere Partei verlangt ..." Das besagt die Erörterung der politischen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der abzuhaltenden Volksabstimmung, die de Gaulle bis jetzt zugunsten rein militärischer Erörterungen (Feuereinstellung, Waffenniederlegung usw.) von sich wies. Das sind keine Forderungen der Linken, sie kommen aus der Anhängerschaft des Generals selbst.

Dieser Vertrauensverlust de Gaulles zeigte sich während der Debatte um die Atomaufrüstung, in der sich eine noch nie gesehene Unzufriedenheit Luft machte und aus der die Regierung, sehr mitgenommen, nur mit knapper Mehrheit hervorging.

Außenpolitisch sieht es für den Glanz des Regimes nicht besser aus als im Innern. In den westlichen Hauptstädten verfügte der General über einen beträchtlichen Kredit. Auch dort verlangte man nichts sehnlicher, als seinen Worten zu glauben. Allein, das Vertrauen hat sich verbraucht, in der UNO hat Frankreich nurmehr einen spärlichen Einfluß, und es war ein unmißverständliches Warnsignal, daß die USA im letzten Jahr während der Algerien-Debatte sich zum erstenmal der Stimme enthielten. Diesmal, nachdem eine Vielzahl neuer afrikanischer Staaten der UNO beigetreten sind, ist die französische Position noch un-

günstiger geworden. Weil die Entscheidung nur allzu sicher ist, hat de Gaulle eine Reihe von Angriffen gegen die internationale Organisation unternommen. Er werde keinen ihrer Beschlüsse beachten, erklärte er. Im übrigen bestehe sie aus „einer Mehrheit von totalitären Staaten, Staaten ohne inneren Zusammenhang, schlecht informierten Staaten oder solchen, für die das internationale Leben eine Kette ewiger Beschimpfungen ist". Jeder konnte sich das für ihn bestimmte Etikett aussuchen. In seinem Hochmut stört es de Gaulle keineswegs, seine Politik gegen den Willen der großen Mehrheit der Welt zu führen, im Gegenteil, wie so oft in seiner Laufbahn, gefällt er sich geradezu in solcher splendid isolation. Bis jetzt erreichte er, daß seine algerischen Gegner sich vom Westen zurückzogen und enge Bande mit Peking und Moskau knüpften. Ferhat Abbas und einige Minister weilten in diesen beiden Städten und kamen mit großzügigen Hilfsversprechungen zurück. Das sind keine Extratouren kommunistischer Außenseiter, diese Politik wird von pro-westlichen Staatsmännern wie Burguiba gebilligt, der wie so viele sich von de Gaulle bitter enttäuscht zeigt.

Die jäh abgestürzten Aktien wurden nicht verbessert durch den Kurs der force de frappe, der eigenen Atomrüstung. Ganz im Gegenteil. Zeigt sich Washington unzufrieden mit dem algerischen Resultat, so ist man höchst widerwillig angesichts der französischen Atompläne, die das Gleichgewicht stören und die NATO durcheinanderbringen. Die Isolierung de Gaulles wird durch seine Atompolitik, die überall auf Ablehnung stößt, vervollständigt. Der alternde Mann scheint es geradezu darauf abgesehen zu haben, jeden zu brüskieren und einer ganzen Welt seinen Willen aufzuzwingen. Der Eigensinn, den man manchmal durch die Weisheit des Alters gemildert glaubte, erweist sich als so starr wie je.

Ein neuer Versuch

In dieser Bedrängnis, die sich auch durch die Wahl Kennedys, der weit weniger Geduld als Eisenhower aufbringen wird, wesentlich verschlechtert hat, unternimmt der General einen neuen Durchbruchsversuch. In seiner Rede, am 4. November vor dem Fernsehen gehalten — sechs Jahre nach Ausbruch der Feindseligkeiten —, gab er zum erstenmal zu, daß es „eines Tages" eine algerische Republik „mit eigener Regierung, mit eigenen Institutionen und Gesetzen" geben wird. Aber er lehnte von neuem jedes Verhandeln mit der algerischen Regierung über die Durchführung der Volksabstimmung ab, indem er ihr bestritt, die alleinige Vertretung des algerischen Volkes zu sein. Trotz seines wichtigen Zugeständnisses in der Frage der algerischen Republik ist er seiner alten Stellung, die bereits zum Schiffbruch der Vorverhandlungen im Sommer führte, treu geblieben. Wir finden außerdem ein neues Eingeständnis, das so vielen vorher verkündeten Thesen widerspricht: obwohl sich die militärische Lage gebessert habe, „ist natürlich das grundlegende Problem nicht gelöst". Auch das ist ein Fortschritt, wenn man daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zieht. Die Ansprache enthält im übrigen parallele Drohungen gegen die beiden „Meuten" von rechts und links. Der Präsident spricht sowohl von der Möglichkeit einer Parlamentsauflösung, eines Volksentscheids als auch von der Ausübung eines Diktaturparagraphen, „wenn der normale Lauf der Machtmittel nicht genügt". Auf diese Weise sollen die verschiedenen Opponenten eingeschüchtert und die Autorität der Staatsspitze vermehrt werden.

Wozu? Es ist möglich, daß der General den Versuch unternehmen wird, die ersten Fundamente einer algerischen Republik — wie er sie versteht — zu legen. Wiederum würde es sich darum handeln, einem gemäßigten Nationalismus, der ihm seit langem vorschwebt, sich aber bisher kaum bemerkbar gemacht hat,

Gestalt zu geben. Man spricht davon, daß der Abgeordnete von Batna, Ali Mallem — einer der Unterzeichner des Manifests der 13, von dem wir soeben sprachen — mit der Leitung einer provisorischen Regierung beauftragt werden soll. Wie wir sahen, spricht sich jedoch Mallem für Verhandlungen mit Ferhat Abbas und den Aufständischen aus. Selbst wenn er darauf verzichten sollte, was keineswegs sicher ist, verdankt er seine Rolle keiner anderen Tatsache als dem Aufstand. Das wissen nicht zuletzt die algerischen Massen, sein Schicksal wird von seinem Verhalten gegenüber den Aufständischen bestimmt. Wendet er sich gegen sie, dann sinkt er zur bloßen Kreatur der Kolonialisten herab, versucht er sich mit ihnen zu verständigen, dann ist der Weg zu der von de Gaulle beabsichtigten „dritten Lösung" ebenfalls versperrt. So weit der große Zauberer auch diesmal gegangen ist, man hat immer noch den Eindruck, im Reich magischer Formeln und nicht der Wirklichkeit zu sein. Noch immer scheint man es mit einem zwar brillanten, aber aussichtlosen Ausbruchsversuch zu tun zu haben. Die Ablehnung von Verhandlungen mit der algerischen Regierung, der Versuch der Aufrichtung einer eigenen, unter gaullistischen Auspizien, ist nichts anderes als das Nachtraben hinter einer Fata Morgana, die den Krieg nur verlängern kann. Auf die Feststellung des Generals: „Wir haben für Algerien nicht rechtzeitig das Notwendige getan", antwortete „Le Monde" skeptisch: „Was in der Vergangenheit stimmte, ist leider seit 30 Monaten, seit de Gaulle Frankreich regiert, immer noch wahr." Wir können hinzufügen, daß diese Wahrheit gerade auch durch den letzten Lösungsversuch unterstrichen wird: wie so viele Versuche kommt er zu spät und ist nicht in der Lage, das grundlegende Problem hinwegzuräumen. Das wird um so ersichtlicher, je mehr man die großzügigen Formeln zugunsten einer Prüfung der nackten Tatsachen verläßt. Eine Woche nach dieser Ansprache de Gaulles erläuterte sie sein Vertrauensmann Delouvrier, der höchste französische Beamte in Algerien: Frankreich würde nicht fortgehen, „seine Anwesenheit wird Form und Art verändern. Einheit der Wirtschaft, der Technik, der Schulen und der Verteidigung, das bedeutet die von der Armee garantierte Ordnung". Diese „algerische Republik" würde in ihren Befugnissen von der Metropole stark beschnitten sein. Kein algerischer Nationalist wird das annehmen, nachdem de Gaulle selber den Staaten Zentralafrikas die Unabhängigkeit zuerkannt hat!

Aber auch wenn sie den Krieg nicht beenden kann, so wird die offizielle „algerische Republik", soll sie mehr sein als eine Formel, die Rechtsopposition auf den Plan rufen. Jeder Schritt, der die kolonialistische Position gefährdet, beschwört die Gefahr eines Putsches herauf, die um so größer ist, als die entscheidende Schlacht erst bevorsteht. Die Kolonialisten haben nach wie vor wichtige Schlüsselstellungen in Algerien und teilweise in der Armee in Händen. Bis jetzt wurden sie zwar da und dort geschwächt, aber nicht reduziert. Die Januar-Putschisten wurden geschont, das Pariser Militärgericht gab der Regierung eine deutliche Warnung, indem es die Haupträdelsführer Lagaillarde und Demarquet gegen den Willen des Parlaments auf freien Fuß setzte. Das war eine unmißverständliche Sympathieerklärung zugunsten der Anhänger des „französischen Algeriens". Am 27. Oktober schrieb Soustelle, eines der Häupter der Rechtsopposition, daß die Bildung einer von Paris aufgezogenen algerischen Regierung eine Gegenregierung zur Folge haben werde, „deren Gründung praktisch unvermeidbar wäre". Das ist die offene Drohung mit einem neuen Putsch, mit einem neuen 13. Mai! Nun, seine Aussichten sind unvergleichlich schlechter als vor zweieinhalb Jahren. Die heutigen Verschwörer haben keinen Mythus à la de Gaulle zur Verfügung. Soustelle, Bidault und auch Marschall Juin sind keine zugkräftigen Namen. Und dann ist die Linke kein müder widerstands-

unfähiger Körper mehr. Täglich wird sie aktionsbereiter; einem Putsch wird sie Massen entgegenwerfen können. Das ist unzweifelhaft. Die politische Basis der Rechtsopponenten in der Metropole ist schwach, ihre größte Stärke ist bei manchen militärischen Kadern. Zwar hat Salan, der sich bezeichnenderweise nach Spanien begab, mit Wehmut erklärt, daß ein Franco die Algerienfrage mit Bravour gelöst hätte, aber auch im Offizierskorps wird man die Gefahr eines Putsches verstehen, der den großen Teil des französischen Volkes gegen sich haben dürfte.

Nach wie vor steht de Gaulle am Rubikon, ob er es will oder nicht: er wird übersetzen müssen, so oder so. Die von ihm heute angestrebte Lösung ist illusorisch, wenn sie den Versuch eines „dritten Weges" unter Ausschluß von Verhandlungen mit den Aufständischen darstellt. In diesem Fall wird sich der bereits so lange dauernde Krieg noch weiter verlängern. Aber jeder Schritt — und auch dieser, so ungenügend er auch ist —, der von den Positionen des konservativen Kolonialismus wegführt, wird die Gefahr eines Rechtsputsches heraufbeschwören. Der Friede in Algerien kann nicht ohne Bruch mit seinen Stützen wiederhergestellt werden. Die Zeit der zauberhaften Formeln geht vorüber, die Zeit der Taten naht. So oder so!

General a. D. Dr. Franz Beyer

Neutralismus heute

Besonders in der Politik haben sich Schlagworte, vor allem die verschiedenen „ismen", breitgemacht, hinter denen sich ganz verschiedene, manchmal sogar direkt entgegengesetzte Begriffsinhalte verbergen. Die Begriffe „Demokratie" und „Diktatur", „Bündnis" und „Koexistenz", „Integration" und „Souveränität", „Kalter und Heißer Krieg" bedeuten etwas ganz anderes, wenn sie in Bonn oder in Pankow, in Washington oder in Moskau, in Leopoldville oder in Brüssel angewandt werden.

Da nun beim Treffen von Vertretern der nichtkonformistischen, außenpolitischen Opposition zwecks Gründung einer „Friedensunion" in Frankfurt am 29. Oktober d. J. programmatisch auch die Forderung nach einem „neutralen Deutschland" erhoben wurde, scheint es uns notwendig, zunächst einmal den Begriff „Neutralismus" zu definieren und zu erläutern, wie das im September-Heft dieser Zeitschrift mit dem Begriff „Militarismus" geschehen ist. Wir erheben dabei nicht den Anspruch, diesen Begriff wissenschaftlich endgültig normiert und für alle Zeiten unabänderlich festgelegt zu haben. Aber als Diskussionsgrundlage und für die nachfolgenden Betrachtungen gebrauchen wir folgende Definition des Neutralismus:

Neutralismus ist diejenige außenpolitische Haltung, die nicht von vornherein konformistisch die Außenpolitik einer Großmacht oder einer Mächtekoalition — in concreto Amerikas oder Rußlands bezw. der Nato oder des Warschauer Paktes — nachäfft und damit zu

unterstützen glaubt, sondern ihre außenpolitischen Entscheidungen selbständig je nach dem Einzelfall und in erster Linie nach den nationalen Notwendigkeiten und Interessen des eigenen Volkes trifft.

Im Kriegsfalle wird der Neutralismus in der Regel einmünden in das kriegsrechtliche Völkerrechtsverhältnis der Neutralität.

Neuerdings hat man sich irreführender Weise angewöhnt, den rein außenpolitischen Begriff des Neutralismus in einer Art von Analogieschluß auch in die Innenpolitik demokratischer Staaten einzuschmuggeln, wohl in der an sich richtigen Erkenntnis, daß äußere und innere Politik einander zu durchdringen und zu beeinflussen pflegen. Man versteht so unter innerem Neutralismus die grundsätzliche oder gelegentliche Ablehnung eines jeglichen Konformismus gegenüber der Regierung, den Regierungsparteien und konformistischen Oppositionsparteien. Da diese Art von Politik in der Regel auf zur Zeit im Parlament noch nicht vertretene Weise beschränkt ist, sollte man sie besser als außerparlamentarische Opposition bezeichnen.

Wenn wir nun im folgenden den eigentlichen, d. h. außenpolitischen Neutralismus in seiner Bedeutung für unser Vaterland und die Welt zu begreifen versuchen, so ist zuvörderst festzustellen, daß Neutralismus nicht identisch ist mit Neutralität:

Der politisch und juristisch klare Rechtsbegriff der Neutralität, in dem das Völkerrecht heute sowohl die Rechte und Pflichten der Neutralen gegenüber den Kriegführenden, als auch deren Pflichten und Rechte gegenüber den Neutralen regelt, ist verhältnismäßig neueren Datums; und selbst der Name „Neutralität" wurde vor 1620, also zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, noch nicht gebraucht. Bis dahin hing es von der Willkür des Kriegführenden ab, ob er die Mächte oder Personen, die nicht ausgesprochen für ihn eintraten, als seine Feinde ansehen und behandeln wollte oder nicht. Verschiedene Vereinbarungen einzelner Staaten (z. B. Pyrenäenvertrag 1659, Utrechter Frieden von 1713) sowie die entsprechenden Bemühungen Preußens hatten keinen bleibenden Erfolg. Erst durch die bewaffnete Neutralität d. h. die vertragsmäßigen Völkerrechtsregeln über die Stellung der neutralen Mächte, zunächst im Seekriege Englands gegen seine abgefallenen nordamerikanischen Kolonien, kam unter der Führung Rußlands 1780 eine rechtlich anerkannte Regelung zustande, aber leider nur für kurze Dauer. Einen neuen und wesentlichen Fortschritt in der Anerkennung der den Neutralen im Kriegsfalle zustehenden Rechte — von ihren Pflichten sprach man damals noch kaum — brachte der Pariser Frieden von 1856. Erst auf der Zweiten Friedenskonferenz 1907 wurden die Rechte und Pflichten der Neutralen in zwei Konventionen genauer bestimmt: die eine (die fünfte) regelte den Landkrieg und hielt zum ersten Male neutrale Mächte und neutrale Personen auseinander, — eine Unterscheidung, die sich im Sprachgebrauch leicht vermengt. Die andere Konvention (die dreizehnte) behandelte den Seekrieg und fand auf diesem Gebiet ihre Fortsetzung in der Londoner Konferenz von 1900. Seitdem sind die Bemühungen um die völkerrechtliche und politische Klärung des Begriffs Neutralität und den Rechtsschutz ihrer Durchführung nicht mehr abgerissen, wenn auch die beiden Weltkriege und nachfolgende Militär-Interventionen immer wieder Rückschläge brachten.

Auf jeden Fall zeigt sich, daß Neutralität und Neutralismus zwar gemeinsame Züge haben, aber keineswegs identisch sind:

Neutralität ist ein völkerrechtliches Rechtsverhältnis im vorübergehenden Ausnahmezustand des Krieges, Neutra-

lismus dagegen eine auf längere Dauer im Frieden berechnete außenpolitische Haltung.

Dabei ist solch neutralistische Haltung keinesfalls gleich zu setzen mit einem weltfremden Pazifismus:

Sicherlich werden die neutralistischen Staaten, zumeist die „Kleinen" in der Völkerfamilie, wie es ja auch unsere Bundesrepublik ist, bewußt Friedenspolitik treiben und im Einzelfalle die friedliche Lösung entstandener Spannungen bevorzugen und unterstützen. Man könnte sie also als Pazifisten nicht dem Grundsatz nach, sondern im gegebenen Einzelfalle bezeichnen. Und bei dieser Einstellung haben die Neutralisten die Kunst gelernt, die heute im Atomzeitalter allein zu außenpolitischen Erfolgen führt, nämlich die Kunst des Verhandelns. Das ist auch der Grund, weshalb die „Großen" sich neuerdings in zunehmendem Maße der Vermittlung neutralistischer Politiker (Nehru) und neutralistischer Länder bedienen, wenn sie mit ihrer „Politik der Stärke" nicht mehr weiterkommen als bis an den „Rand des Krieges".

Und letztlich ist das Streben nach Erhaltung und Sicherung des Friedens auch der Grund dafür, daß die neutralistischen Staaten die eifrigsten Förderer und Mitarbeiter der Vereinten Nationen und ähnlicher, friedensbewahrender Organisationen sind, sowie uneigennützige Anhänger einer Internationalen Polizeitruppe, deren bisher eingesetzte Kontingente hauptsächlich von den Neutralisten gestellt werden.

Schon aus obigen Ausführungen erhellt eindeutig, daß der Neutralismus heute im Leben der Völker keineswegs eine quantité négligeable ist, sondern eine von Tag zu Tag immer einflußreicher, oft sogar entscheidend werdende Potenz.

Und diese Potenz wächst noch, wenn neutralistische Staaten sich zu Koalitionen zusammenschließen. Die Arabische Liga beispielsweise oder der Afro-Asiatische Block sind derartig einflußreiche Mächte im Kräftespiel der Weltpolitik geworden, daß man sich schon heutzutage bei Gegnern und Freunden des Neutralismus daran gewöhnt hat, ihn als „Dritte Kraft" zu bezeichnen — und im Schachspiel der Politik einzusetzen. In der gleichen Richtung liegt auch die Erkenntnis, daß die neutralistischen Völker durchaus nicht Defaitisten sind. Im Gegenteil lehrt die Geschichte, daß ihr Nationalgefühl besonders stark, und — was noch wichtiger ist — ihre nationale Verantwortung meist beispielhaft ist.

So sehr neutralistische Länder wie Indien, Schweden, die Schweiz alle Abrüstungbestrebungen unterstützen, so sind sie doch nicht geneigt, dafür lebensbedrohende Vorleistungen allein aufzubringen, die ihre Selbstverteidigung gefährden oder sogar unmöglich machen würden. Sie wissen, daß trotz der Abschreckung der A-B-C-Waffen und der immer mehr wachsenden Erkenntnis, daß heute der Krieg nicht mehr ein Mittel der Politik im Clausewitz'schen Sinne sein kann, das Ziel endgültiger Friedensbewahrung, dem sie alle zustreben, noch nicht erreicht ist. Daher unterhalten z. B. Indien, die Schweiz und Schweden nach Stärke, Führung, Ausrüstung und Ausbildung beachtliche Streitkräfte und haben auch in ihrer jüngsten Geschichte bewiesen, daß sie diese zum Schutz ihrer Neutralität geschickt und erfolgreich einzusetzen wissen (die Schweiz und Schweden in beiden Weltkriegen, Indien in seinen jetzigen Grenzstreitigkeiten mit China).

Da man nun also der Außenpolitik neutralistischer Staaten nicht den Vorwurf machen kann, sie sei konzeptionslos, so behauptet man gern, ihre Wirtschaft sei unbedeutend oder sogar: sie werde durch die neutralistische Politik geschädigt!

Dieser Vorwurf ist um so gravierender, als tatsächlich die Wechselwirkungen von Politik und Wirtschaft erhebliche gesamtpolitische Folgen haben können: Weltkrisen wie die Suez-Krise (Öl), die amerikanisch-britischen Militär-Interventionen im Nahen Osten (Öl) und jetzt die Kongo-Krise (das für die nukleare Kriegführung wichtige Uran in der Katanga-Provinz) sind eindeutige Beispiele dafür.

Da nun weiterhin die jungen neutralistischen Länder meist vorher Kolonien der Großmächte waren, ist es verständlich, wenn diese in dem Verlust ihrer Kolonien einen empfindlichen, wirtschaftlichen Schaden sehen, der vor allem ihre Rohstoffwirtschaft und ihren Handel betrifft. Es sind eben nicht alle ehemaligen Kolonialherren so geschickt wie England, das einmal die meisten seiner ehemaligen Kolonien in der Form des Commonwealth auch politisch noch weiterhin am losen Zügel führte und wirtschaftlich aus ihnen durch geschickte Abkommen (Verhandeln!) weiter seinen Nutzen zog.

Betrachtet man aber — und darauf kommt es an — den Wert der Wirtschaft für die selbständig gewordenen, neutralistischen Länder selbst, so ergibt sich, daß der Neutralismus entscheidende wirtschaftliche Vorteile in sich birgt, die es nur zu nutzen gilt. Denn sowohl beim Aufbau als auch bei der Entwicklung ihrer Nationalwirtschaften können neutralistische Länder die Konkurrenz ausnutzen, die der Motor moderner Weltwirtschaft ist. Und sie tun das auch mehr oder weniger erfolgreich, indem sie Entwicklungshilfen, Investitionen, vagabundierendes Kapital und Anleihen für sich und ihre Koalitionen in Anspruch nehmen.

Ein Schulbeispiel für geschickte Ausnutzung solcher wirtschaftspolitischer Möglichkeiten ist das für Ägypten, den Sudan und überhaupt für das ganze Wirtschaftsgebiet des Nils schlechthin lebenswichtige Assuan-Projekt Nassers. Es hat hier in unseren Tagen geradezu ein Wettrennen angelsächsischen, russischen und Weltbank-Kapitals, angelsächsischer und ostblockstaatlicher Ingenieure, Techniker und Fachberater eingesetzt.

Und schließlich soll noch kurz eingegangen werden auf den besonders törichten Vorwurf, der dem Neutralismus im Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Betrachtungen gemacht wird, nämlich er sei kulturfeindlich oder zumindest unerheblich für die Kultur der Menschheit. Dieser Vorwurf geht von der zumindest anfechtbaren Annahme aus, Kultur habe zur Voraussetzung einen gewissen Wohlstand der Völker, den die Neutralisten mit ihrem meist geringeren Lebensstandard als sogen. „unterentwickelte Länder" nicht oder noch nicht haben könnten. Hier liegt zunächst wohl eine Verwechslung von Kultur und Zivilisation vor: auch völlig kulturlose Völker können einen Überfluß an Automation und Rationalisierung, an Autos und Waschmaschinen, an Fernsehapparaten und Musiktruhen auf Ratenzahlung haben. Und außerdem sollte man nicht in Überheblichkeit dem Irrtum unterliegen, Kultur sei gleichzusetzen mit europäischer Kultur, während doch andere Kulturen als die des Abendlandes oft älter und differenzierter sind als eine monopolistisch gepriesene abendländische Kultur, die von den älteren Kulturen anderer Kulturkreise befruchtet, manchmal sogar erst entwickelt worden ist. Kulturkreise decken sich eben nicht mit Herrschaftsgebieten und sind nicht davon abhängig, ob ein Land politisch blockgebunden ist oder neutralistisch geführt wird. Sowohl die neutralistische Schweiz, als auch das neutralistische Schweden oder das neutralistische Österreich gehören unbestritten zum Kulturkreis des Westens. Und für ein zu neutralisierendes Deutschland würde das gleiche gelten.

Unter den zahlreichen Gesichtspunkten, die für den Neutralismus sprechen und die hier wegen Platzmangels auch nicht annähernd vollzählig behandelt werden

können, soll aber als letzter noch der Vorwurf erwähnt werden, der Neutralismus sei ein Feind der Demokratie, weil seine führenden Politiker Diktatoren seien:

Dem ist entgegenzuhalten, daß gerade die hervorragendsten neutralistischen Staaten, nämlich die Schweiz, Schweden und Indien, für ihre Großräume gleichzeitig nach Gesinnung, Verfassung und ihrer praktischen Durchführung die Prototypen demokratischer Haltung sind!

Andererseits sind etwa in der Vereinigten Arabischen Republik, in anderen arabischen Staaten, in Jugoslawien und in einigen der gerade selbständig gewordenen und ins neutralistische Lager übergegangenen afrikanischen und asiatischen Staaten gewisse diktatorische Schönheitsfehler zu entdecken. Aber man sollte in dieser Hinsicht berücksichtigen, daß diese Staaten erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit aus den Fängen ihrer Ober- bezw. Kolonialherren entlassen wurden, die bis dahin ihre Außenpolitik ganz, ihre Innenpolitik zum wesentlichen Teil diktatorisch bestimmt und ihre Durchführung rücksichtslos kontrolliert und erzwungen haben. Infolgedessen waren in diesen ehemaligen Kolonien, Protektoraten und Provinzen nach ihrer Staatwerdung für eine Demokratie reif nur die geistigen Eliten; diese Staaten sind vorerst noch angewiesen auf überragende, charismatische Führerpersönlichkeiten. Aus langjähriger Erfahrung und Gewohnheit und da nun einmal, schon aus organisatorischen Gründen, Diktaturen schneller arbeiten als Demokratien, erschien in diesen jetzt neutralistischen Staaten eine diktaturähnliche Regierung sowohl für die politische Führung als auch für die in Angriff genommene Erziehung der Völker zu demokratischem Denken und Handeln zunächst angemessener.

Und es zeigt sich, daß ebenso demokratische als autoritäre Welt-Staaten sich gern und in immer zunehmendem Maße des Neutralismus bedienen: sowohl Eisenhower als Chrustschow haben sich schon in der Vergangenheit oft mit Nehru beraten, und nach der jetzigen Vollversammlung der Vereinten Nationen wetteifert die Weltpresse, Bilder von Eisenhowers und Chrustschows Zusammentreffen mit Nasser und Tito zu bringen.

Denn zweierlei haben die wirklich Großen der Politik erkannt:

Einmal, daß sich die neutralistischen Staaten und Staatsmänner besonders eignen als Vermittler im Frieden und im Kriege.

Zum anderen, daß sie materiell und ideologisch, allein und in neutralistischen Koalitionen einen potentiellen Kräftezuwachs für jede rivalisierende Großmacht bedeuten, indem diese solch Dritte Kraft entweder für sich selbst in Anspruch zu nehmen bemüht ist oder sie wenigstens dem Gegner entziehen möchte.

Zusammenfassend kann man also feststellen:

Der Neutralismus, auch kleiner Staaten, verstärkt durch immer mehr sich bildende neutralistische Koalitionen, hat sich in der Weltpolitik die Stellung einer immer stärker werdenden Dritten Kraft erworben, die die weltpolitischen Spannungen mildern, eine absolute politische und militärische Zweiteilung der Welt verhindern und eine wirkliche Koexistenz herbeiführen kann.

Es ist eine sehr aktive und realistische Politik der Friedensbewahrung, die heute im Kalten Krieg unentbehrlich geworden ist, — und keineswegs eine passive Politik der Isolierung in einem Wolkenkuckucksheim.

Allein der Neutralismus eröffnet für Deutschland neue, zukunftsträchtige Perspektiven. Sie zu erkennen und zu nutzen, sollte das zentrale Problem einer wahrhaft deutschen Politik sein.

Absage an die FDP

(Brief I)

Hermann Schwann
Diplomlandwirt

Bergisch Gladbach, den 5. Okt. 1960
Rommerscheider Str. 105

An den
Vorstand der FDP des Rhein. Berg. Kreises
z. Hdn. von Herrn
Prof. Dr. B a u e r m e i s t e r
B e n s b e r g
Eichenhainallee 23

(Abschriftlich an den Landesvorstand der FDP in Nordrhein-Westfalen und an den Bundesvorstand der FDP Bonn)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Schreiben vom 6. Juni 1960 hatte ich Ihnen mitgeteilt, daß ich mein Amt als Wahlkampfleiter der FDP für die Kommunalwahlen im Rheinisch-Bergischen Kreis niedergelegt habe. Mit meinem heutigen Schreiben e r k l ä r e i c h m e i n e n A u s t r i t t a u s d e r F D P. Zu diesem für mich sehr schwerwiegenden Schritt bin ich Ihnen eine Erklärung schuldig:

Eine politische Partei hat nur dann eine Daseinberechtigung, wenn sie in e n t s c h e i d e n d e n Grundfragen von anderen, neben ihr bestehenden Parteien sich grundsätzlich unterscheidet. Diese das Schicksal und die Entwicklung eines Volkes entscheidenden Grundfragen sind nicht ständig die gleichen. Die gestern noch im Vordergrund standen, sind heute entweder irgendwie gelöst und verlieren dadurch an Aktualität, oder sie treten in ihrem Gewicht in den Schatten neuer und vordringlicher werdender Probleme.

Nach der Reichsgründung lag das Schwergewicht politischer Auseinandersetzungen in Deutschland vor allem auf dem Gebiet der Einrichtung und des Ausbaues des Staates, also vorrangig in der Innenpolitik, der Kultur- und Sozialpolitik (Kulturkampf, Ausbau des Rechtwesens, Dreiklassenwahlrecht und Sozialgesetzgebung waren die damals wichtigsten Themen im politischen Raum). Hier traten die politischen Parteien, durchaus begründet, mit ideologischen Vorstellungen an. In der Innenpolitik hatten damals die Weltanschauungen konservativ, liberal, sozialistisch eine hohe Bedeutung und boten für den Staatsbürger klare politische Unterscheidungsmerkmale.

Heute sind Rechtsfragen, Kirchenfragen, Schul- und Steuerfragen im Vergleich zur Kaiserzeit keine die Parteien trennenden oder Parteien bildenden Fragen mehr. (Das mag sich in zwanzig Jahren wieder einmal ändern.) Die ideologischen Unterscheidungsmerkmale stehen zur Zeit jedenfalls absolut im Hintergrund. Die Trennungslinien sind verwischt. In fast allen Parteien sind konservative, liberale und sozialistische Tendenzen nebeneinander spürbar, insbesondere in der Kulturpolitik, in der Sozialpolitik oder in der Wirtschaftspolitik.

Die heutige starke Position der CDU und die der vergangenen NSDAP sind eindeutig Beweise für die Richtigkeit dieser Feststellung. Beide enthielten und enthalten so ziemlich alle Nuancen an politischen und geistigen Vorstellungen quer durch die ganze Bevölkerung: den Freihändler neben dem Schutzzöllner, den Kosmopoliten neben dem Nationalisten, den Konservativen neben dem Liberalen und Sozialisten, den Republikaner neben dem Monarchisten, die Sozialisten

„aus christlicher Verantwortung" Arnold und Blank neben dem Prototyp einer hochkapitalistischen Vorstellung Pferdmenges.

Jedenfalls liefert die Ideologie zur Zeit keine brauchbaren Grundlagen, um dem Wähler die Daseinsberechtigung einer Partei zu begründen.

Begriffe wie Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus sind im Augenblick nur Redensarten, Schlagworte ohne Beziehung zu den vordergründigen Entscheidungen im politischen Geschehen.

Alle Versuche der Parteiführung der FDP, den Liberalismus durch kennzeichnende Beiwörter wie Neoliberalismus, temperierter Liberalismus, geläuterter Liberalismus oder durch theoretische Erläuterungen wieder zu einer echten parteibildenden Kraft werden zu lassen, waren und sind bis auf weiteres ohne jede Erfolgsaussicht. Die darauf bei fast allen Parteitagen und Parteikonventikeln verwendete, z. T. sicher geistvolle Arbeit, ist für die praktische Politik Zeitvergeudung und Beschäftigungstheorie. Diese Tatsache ist für manchen alten Liberalen vielleicht betrüblich. Die Generationen der Kriegsteilnehmer beider Weltkriege und die kommende Generation, von einigen Nutznießern, Doktrinären oder Opportunisten abgesehen, stehen als Gegenwartsmenschen mit nüchternem Blick diesem krampfhaften Bemühen, eine ideologische Untermauerung für eine politische Partei zu schaffen, völlig uninteressiert gegenüber. Sie empfinden es nicht selten sogar als ein Ausweichen vor klaren Entscheidungen oder als den Versuch, Auseinandersetzungen innerhalb der Partei um den richtigen Weg zu vermeiden. Sie sehen als äußeres Merkmal die einheitliche Stimmenthaltung bei entscheidenden Fragen, wie z. B. bei der atomaren Aufrüstung, um die nicht vorhandene Parteieinheit vorzutäuschen.

Die andere Oppositionspartei, die SPD, hat die veränderte Lage zwar begriffen, aber den Fehler gemacht, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Sie hat ihre sozialistischen Dogmen auf der Godesberger Tagung als unzeitgemäß außer Kurs gesetzt, sie hat aber versäumt, gegenüber den konkurrierenden Parteien klare Unterscheidungsmerkmale, insbesondere zur Regierungspartei, in den heute entscheidenden Grundfragen herauszuarbeiten. Dieser viel zu weit getriebene Angleichungsprozeß wird auch ihr bei den kommenden Wahlen nicht die erhofften Erfolge bringen.

Beide Oppositionsparteien, FDP und SPD, haben in der Zwischenzeit, als nur einige wenige das absolute Scheitern der Politik der Regierungspartei voraussahen und voraussagten, versäumt, wenigstens den unentwegten Kampf für die Sauberkeit im öffentlichen Leben, gegen die Korruptionserscheinungen und gegen die Entwicklung vom Rechtsstaat fort zu einem sichtbaren Kennzeichen ihrer politischen Grundhaltung und ihrer Besonderheit zu machen.

Die bemerkenswert schlappe Haltung im Schmeißerprozeß und seine Behandlung im Bundestag z. B. war ein typisches Kennzeichen für den mangelnden Einsatzwillen. Vom Jahre 1953 bis zum Jahre 1958 hätte ein kompromißloser Einsatz in dieser Richtung beiden Parteien großen Zulauf bringen können, vor allem dann, wenn sie in ihren eigenen Reihen rücksichtslos für Ordnung und Sauberkeit gesorgt hätten. Es wäre in dem sich ausbreitenden Sumpf etwas Besonderes gewesen. Der Bundeskanzler hätte dann nicht mehr auf die Frage, ob die Regierung das deutsche Volk und seine Interessengruppen für korrupt halte, antworten können: „Ja, glauben Sie denn, das wäre anders!" (Spiegel 60 Nr. 41).

Heute und in den nächsten Wahlkämpfen sind diese Fragen vor anderen Lebensfragen unseres Volkes in den Hintergrund gerückt unter anderem auch deshalb, weil die beiden Oppositionsparteien, als sie in Nordrhein-Westfalen in der Regierung waren, versäumt haben, von dieser Schlüsselstellung aus den Kampf für Ordnung und Sauberkeit kompromißlos und energisch aufzunehmen.

Dieses Versagen der Parteiführung der FDP im Erkennen der veränderten Grundlagen einer politischen Partei und der Verzicht der FDP, wenigstens den entschlossenen Kampf für Sauberkeit und Rechtsstaatlichkeit mit allen Kräften aufzunehmen, sind allein natürlich nicht ausreichend, um meine Trennung von der Partei zu begründen. Ich darf aber trotzdem auf diese beiden Fragen mit Nachdruck verweisen, weil ich seit 1949 immer wieder versucht habe, die FDP in die beiden Richtungen zu drängen: Schluß mit unzeitgemäßen ideologischen Auseinandersetzungen und entschlossener Einsatz für Sauberkeit im öffentlichen Leben und für die Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse.

Mein Austritt aus der FDP zum jetzigen Zeitpunkt beruht auf folgenden Überlegungen: Entscheidend für das Schicksal unseres Volkes, nebenbei auch für die Wahlkämpfe der nächsten Jahre, sind die Fragen der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik und im Zusammenhang damit auch die Frage einer währungsstabilen Geldwirtschaft. In diesen Lebensfragen des deutschen Volkes, in des Wortes wahrster Bedeutung, bietet die FDP keine entscheidenden Unterscheidungsmerkmale gegenüber der CDU und neuerdings gegenüber der SPD. Beide Oppositionsparteien haben sich in der letzten außenpolitischen Aussprache im Bundestag, am 30. Juni 1960, noch einmal ausdrücklich zu der außenpolitischen Konzeption des Bundeskanzlers bekannt. Dieses Bekenntnis war die Bestätigung der bisherigen Haltung beider Parteien, von denen die eine von der Montanunion an bis zu den Pariser Verträgen die Politik Adenauers gestützt und überhaupt erst ermöglicht hat, während die andere sich erst in einem späteren Stadium beim Abschluß der Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom nachträglich zu ihr bekannte.

Diese Politik der Bundesregierung und, wie heute feststeht, des ganzen Bundestages war von Deutschland aus gesehen nicht erfolgreich und daher falsch. Keines der seit Schaffung der Bundesrepublik immer wieder mit großer Lautstärke verkündeten Ziele ist erreicht worden, weder die „Stärke", noch die Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses, noch die politische Entspannung, noch die Abrüstung, noch die deutsche Sicherheit, noch die deutsche Wiedervereinigung. Die Behauptung, daß die Sowjets an den Mißerfolgen der von der Bundesrepublik verfolgten Politik schuld sind, ist eine absolute Bankrotterklärung derjenigen, die für diese Politik verantwortlich zeichnen. Eine Politik, die dem Gegenspieler das Gesetz des Handelns allein überläßt, und die ihn in seinem Handeln in eine den eigenen Interessen zuwiderlaufende Richtung geradezu zwingt, ist im höchsten Grade mitverantwortlich für die heutige Situation.

Falsch war vom deutschen Standpunkt aus schon der Ausgangspunkt der außenpolitischen Konzeption des Bundestages, die militärische Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen und im Zusammenhang damit das Angebot der bundesrepublikanischen Soldaten an die Westmächte. Dieser Schritt mußte zwangsläufig zur Eingliederung der DDR in den Osten führen mit allen Folgeerscheinungen, die wir heute erleben. Falsch war schon das Werbeschlagwort „der" Osten und der sich daraus entwickelnde, immer schärfer werdende, Ost-West-Gegensatz. Polen, Ungarn, Jugoslawien, von China gar nicht zu sprechen, haben unter Beweis gestellt, daß es den Osten im Sinne der bundesdeutschen Vorstellung ebensowenig gab, wie es den Westen als eine politische Einheit je geben wird. Falsch war die Hoffnung, durch das mit einem riesigen Kostenaufwand geschaffene Pakt- und Einkreisungssystem gegen den Osten die Sowjets aus ihrer sich immer weiter ausdehnenden Interessensphäre zurückdrängen zu können. Die Pakte sind z. T. schon in Auflösung, wichtige Glieder sind ausgeschieden, z. T. zeichnet sich der Unwille, sie aufrechtzuerhalten, allzu deutlich ab. Frankreich,

um nur einen für die deutsche Verteidigung allerdings entscheidenden Partner zu nennen, entzieht sich seit Jahren den von ihm im Natopakt eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und drängt neuerdings auf Umorganisation, d. h. Lockerung der ganzen Nato. Die erträumte Stärke des Westens ist absolute Utopie. Die Politik der Stärke und der Einkreisung aber hat d e n Osten zu einer Rüstungsanstrengung von größtem Ausmaß gezwungen. Seine große Überlegenheit in konventionellen Waffen, sein Gleichziehen in der atomaren Bewaffnung und sein Vorsprung im Fernraketenwesen werden zwar den westlichen Völkern unterschlagen oder verniedlicht, sind aber unbestreitbar.

Falsch war die seit Jahren bis zum Überdruß gepredigte Forderung nach einer weltweiten Abrüstung, der dann eine weltweite politische Entspannung folgen sollte. Eine wirklichkeitsnahe deutsche Politik mußte darauf abstellen, eine regionale politische Entspannung in Mitteleuropa und in Europa anzustreben, an die sich eine regionale Abrüstung und im weiteren Verlauf eine weltweite Entspannung und Abrüstung anschließen konnte. Falsch war die Annahme, daß eine einseitig gegen den Osten durchgeführte Aufrüstung der Bundesrepublik im Verband der westlichen Mächte irgend etwas zur Verbesserung der d e u t s c h e n Sicherheit beitragen würde. Diese einseitige Rüstungspolitik der Bundesrepublik hat im Gegenteil die deutsche Sicherheit auf das gefährlichste in Frage gestellt. Die deutsche Bundeswehr ist im Kriegsfall die auf verlorenem Posten stehende Vorfeldkompagnie der westlichen Mächte und ganz Deutschland der Operationsraum der beiden Gegenspieler geworden, d. h. mit anderen Worten, im Kriegsfall wird Deutschland ausgelöscht, gleichgültig, ob Atomwaffen verwendet werden oder nicht. Falsch und irrsinnig war das bundesdeutsche Streben nach Atomwaffen überhaupt. Eine richtige deutsche Außenpolitik mußte darauf abzielen, den Atomwaffenbesitz möglichst auf die beiden Antipoden Washington und Moskau zu beschränken. Sie durfte unter gar keinen Umständen dazu Hilfestellung geben, daß weitere Atommächte außer den drei Besitzenden entstanden. Dummes Zeug war aber die von dem Bundeskanzler mit Emphase verkündete und von dem ganzen Parlament widerspruchslos hingenommene Weisheit: „Wenn wir in Nato sind, werden wir nicht Schlachtfeld, wenn wir nicht in Nato sind, werden wir Schlachtfeld."

Falsch war vor allem unter dem Gesichtspunkt des vordringlichen deutschen Zieles der Wiedervereinigung neben der militärischen die wirtschaftliche Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen.

Alle diese Erkenntnisse sind nicht von heute, nicht vom Rathaus kommend. Sie können sie alle in dem Memorandum nachlesen, das ich den Fraktionskollegen v o r dem Abschluß der Pariser Verträge nach vielen Seelenmassagen im Frühjahr 1955 zugestellt habe. Dieses Memorandum sollte noch einmal meine Gründe für die radikale Ablehnung dieser politischen Konzeption auch bei der Abstimmung zusammenfassen. Von der FDP-Fraktion war ich leider der einzige, der alle Pariser Verträge abgelehnt hat. Alle in dem Memorandum angekündigten Ergebnisse dieser Politik bis auf die Folgen einer damals noch nicht spruchreifen atomaren Aufrüstung sind inzwischen eingetroffen. Zu der atomaren Aufrüstung aber habe ich mich in zwei Schreiben im November 1957 an den damaligen Vorsitzenden der Partei und an die Berliner Abgeordnete Frau Dr. Dr. h. c. Elisabeth L ü d e r s geäußert. Ich habe damals von dem FDP-Bundesvorstand gefordert, daß man sich öffentlich an den Bundeskanzler wenden solle, der zu einer Tagung der Regierungschefs der Natostaaten am 15. Dezember 1957 fuhr. Man solle von ihm unter Androhung schwerster Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit kategorisch verlangen, daß er eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr weder zugestehen noch etwa gar anregen dürfe. Ich habe damals, zwölf Monate

bevor Berlin erneut zum Streitpunkt wurde, in diesen Briefen darauf hingewiesen, daß die atomare Aufrüstung zunächst zur Gefährdung und dann zum Verlust Westberlins führen würde. Die Hamburger Zeitung „Die Welt" hat mir ein Jahr später in Kenntnis dieser beiden Briefe in einer Glosse zu meiner Person attestiert: „... Seinen Weitblick haben die Ereignisse mehr als einmal bestätigt, zuletzt in diesem Jahr (1958). Sechs Monate vor Professor Kennan sagte er voraus, wenn der Westen bei seiner Politik bleibe, werde Chrustschow nach Berlin greifen." Ich habe allerdings nicht gesagt „der Westen", sondern sehr konkret die Bonner Politik der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr als Ursache für den Verlust Westberlins angeführt.

Ich habe immer wieder davor gewarnt, daß eine deutsche Politik sich auf die in den Verträgen festgelegten Garantien verlassen könne. Schließlich kann man es keinem Verbündeten zumuten, wegen eines deutschen Problems das Risiko der Selbstauslöschung einzugehen. Aber abgesehen davon, daß die Nibelungentreue nur eine typisch deutsche Eigenschaft ist, war für jeden Einsichtigen klar, schon beim Beginn dieser einseitigen Politik, daß die geschlossenen Allianzen und Pakte keinen Ewigkeitswert besitzen.

Die FDP hat alle Warnungen überhört und alle Anregungen, sich in härtester Form gegen den außenpolitischen Kurs der Bonner Regierung zu wenden, in den Wind geschlagen. Sie hat stattdessen das dumme Schlagwort von der Notwendigkeit einer „gemeinsamen Außenpolitik" aufgegriffen. Daß am Ende dieser Forderung nur eine von dem ganzen Bundestag getragene Fortsetzung der Katastrophenpolitik der Regierung und ihrer Mehrheit stehen würde, hätte man wissen müssen.

Die FDP, anstatt, trotz ihrer geringen Zahl im Parlament, wenigstens die Führung der Opposition an sich zu reißen und damit die SPD auf einen klaren außenpolitischen Kurs zu zwingen, ist der Gefangene ihrer eigenen Unzulänglichkeit geworden. Von Zeit zu Zeit, immer zu spät, hat sie einen schwachen Anlauf versucht, sich aus der tödlichen Gefolgschaft des Kanzlers und seiner verhängnisvollen Vorstellung zu lösen. So am 23. Januar 1958, als Thomas Dehler sein mutiges „ich schäme mich ..." bekannte, oder als man zwei Jahre zu spät endlich dem klugen Josef Ungeheuer erlaubte, seinen durch die Entwicklung leider überholten Deutschlandplan aus der Schublade zu ziehen, oder als der Fraktionsvorsitzende den nationalen Notstand proklamiert wissen wollte.

In diesen entscheidenden Stunden bot die Partei ein kümmerliches, nicht selten sogar jämmerliches Bild. Von Dehler rückte man schon während der Sitzung des Bundestages ab und ließ ihn durch den Bundesvorsitzenden öffentlich als „lauten Lamentierer" abqualifizieren. In der nächsten Bundestagssitzung im März 1958 wurde sein Einbruch in die feindliche Hauptkampfstellung wieder freiwillig geräumt. Das höhnische Grinsen der in den Sesseln der Macht befindlichen Mehrheit genügte, um sofort wieder den Gedanken des nationalen Notstandes fallen zu lassen, anstatt die härtesten parlamentarischen Konsequenzen aus dieser an sich richtigen Erkenntnis zu ziehen. Jedenfalls hätte die Bundestagsfraktion durch eine eiskalte, kluge und harte Opposition in Weiterführung des Angriffs von Dehler die Wahlen in den Länderparlamenten des Jahres 1958 leicht gewinnen und damit über den Bundesrat größeren Einfluß auf die Bundespolitik sich erobern können.

Alle diese Versäumnisse liegen in der Vergangenheit. Bei der Aussichtslosigkeit, die Partei von dem irrealen Wunschtraumdenken der Regierungspartei zu befreien und politisch zu aktivieren, waren sie im letzten die Veranlassung für mich, mich aus der aktiven Arbeit innerhalb der Partei zurückzuziehen, auf ein

absolut sicheres Bundestagsmandat zu verzichten und meine Mitgliedschaft im Bundesvorstand aufzugeben.

Heute aber, da die Folgen einer zehnjährigen, völlig verfehlten und kläglich gescheiterten Außenpolitik auf jeden einzelnen von uns zukommen, wird durch die FDP-Führung weiter „ausgeklammert". Man treibt Bierbankpolitik, indem man über Koalitionsmöglichkeiten im Jahre 1961 orakelt. Das Interview, das der FAZ durch den Bundesvorsitzenden gegeben und in der Parteizeitung im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde (das sich weitgehend mit dem neuesten Interview im Kölner Stadtanzeiger deckt) enthält k e i n Wort über die allein unser aller Schicksal in den nächsten Monaten und Jahren bestimmende Außenpolitik. Man treibt weiter Beschäftigungstheorie, indem man nach dem Bundesparteitag und den Landesparteitagen erneut auf dem kommunalpolitischen Bundeskongreß den Liberalismus zum zentralen Gegenstand der Tagung macht. Das sachlich wichtigste, aktuellste und wahrscheinlich auch werbewirksamste Thema einer kommunalpolitischen Tagung wird bei der FDP nicht behandelt. Es würde lauten: „Was können die Gemeindevertreter tun, um die Errichtung von Fernraketenbasen und anderen bevorzugten Zielobjekten für einen atomar ausgerüsteten Angreifer im Bereich ihrer Gemeinde zu verhindern?"

Man will über die außenpolitischen Sünden der Vergangenheit nicht mehr sprechen und nennt das „nachkarten". Diese Sünden aber sind die Ursache für unsere heutige Lage, bedenklich nahe einem heißen Krieg, der uns in Mitteleuropa auslöschen würde. Man kann gar nicht an ihnen vorbeigehen, wenn man einen Weg aus der Sackgasse finden will. Man muß wissen, inwieweit und weshalb die deutsche Politik dazu beigetragen hat, die Feindschaft zwischen den beiden Fronten zu vergrößern. Man muß auch wissen, daß die uns bedrückenden Maßnahmen der Sowjets und ihrer Verbündeten gegen uns und der bevorstehende Verlust Westberlins zu einem nicht unerheblichen Teil d i e F o l g e unserer Politik sind: „die Sowjets sind unsere Todfeinde", „im Kriegsfall werden die Sowjets ausradiert", „mit den Sowjets kann man nicht sprechen". Die Wortführer dieser arroganten und lautstarken Haltung, die J a e g e r , S t r a u ß , v o n G u t t e n b e r g , B r e n t a n o und andere Politiker à la S c h l a m m rasseln doch fortwährend mit den Säbeln unserer Verbündeten, die im Ernstfall ganz sicher für d e u t s c h e Wünsche und für d e u t s c h e Interessen nicht gezogen werden.

Die FDP beteiligt sich neuerdings an dieser bankrotten Methode, „Politik" zu machen. Auch sie verläßt sich auf den Westen, wenn sie mit westlichen Sanktionen droht, und wenn sie ankündigt, daß im Falle neuer Schikanen „unweigerlich eine Suspendierung aller Verpflichtungen aus dem Interzonenhandel folgen würde". Die englischen, französischen, belgischen, italienischen, holländischen, schwedischen und andere tüchtige Kaufleute der westlichen Welt werden gerne für uns einspringen (s. den Edelstahleinkauf der DDR in Schweden nach der albernen Aufkündigung des Abkommens über den Interzonenhandel durch die Bundesregierung).

Auch das Schweigen der FDP zu der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr ist ein Zeichen für die geistige Abhängigkeit der FDP-Verantwortlichen von der derzeitigen politischen Führungsgruppe in der Bundesrepublik. Selbst dann, wenn ein Mißtrauensantrag gegen einen Bundesminister nach dem Grundgesetz völlig ohne Wirkung sein sollte: die Bundestagsfraktion hätte unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses allein von dem Verteidigungsminister zu verantwortenden Schriftstückes einen Mißtrauensantrag gegen ihn einbringen müssen. Es hätte in der Weltöffentlichkeit und in der Bundesrepublik größte positive Wirkung ausgelöst, Beachtung gefunden und Vertrauen geschaffen.

Es gibt nur zwei Dinge, die ein Volk vernichten und einen Staat ruinieren können: ein Krieg und eine finanzielle Mißwirtschaft. Beiden streben wir in einem entsetzlichen Eiltempo zu. Sollte — sicher nicht als Folge unserer Politik, sondern auf Grund eines Machtwortes der Großen — ein Krieg in Europa vermieden werden, so wird uns der andere Schlag nicht erspart bleiben. Die Vorbereitung des Krieges kostet Geld, mehr Geld, als wir für diesen selbstmörderischen Unsinn übrig haben. Mehr als 25 % des Bundesetats für 1961 sind bereits für diesen völlig unfruchtbaren Zweck vorgesehen, die indirekten Ausgaben für die Rüstung in anderen Etatspositionen nicht berücksichtigt, mehr als für soziale Ausgaben, wenn man die Kriegsfolgelasten von den echten Sozialaufwendungen abzieht. Diese Ausgaben werden und müssen ins Uferlose steigen über diese bereits nicht vertretbare Höhe hinaus, wenn wir mit der bisherigen Politik fortfahren. Der zivile Bevölkerungsschutz allein wird, wenn er wenigstens die Angstträume der Menschen erträglicher machen soll, ungezählte Milliarden-Aufwendungen verschlingen, weit mehr jedenfalls, als die direkten Rüstungsausgaben. Er wird auch dann ohne jeden praktischen Wert sein: denn gegen die moderne Waffentechnik gibt es überhaupt keinen Schutz, zumindest nicht in dem Frontgebiet, zu dem die ganze Bundesrepublik gehört. Die zusätzlichen unvorstellbaren Kosten, die aus der beabsichtigten Notstandsgesetzgebung erwachsen, und die Unsummen, die eine Modernisierung einer ständig durch Überalterung zum Schrottwert sich entwertenden Rüstung erfordern, führen automatisch zu einer völligen Desorganisation unserer Finanzen. Burton H. Klein stellt in seinem sehr lesenswerten Buch „Germanys Economic Preparations for War" in dem Kapitel „Schlußfolgerung bezgl. der wirtschaftlichen Aufrüstung Deutschlands" für die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg fest (S. 76—78): „... Der Umfang der Ausgaben für die Aufrüstung war tatsächlich sehr bescheiden." Er forscht nach der Ursache und sagt: „ ... Die Furcht vor einer Inflation war ein Hauptfaktor ... er war von beherrschendem Einfluß bezgl. der Höhe der militärischen Ausgaben. Ohne Zweifel würde Deutschland ohne diese Hemmung vor einer Inflation und ohne derart einflußreiche Kenner des Finanzwesens, wie Schacht, eine größere Aufrüstung betrieben haben ..."

Eine moderne totale Aufrüstung einzurichten und auf dem jeweils modernsten Stand zu halten, wird einen sehr erheblichen Teil des Sozialproduktes erfordern, wird für einen kleinen Staat wie die Bundesrepublik auf Sicht unser Wirtschaftspotential weit überfordern, wird unsere Lieferungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt und die notwendigen Hilfen für die Entwicklungsländer zum Erliegen bringen und muß schließlich an die Substanz einer modernen sozialen Ordnung gehen. Sie wird zu sozialen Unruhen und Revolten führen.

Die FDP und die SPD haben diesen wechselseitigen Bedingtheiten und Abhängigkeiten zu keinem Zeitpunkt in der erforderlichen Gründlichkeit und Konsequenz Rechnung getragen. Wer aufrüsten will in einem Umfang, der auch nur die geringste Chance einer wirkungsvollen Verteidigungsmöglichkeit bieten soll, muß zwangsläufig auf jede andere, diesem Ziel nicht dienende Ausgabe zu verzichten bereit sein. Er muß bereit sein, dem Volk zu sagen, daß Kindergeld, Rentenzahlung, Beamtengehaltserhöhung, Aufwertung von Lebensversicherungen, Flüchtlings- und Vertriebenenentschädigung eine nicht tragbare Belastung bedeuten. Er muß bereit sein, die Steuern und öffentlichen Ausgaben wesentlich zu erhöhen. Er muß bereit sein, die übrigen Ausgaben der öffentlichen Hand in Bund und Ländern und Gemeinden hart zu beschneiden und auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Aber selbst dann würde die Verteidigungsmöglichkeit angesichts der riesigen Hilfsmittel der Weltmächte noch nicht gegeben sein und im Ernstfall zu Auslöschung der Deutschen führen.

Also wenn — ich wiederhole: nach dem Willen der Großen — der Weltkrieg oder ein begrenzter Krieg in Europa nicht stattfinden sollte, bedeutet die Vorbereitung dieses Krieges für uns Deutsche in der Schlußbilanz eine völlig zerrüttete Währung.

Beide Folgen: Auslöschung des Volkes durch einen Krieg oder eine dritte Inflation, sind die klare Konsequenz unserer heutigen, von Regierungspartei und Opposition getragenen politischen Konzeption der Bundesregierung. Beide Gefahren lassen sich zum Segen Deutschlands, Europas und der Welt vermeiden oder doch abmildern durch eine Politik, die ich seit 1949 angestrebt, vertreten und immer wieder verlangt habe.

Nachdem alle Vorschläge zu einer eigenständigen deutschen Politik zum Nutzen Deutschlands, aber auch zum Vorteil von West und Ost, in den FDP-Führungskreisen immer wieder unbeachtet geblieben sind, trete ich hiermit aus der Partei aus. Ich habe bewußt auf Mandat und Ämter in der Partei verzichtet, weil ich nicht in die Reihe derer gehöre, die, wie in der Bundesrepublik üblich, Mandate und Ministerposten behalten, auch wenn sie aus der politischen Gemeinschaft ausscheiden, die sie in dieses Amt brachte. Meine Austrittserklärung ist zugleich ein harter Protest dagegen, daß keine der im Bundestag vertretenen Parteien jene Kreuzzugsideologen auf das schärfste bekämpft, die innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik die Völker psychologisch auf eine neue kriegerische Auseinandersetzung vorbereiten und für die Zeit 1962/63 mit einem neuen Krieg rechnen. Keine der bestehenden Parteien hat sich bisher durch ihre Haltung und durch ihr Programm zu dem einzigen Grundsatz bekannt, der für unser politisches Denken noch Geltung haben darf und der lautet: Für uns Deutsche gibt es keine territorialen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Gegensätze, die durch einen Krieg oder durch Gewalt gelöst werden dürfen, weil jeder Krieg, mit und ohne Atomwaffen, für uns als Volk tödlich ist. Meine langjährige Mitarbeit in der FDP rechtfertigt diese ausführliche Begründung meines Entschlusses.

Ich hoffe sehr, daß es mir — im Erlebensfall — nach gründlicher Abkehr der FDP von ihrem bisherigen Weg möglich sein wird, für eine reformierte FDP mit klarer und richtiger Zielsetzung wieder aus innerster Überzeugung eintreten zu können.

Dieser Einsatz wird dann, wie seit 1949 von mir gefordert, für mich wieder möglich sein, wenn die FDP

1. sichtbar ihre politische Tätigkeit unter Verzicht auf ideologische Hirngespinste auf die jeweils entscheidenden vordringlichen Fragen schwerpunktartig ausrichtet und die bisher geübte Taktik des Ausklammerns dieser Fragen aufgibt,

2. von ihrer demokratiefeindlichen pessimistischen Haltung, nur eine „Zünglein an der Waage"-Stellung anzustreben, abgeht, die Politik „um Schlimmeres zu verhüten" aufgibt und hart und entschlossen als richtig erkannte Ziele immer wieder in den Vordergrund rückt und durchzusetzen versucht,

3. endlich erkennt und bekennt, daß ihre bisherige CDU-Konzeption einer einseitigen Westorientierung erfolglos und daher falsch war, wenn sie begreift, daß die jetzige hochbrisante Lage nicht nur auf das sowjetische Schuldkonto kommt, sondern mindestens ebenso, die derzeitige sowjetische Haltung herausfordernd, eine Folge der von der FDP mitgetragenen bundesrepublikanischen Außenpolitik ist,

4. im jetzigen Stadium endlich unter Einsatz aller demokratischen Mittel, bis zur Verweigerung der Mitarbeit in Ausschüssen z. B. im Auswärtigen- oder

Verteidigungsausschuß und sogar im Haushaltsausschuß, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Regierungen der Erde immer wieder verlangt,

5. bedingungslos die atomare Bewaffnung ablehnt,

6. zielstrebig für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa eintritt,

7. anstelle einer separatistisch-kleinsteuropäischen oder auch einer westeuropäischen Konzeption sich für ein Gesamteuropa einsetzt unter gegenseitiger Achtung der verschiedenen Systeme und unter Erhaltung und Pflege der völkischen und kulturellen Besonderheiten der einzelnen Glieder dieses Gesamteuropa.

Mit freundlichen Grüßen!
Ihr
gez. Hermann Schwann

(Brief II)

Bergisch Gladbach, den 9. November 1960

An die Träger der Organisation der FDP

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zahlreiche Parteifreunde aus dem ganzen Bundesgebiet haben mich, z. T. mit Sympathie — und sogar mit Solidaritätserklärungen — nach dem nicht von mir veranlaßten Bekanntwerden meines Parteiaustrittes um eine eingehende Begründung für diesen Schritt gebeten.

Abgesehen davon, daß mein Schritt ein persönlicher und keine Aufforderung zur Nachahmung ist, bin ich schon rein zeitlich nicht in der Lage, diesen Wünschen zu entsprechen. Ich werde jeden Anfragenden an Sie verweisen. Damit Sie auf Anfrage erschöpfende Auskunft geben können, übersende ich Ihnen die Begründung für meinen Parteiaustritt.

Für uns alle ist nicht mehr sehr viel Zeit zu verlieren. Sie, meine Damen und Herren, wissen: in den USA plant man für 1962 aus den verschiedensten Gründen einen militärischen Testversuch à la Korea, man denkt in erster Linie an einen „begrenzten" Krieg in Mitteleuropa. Zur Ermutigung suggeriert man den Deutschen den Glauben an bisher noch unbekannte „US-Wunderwaffen" (wie einst!). Die Informationen, die Ihre Abgeordneten haben, besitzen die Sowjets natürlich auch. Die Sowjets stehen also allen Ernstes vor der Frage, ob sie warten sollen bis zum Tage X, oder ob sie selbst vorher handeln? Unsere Politik, getragen von Regierung und allen Parteien, tut alles, um die Sowjets zu reizen, um in unserem Volk die psychologischen Voraussetzungen für die kommenden und gewollten Auseinandersetzungen und um die Bereitschaft für ein selbstmörderisches Wettrüsten zu schaffen.

Jeder, der nicht mit ganzem Einsatz und mit allen Mitteln antritt gegen diese Politik der Superstärke, wie sie insbesondere durch die atomare Aufrüstung der Bundeswehr dokumentiert wird, ist nicht ohne Schuld, nicht nur an dem bevorstehenden Verlust Westberlins. Jeder, der an der einseitigen Westorientierung der Bundesrepublik auch jetzt noch festhält, ist mitschuldig nicht nur an der Verewigung der deutschen Teilung, sondern an dem, was in Kürze schon auf uns zukommt, d. h. an der Auslöschung des deutschen Volkes.

Sie aber, meine Damen und Herren, haben als die Träger der Organisation der Partei die Verpflichtung, Ihre Abgeordneten zu einer klaren Haltung zu zwingen, sonst sind auch Sie mitschuldig an dem Schrecklichen, das unserem Volk

bei Fortsetzung der bisherigen Politik bevorsteht. Diejenigen Abgeordneten, die sich Ihrem Votum nicht unterwerfen, sollten Sie nicht wieder aufstellen. Soweit Sie mich aus vielen hundert Versammlungen, aus meinen zahlreichen Veröffentlichungen und aus meinen seit Jahren immer wiederholten Forderungen kennen, werden Sie zugeben, daß ich l e i d e r — und dieses „leider" entspricht meiner Überzeugung ohne jede Schadenfreude, ich würde glücklich sein, wenn ich bekennen dürfte, daß ich mich geirrt hätte — die inzwischen eingetretene und sichtbar gewordene Entwicklung richtig vorausgesagt habe.

Da ich durch anderweitige Verpflichtungen kaum eine Möglichkeit sehe, bei FDP-Zusammenkünften im kleinen Kreise zu sprechen, bitte ich Sie herzlich, die Begründung für meinen Entschluß sehr gründlich zu lesen und im Kreis der Freunde zu besprechen, denn I h r e Verantwortung für das Schicksal und die Zukunft Deutschlands als Träger der Parteiorganisation ist bei einem weiteren Versagen der durch I h r Vertrauen ins Parlament geschickten Vertreter größer als die Ihrer parlamentarischen Funktionäre. S i e werden mit Recht eines Tages, wenn die verantwortlichen Träger der heutigen Politik entweder emigriert sind oder eine Exilregierung in Nordafrika oder in Südamerika gebildet oder Selbstmord verübt haben, Rechenschaft ablegen müssen darüber, was S i e zur Verhütung einer sichtbar heraufziehenden Katastrophe veranlaßt haben.

Sie werden sich nicht damit entschuldigen können, daß Sie sagen:
„Das habe ich nicht gewußt und nicht gewollt".

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
gez. Hermann Schwann

Min.Dir. i. R. Dr. H u g o F r e u n d

Positive Neutralität und Entwicklungshilfe

Es ist damit zu rechnen, daß die Politik der „positiven Neutralität" die Hilfe für die Entwicklungsländer mitbestimmen wird. Von rund hundert Mitgliedern der Vereinten Nationen sind etwa zwei Drittel Entwicklungsländer. Das Auftreten der „positiv Neutralen", meist unter Führung Indiens, in der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen hatte nicht nur hemmende Pufferwirkung, es zeigte bereits aktivistische Züge. Unmittelbar nach der sehr kritischen Situation Anfang Oktober d. J. setzten die „positiv Neutralen" in der Vollversammlung einen einmütigen Appell an die Mitgliedstaaten durch, alles zu unterlassen, was die Weltspannung vermehren könne, und sich zur Zusammenarbeit und zu Sofortaktionen zur Regelung der Weltprobleme zu bekennen. Der Antrag war eingebracht von Österreich, Bolivien, Burma, Ekuador, Finnland, Ghana, Indien, Indonesien, Panama, Tunesien, der Vereinigten Arabischen Republik, Jugoslawien und Venezuela.

In der A b r ü s t u n g s f r a g e kam es dank der Initiative von „positiv neutralen" Staaten zu einer Übereinstimmung bezüglich der Erweiterung der Zehn-Mächte-Abrüstungs-Konferenz durch fünf neutrale Staaten. Es ist damit zu rechnen, daß die Neutralen in der Abrüstungsdebatte der Vollversammlung den Ver-

such eines Ausgleichs der Gegensätze zwischen Ost und West unternehmen werden.

Das Auftreten „positiv neutraler" Staaten in der Kongo-Debatte enthält ebenfalls konstruktive Elemente. Gegen den Westen wurde die Debatte zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt, damit der Kongo-Ausschuß der Vereinten Nationen die Möglichkeit habe, die rivalisierenden politischen Kräfte an Ort und Stelle zur Zusammenarbeit zu bringen.

Es wird zu einer Reorganisation der Vereinten Nationen kommen, die zunächst den Sicherheitsrat und den Sozial- und Wirtschaftsrat betrifft. Beide Gremien werden in absehbarer Zeit durch die Aufnahme von „Neutralen" erweitert. Die dem Sozial- und Wirtschaftsrat zugeordneten Sonderorgane der Vereinten Nationen werden ihre Exekutivkörper in derselben Weise umformen. So wird z. B. die Zahl der Mitglieder des Executive Board der Weltgesundheitsorganisation von 18 auf 24 erhöht. Die Sozial- und Kulturarbeit der Vereinten Nationen, die ein bei uns kaum erkanntes Politikum darstellt, tritt wahrscheinlich budgetär und sachlich in eine neue Phase ein.

Im folgenden soll untersucht werden, wie sich dieses Auftreten der Gruppe der „positiv Neutralen" in der 15. Vollversammlung der UNO auf die Gegenkräfte einer großzügigen entwicklungspolitischen Planung außerhalb der UNO, vor allem aber auf die konstruktiven Kräfte außerhalb der afro-asiatischen Gruppierung, also innerhalb der Machtblöcke, auswirkt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zu der Ermutigung, die diese Kräfte durch die Vorgänge in der UNO erfahren, der Wahlsieg Kennedy's mit der Aussicht auf ein außenpolitisches New Deal als Impuls zur Sammlung hinzukommt.

Der Erörterung der Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Entwicklungsländern, Kräften der Industrieländer auf der Ebene der „positiven Neutralität" muß eine sehr skizzenhafte Darstellung der entwicklungspolitischen Situation, der Tatbestände und Tendenzen in den Machtblöcken und natürlich auch in der Bundesrepublik vorausgehen.

Die Konzeption des Ostblocks

Die sowjetrussische Hilfe für die Entwicklungsländer mußte sich bis etwa 1954 auf die Länder des europäischen und des asiatischen Ostblocks beschränken. Von 1946 bis 1960 wurden im europäischen Rahmen 20 Milliarden Rubel, für China, die Mongolei, Nordvietnam und Nordkorea über 10 Milliarden Rubel ausgegeben. Seit 1957 erhält China keine Sowjetkredite mehr. Die anderen Länder Asiens, Afrika und Lateinamerika haben in der Zeit von 1954 bis 1960 10 Milliarden Rubel erhalten. Es handelt sich um Indien, Indonesien, Kuba, die Vereinigte Arabische Republik, Sudan, Tunis, Guinea, Äthiopien, Irak, Afghanistan und — Argentinien. Die russische Finanzhilfe beträgt zwischen $^1/_5$ bis $^1/_7$ der Entwicklungshilfe der sog. freien Welt.

Im Rahmen der technischen Hilfe wird vor allem der systematischen Ausbildung der Fachleute entscheidende Bedeutung beigemessen. Botschafter Smirnow hat in einem Vortrag vor dem Wirtschaftsbeirat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, am 12. November 1959 in München erklärt, daß es in der UdSSR 7,5 Mill. Spezialisten mit Hochschulbildung und mittlerer Fachausbildung gebe, daß die Absicht bestehe, jährlich bis zu 120 000 Ingenieure auszubilden — dreimal mehr als in den USA! Im Februar 1960 wurde in Moskau eine „Völkerfreundschaftsuniversität" für Studenten aus den Entwicklungsländern gegründet. Die ersten 500 Studenten haben ihr Studium begonnen. Die Universität enthält alle wesentlichen fachlichen Fakultäten, Ingenieurwissenschaft, Naturwissenschaften, Medizin, Landwirtschaft, Sprachen, Ge-

schichte, Wirtschaft und Recht. Ab 1961 soll die Studentenzahl auf 3000 bis 4000 erhöht werden. Die Ausbildung ist kostenfrei.

Finanzhilfe und technische Hilfe geschehen nach einheitlicher Planung. Die technische Hilfe ist ein Teil des Vollzugs. Betrachtet man die Motive und Tendenzen der Ostblockhilfe für Entwicklungsländer, so kann kein Zweifel bestehen, daß die soziale Revolution in diesen Ländern als ein Bestandteil der revolutionären, aber friedlichen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische angesehen wird. Die taktischen Mittel differieren. Propagandageschenke: ein polytechnisches Institut für 1500 Studenten in Guinea, ein Stadion mit 25 000 Plätzen in Conacry, 80 Millionen Dollar für den Straßenbau in Afghanistan und viele andere. Im Politischen: wo es möglich ist, Bildung einer kommunistischen Partei und gleichzeitig bzw. alternativ unter Rückgang auf eine Anweisung von Lenin Unterstützung nationaler und nationalistischer Gruppen. Sehr wesentlich ist, daß die eigene Entwicklung und vor allem auch die von Rotchina als Leit- und Vorbild sachlich, besonders aber auch in ihrem dynamischen Tempo in der Propaganda in Erscheinung tritt.

Der Direktor der „Central Intelligence Agency" der amerikanischen Regierung, Allan Dulles, hat vor einem Jahr in Washington erklärt, die Wachstumsrate der Sowjetwirtschaft sei in den letzten zehn Jahren doppelt so groß gewesen wie die der Vereinigten Staaten. Er fügte hinzu, daß, wenn die russische und die amerikanische Wirtschaft den gegenwärtigen Expansionsrhythmus beibehielten, die Industrieproduktion in Sowjetrußland bis 1970 60 % derjenigen der Vereinigten Staaten ausmachen würde. Aber dieser Vergleich hinkt noch, wie jeder Vergleich zwischen Produktions- und Wirtschaftskraft des Ostens und des Westens. Man muß zu den wirtschaftlichen Gewichten hinzutun, was der Osten dem Westen in der Entwicklungspolitik politisch, technisch, psychologisch voraus hat, und vor allem die Tatsache seiner großangelegten systematischen und dynamischen Planung.

Konzeption und Konzeptionsmängel des Westens

Während der Osten von der Vorstellung beherrscht ist, die globale Industrialisierung planmäßig zu lenken, muß das privatwirtschaftliche Konkurrenzsystem des Westens hemmende und bremsende Tendenzen entwickeln. Der Zwang zur wirtschaftlichen Fundierung der militärpolitischen Einheit und zur Koordination der regionalen Entwicklungsprojektierungen hat zusammen mit der zunehmenden Einsicht in die Gefährdung durch Vorgehen und Konzeption des Ostens der westlichen Entwicklungspolitik den Charakter der Großplanung verliehen. Das Instrumentarium dazu wird teilweise durch Einrichtungen der UNO (Weltbank, Währungsfonds usw.) gegeben. Die USA, die den Großteil der Finanzhilfe für Entwicklungsländer und auch der technischen Hilfe leisten, haben die europäischen Regionalkörper, vor allem die EWG, unter starken Druck gesetzt. Neben einer wesentlichen Vermehrung der Kredite an Entwicklungsländer soll nach dem Vorbild der hauptsächlich auf Ostasien eingestellten Colombo-Planung eine großangelegte Projektierung zur Organisation des technischen Beistandes für Entwicklungsländer durchgeführt werden. Ein technisches Entwicklungs-Institut zur Organisation der Berufsausbildung und zur Entsendung von technischen Einsatzgruppen soll geschaffen werden. Die EWG steht in enger Verbindung mit der Development Assistance Group (DAG), dem Neunerausschuß (USA und Kanada) der westlichen Welt für Entwicklungshilfe und damit mit der Weltbank und dem internationalen Währungsfonds. Die inneren Gegensätze werden nicht leicht zu überwinden sein (Commonwealth und frankophile Gruppe). Die Gegensätzlichkeit wird verstärkt durch die kaum übersehbare Tätigkeit nationaler Industrien und

Organisationen in den Entwicklungsländern. Es entspricht der freien Marktwirtschaft und ihrem Profitcharakter, daß weiter nach dem Prinzip des divide et impera von jedem in jedem Lande vorgegangen werden kann, daß man sich in jedem Lande mit jeder Gruppe, auch der rückständigsten, in Verbindung setzt und Geschäfte macht. Zur Vielfalt von Motiven und Interessen gehört wohl auch das offenbar im Kongo unternommene Experiment, den Beweis zu liefern, daß die Entwicklungsländer „noch nicht entwicklungsreif" sind . . .

Die Auseinandersetzung, vor allem zwischen bilateral und multilateral, Laissez-faire und Planung ist in vollem Gange. Die Nationalstruktur der westlichen Industrieländer mit ihrer freien Marktwirtschaft steht der notwendigen einheitlichen und systematischen entwicklungspolitischen Großplanung des Westens in fast katastrophaler Weise im Wege!

Die Bundesrepublik

Die Beteiligung der Bundesrepublik an der Entwicklungshilfe, teils über internationale Organe wie Weltbank-Währungsfonds, teils durch Zuwendungen an die Sonderorgane der Vereinten Nationen, teils durch bilaterale Kredite und technische Hilfe, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die neue Konzeption der Finanzhilfe mit über 3½ Milliarden zunächst für ein Jahr, mit Industrie-Krediten, Länderbeitrag und ERP-Mitteln steht zunächst im freien Raum. Was damit geschieht, wer durchführt und kontrolliert, wissen wir noch nicht. Die Teilnahme an der EWG-Organisation und damit der westlichen Konzeption wird sich nach ebenfalls noch nicht übersehbaren Regeln vollziehen. Noch weniger übersehbar ist das Labyrinth von Organisationen und Organen, die in der Bundesrepublik tätig sind oder tätig zu sein scheinen. Bundestag, Regierung, Ministerien, Länder, Gewerkschaften, Kirchen, andere freie Verbände haben Kommissionen und Organe eingesetzt. Aus der konkreten Aufgabenstellung lassen sich Wesen und Tätigkeit von ein paar Dutzend lebensnotwendigen Einrichtungen ableiten: die akademischen Auslandsstellen, die Praktikantenbetreuung der Duisberg-Gesellschaft, die Ausbildungstätigkeit der deutschen Stiftung für Entwicklungsländer in Tegel, die Sprachenvermittlung des Goethe-Instituts, einige Forschungsinstitute an Universitäten. Dazu kommen Koordinationsorgane wie das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, besonders zur Organisation der technischen Hilfe, und die vom Bundeswirtschaftsministerium gebildete Partaa (Partnerschaft Asien-Afrika). Wesentliche Vorarbeiten für eine bundesdeutsche Konzeption planvoller Art haben vor allem und seit längerer Zeit die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (Prof. Dr. Baade) und die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Förderung demokratischer Volkserziehung geleistet.

Aber die Grundtendenzen von Industrie und Wirtschaft sind auf anderes ausgerichtet. Im Augenblick läßt sich noch nicht genügend übersehen, wie weit die bundesdeutsche Entwicklungspolitik als Blitzableiter für die Währungsnöte gedacht ist. Mit Sicherheit aber kann man sagen, daß sowohl die Konzern- und Bankgrößen als auch die freie Gewerbewirtschaft eine „Mittelstandskonzeption" entwickeln. Besonders deutlich ist das bei der feierlichen Einweihung der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer hervorgetreten, die am 19. September 1960 in großem, repräsentativem Rahmen im Hause Borsig-Tegel stattfand. Der Schatzminister sprach davon, es sei unsere Aufgabe, auf Grund unserer jahrhundertelangen Erfahrungen in den Entwicklungsländern die „freie Marktwirtschaft" durch Einsatz unseres „unternehmerischen Willens" zum Tragen zu bringen. In seiner großen Rede über „Sachliche und personelle Voraussetzungen der Entwicklungshilfe" schloß sich dieser Auffassung der erste Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung, Bundestagsabgeordneter

Dr. Rudolf Vogel, an; allerdings mit sehr sorgenvollen Ausführungen über die Desorganisation der bundesdeutschen Organe. Der aus Afrika zurückgekehrte Bundestagspräsident Gerstenmaier hat nun aber in seinem Spiegel-Interview vom 26. 10. 1960 auf die Frage nach der mittelständischen Organisation der Entwicklungsländer gemeint, so etwas könne man nicht zur Auflage machen, aber er glaube, daß die Afrikaner von unserem deutschen Genossenschaftswesen gerade im Hinblick auf ihre Stammesorganisation einiges profitieren könnten.

Man wird davon ebensowenig Kenntnis nehmen wie von dem Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium vom 23. Januar 1960 oder von den Vorschlägen der wirtschaftspolitischen Gesellschaft und des Professors Dr. Baade (Kiel). Aber die Entwicklungspolitik wird nicht nach unserem Ebenbild vor sich gehen, das wir offerieren und das die Intelligenz der Entwicklungsländer völlig durchschaut und bereits abgelehnt hat!

Die unabhängige Konzeption einer konstruktiven Außenpolitik

Die Elemente einer struktur- und situations-adäquaten Entwicklungspolitik sind erforscht, die Mittel erreichbar. Für alle Entwicklungsländer gibt es einen fundamentalen Bedarf und einheitliche Aufgaben. Sie sind gekennzeichnet durch eine Reihe von Mängeln, die den Boden, die Bewässerung, die Gesundheitslage, den Bildungsstand, die technischen Verfahren betreffen; sie sind bestimmt durch die Evolution, den Abschluß der Kolonisierung und der kommerziellen Durchdringung, durch den Eintritt der Entwicklungsländer in das industrielle Zeitalter, durch die raschen Veränderungen der Technik und die Vereinheitlichung des Weltgeschehens.

Alle wesentlichen Aspekte müssen bei einer Gesamtplanung berücksichtigt werden, auch die kulturellen, die weltanschaulichen, die psychologischen. Sie umschließen Widerstände, Tabus, dort und hier. Sie verhindern die Einsicht und die Kenntnis der technischen Möglichkeiten, vor allem der sozialtechnischen Methoden moderner Programme und Projekte.

Es versteht sich von selbst, daß jedes Entwicklungsgebiet und jedes Projekt seinen speziellen Charakter hat. Es wird also eine differentielle Planung notwendig sein. In den angelsächsischen Ländern und im Bereich der Sozial- und Kulturarbeit der Organe der Vereinten Nationen ist die Methode der wissenschaftlichen Aktion, die man auch als Projektmethode bezeichnen kann, entwickelt worden; mit ihr die Gesinnung und die Verhaltensweise echter Teamarbeit und Partnerschaft. Das ist bei uns wenig bekannt und nicht beliebt; so wenig wie andere Formen der funktionellen Demokratie. Die Projekte und die Projektmethodik liefern hinreichend Modelle und Vorbilder für die entwicklungspolitische Planung. Es ist kein Zufall, daß die demokratische Planungsmethodik des Staates Israel in einer Reihe von afrikanischen Ländern eine so große Wirkung ausübt. Sie enthält die beiden Elemente nach Gebietsgröße, die struktur- und situations-adäquat sind: die Produktivsiedlung im lokalen Bereich, die Produktiv-Genossenschaft, den Gewerkschaften eng verbunden, für den überlokalen Bereich. Der Pioniergeist hat den Erwerbsgeist verdrängt. Die Genosenschaft ist an die Stelle des Individualismus getreten. Auch die indische Dorfgemeinschaft und genossenschaftliche Organisation haben Modellcharakter.

Es gibt also nicht nur die positiven Elemente der Neutralität, die jetzt auf der 15. Vollversammlung der UNO zutage getreten sind. Wir finden reichlich Substanz

in Tatbeständen, in Projekten, Methoden, die sich seit dem New Deal Franklin D. Roosevelts, also in den letzten 25 Jahren, entwickelt haben. Sie sind zurückgedrängt durch die machtpolitischen Gegensätze, die Verlagerung in die rein technische und die militärische Sphäre, durch die Abwanderung der Fachleute in diese Sphären, durch die Erstarrung in einer sterilen Gleichgewichtspolitik, durch ein fast völliges Versagen der Erziehung und Bildung. Man kann aber, wie ich glaube, nicht den langsamen Weg des Aufräumens gehen. Die Zeit drängt. Die Feudalreste und sonstigen Widerstände müssen durch den Aufbau selbst beseitigt werden. Es ist die letzte Chance, die durch die Aktivität der „positiv Neutralen" dem Westen gegeben wird.

Oberingenieur Erich Ritter

Atomluftschutz — das Geschäft mit dem Tode

Wer heute von „Luftschutz" spricht und diesen zu propagieren oder auch nur zu verteidigen gedenkt, macht sich schon von vornherein, noch ehe er mit seinen Ausführungen beginnt, einer Unaufrichtigkeit schuldig: er versucht, die Bevölkerung bewußt oder unbewußt irrezuführen. Er spricht nur vom „Luftschutz", meint aber den „Atomluftschutz" und vergißt geflissentlich, daß dieser ganz wesentlich schärfere Minimalforderungen zur Voraussetzung hat.

Der Luftschutz im ursprünglichen Sinne kann bei Anwendung von ausschließlich konventionellen Waffen gewisse Schutzmöglichkeiten bieten, obgleich sich auch hier die theoretischen und die tatsächlichen Ergebnisse in keiner Weise decken. Die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst bei Verwendung von nur konventionellen Waffen eine ins Gigantische gehende Zerstörung, verbunden mit schwersten Opfern der Zivilbevölkerung, unvermeidlich ist. Das Zerstörungsausmaß bei Verwendung von Atomwaffen ist geradezu unvorstellbar. Die Vorstellung der gegenseitigen nuklearen Entvölkerung ganzer Länder ist grauenhaft. Es ist sicher, daß auf Waffen, die keine Unterschiede zwischen der kämpfenden Truppe und der nichtkämpfenden Zivilbevölkerung machen und auch nicht machen können, völkerrechtliche Gesetze, die ehedem für den Einsatz von konventionellen Waffen Gültigkeit hatten, keine Anwendung mehr finden können.

Um von Anfang an Unklarheiten gar nicht erst aufkommen zu lassen, soll jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß, selbst wenn es möglich wäre, einen einwandfreien Atomluftschutz zu erstellen, die Frage des Bevölkerungsschutzes damit noch in keiner Weise gelöst wäre. Die A-Waffen (Atomwaffen) sind doch nur ein Teil des satanischen Arsenals, das man im „Fall der Fälle" einzusetzen gewillt ist. Die B-Waffen (Bakterien) und die C-Waffen (Chemische Vergiftungsstoffe) werden nicht einmal andeutungsweise in die erforderlichen Schutzmaßnahmen einbezogen. Es ist bekannt, daß diese B- und C-Waffen still und lautlos eingesetzt werden können, daß man sie erst feststellen kann, wenn es zu spät ist, und daß es gegen diese Massenmordmittel keinen auch nur irgendwie gearteten Schutz gibt. Es dürfte ebenfalls bekannt sein, daß in den USA große Laboratorien seit Jahren Bakterienversuche machen; auch die C-Waffen, die Atemnot, Lähmungen, Blutzersetzungen usw. hervorrufen, wurden bereits in Laboratorien erprobt. Soeben meldet „Associated Press", daß die amerikanische Armee eine

Verdreifachung der Geldmittel fordert, die innerhalb der nächsten 5 Jahre für bakteriologische und chemische Kriegsführung zur Verfügung stehen. Z. Zt. werden für B- und C-Waffen jährlich ca. 70 Millionen Dollar = 294 Millionen DM, ausgegeben, die nun auf 880 Millionen DM pro Jahr erhöht werden sollen.

Die Zürcher Zeitung „Tat" berichtete Ende September 1960 unter der Überschrift: „Humane Botschaft":

„In Duguay, in der großen Salzwüste, Staat Utah, befindet sich das riesige Versuchsterritorium des Chemischen Korps der US-Armee. Dort werden die Studien über den Bakterienkrieg und den chemischen Krieg betrieben, in dem Viren, Pilze und Gase an die Stelle der Atombomben treten. So geheim diese Versuche sind, in den USA geht es auch da nicht ohne Pressekonferenz.

Richard S. M o r s e , der Forschungsdirektor dieser Laboratorien, und Brigadegeneral Fred J. D e l m o r e , Kommandant der chemischen Forschungsanstalt der Armee, hielten sie ab. Die beiden Herren hatten eine sonderbare Botschaft an die Welt. Sie verkündeten nämlich, der Krieg sei zwar an sich abstoßend, aber, wenn er schon stattfinde, sei es „humaner", den Feind durch Nervengase zu töten oder zu lähmen, besonders in Anbetracht der Tatsache, wie die Herren betonten, daß der Tod durch Nervengase schmerzlos sei, obwohl der davon Betroffene konvulsivische Zuckungen mache.

Die Nachricht von dieser Pressekonferenz und ihrer „humanen" Botschaft ist nirgends in der schweizerischen Presse erschienen. Weder die Schweizerische Depeschenagentur als Vermittlerin der meisten Agenturmeldungen an die schweizerische Presse, noch die United Press International, als amerikanische Presseagentur, fühlten sich verpflichtet, die schweizerische Presse über diese Ansichten führender amerikanischer Militärs zu unterrichten. Sie waren wohl der Ansicht, die Verbreitung dieser Nachricht könnte in der Schweiz Gefühle des Ekels oder der politischen Abneigung erregen. (Das gleiche trifft für die konformistische Presse der Bundesrepublik zu. — Der Verf.) Hingegen wissen wir sehr wohl, was sich ereignet hätte, wenn etwa der Kommandant des Chemischen Korps der Sowjetarmee eine Pressekonferenz abgehalten hätte, in der er den Gas- und Bakterienkrieg als Fortschritt zur Humanität angepriesen hätte; an Schlagzeilen hätte es gewiß nicht gefehlt, noch weniger an moralischer Entrüstung!

Nicht daß wir damit sagen wollten, die Sowjets bereiteten nicht auch den Gas- und Bakterienkrieg vor. Natürlich tun sie das, genau wie die Amerikaner. Sie halten bloß über dieses Thema keine Pressekonferenz ab und faseln auch nicht in diesem Zusammenhang von „Humanität". Was uns der Aufmerksamkeit wert erscheint, ist vielmehr bloß die bei uns vorherrschende Tendenz, ununterbrochen mit zwei verschiedenen Ellen zu messen: das Schreckliche auf der einen Seite zu verschweigen, es aber auf der anderen aufzubauschen. Diese Tendenz ist zahlreichen Schweizern zur zweiten Natur geworden, so sehr, daß sie es gar nicht mehr bemerken."

Soweit die Zürcher „Tat". Wenn man von A-, B- und C-Waffen spricht, so sollte man auch den Mut haben, sich klar vorzustellen, was unter diesen „Waffen" bzw. Massenmordmitteln zu verstehen ist. Die Schutzmöglichkeiten für einen dritten Weltkrieg müßten somit für A-, B- und C-Waffen wirksam sein können, was schlechterdings ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Im Bewußtsein dessen, daß selbst ein einwandfreier Atomluftschutz nur einen Teil des Schutzproblems lösen würde, wollen wir uns in dieser Abhandlung nur mit der Frage befassen: Ist ein Atomluftschutz denkbar und durchführbar, oder ist er es nicht?

„Luftschutz" und „Atomluftschutz" können nicht gleichgesetzt werden, weil sie verschiedene Voraussetzungen haben. Diese Vorbemerkung ist notwendig, weil

der nächste Krieg ein Atomkrieg und nicht ein Krieg mit konventionellen Waffen sein wird. Es wäre verhängnisvoll, der Behauptung gewisser Politiker Glauben zu schenken, wonach die Atomwaffen in der westlichen Welt nur den Zweck haben, abzuschrecken. Abschrecken kann man doch nur, wenn man selbst beträchtlich stärker ist als der Gegner und wenn dieser Gegner diese Überlegenheit anerkennen muß. Sind aber beide Parteien gleich stark — und in unserem Fall ist der Gegner mit großer Wahrscheinlichkeit sogar stärker —, so läßt er sich nicht abschrecken! Wir müssen uns fragen: ist diese sogenannte „Abschreckung" nicht etwa nur ein Vorwand? Hat der Westen wirklich die Absicht, nur „abzuschrekken" und die Atomwaffen im Ernstfall etwa gar nicht einzusetzen? Wohl kaum!

Die USA als hochgerüsteter Staat, ebenso wie die Nato als Kampfgemeinschaft der westlichen Welt, haben beide schon mehrfach erklärt, daß sie in einem größeren Konflikt mit einem ernst zu nehmenden Gegner — sprich UdSSR — sofort Atomwaffen einsetzen würden. Das ist auch gar nicht anders zu erwarten, denn die USA haben — im Gegensatz zu der UdSSR — den ganzen Schwerpunkt ihrer Rüstung ausschließlich auf die Atomwaffen gelegt; sie haben gar keine anderen Waffen, mit denen sie hart zuschlagen könnten. Die UdSSR verfügt zwar auch über eine ebenso starke Atombewaffnung, doch ist sie durchaus in der Lage, auch mit ausschließlich konventionellen Waffen einen selbst sehr starken Gegner mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen.

Der „Kalte Krieg", der zunächst vielleicht nur als ein Hilfsmittel der Politik gedacht war, kann seinen ursprünglich vorgesehenen Zweck der Abschreckung nicht erfüllen. Er verschärft zwangsläufig die Gegensätze zwischen Ost und West und kann gar nicht anders als in einem „Heißen Krieg" enden, es sei denn, daß die Regierungen noch in letzter Minute eine radikale Kursänderung vornehmen und sich zu einer kompromißlosen Abrüstung durchringen. Diese Aussicht wird aber von Tag zu Tag geringer, denn je länger dieser „Kalte Krieg" geführt wird, desto schwieriger wird eine Umstellung auf atomare oder gar totale Abrüstung.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, gewinnt die Rede, die der Staatssekretär Ritter von Lex am 14. Oktober 1960 in Köln anläßlich der Umwandlung des Bundesluftschutzes in eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes hielt, an Bedeutung. Zunächst gab er einen Überblick über die Vorgeschichte des Luftschutzes, ohne verhindern zu können, daß seine Worte einen bitteren Nachgeschmack hinterließen, als er diese Organisation als überaus erfolgreich hinstellte: sind wir alle doch noch heute erschüttert über die zahllosen Opfer an Frauen und Kindern, die auch ein Luftschutz nicht verhindern konnte. Es ist gewiß richtig, wenn er erkärte, daß nach 1945 über den „Reichsluftschutzbund" böse Worte gefallen seien, die erdrückende Mehrheit der Luftschutzwarte und Helfer aber nur das Ziel verfolgt haben, die Bevölkerung vor den Gefahren des Bombenkrieges zu schützen, den Verletzten und den Verschütteten zu helfen und die Obdachlosen zu betreuen. Es ist aber unaufrichtig, zu verschweigen, daß die Luftschutzhelfer die Katastrophe nicht verhindern konnten, sondern lediglich ihre Folgen einigermaßen zu mildern versuchten. Ritter von Lex führte aus: „Nach den Schreckensbildern des Luftkrieges, nach der völlig unbegründeten Diskriminierung der früheren Luftschutzhelfer, war es nur zu begreiflich, daß die Bevölkerung von einem Luftschutz nichts mehr wissen wollte." Dies scheint mir ein Trugschluß zu sein. Viel wahrscheinlicher ist es m. E., daß die Bevölkerung erkannt hat, daß ein Luftschutz nicht mehr sein kann als ein völlig unzureichendes und unzulängliches Provisorium. Aus diesem Grunde konnte sie sich für den Luftschutz nicht begeistern und wird es wohl auch in Zukunft nicht tun! Wenn die Politiker einmal auf die Idee verfallen sollten, die Ausgabenkonten für die ato-

mare Aufrüstung und für den Atomluftschutz gegeneinander auszutauschen, so könnte die Bevölkerung ganz wesentlich leichter in die Zukunft sehen!

Die Bunker-Legende

Ritter von Lex führte aus, daß der Bund dem Bundesluftschutzverband bisher rund 64 Millionen DM zur Verfügung gestellt und etwa 16 Millionen DM in das Haushaltsjahr 1961 übernommen habe. Was heißt das schon? Diese 64 Millionen DM entsprechen 1,20 DM, die der Bund bisher je Kopf der Bevölkerung für Luftschutz ausgab; das ist etwa der Preis, den man für ein Paar Frankfurter Würstchen auf dem Bahnsteig bezahlt; fürwahr, eine respektable Summe, wenn es um Leben und Sterben eines ganzen Volkes geht! Die 16 Millionen DM, die für 1961 vorgesehen sind, ergeben je Kopf der Bevölkerung ganze 29 Pfennige! Man kann dem deutschen Volke sicher keinen Vorwurf daraus machen, daß es unter diesen Voraussetzungen keinerlei Begeisterung für die Idee des Luftschutzes aufzubringen vermag, wobei noch nicht berücksichtigt ist, daß wir bisher nur vom Luftschutz bei Anwendung von konventionellen Waffen, nicht aber von Atomwaffen sprachen. Wir müssen aber von Atomwaffen sprechen, und daher müssen wir auch den Luftschutz als Atomluftschutz betrachten.

Hierbei gilt der Grundsatz, daß Theorie und Praxis nicht dasselbe sind! Erinnere man sich doch an die großen Worte von 1936: „Ich will Meier heißen, wenn auch nur ein einziges Flugzeug unbeschadet über den Westwall kommt." Wie war die Praxis 1943/45? — Ungezählte Tausende haben den Westwall überflogen, unsere Städte zerstört, unersetzliche Kunstwerte vernichtet und Millionen Frauen, Kinder und Greise getötet und verletzt. Wie hieß es doch vor dem Kriege? „Wenn Bomben fallen, löschen die Luftschutzwarte die Dachbrände mit ihren Feuerpatschen, und die Luftschutztrupps bergen die Verwundeten" ... Wie sah die Wirklichkeit aus? — Ganze Straßenzüge sanken in Schutt und Asche, es regnete Phosphor vom Himmel, die Dachposten wurden unter den Trümmern der zusammengestürzten Häuser begraben und die Luftschutztrupps konnten wegen Hitze und Schutt oft erst nach Stunden oder Tagen bis zu den Verletzten vordringen. Das ist die harte Wirklichkeit! Heute sagt man uns, man könne selbst einen Atomkrieg überleben, wenn man sich an die Anordnungen halte. Immerhin haben selbst Exponenten des Luftschutzes schon zugegeben, daß mit einem Personenverlust von 50 % gerechnet werden müsse. Die Praxis wird sein, daß ein guter Bunker u. U. vielleicht in der Lage ist, die Druck- und Hitzewelle soweit abzuschwächen, daß die Insassen mit dem Leben davonkommen können, aber nun fangen bei Atombomben die Schwierigkeiten doch erst an! Auf unabsehbare Zeit hinaus kann der Bunker wegen der radioaktiven Strahlung nicht verlassen werden. Auch bewirkt diese Strahlung eine Veränderung der Erbfaktoren, verursacht somit eine Häufung von Mißgeburten, und dagegen gibt es kein Mittel, keine Möglichkeit eines Schutzes. Selbst die Ankündigung der Regierung, für den Ernstfall große Medikament-Depots bereitzustellen, ist gegenstandslos, da die radioaktive Strahlung auf dem Wege über Ionisation die Medikamente chemisch zersetzt, unbrauchbar macht, so daß sie zu anderen Substanzen werden und nun evtl. wie Gift wirken. Es ist ein gefährliches Unterfangen, den Atomkrieg von der Theorie aus beurteilen zu wollen.

Prof. Dr. Pascual Jordan, der Atomexperte der Regierungspartei, hat s. Zt. empfohlen, Bunker zu bauen, die gestatten, daß die Insassen mindestens 5 Jahre unter der Erde leben können, bis sich „der Atomgestank wieder einigermaßen verzogen hat". Ist das überhaupt möglich? — Nein! — Statt „Atomgestank" wollen wir richtiger sagen: bis die Radioaktivität abgeklungen ist. Wie sieht es nun damit aus?

Bei der Explosion einer Atombombe werden etwa 30 verschiedene Arten von radioaktiven Isotopen in den Luftraum geschleudert. Die Radioaktivität der Atomwolke entspricht — je nach Größe der Bombe — der Radioaktivität von einigen hunderttausend Tonnen Radium. Im Rahmen der Halbwertzeiten ebbt diese Radioaktivität ab. Unter Halbwertzeit versteht man die Zeit, die erforderlich ist, damit die Radioaktivität einer Substanz zur Hälfte zerfällt. Nach 1 Halbwertzeit ist die Radioaktivität somit nur noch halb so groß wie ursprünglich, nach 2 Halbwertzeiten die Hälfte dieser Hälfte = $^1/_4$ usw. Jede dieser Substanzen hat eine andere Halbwertzeit; sie kann Bruchteile von Sekunden, aber auch Millionen von Jahren betragen. Die weitaus meisten der hochgeschleuderten Partikelchen haben kurze und ganz kurze Halbwertzeiten; sie haben vielfach schon, ehe sie auf die Erde herabfallen, ihre Radioaktivität verloren, sind somit unschädlich und ungefährlich. Man rechnet 10 Halbwertzeiten, bis eine Substanz ihre Radioaktivität verloren hat. Die Isotope aber, die dem Menschen wirklich gefährlich werden, wie Strontium-90 mit 25 Jahren Halbwertzeit, Zäsium mit 33 Jahren Halbwertzeit und Kohlenstoff C-14 mit 5590 Jahren Halbwertzeit sind auf viele Jahrzehnte hinaus gefährlich. Strontium wirkt auf den Knochenbau und das Knochenmark, Zäsium auf das Blut und C-14 hat verschiedene höchst schädigende Eigenschaften. Schon allein diese Überlegung beweist, daß ein Bunkeraufenthalt „bis sich der Atomgestank verzogen hat" nicht als Lösung angesehen werden kann. Aber nicht nur aus diesem Grunde sind Atomluftschutzbunker undiskutabel!

Um für die westdeutsche Großstadtbevölkerung auch nur einigermaßen ausreichende Atombunker bauen zu können, müßten mindestens 300 Milliarden DM zur Verfügung stehen. In Wirklichkeit sind es laut Ritter von Lex z. Zt. ganze 29 Pfennige, die der Bund 1961 je Kopf der Bevölkerung für Luftschutz zur Verfügung zu stellen gedenkt. Das reicht noch nicht einmal für einen Splittergraben! Aber selbst, wenn das Geld verfügbar wäre, haben wir überhaupt noch soviel Zeit, um diese Bunker zu bauen? Wie steht es mit den Arbeits- und Fachkräften und mit der Beschaffung von Baumaterial? Unmöglichkeiten — lauter Unmöglichkeiten!

Es können somit nur ganz wenige Bunker in einigen Großstädten gebaut werden. Der jetzt in Angriff genommene Atombunker in Altona wird etwa 100 Menschen Obdach geben können; zwei gleiche Tiefbunker wurden in Aachen und in Dortmund schon fertiggestellt; einige Großbunker aus dem letzten Kriege sollen im kommenden Jahr atomdicht gemacht werden (Spiegel Heft 44 S. 55/56). Die Aufnahmefähigkeit der Bunker, die unter äußerster Anstrengung gebaut werden können, wird günstigenfalls einen ganz geringen Promillesatz der Großstadtbevölkerung betragen können. Es ergibt sich somit die Frage: Wer darf in den Großstädten im Ernstfall in den Bunker und wer muß draußen bleiben? Wer bestimmt hier über Leben und Tod? Wer fällt die Todesurteile über ungezählte Tausende?

Aber selbst wenn jemand das verbriefte Recht hat, in einen Atombunker eingelassen zu werden, muß man fragen: wie will er in den Bunker hineinkommen, wenn die Warnzeit bei Atomraketen etwa 30 Sekunden beträgt? Auch ist es durchaus nicht so, daß die Raketen, die in der Bundesrepublik niedergehen sollen, unbedingt aus dem Osten kommen müssen! U-Boote können vom Atlantik aus in getauchtem Zustand Atomraketen abschießen, denen man nicht ansehen kann, ob sie nur bis in die Bundesrepublik oder weiter nach dem Osten fliegen sollen. Es ist somit schon theoretisch möglich, daß Atomraketen ohne Warnung explodieren, und in der Praxis wird dies noch weit öfter vorkommen!

Da verhindert werden muß, daß Radioaktivität in den Bunker eindringt, kann er nur wenige Eingänge haben, und diese haben recht komplizierte Verschlußvorrichtungen. Ohne viel Phantasie kann man sich ausmalen, daß das Hineindrängen in diese Bunker einer Massenkatastrophe gleichkommt, ganz abgesehen davon, daß der Schutz durch den Bunker illusorisch wird, wenn mit den Insassen auch Radioaktivität eindringt.

Gesetzt den Fall, es ist jemand heil in den Bunker hineingekommen, so muß schon vorher auf viele Jahre hinaus Wasser und Proviant in den Bunker gebracht worden sein. Für genügend Wasser zu sorgen, ist geradezu unmöglich, denn im Laufe der Jahre sollte man sich doch wohl auch mal waschen können und gelegentlich sogar baden ... ein unlösbares Problem. Auch müssen Atomkranke, die es zweifellos geben wird, betreut werden; jede Berührung dieser Kranken kann ansteckend sein. Die Hauptschwierigkeit ist aber die, daß die im Bunker eingeschlossenen Leute beschäftigt werden müssen, wenn sie nicht wahnsinnig werden sollen. Wer sich an die gereizte Stimmung erinnert, die im letzten Krieg in engen Luftschutzkellern schon nach ganz wenigen Stunden auftrat, wird einsehen, daß diese Frage überhaupt nicht zu lösen ist.

Schon aus diesen wenigen Andeutungen ist ersichtlich, daß Bunker nach dem System von Prof. Jordan keine Lösung darstellen. Der amerikanische Professor D u l t hat einen Plan entwickelt, wonach in ca. 300 m Tiefe auf dem Meeresgrund eine geräumige Großstadt entstehen soll, die mit einer Riesenbetonglocke gegen das Wasser abgeschirmt wird. Hat sich dieser Professor überlegt, daß in 300 m Meerestiefe ein Druck von 30 atü (30 kg je Quadratzentimeter) auf der Glocke lastet? Hat er daran gedacht, daß, falls eine Bombe in die Nähe dieser Stadt fällt und die Betonglocke auch nur einen Riß bekommt, seine ganze Stadt jämmerlich absaufen wird? Wohl kaum! Statt solcher Bunkerbauten sollte man besser eine psychiatrische Klinik für diese „Planer" bauen!

Für mittlere und kleinere Städte, Marktflecken und die Landbevölkerung werden Atombunker wohl nicht gebaut werden können; anscheinend hat man diese Bevölkerung bereits abgeschrieben. Wenn man vom Verlust der Menschen absieht, fällt im atomverseuchten Gebiet auch das ganze Vieh aus, das für menschliche Nahrung nicht mehr zu verwenden ist, ebenso wie die Ernte nicht mehr eingebracht werden kann. Die Verproviantierung wird so gut wie unlösbar, wenn man auf unabsehbare Zeit hinaus auf Schlachtvieh und Agrarprodukte verzichten muß! Der kleine Unfall in Calder-Hall (England) hat gezeigt, daß bei der relativ geringen Geländeverseuchung durch Radioaktivität das Gras noch nach Jahren glasklar mit rötlichem Schimmer war und selbstverständlich nicht verfüttert werden kann. Nicht einmal der Gedanke, Landbevölkerung und Vieh in Atombunkern unterzubringen, ist diskutabel. Hier gibt es keine Lösung!

Vielfach stellt man Schweden als vorbildliches Luftschutzland hin. Die Bunker, die dort in die Berge und in den Fels getrieben wurden, sind sicher vorbildlich und gut, aber kein Schwede wird diese Bunker als Atombunker bezeichnen; sie sind lediglich als Schutz gegen konventionelle Waffen gedacht. Auch in Deutschland beabsichtigt man neuerdings, große Stollen in die Berge zu treiben, die im Frieden als Garagen und im Kriege als Luftschutzbunker dienen sollen. Der Gedanke ist gut, solange man an Schutz vor konventionellen Waffen denkt. Als Atombunker kann man solche Anlagen aber nicht ansprechen. In Düsseldorf existiert bereits eine „Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen", kurz „STUVA" genannt, die sich mit diesem Problem befassen will.

Mit diesen Ausführungen soll der Luftschutz als solcher nicht verurteilt werden; sein Name aber ist zu beanstanden. Würde er sich Katastrophenschutz nennen, so hätte er seine volle Berechtigung. Katastrophen, besonders Naturkatastro-

phen, sind immer möglich. Hier hätte der Luftschutz ein weites Betätigungsfeld. Es ist zu verurteilen, daß man zahllose Frauen und Männer, die sich meist ehrenamtlich dem Luftschutz zur Verfügung gestellt haben und noch stellen, daß man also Menschen, die zu jedem Opfer bereit sind, um ihre Mitmenschen aus der Todesnot zu erretten, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen vor Aufgaben stellt, denen kein Mensch gewachsen sein kann. Das ist Irreführung und grober Vertrauensmißbrauch, die verurteilt werden müssen.

Mit dieser Feststellung dürfen wir uns aber nicht begnügen. Es sind 1945 und auch noch später zahlreiche Luftschutzwarte erschossen, zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt oder in ihrer Existenz ruiniert worden, es sind zahllose Frauen vergewaltigt und auch getötet worden, weil sie im Luftschutz aktiv mitgewirkt haben. Diesen Frauen und Männern kann man nicht absprechen, daß sie ehrlich davon überzeugt waren, durch den rücksichtslosen Einsatz ihrer eigenen Person im Luftschutz den Bombenopfern das schlimmste Elend ersparen zu können. Man muß gelten lassen, daß diese Menschen bereit waren, das eigene Leben zu gefährden, um andere zu retten! Die Luftschutzwarte von 1960 können diese Argumente nicht für sich sprechen lassen; sie wissen, daß der nächste Krieg ein Atomkrieg sein wird, daß die Zerstörungen unvorstellbar größer sein werden als im 2. Weltkrieg und daß sie praktisch gar nicht werden helfen können. Ihnen kann man die Entschuldigung des „guten Glaubens" nicht zubilligen.

Als letztes muß noch gesagt werden, daß weder Hitler, noch der Luftschutz auch nur entfernt ein derartiges Ausmaß an Zerstörungen hätte voraussehen können, wie es dann 1943/45 tatsächlich erfolgte. Auch dieses Argument der Entlastung kann weder die Bundesregierung noch der Luftschutz für sich in Anspruch nehmen. Sie wissen, was sie tun! Es mag sein, daß ein Teil der Luftschutzwarte gutgläubig und ohne viel Überlegung sich zur Verfügung stellte. Diesen sei ein Ausspruch Abraham Lincolns entgegengehalten, der auch heute noch Gültigkeit hat: „Man kann einen Teil des Volkes ständig irreführen, das ganze Volk eine gewisse Zeit, aber das ganze Volk ständig irreführen — das kann man nicht!" — Möge es dann, wenn das Volk das begriffen hat, nicht zu spät sein!

Evakuierung als „Rettung"?

Die Bundesregierung, der nachgewiesen wurde, daß Bunker keinen Atomschutz gewährleisten können, suchte einen Ausweg, indem sie Pläne bekanntgab, die Bevölkerung im Ernstfall weitgehend zu evakuieren. Leider sind solche Evakuierungen aber an Voraussetzungen gebunden, die nicht übersehen werden dürfen.

Man muß nämlich evakuieren, ehe die Gefahr eintritt, und dazu gehört viel Zeit, Zeit, die im Ernstfall sicherlich nicht vorhanden sein wird. Sodann muß eine Evakuierung sorgfältigst vorbereitet sein, und gerade das kann man in diesem Fall nicht tun, weil vermieden werden muß, eine Panik hervorzurufen. Bei einer sorgfältigen Vorplanung würden ja gerade die, die evakuiert werden sollen, schon vorzeitig das ganze Elend erkennen, das sie erwartet, und dann würde kaum noch jemand bereit sein, sich evakuieren zu lassen. Schließlich muß auch der Ort, der diese Evakuierten aufnehmen soll, für einen solchen Flüchtlingsstrom vorbereitet sein. Auch das läßt sich nicht durchführen, da Frankreich bereits erklärt hat, daß es seine Grenzen sperren und die Flüchtlingsströme gar nicht einlassen würde. Wer gewährleistet ferner, daß in Frankreich nicht auch Atombomben fallen? Will man dann etwa in den Atlantik evakuieren?

Es ist auch nicht diskutabel, mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung eines Landes auf die Straße zu jagen bzw. nach dem Westen „abzusetzen". Es wirkt wie ein Hohn, wenn von maßgebender Seite verlautet, daß 50 000 Verkehrspolizisten diesen Flüchtlingsstrom steuern sollen!

Wer die Flüchtlingsströme 1945 im Osten miterlebte und sah, wie Entkräftete und Sterbende am Wegrand blieben, wer das unsägliche Elend dieser armen Menschen nicht vergessen hat, kann in einer umfassenden Evakuierung keine Lösung sehen und wird sie scharf verurteilen. Will man höheren Ortes nicht wissen, daß im Ernstfall die Straßen nicht für Flüchtlinge, sondern für die Truppen da sein werden? Will man nicht wissen, daß die vorgehenden Panzer die Straßen reinfegen werden, ja freikehren müssen, wenn die Truppe überhaupt die Absicht hat, zu kämpfen, und will man nicht wissen, daß dieser Elendsmarsch von Evakuierten nur der Todesmarsch unseres ganzen Volkes sein kann?!

Welchen Schutz gibt es überhaupt?

Für den einzelnen bleibt somit nur übrig, zu versuchen, einen Atomkrieg, so gut es geht, zu überleben. Ist diese Möglichkeit wenigstens gegeben?

Die Hiroshima-Bombe war eine kleine Bombe mit einer Sprengwirkung, die derjenigen von 20 000 Tonnen Trinitrotoluol (TNT) entsprach. Ihr Todeskreis betrug 4,5 qkm und ihr Verwundetenkreis ca. 15 qkm. Die H-55-Bombe, eine Wasserstoffbombe, die sowohl seitens der USA als auch der UdSSR eingesetzt werden kann, hat eine Sprengwirkung, die 45 Millionen Tonnen TNT entspricht. Ihr Todeskreis ist etwa 800 qkm und ihr Verwundetenkreis ca. 3200 qkm groß. Der Krater dieser Bombe hat laut Angaben aus den USA einen Durchmesser von ca. 5 km bei einer Tiefe von ca. 200 Metern; die radioaktive Verseuchung reicht über ca. 800 km.

Während des 2. Weltkrieges wurden über allen deutschen Städten insgesamt ca. 1,3 Millionen Tonnen TNT abgeworfen. Eine einzige H-55-Bombe mit 45 Millionen Tonnen TNT ist somit rund 35mal stärker als alles, was von 1940 bis 1945 an Bomben über Deutschland abgeworfen wurde!!!

Wo bleibt bei solchen Bomben ein Luftschutzbunker? Wie tief will man denn in die Erde hinabgehen, und was können die Luftschutzwarte tun, um einen Bunker an seiner Luftreise zu hindern, falls er im Kraterbereich einer solchen Bombe liegt?

Der Harley-Sonderdienst meldete im März 1959: „Die Atomangst im Kreml und im Pentagon hat in diesen Tagen Formen angenommen, die an eine versteckte Panik glauben lassen. Unter Moskau soll eilends ein 800 m tiefer Eisenbetonstollen eingerichtet werden, während man in Washington Atomschutzwaben bis zu 1100 m tief in die Erde treibt." Soweit diese Pressenotiz. Ob diese Stollen in der Zwischenzeit fertiggestellt wurden, ist mir nicht bekannt, es ist auch unwesentlich. Wesentlich ist, daß sich die Wissenden erst ab rund 1000 m unter der Erde sicher fühlen! Allein das führt jede Atomluftschutzmaßnahme ad absurdum. Welche Aussicht hat der Normalbürger, einen Atomkrieg zu überleben? — Wenn ihm der „Zufall" nicht zu Hilfe kommt — so gut wie keine!

So schlimm die Folgen auch sein mögen, die uns Erwachsene in einem Atomkrieg treffen können, somit Schäden an Leib und Leben und die Schäden durch radioaktive Verseuchung, sie werden noch weit übertroffen durch die Schäden, die sich an der werdenden Generation vollziehen. Radioaktive Strahlen haben die Eigenschaft, die Gene, somit die Erbträger zu verändern, und diese Veränderung ist eine bleibende! Erst nach ca. 40 Generationen, somit etwa nach 1000 Jahren, können derartige Erbschäden durch konsequentes Aufkreuzen wieder ausgeglichen werden, vorausgesetzt, daß nur mit erbgesunden Partnern aufgekreuzt wird. Wo will man aber nach einem Atomkrieg diese erbgesunden Partner hernehmen? Hierbei geht es nicht um die Frage Atomluftschutz oder kein Atomluftschutz! Es geht auch nicht um die Frage Atomkrieg oder kein Atomkrieg; es geht schlechthin um die Frage der Vernichtung oder der Erhaltung des Menschen-

geschlechtes, zumindest aber der weißen Rasse, die vornehmlich im Strömungskreis der radioaktiven Isotope um den Erdkreis beheimatet ist.

Hiroshima, das erste praktische Beispiel, sollte uns aufhorchen lassen! Nachdem bereits frühere Forschungen ergeben hatten, daß die Zahl der Leukämieerkrankungen in Hiroshima und Nagasaki außerordentlich gestiegen ist, hat sich jetzt herausgestellt, daß die strahlungsverseuchte Luft bereits eine erhebliche Zunahme der Krebserkrankungen bringt.

Die Regierungen der Westmächte nennen sich betont „christlich". Soweit die Geschichte zurückreicht, hat es noch nie eine „heidnische" Regierung gegeben, die bereit gewesen wäre, menschenvernichtende Konsequenzen in ihre politischen Planungen einzubeziehen! Der Schöpfer, den die Menschen anbeten und der sie erschuf, hat unsere Welt sicherlich nicht zu dem Zweck erschaffen, daß sie durch den Wahnsinn machthungriger Politiker dem Untergang preisgegeben wird. Es ist Blasphemie, wenn ein Geistlicher — wie es geschehen ist — von der Kanzel sagt: „Gegen Atombomben gibt es nur ein zuverlässiges Mittel: beten!" — Gott ließ den Menschen die Atomkraft entdecken; er gab sie ihm nicht von Anfang an, sondern erst zu dem Zeitpunkt, als der Mensch auch in der Lage war, die Folgen dieser Kraft zu überblicken, und Gott gab dem Menschen ferner den Verstand und das Verantwortungsbewußtsein! Er gab ihm den freien Willen zum Guten und zum Bösen! Keine priesterliche Macht kann den Menschen aus dieser Verantwortung entlassen.

Schon allein die Entwicklung der Atombomben mit den damit in Zusammenhang stehenden Atomwaffenversuchen hat bisher genug Unheil angerichtet. Prof. Muller — Nobelpreisträger und einer der bekanntesten Genetiker der USA — erklärte bereits 1957: „In den USA gibt es bereits über 80 000 Kinder, die als Folge der Atomwaffenversuche schwere Erbschäden erlitten haben. In geringeren Grenzen erbmäßig verseucht sind heute schon viele Millionen Menschen." Prof. Linus Pauling — USA-Nobelpreisträger — sagt: „Die Auswirkung der radioaktiven Isotope, wie sie in einem Atomkrieg auftreten, wirken auf die Fortpflanzungsorgane so verheerend, daß die dann neu geborenen Kinder von den Überlebenden kaum noch als Menschen angesprochen werden können." Hier liegt das Verbrechen, das durch den Mißbrauch der Atomkraft begangen wird.

Das britische Weißbuch über Umrüstung 1957 erklärt wörtlich: „Es muß offen zugegeben werden, daß es einen wirklichen Schutz für die Bevölkerung Großbritanniens gegen einen Angriff mit atomaren Waffen nicht gibt"! Das ist kurz, bündig und ehrlich und gilt auch für uns.

Ärzte und Genetiker beurteilen den Atomluftschutz wie folgt: „Solange keine genauen Kenntnisse über verträgliche Dosen und wirkliche Schutzmöglichkeiten vorliegen, ist Luftschutzvorbereitung frevelhafte Spielerei und ein Vortäuschen einer nicht gegebenen Sicherheit."

Gegen Strahlungsschäden als Folge eines Atomkrieges gibt es keinen irgendwie gearteten Schutzpanzer oder Schutzraum. Alle Versuche in dieser Richtung sind zum Scheitern verurteilt. Es wäre nur ein Weg denkbar, nämlich auf irgend eine Art zu erreichen, daß die schädlichen und meist recht langlebigen Isotope, ehe sie auf die Erde fallen, chemisch in andere Elemente so umgewandelt werden, daß sie Halbwertzeiten von Minuten, äußerst aber von Stunden haben. Dieser Weg ist heute und sicher auch noch auf sehr viele Jahre hinaus ebenso ungangbar wie etwa eine Evakuierung der Bevölkerung auf den Mond.

Abrüstung und Entspannung — der einzige Schutz!

Nach dem bisher Gesagten steht fest, daß es gangbare Wege zum Schutz der Menschen in einem Atomkrieg nicht gibt. Es gibt nur den einen

Weg, dafür zu sorgen, daß nie Atombomben fallen! Abgesehen davon, daß dieser Weg der sicherste ist, ist er auch der am schnellsten durchführbare und der billigste. Ihn zu gehen kostet keine Milliarden, sondern nur guten Willen. Da die UdSSR, somit die Macht, die von der westlichen Welt als der große Gegner angesehen wird, nicht nur einmal, sondern schon oft und immer wieder Vorschläge zur atomaren Abrüstung gemacht hat, kann man doch nicht gut behaupten, daß die diesbezüglichen Verhandlungen von vornherein unmöglich seien. Die UdSSR ist hart im Verhandeln; das wissen wir. Das heißt aber nicht, daß man mit ihr zu keinem Ergebnis kommen kann. Wenn solche Verhandlungen bisher noch keine zufriedenstellenden Resultate zeitigten, die beide Teile befriedigen, so sollte man endlich einsehen, daß die Art, wie man verhandelte, fehlerhaft und unrichtig ist. Wenn die USA und die UdSSR nicht nur sagen, sondern auch unter Beweis stellen, daß sie auf Atomwaffen verzichten wollen, so ist die Aufgabe im Grundsätzlichen gelöst. Es dürfte dann bei gutem Willen von beiden Seiten nicht auf unüberbrückbare Schwierigkeiten stoßen, die speziellen Bedürfnisse der beiden großen Mächte so zu berücksichtigen, daß beide sich mit dem Ergebnis zufrieden geben können. Das wäre in jeder Hinsicht die beste und vernünftigste Lösung!

Wir stehen heute bereits am Scheideweg. Ein Weitergehen auf dem bisherigen Wege bedeutet zwangsweise den Krieg. Wir haben gesehen, daß die Bevölkerung in einem Atomkrieg nicht geschützt werden kann; alles, was man in dieser Hinsicht auch unternehmen mag, ist völlig unzulängliches Stückwerk. Einen Bevölkerungsschutz in einem Atomkrieg gibt es nicht und kann es nicht geben. Das Weiterleben in „Frieden und Freiheit" setzt eine radikale Umkehr voraus. Es kann nicht abgestritten werden, daß Rußland auch in 1000 Jahren noch unser geographischer Nachbar sein wird, ebenso wie die USA auch dann noch durch den ca. 5000 km breiten Atlantik von uns getrennt sein werden. Vernünftig wäre es daher, mit unserem östlichen Nachbarn einen gangbaren modus vivendi zu finden, denn irgendwie müssen wir mit ihm zusammen auskommen, was natürlich nicht heißen kann, daß wir uns mit seiner Ideologie identifizieren. Wir und Sowjetrußland haben Verbrauchsgüter, die jeweils für den anderen höchst interessant sind, und es ist einleuchtend, daß ein reger Warenaustausch, an dem beide bestens verdienen, der sicherste Garant dafür ist, daß jeder beim anderen Unstimmigkeiten vermeidet, geschweige denn, daß es gar zu einer waffenmäßigen Auseinandersetzung käme. Je größer der Nutzen ist, den jeder aus diesem Handel zieht, auf desto festeren Füßen steht der Friede! Noch ist die Tür offen! Möchten die Politiker sie durchschreiten, ehe sie endgültig zuschlägt.

Soeben ist in den USA ein neuer Präsident gewählt worden. Es ist vielleicht berechtigt, an ihn gewisse Hoffnungen zu knüpfen. Sein größter Aktivposten ist der, daß er an der Nachkriegspolitik der USA nicht mitgewirkt hat, somit auch nur relativ geringe Rücksichten zu nehmen hat. Präsident Kennedy gehört der jungen Generation an, hat sich den Sinn für Realitäten erhalten und bereits bewiesen, daß er verhandeln kann. Er will zwar die bisherige Politik weiterverfolgen, aber er klebt nicht an verknöcherten Doktrinen. Es wäre immerhin denkbar, daß er auf dem Wege der Verhandlungen mit der UdSSR sich zu gewissen Kursänderungen durchringen könnte, die die Lage entspannen, und darauf kommt es an!

Der von uns allen hochgeschätzte Urwalddoktor Prof. Albert Schweitzer, mit dem ich mich im vergangenen Herbst in seinem Elsässer Heim länger unterhalten durfte, kämpft schon seit Jahren einen harten Kampf um den Weltfrieden. Er war es, der das Wort von der „Ehrfurcht vor dem Leben" prägte. Unermüdlich hat er sich dafür eingesetzt, daß die Völker die Atomkraft nicht mißbrau-

chen sollen und daß Atomkriege — selbst schon in ihrer Planung — einem Verbrechen gegen die Menschheit gleichzusetzen seien. Von ihm kommt der Vorschlag, ein internationales Gremium von Völkerrechtlern aufzustellen, das die politisch Verantwortlichen für jeden Mißbrauch der Atomkraft, sei es in einem Atomkrieg oder auch nur durch die Erprobung von Atomwaffen, als Verbrecher gegen die Menschheit brandmarkt, und daß es notwendig ist, in den Verfassungen aller Staaten gesetzlich zu verankern, daß diejenigen, die sich gegen diese Gesetze und Gebote versündigen, auch als Verbrecher abgeurteilt werden. Den Völkern ruft er zu: „Macht das Maul auf!" Er weist darauf hin, daß die Völker demokratischer Staaten ihre Regierung selbst wählen, somit selbst bestimmen können, welchen Kurs die Männer steuern sollen, die sie gewählt haben. Er sieht den einzigen Schutz, die Menschen vor dem Untergang zu retten, darin, daß die Völker ihre Regierungen zwingen, die Atomkraft nicht in ihre politischen Konzeptionen einzubauen.

Ein Atomkrieg vernichtet die Menschheit; einen Schutz gegen Atombomben gibt es nicht; es gibt nur die Alternative: abrüsten oder untergehen. Atomkrieg bedeutet den Tod — und: Atomluftschutz ist das Geschäft mit dem Tode.

Dipl.-Volksw. Alfons Vogel

Die D-Mark auf der schiefen Bahn

Wirtschaftswunder im Schatten der schleichenden Inflation

„Das Leben kostet Geld!" An der eingängigen Schlichtheit dieser Binsenweisheit haben die Werbetexter einer westdeutschen Hypothekenbank den Reklametenor eines Prospektes „aufgehängt", der in diesen Tagen als Massenwurfsendung die Morgenpost manches Bundesbürgers bereicherte: Um den privaten Erwerb der Pfandbriefe und Kommunalobligationen des Hauses („verbriefte Sicherheit!") kräftig zu mobilisieren, zielte dieser so lapidar aufgemachte Slogan über Kimme und Korn — das heißt, über die Offerte der „Sicherheit und hohen Verzinsung" — auf den anlagesuchenden Spartrieb in der Brust jener Menschen, die über das Heute hinaus an die materielle Zukunftssicherung denken. Warum auch nicht? Unter der breiten Auswahl geläufiger Möglichkeiten zur Bildung von Geldersparnissen wie Sparkonten, Sparverträge bei Banken, Bausparen, Versicherungen usw. ist die „mündelsichere, festverzinsliche" Schuldverschreibung als sogenannte sichere Sparanlage gewiß auch nicht zu verachten für jeden, der in hergebrachter Weise auf längere Sicht Vermögen bilden, für die Ausbildung seiner Kinder oder für das eigene Alter vorsorgen möchte — für den also, der durch bewußten Verbrauchsverzicht sparen will.

Also nichts gegen die Hypothekenbanken! Aber wer gegenwärtig den Sparwillen anzusprechen hofft mit dem Hinweis, daß „das Leben Geld kostet", wird sich auf die zeitgemäße Korrektur gefaßt machen müssen, daß „das Leben täglich m e h r kostet"! Wenn es aber so ist — die Hausfrau weiß es nur zu gut und die objektiven Statistiken machen auch keinen Hehl mehr daraus — dann wird es selbst den treuesten Sparern langsam „plümerant" zumute. Vor der Entscheidung, das Ersparte irgendwie langfristig anzulegen (oder zu verbrauchen!) steht heute für die meisten die große Frage: „Was wird aus unserem Geld?"

Tatsache ist, daß die Bundesdeutschen der vielbesungenen Blüte ihres Wirtschaftswunders und der Vollbeschäftigung seit Jahren nicht froh werden: Lang-

sam aber unaufhörlich steigt das allgemeine Preisniveau, die Kraufkraft unseres Geldes sinkt. Immer besorgter, immer lauter fragt sich die Öffentlichkeit: „Was ist los mit der D-Mark?!" Das Vertrauen in die Stabilität der eigenen Währung, eine der wichtigsten Säulen jeder geordneten Volkswirtschaft, ist mit dieser Frage wieder einmal ins Schwanken geraten; das schicksalträchtige Wort „Inflation" steht seit geraumer Zeit erneut im Raum. Zweimal in diesem Jahrhundert hat das deutsche Volk eine Inflation bis zum bitteren Ende, nämlich bis zur totalen Zerrüttung seines Geldwesens, am eigenen Leibe erlebt: Die Inflationsperiode von 1918 bis 1924 endete im Abgrund einer Geldentwertung, die sich nach dem staatlich durchgeführten Geldschnitt in dem Wertverhältnis von 1 Billion Mark (alter Währung) zu 1 Mark (neuer Währung) — 1 000 000 000 000 : 1 — jedem normalen Vorstellungsvermögen entzog. Die Währungsreform von 1948 war der letzte tragische Akt des folgenden Entwertungsprozesses, der bereits um 1935 mit den Kriegsvorbereitungen Hitlers begann, aber erst im deutschen Zusammenbruch von 1945 und in der Folge durch die düsteren Zeiten der „Zigaretten-Währung" in ihrem verheerenden Ausmaß sichtbar wurde. Vor kaum 12 Jahren wurde damit die vorletzte deutsche Währung von der Bühne gefegt und mit der Kopfgeldquote von 40 Mark trat die D-Mark als neue Währung des wiederum völlig verarmten Volkes ihre Laufbahn an.

Nach diesem zweimaligen Ruin ihres Geldes haben die Deutschen ihre Erfahrungen in Inflationen: In beiden Fällen waren sie von den Ereignissen überrumpelt worden; eines Tages wachten sie auf, da waren — durch einen Federstrich des Staates — Arbeitsverdienst und Ersparnisse eines Lebens in Nichts zerronnen... Niemand wird sich also heute wundern, wenn die Söhne, durch das Schicksal ihrer Väter und Großväter hinlänglich gewitzt, nicht bereit sind, sich noch einmal von einer ähnlichen Katastrophensituation überraschen zu lassen. Und die wiederum sichtbar gewordenen Merkmale einer inflationären Entwicklung unseres Geldwesens in der Bundesrepublik sind den „gebrannten Kindern" begreiflicherweise Anlaß genug, der D-Mark scharf auf die Finger zu sehen und besorgte Fragen zu stellen: „Was ist los mit unserer Währung? Wie geht's weiter?"

Die „harte" D-Mark — eine Illusion

Warum aber diese Sorge? Seit Jahr und Tag ist uns doch die Redensart von der „harten D-Mark" als monetärer Ausdruck unseres westdeutschen Wohlstandes geläufig, weil wir es so den Währungs- und Konjunkturpolitikern abgenommen haben. Vom Argument der „harten D-Mark" bis zur Fata Morgana einer nach wie vor „stabilen Währung" war es nur ein kurzer Schritt — für den einen bis zur gänzlichen Ratlosigkeit, wenn nicht gar zur naiven Selbsttäuschung („Was kann schon passieren: die D-Mark ist und bleibt stabil!"), für den anderen, den einseitig interessierten Meinungsbildner, bis zur rabulistischen Vernebelung der nüchternen währungspolitischen Wirklichkeit.

Da spielten aber die Sparkassen nicht mehr mit, die inzwischen besonders hellhörig geworden sind, weil sie mit dem Sparer ihren wichtigsten Kunden zu verlieren haben und darum die Geldsituation nicht notdürftig verschleiert, sondern die währungs- und finanzpolitischen Krankheitssymptome erkannt und schließlich der richtigen Diagnose die konsequente Heilbehandlung folgen sehen wollen. Unverblümt äußerte sich daher in diesem Zusammenhang eine kritische Stimme in der Septemberausgabe der monatlichen Informationen einer örtlichen Sparkasse: „Kaum jemals in den letzten Jahren hat in der Bundesrepublik eine derartige Verwirrung bei der Erörterung entscheidender geldwertpolitischer Fragen geherrscht wie gegenwärtig... In vielen amtlichen und nichtamtlichen Erklärungen werden heute Währungsstabilität und Wechselkursstabilität gleichgesetzt.

Auch der Hinweis auf die „harte D-Mark-Währung" wird vielfach gewollt oder ungewollt auf innere Währungsstabilität bezogen ... Im Interesse der Sache und der Klarheit des Urteils muß demgegenüber nachdrücklich festgestellt werden ... daß selbstverständlich unter Währungsstabilität nichts anderes verstanden wird als die Stabilität der Kaufkraft der Währungseinheit gegenüber Waren und Dienstleistungen, und nicht etwa die Stabilität der Kaufkraft der eigenen Währungseinheit beim Kauf anderer Währungen ..."

Diese klare Unterscheidung zwischen dem im offiziellen Wechselkurs amtlich festgelegten („harten") Außenwert unserer Währung und ihrem Binnenwert auf der anderen Seite als die exakte Funktion der D-Mark-Kaufkraft innerhalb der bundesdeutschen Grenzpfähle ist freilich erste Voraussetzung, will man sich vor Irrtümern und Täuschungen, am Ende auch vor bösen Überraschungen bewahren.

Inflation ist, wenn...

„Inflation ist, wenn die Preise steigen", sagt der Mann auf der Straße, und er kennzeichnet damit genau den Punkt, an dem die Geldentwertung für ihn sichtbar und fühlbar wird. Mag auch mancher Wirtschaftswissenschaftler an der Tiefgründigkeit oder Eleganz dieser Definition etwas auszusetzen finden — in der Sache stimmt die Rechnung. Die Abhängigkeit der Währungsstabilität von den Preisen und ihren Bewegungen auf dem Markt der Güter und Dienstleistungen ist ein volkswirtschaftliches Faktum. Steigt das Preisniveau im Binnenland auf längere Frist an, so sinkt mit gesetzmäßiger Automatik gleichzeitig der innere Geldwert, die Kaufkraft der gesetzlichen Währungseinheit. Und ein noch so festgeschraubter „stabiler" Wechselkurs kann in diesem Falle nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Währungsstabilität effektiv aus den Angeln ist.

Prüft man unter diesem sachlichen Gesichtspunkt die Wertentwicklung der D-Mark in einem angemessenen längeren Zeitabschnitt, so ergibt sich ein keineswegs beruhigendes Bild: Am Maßstab des amtlichen Preisindexes für die Lebenshaltung gemessen ergab sich als Resultat, daß im Zeitraum der letzten zehn Jahre die Preise in der Bundesrepublik jedes Jahr um durchschnittlich 2,1 %, in der Zeit von Mai 1959 bis Mai 1960 sogar um 3 % gestiegen sind. Diese Zahlen wären zwar noch kein Grund, etwa von einer rapiden Inflation zu sprechen; noch viel weniger Anlaß bieten sie jedoch, sich jetzt beruhigt schlafen zu legen. Der langfristig anhaltende Preisanstieg mit dem analogen Kaufkraftverlust von — vorsichtig gerechnet — mindestens 20 % in der Periode 1950 bis 1960, dazu die weitere Steigerung seit dem Vorjahresvergleich auf 3 % (zur Zeit spricht man von 5 %!), ist untrüglich das klassische Merkmal der „schleichenden" Inflation. Kein Zweifel also: die D-Mark führt längst nicht mehr den Lebenswandel eines Mädchens „aus gutem Hause" (wie es mancher nach ihrer renommierten Herkunft aus dem bundesdeutschen Wohlstand erwartet haben mag); sie befindet sich vielmehr unverkennbar auf der schiefen Bahn. Wo diese Bahn enden kann, soll Leopold Baranyai, früherer Präsident der ungarischen Währungsbank, der später nach den Vereinigten Staaten emigrierte, den Amerikanern mit folgendem Bild erläutert haben: Die Inflation ist eine Nymphe, die sich nicht mit einem leichten Flirt begnügt... Das Spiel beginnt mit den Freuden der monetären Konjunkturpolitik und endet mit den Schrecken der Inflation.

Wer nun heute nach der Ursache der einmal nicht mehr wegzuleugnenden inflationären Entwicklung unseres Geldwesens fragt, wird tagtäglich zu hören und zu lesen bekommen: An allem ist allein die „Konjunkturüberhitzung" schuld! Ein Schlagwort mehr in der allgemeinen Verwirrung, und ein gefährliches, denn es dient in seiner Vieldeutigkeit dazu, Ursache und Wirkung zu verwechseln.

Die offenkundige Beliebtheit dieses Terminus in jeder Erörterung der Währungs- und konjunkturpolitischen Probleme unserer Tage — nicht zuletzt in den Kreisen der wirtschaftspolitisch Offiziellen und Offiziösen — stellt denen, die ihn so ausgiebig strapazieren, und der ernsthaften Gründlichkeit ihrer Untersuchungen durchaus nicht das beste Zeugnis aus. Nach der alten Witzweisheit „die Armut kommt von der Pauvreté!" erklärt man uns (nur mit umgekehrten Vorzeichen) die fortwährend still dahinwuchernden Preiserhöhungen unterm Zeichen der Konjunkturüberhitzung einfach als „konjunkturbedingt", quasi als natürliche und damit nicht weiter aufregende Begleiterscheinung einer „blühenden Volkswirtschaft". Das klingt fast so harmlos, als handele es sich um das typische Völlegefühl eines (am bekannten „Wohlstand") überladenen Magens. Darauf einen Magenbitter — in hartnäckigen Fällen ein paar Diätpillen — und alles ist wieder in schönster Ordnung. Aber unschwer erkennt man hier die Absicht und ist verstimmt.

Die Kaufkraft schwindet

Man kommt der Sache näher, wenn man die ominöse „Konjunkturüberhitzung" als einen, sagen wir, euphemistischen Sammelbegriff für eine Reihe von Folgeerscheinungen und Wirkungen (mit vielfachen Wechselbeziehungen untereinander) erkennt, die keineswegs verantwortlich, um so mehr aber symptomatisch sind für Tatsache und Umfang der inflationären Erkrankung unserer Volkswirtschaft. Hierher gehören die in Tages- und Fachpresse, in Wirtschaft und Politik je nach Standort mit unterschiedlichem Gewicht erörterten Momente, wie der allgemeine Geldüberhang, die Preis-Lohn-Welle, die Marktenge bei den Verbrauchsgütern, die exaltierten Haussebewegungen an den Börsen, die überspannte Kreditausweitung und die anomal aufgetriebene Liquidität der Banken. Hinter diesen Erscheinungen wirkt permanent das, was man volkswirtschaftlich als das Wesen (nicht zu verwechseln mit der Ursache) der Inflation definiert: Die Aufblähung des Geldumlaufs, die Vermehrung der Geldmenge, die in Wirtschaft und Volk zirkuliert und der auf dem Binnenmarkt keine entsprechend gleichwertige Gütermenge gegenübersteht. Aus dem Mißverhältnis zwischen dem ungenügenden Gürterangebot und der unbefriedigten Verbraucher-Nachfrage folgen unmittelbar die Preiserhöhungen als die äußeren Kennzeichen der Inflation.

Eine Vorstellung von dem heute bereits wieder erreichten Ausmaß der Aufblähung des Geldumlaufes geben einige Vergleichszahlen, die der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht in einer soeben veröffentlichten Broschüre „Schluß mit der Inflation" veröffentlichte. Schacht zieht dabei eine Parallele zwischen den Jahren 1938 und 1960, davon ausgehend, daß beide Jahre gleichermaßen durch große Aufträge und Arbeitskräftemangel als Perioden der Höchstbeschäftigung gekennzeichnet waren und daher vergleichbare Größen darstellen. 1938 habe die deutsche Wirtschaft eine Bevölkerung (einschließlich Österreich) von rund 80 Millionen Menschen umfaßt, denen ein Bargeldumlauf von 8 bis 9 Milliarden Mark zur Verfügung stand. Andererseits liege in Westdeutschland mit seiner auf etwas über 50 Millionen geschrumpften Bevölkerung der Bargeldumlauf bei rund 20 Milliarden D-Mark, was einem Verhältnis von 100 Mark im Jahre 1938 zu 400 Mark im Jahre 1960 an Geldumlauf je Kopf der Bevölkerung entspricht. Gleichzeitig weist Schacht in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, daß — gemessen an dem Bargeldumlauf bei der Währungsumstellung im Sommer 1948 von 6 Milliarden DM — im Zeitraum von 1948 bis heute das Bargeldvolumen um 14 Milliarden DM zugenommen hat. Mit dem Verfasser sagt sich da wohl „jeder, der diese Ziffern überdenkt, daß etwas nicht stimmt".

In derselben Schrift kommt Dr. Schacht bei der Analyse der Preisentwicklung seit 1950 ebenfalls zu der Feststellung, die amtliche Statistik zeige „einen Preisanstieg auf allen Gebieten des Verbrauchs (Ernährung, Heizung und Beleuchtung, Hausrat, Bekleidung und Körperpflege, Verkehr), der rascher vor sich geht, als von der Bevölkerung normalerweise, d. h. ohne aufzufallen, aufgenommen werden kann. Die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe (Familie mit zwei Kindern) hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts um rund ein Viertel verteuert. Würde man diesen Maßstab zugrunde legen, so hätte der Geldumlauf (Bargeld plus Buchgeld) seit 1950 um etwa ein Viertel, nicht aber um das Dreifache steigen dürfen". Auch hierin wird evident, daß bereits seit Jahren die Preise mit inflationärem Rückenwind der Kaufkraft der D-Mark davongelaufen sind.

Es heißt nun aber völlig am Problem vorbei reden — wobei es dahingestellt bleiben soll, wieweit Ignoranz oder Absicht mitsprechen —, wenn man immer wieder besonders von regierungsamtlicher Seite dem angeblich „maßlosen" Verbraucher die Schuld in die Schuhe zu schieben versucht. Gewissermaßen soll es die hemmungslose Kauflust dieses anonymen „Wohlstandsbürgers" sein, dem das Güterangebot in dieser Zeit der Überbeschäftigung, der ausgeschöpften Produktionskapazitäten und des Arbeitermangels einfach nicht mehr gewachsen wäre. Danach wären es also die kleinen Müllers, Schulzens und Lehmanns, die auf Grund gestiegener Lohn- und Gehaltstarife viel (wenn nicht sogar zuviel) verdienen, zu wenig sparen, weil sie so „üppig" leben — jedenfalls zuviel ausgeben, dadurch die Preise hochtreiben und daher eigentlich die ganze Misere der aus dem Gleichgewicht geratenen Markt- und Finanzsituation auf dem Kerbholz haben. Nein, diese Lösung ist zu verdächtig einfach, um wahr zu sein. Wiederum werden, wie bei der Konjunkturüberhitzung, Erreger und Symptom verwechselt. Andererseits aber zeigt das Verhalten des Konsumenten von heute den Stand der Temperatur unseres Geldes mit hinreichender Deutlichkeit an.

Sparquoten sinken

Es ist eine Frage des Standpunktes, ob die Löhne ursächlich die Preise aufgetrieben haben oder ob die gestiegenen Preise umgekehrt die Löhne gezwungen haben, nachzuziehen. Immerhin ist per Saldo festgestellt, daß trotz relativ hohen Nominaleinkommens das Realeinkommen gesunken ist. Tatsächlich fließt ein ungewöhnlich großer Anteil dieses Realeinkommens zur Zeit in den Verbrauch ab, was schon wegen der überproportional gestiegenen Lebenskosten nicht weiter erstaunlich ist. Aber es ist nicht nur die objektive Verteuerung an sich. Vielmehr äußern sich eben hier die beginnenden Reaktionen des schwindenden Vertrauens der Bevölkerung in die Stabilität der Währung. Nach einer Aufstellung über die Einkommen und Ersparnisse privater Haushalte haben die Sparkassen errechnet, daß im Verhältnis zum Zuwachs des verfügbaren Einkommens die Sparquote von 27 % im Jahre 1957 auf 16 % im Jahre 1958 und auf 9 % im Jahre 1959 abgesunken ist, woraus folgt, daß ein immer größerer Teil des Einkommens alsbald verausgabt worden ist. Nach Lage der Dinge wird noch ein weiter anhaltender Rückgang der Sparquote befürchtet. Auf dem Rentenmarkt, so verlautet aus dieser Richtung, ist der private Sparer bereits verschwunden. Das alles ist kein Zufall und auch keine plötzlich ausgebrochene Epidemie allgemeiner Verschwendungssucht: Es sind, auf der privaten Ebene, die Anzeichen einer allzu bekannten Inflationserscheinung, der Flucht in die Sachwerte. So bedeutsam diese Fluktuationsbewegung für die Stimmung der sogenannten kleinen Leute ist — sie stehen immerhin noch in den Anfängen, und es wäre allzu billig, jetzt zu sagen: Also ist es doch der Verbraucher, der immer wieder an der Preisschraube gedreht hat. Da sind unvergleichlich stärkere Konjunkturkräfte als der schwache

Arm des Konsumenten, die den passenden Schraubenschlüssel mittelbar oder unmittelbar handhaben: Da sind vornean Handel, Industrie, Banken, Börsen und keineswegs an letzter Stelle der Staat, besonders als Großauftraggeber im Rüstungsgeschäft.

Mehr Geld — steigende Preise

Es lohnt sich, ein Auge zu werfen auf Ursprung, Wurzeln und Triebkräfte des so „märchenhaften" westdeutschen Wirtschaftsaufstiegs bis hin zur heutigen Überkonjunktur, deren inflationistische Fieberkurve die Öffentlichkeit beunruhigt. Am Anfang stand das European Recovery Programm (ERP) des 1947 geborenen Marshall-Plans, das unter dem Motto der „Wiederankurbelung der kriegsverwüsteten Produktion in Europa" stand und damit auch und an vorrangiger Stelle der völlig zusammengebrochenen westdeutschen Wirtschaft mit kräftigen Dollarspritzen alsbald wieder auf die Beine half. Deutscher Arbeitsfleiß und deutsche Gründlichkeit taten das ihrige; die Kräfte wuchsen; die Produktion lebte in erstaunlichem Tempo wieder auf. Westdeutsche Industrieerzeugnisse fanden wieder ihren Weg nach draußen, vor allem ins westliche Ausland; der Export kam mehr und mehr in Blüte. Dafür kamen auf dem Rückweg die Devisen ins Land — und über die Notenbank schließlich als D-Mark auf dem Geld- und Kapitalmarkt der Bundesrepublik an. Damit nicht genug, stieß die Bundesbank zwischen 1956 und 1959 mit der Politik des „billigen Geldes" in der gleichen Richtung noch hinterher und überforcierte so die Entwicklung der damals ohnehin schon stark und besonders exportintensiv beschäftigten Industrie. Sie schoß um so schneller ins Kraut, produzierte und investierte, was die reichlichen und billigen Kredite der Notenbank hergaben. Erst tröpfelten, dann flossen und schließlich strömten die Gelder; hier aus den Devisenüberschüssen unserer Zahlungsbilanz (als Exporterlöse), dort aus der gleichzeitigen Kreditexpansion durch die Kanäle der Wirtschaft in das Sammelbecken der inneren Zirkulation. Im gleichen Tempo und Ausmaß begannen denn auch die Preise zu klettern und sank auf der anderen Seite der Geldwert. Dieser inflationistische Effekt wurde noch weiter verschärft durch den Umstand, daß die Exportüberschüsse die Notenbank zu neuer D-Mark-Produktion in übergroßem Ausmaß veranlaßten: infolgedessen erhöhte sich die Bankenliquidität, wodurch die inflationistisch wirkende Kreditexpansion erst recht in Schwung gekommen ist.

Schließlich haben sich aus diesen Überschüssen unserer außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz auch sukzessiv wachsende Einkommen gebildet. Diesem Geld steht aber auf dem Verbrauchsgütermarkt kein ausgleichendes Angebot gegenüber. Diese Güter fehlen darum, weil sie ins Ausland gehen. Das überentwickelte Ausfuhrinteresse der Produzentenseite ist also maßgeblich an der Entstehung der Übernachfrage mitbeteiligt. Was die Produktion betrifft, darf ferner nicht unberücksichtigt bleiben, daß die überspannte Investitionskonjunktur nicht ohne Auswirkungen auf die Investitionsgüterpreise ist und sich auf dem Umwege über die Verbrauchsausgaben schließlich wieder in den Konsumgüterpreisen niederschlagen muß. Im Hinblick auf diese Faktoren spricht man heute schon von der Gefahr eines längerfristigen Preissteigerungsprozesses.

Aber die Störungselemente sind durchaus nicht allein im Bereich unserer Export- und der Kreditwirtschaft zu suchen. Seit Einführung der unbegrenzten Konvertibilität der D-Mark im Dezember 1958 (womit die D-Mark im internationalen Geldverkehr für In- und Ausländer zum Austausch wie zum Handel freigegeben wurde) war die Bundesrepublik mit ihren höheren Zinssätzen für das anlagesuchende ausländische Kapital attraktiv geworden. Ein weiterer Strom fremder Valuten (neben den Ausfuhrerlösen) floß damit in den westdeutschen Geld- und

Kapitalmarkt, trieb die Börsenkurse auf neue Höhen, stimulierte zusätzlich die voll- und überbeschäftigte Produktion und trieb am Ende den Pegelstand der umlaufenden Geldmengen noch weiter aufwärts.

Voran der Staat

Mit den bisher behandelten wirtschaftlichen Kräften und Gruppen innerhalb und außerhalb unserer Bundesgrenzen, die von verschiedenen Seiten der Stabilität unserer Währung in so bedrohlichem Maße zusetzen, konkurriert mit gar nicht zu unterschätzender Bedeutung schließlich der Staat selbst, dessen Finanzlage, Haushalts- und Ausgabenwirtschaft. Welche Milliarden D-Mark-Beträge der Bund von Jahr zu Jahr in Bewegung setzt, und zwar in sprunghaft wachsendem Umfang, offenbaren die Haushaltszahlen, die soeben mit dem neuen Haushalt für 1961 die Rekordspitze von rund 45 Milliarden DM erstiegen haben und damit den Ausgabenetat des laufenden Rechnungsjahres um weitere drei Milliarden DM überrunden. Der im vorliegenden Zusammenhang schwerwiegendste Posten ist dabei der Etat des sogenannten Verteidigungshaushaltes; nicht nur darum, weil er allein schon mit seinen inzwischen auf 11,2 Milliarden DM gestiegenen (gegenüber 10 im laufenden Etatjahr) Ausgabenansätzen nun bereits 28 % der gesamten bewilligten Mittel in Anspruch nimmt. Das für den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt besonders Negative daran ist, daß diese Milliarden DM-Summen in unproduktiven Rüstungsaufträgen verausgabt werden. Das bedeutet: der im Inland placierte Teil dieser Rüstungsaufträge nimmt der Produktion entsprechend hohe Kapazität weg, die im anderen Falle der Konsumgütererzeugung zur Verfügung stehen würde. Die Auswirkungen: fehlende Güter am Markt mit der Folge erhöhter Übernachfrage, steigendes Preisniveau, kurz, noch mehr Kohlen unter die Kessel der schon überheizten Konjunktur. Es ist nicht besonders erfreulich, dabei zu wissen, daß auf diesem Wege der Steuerzahler praktisch seine Geldentwertung aus der eigenen Tasche finanzieren muß.

Ein anderes betrübliches Kapitel ist der steigende Umfang der öffentlichen Verschuldung, die ebenfalls am Ende wieder als Währungsbelastung auf uns zukommt, weil die Notenbank den Kreditbedarf des Staates mit Noten befriedigt, deren Deckung durch Staatsanleihen geschieht. Eine Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes in „Wirtschaft und Statistik" besagte, daß die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik am 31. März die Höhe von rund 55 Milliarden DM erreicht habe, was einen Zuwachs gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um rund 5 Milliarden DM bedeutet. Danach habe bereits das Jahr 1958 im Vergleich zu den Vorjahren eine erhebliche Verschuldung gebracht; diese Entwicklung habe sich im Rechnungsjahr 1959 fortgesetzt. Allein die Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln ist, der gleichen Quelle zufolge, von 13,9 Milliarden DM im Vorjahr auf 18,8 Milliarden DM im letzten Jahr gestiegen. Im wesentlichen war nach den Feststellungen des Statistischen Amtes die starke Zunahme der öffentlichen Verschuldung von dem Kreditbedarf des Bundes besonders beeinflußt.

Es braucht nicht bezweifelt zu werden, daß man sich auch im Kreise der wirtschaftlichen und politischen Führung über den tatsächlichen Ernst der Situation einer schleichenden Geldentwertung, mindestens insgeheim, völlig im klaren ist. Verfolgt man in der Presse der letzten Zeit die einschlägigen Berichte im Wirtschaftsteil und die Schlagzeilen auf den Titelseiten zum Generalthema „Konjunkturdämpfung" und „antizyklische Maßnahmen", dann könnte man fast den Eindruck gewinnen, daß die Konjunkturpolitiker gegenwärtig Überstunden machen. So fleißig wird heutzutage das Wort zur Währungssituation in Debatten und Konferenzen, in Verlautbarungen, Reden und Leitartikeln geführt. Es ist zu spät für die, die in solchen Lagen so gerne die „Politik" verfolgen: „Nur nicht dran

rühren! Die schlafenden Hunde nicht wecken!" Wenn das Preisniveau einmal allgemein steigt, dann spürt das Volk sehr bald, daß es weniger Geld hat und weniger kaufen kann. Dieser Eindruck, durch die Tatsachen täglich erneut bestärkt, greift um sich; Zweifel und Unsicherheit kommen auf. Und aus der berechtigten Unruhe der Massen kann leicht und unversehens eine totale Vertrauenskrise werden. Auch dem kleinen Mann sagt ein dunkles Gefühl, was wirtschaftswissenschaftlich als unbestrittene Schulweisheit gilt: daß eine Volkswirtschaft nicht gesund sein kann, deren Geld langsamer oder schneller, aber stetig an Wert verliert.

Starke Reden, schwache Taten

Was tut man von staatlich verantwortlicher Seite, von Bundesregierung und Bundesbank, um den herrschenden Währungsverfall rückgängig zu machen, damit die Preise gebremst und wieder auf das volkswirtschaftlich vertretbare Maß zurückgeführt werden? Man braucht sich hier wohl nicht dabei aufzuhalten, was da heute zur Konjunktursituation mit beruhigenden Gesten „zum Fenster hinaus" gesprochen wird, etwa in dem Stil: „Wir werden die Entwicklung sorgfältig im Auge behalten!" oder so betont seriös wie „Die Stabilität der Kaufkraft der D-Mark ist das wirtschaftspolitische Ziel erster Priorität!" Ob das wenigstens als Brom für die öffentliche Meinung seine gewünschte Wirkung tun wird — die Bundestagswahlen im kommenden Jahr stehen vor der Tür! —, das darf sehr bezweifelt werden. Mit rhetorischen Unverbindlichkeiten löst man keine konkreten Wirtschaftsprobleme. Ebenso wenig Nährwert haben praktisch die im entnervenden Rhythmus einer tibetanischen Gebetsmühle ständig wiederholten Aufforderungen des Kanzlers zum „Maßhalten!". Man proklamiert als Gebot der Stunde: Preise halten! Wirtschaftsminister Erhard, Bundesbankpräsident Blessing, Finanzminister Etzel appellieren abwechselnd: empfehlen den Verbrauchern Kaufzurückhaltung, der Wirtschaft Kostensenkung, Einschränkung der Investitionen, Rationalisierung. Auch diese Aufrufe gehören bestenfalls zum Komplex „Seelenmassage" und können weder auf der einen noch auf der anderen Seite damit rechnen, nennenswert Gehör zu finden.

Was bisher auf dem Gebiet der Konjunktur- und Währungspolitik wirklich geschehen ist, war im Sinne einer Stabilisierung unseres Geldes, worauf es doch vordringlich ankommt, bis heute nicht von Erfolg gesegnet. Die Bundesbank, die gesetzliche Hüterin der Währungsstabilität, war in ihren geldpolitischen Maßnahmen bis zur Stunde mehr agil als glücklich. Von dem Weg des „billigen Geldes", das anfangs sein gutes Teil zur Einheizung der Konjunktur bis zum Überkochen beigetragen hatte, wich der Zentralbankrat ab, als er Anfang September 1959 den Diskont auf 3 % erhöhte; im Oktober beschloß er eine weitere Diskonterhöhung auf 4 %, der schließlich die Diskontsteigerung bis auf 5 % in diesem Jahre folgte. Wollte man in der Periode vor 1959 mit niedrigem Diskont die Produktion, Investitionen und Export noch anregen (was denn auch nur allzu gut „gelungen" ist!), so war es danach das erklärte Ziel der wiederholten Steigerungen des erhöhten Diskonts, die Geister, die man gerade erst gerufen hatte, wieder loszuwerden. Aber, die Industrie ließ sich die Lust am Investieren nicht verderben durch die verordneten Kreditrestriktionen. Ihr blieb immer noch das Mittel der Selbstfinanzierung. Erst recht munter strömten aber jetzt — durch die Veränderung des bisherigen Zinsgefälles zum Ausland angelockt — die Devisen der Anleger in die Bundesrepublik. Das Rezept der Bundesbank erwies sich als wirkungslos, als falsch. Inzwischen hat sie das Steuer ihrer Diskontpolitik wieder einmal herumgeworfen und segelt seit der im November dieses Jahres verkündeten Senkung des Diskontsatzes von 5 % auf 4 % auf dem neuen-alten Kurs des verbilligten Geldes. Der mit dieser Maßnahme bezweckte Abfluß der Devisen

aus der Bundesrepublik wird nach Äußerungen aus Bankkreisen skeptisch beurteilt. Mit Recht wird festgestellt, daß — besonders wenn sich die Erwartungen bestätigen, daß sich der Kapitalmarktzins nach einiger Zeit bei 6 % einspielen wird — weiterhin ein Anreiz für den Zufluß spekulativer ausländischer Gelder besteht.

Ein hartumstrittener Punkt im konjunkturpolitischen Programm des Wirtschaftsministers Erhard war das Projekt einer Aufwertung der D-Mark. Durch die Werterhöhung der D-Mark im Außenverkehr infolge Änderung des Wechselkurses sollte erreicht werden, daß die Ausfuhr verteuert, der Export also gebremst, umgekehrt aber die Einfuhr verbilligt und somit gefördert werden. Ohne Frage wäre das ein drastisches Rezept gewesen, über den gedrosselten Export den Devisenzustrom wenigstens auf diesem Gebiet unter Kontrolle zu bekommen und andererseits über den begünstigteren Import dem Inlandsmarkt mehr Güter zuzuführen, um in gewissem Maße Übernachfrage und Preise zu entspannen. Aber offenbar waren die zusammengefaßten Kräfte der betroffenen Interessentengruppen, vor allem im Lager der Industrie und des Exporthandels, stärker. Jedenfalls wurde der Programmpunkt „D-Mark-Aufwertung" inzwischen von der konjunkturpolitischen Tagesordnung in aller Form wieder abgesetzt.

Inzwischen präsentierte das Wirtschaftsministerium einen neuen Plan zur Konjunkturdämpfung: Nach dem Scheitern des Projekts der Wechselkurs-Änderung wollten die Planverfasser nunmehr das Ziel der Exportverteuerung und Importverbilligung von der steuerlichen Seite her angehen, nämlich durch die — eventuell nur befristete — Suspendierung sowohl der Umsatzsteuer-Rückvergütung des Exports wie der Umsatzausgleichssteuer des Imports. Für die Ausfuhr würde damit also der Vorteil der vom Bund bisher geleisteten teilweisen Erstattung der Umsatzsteuer-Vorbelastung wegfallen, während andererseits die Einfuhr von einer Spezialsteuer befreit würde, die einen großen Teil des westdeutschen Importes als sogenannte Umsatzausgleichssteuer belastet.

Natürlich war auch diese Idee ebensowenig nach dem Geschmack der gleichen tonangebenden Kreise in Wirtschaft und Bankwesen, die unmittelbar vorher mit bestem Erfolg gegen die Absicht einer Aufwertung der D-Mark in Front gegangen waren. Der Direktor der Deutschen Bank, Hermann Josef A b s , der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz B e r g , und ein Chor von Unternehmer-, Banken- und Wirtschaftsverbänden erhoben uni sono lauten Protest.

T e u e r e „m o r a l i s c h e V e r p f l i c h t u n g e n"

Man kann sich bei alledem des Eindrucks nicht erwehren, daß es nicht nur schlecht um unsere Währung, sondern ebenso schlecht um die Aussichten ihrer Rettung vor weiterem Abgleiten auf der schiefen inflationistischen Ebene steht. Wenn und solange es möglich ist, daß die staatliche Konjunkturpolitik von der konzentrierten Macht einiger weniger Interessengruppen dirigiert und nicht von den allein maßgebenden lebenswichtigen Belangen der gesamten Volkswirtschaft geleitet wird, solange wird man wohl, wie bisher, irgendwie und irgendwo an den Symptomen herumlaborieren, aber nicht den Kern des Übels treffen. Typisch hierfür war es, wie man soeben erst die Stabilität der Währung, Rückgrat einer gesunden Volkswirtschaft, der Stabilität des Wechselkurses, dem dominierenden industriellen Wachtumsfanatismus, geopfert hat. Die Kaufkraft blieb dabei einstweilen auf der Strecke.

Am Rande der geräuschvollen Diskussionen um eine „konjunkturgerechte" Wirtschaftspolitik (die von den interessierten Industrie- und Finanzoligarchen nach dem russischen Sprichwort inspiriert werden: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!), sagt oft eine nüchterne Zahl mehr als viele Worte. Hierfür ein

Beispiel: Es ist sicher längst nicht in dem Maße, wie es dieser Tatsache zukommt, in der Öffentlichkeit beachtet worden, daß die Deutsche Bundesbank unlängst der Weltbank als „Beitrag zur wirtschaftlichen Förderung der unterentwickelten Gebiete in der Welt" einen Kredit von einer Milliarde DM auf zwölf Jahre zur Verfügung gestellt hat. Noch weniger bekannt sein dürfte es, daß es sich dabei bereits um die zwölfte Kreditaktion zwischen Bundesbank und Weltbank handelt — Gesamtwert fast 600 Millionen Dollar, das sind im Gegenwert 2½ Milliarden DM, die auf diesem Wege aus der Bundesrepublik ins Ausland transferiert wurden. Diese Art in Wirklichkeit rein politischer Verpflichtungen gegenüber den westlichen Bündnispartnern wird dann amtlich mit dem moralischen Etikett einer „Hilfsaktion" des „reichgewordenen Onkels" für die „arme Verwandtschaft" versehen und außerdem noch als inflationsbremsendes Mittel zur Liquiditätsabschöpfung gefeiert. Daß aber mit dieser Abschöpfung des Geldüberhanges nichts getan ist, weil sie wiederum nur eine Folgeerscheinung, nicht aber den Fehler an der Quelle bekämpft, das ist die eine Seite. Die andere Seite der Medaille ist, daß mit solcher Argumentation in grober Verfälschung der tatsächlichen Sachlage als bundesdeutscher „Reichtum" ausgegeben wird, was in Wahrheit dem Umfang unseres aufgeblähten Geldvolumens nach eine K r a n k h e i t ist, auf die bei weiter fortschreitendem Stadium die Bezeichnung „blühende Schwindsucht" besser passen würde.

Das gleiche wäre zu sagen zu dem neuesten Beschluß des Bundeskabinetts, für die sogenannte „Entwicklungshilfe" im Jahre 1961 den Riesenbetrag von 4 Milliarden DM zur Verfügung zu stellen. Diesem neuen „Akt der Nächstenliebe" aus wieder einmal selbstverständlicher „moralischer Verpflichtung" gingen Besprechungen voraus, an denen neben den Ministern Erhard und Etzel und Bundesbankpräsident Blessing sowie den Länderfinanzministern Vertreter der deutschen Industrie und Finanz beteiligt waren. Gewiß ein Gremium ehrenwerter Männer, aber es fällt schwer, sich vorzustellen, daß in diesem Kreise nicht etwa von Politik und Geschäften, sondern in der Hauptsache von dem gemeinsamen Bedürfnis nach Betätigung ihrer garantiert selbstlosen Hilfsbereitschaft für die unterentwickelten farbigen Völkerschaften die Rede war. Da ist es schon leichter zu begreifen, daß es bei diesen Milliardenbeträgen um höchst nüchterne Leistungen im Rahmen des NATO-Bündnisses geht — und zwar auf nachdrücklichen Wunsch der Vereinigten Staaten! Das war nämlich, wie die Presse zu melden wußte, das Thema jenes mühsam geheimgehaltenen Besuches, den Eleanor D u l l e s (Schwester des verstorbenen US-Außenministers) am 25. Oktober dieses Jahres dem Bundeskanzler abstattete. Frau Dulles ist im US-Außenministerium zuständig für Fragen der Entwicklungshilfe. Noch klarer wird die Situation, wenn man aus den Berichten über den jetzigen Besuch des US-Finanzministers A n d e r s o n und des US-Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenamt, D i l l o n , in Bonn erfährt, daß die beiden beabsichtigen, die Bundesregierung zu einer größeren finanziellen Leistung zu ermuntern. Die Bundesrepublik soll, das steht heute schon fest, nicht nur weit größere Lasten für die Entwicklungshilfe auf sich nehmen, sondern auch zukünftig in beträchtlichem Ausmaß für die Stationierungskosten der amerikanischen Truppen in Deutschland herangezogen werden. Man kann sich ausrechnen, wie bald die anderen NATO-Mächte, die Soldaten in der Bundesrepublik stehen haben, diesem Beispiel folgen und diese Kosten ebenfalls in Bonn zu kassieren wünschen werden.

Nach veröffentlichten Zahlenangaben beliefen sich die Deviseneinnahmen von den auf deutschem Boden stationierten fremden Truppen beispielsweise 1959 auf mehr als 4 Milliarden DM. Diese Tatsache wird der Erkenntnis förderlich sein, in welch hohem Grade die mit der Nato-Politik verbundene Anwesenheit

ausländischer Truppen in Westdeutschland durch derart enorme laufende Devisenstöße das hiesige Geldvolumen zusätzlich erhöht. Die mögliche Übernahme solcher neuen Kostenbeträge durch die Bundesrepublik kann uns niemand damit versüßen, daß in diesem Falle ja wenigstens der von den Nato-Truppen herkommende Devisenstrom verebbt. Die umlaufende Geldfülle bleibt davon unberührt, denn solange die Truppen im Lande sind, werden sie hier leben und Geld ausgeben müssen. Nur mit dem beachtenswerten Unterschied, daß es dann das Geld des westdeutschen Steuerzahlers, unser eigenes Geld wäre, das dazu beiträgt, die Verbrauchsgüterpreise hochzutreiben.

Erdrückende Lasten kommen auf uns zu

Schlimm wäre es, wenn wir auch psychologisch wieder soweit Inflationsgewohnheiten angenommen hätten, daß uns heute, mit großen Zahlen vertraut, kein Schauder mehr über den Rücken laufen würde bei dem Gedanken an diese überwältigenden Summen, die damit als zusätzliche Ausgaben auf die Bundesrepublik zukommen und sich alsbald in neuen Belastungen des Bundeshaushalts, also letztlich in Steuern und Lasten für jeden einzelnen niederschlagen müssen. Zu schwindelerregenden Ziffern gelangt man, wenn man sich einmal vor Augen hält, daß diese — in ihrer ganzen Höhe noch nicht bekannten — Milliardenbeträge zu den gegenwärtigen Unsummen an öffentlichen Ausgaben in Kürze hinzukommen werden. Gestützt auf eine Mitteilung des Deutschen Industrieinstituts meldete die „Welt" Anfang November, daß die öffentlichen Ausgaben der Bundesrepublik im Jahre 1961 mindestens 82,5 Milliarden DM betragen. Obgleich das Bundesfinanzministerium für 1961 einen Finanzbedarf von 87 Milliarden DM annehme, rechne jedoch das Industrieinstitut — weil bisher die Vorausschätzungen fast in allen Jahren überschritten worden seien — damit, daß die Staatsausgaben im nächsten Jahr die 90-Milliarden-Grenze erreichen werden. Und darin sind also die zukünftigen Leistungen für Entwicklungshilfe und Stationierungskosten (oder wie man diese Zahlungen demnächst aus „psychologischen" Gründen nennen mag) noch gar nicht enthalten!

Man muß sich ernstlich die Frage stellen: Wie geht's weiter? Was wird unter diesen Umständen aus unserer Volkswirtschaft, aus unserem Geld, überhaupt aus unserer Zukunft? Alle währungs- und konjunkturpolitischen Maßnahmen experimentieren immer wieder an der Oberfläche des Problems, im Endergebnis ohne Erfolg. Die Konjunktur bleibt nach allen gegenwärtigen Feststellungen nach wir vor heiß, neue Preiswellen kündigen sich an. Auf diese Weise wird es niemand verhindern, daß die D-Mark langsam weiter abwärts gleitet auf der schiefen Bahn, auf der es kein Halten mehr gibt, wenn nicht etwas Durchgreifendes geschieht. Das setzt aber zunächst die klare Erkenntnis voraus, daß die ungeheuerliche Ausgabenwirtschaft des Staates — vor allem die Kredithilfen für die Entwicklungsländer (Entwicklungshilfe), Rüstungskosten, Nato-Beiträge aller Art — die schwerste Gefahr für unsere Geldstabilität darstellt. Diese gewaltige Inflationsquelle läßt sich nicht mit papierenen Programmen von noch so versierten Währungs-, Finanz- oder Konjunkturspezialisten stopfen, denn die Ausgabenwirtschaft des Staates ist kein spezifisch wirtschaftlicher Vorgang, sondern das Produkt einer bestimmten politischen Linie. Folglich können sich Maß und Orientierung der Staatsausgaben nur mit dem Standpunkt und der Orientierung der staatlichen Politik ändern. Wenn Durchgreifendes geschehen soll, dann muß sich also die Politik ändern, die uns solchen untragbaren Belastungen aussetzt, gegen die jede Konjunkturpolitik machtlos ist. Und aus der „schleichenden" Inflation kann unversehens eine „galoppierende" Inflation werden. Der Fleiß der Deutschen wäre es wert, daß ihre Politiker, Hand in Hand mit den Wirtschaftlern, ein solches Ende rechtzeitig verhüten.

Tian Olff, Stockholm

Die Osthandelsbeziehungen Skandinaviens

In gleichlautenden Noten hat sich die Sowjetunion an die Länder Dänemark, Norwegen und Schweden gewandt und darin neue Verhandlungen über die Handelsbeziehungen der Länder untereinander vorgeschlagen. Die Besorgnisse der UdSSR, daß die sich unerwartet günstig entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen der letzten Jahren nach dem EFTA-Anschluß der drei nordischen Länder verschlechtern könnten, werden von den betroffenen Weststaaten geteilt. Daher wird man — wie in Oslo, Kopenhagen und Stockholm zu erfahren war — dem sowjetischen Wunsch entgegenkommen. Es steht zu erwarten, daß die gesamten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den nordischen Staaten und dem Ostblock auf eine neue Basis gestellt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die gegenwärtig in Moskau stattfindenden Handelsverhandlungen zwischen der UdSSR und Finnland zu einem Erfolg führen. Finnland befindet sich in einer durch die Blockbildungen erschwerten Situation: rund ein Drittel des Außenhandels wird mit den EFTA-Staaten abgewickelt, ein weiteres Drittel entfällt auf die EWG-Länder und 25 Prozent der Exporte gehen in die Oststaaten. Diese verhängnisvolle Situation will man in Helsinki so lösen, daß ein Anschluß indirekter Art an die EFTA-Gemeinschaft ermöglicht werden soll, ohne daß die umfangreichen und lebensnotwendigen Osthandelsbeziehungen des Landes darunter leiden. Anläßlich des letzten Chrustschow-Besuches in Finnland zeigten sowjetische Handelsexperten volles Verständnis für die schwierige Situation des Landes, das einerseits eine handelspolitische Isolierung zu den skandinavischen Nachbarstaaten vermeiden will, andererseits die enorme Expansion des Ostgeschäfts weiter voll ausnutzen will. Handelsminister Karjalainen, der gegenwärtig über diese Probleme in Moskau verhandelt, hat also die Aufgabe auf sich genommen, für einen Brückenschlag zwischen Ost und West einzutreten. Er steht mit seinen Kollegen in Skandinavien in enger Verbindung, die das Abkommen zwischen Finnland und der UdSSR als Muster für ihre eigenen Verhandlungen nehmen wollen. Karjalainen wird anschließend nach London reisen, um mit Handelsminister Maudling zu beraten. Das alles macht deutlich, welche Folgen die gegenwärtig in Moskau stattfindenden Handelsverhandlungen zwischen Finnland und der UdSSR haben können.

Die Sonderstellung Finnlands

Wenn sich die Beziehungen wirtschaftlicher Art zwischen den nordischen Ländern und den Ostblockstaaten in den letzten Jahren derart günstig, ja stürmisch, entwickelt haben, so ist dies nicht zuletzt auf das ‚Beispiel Finnland' zurückzuführen. Das kleine Land hat mit kräftiger Hilfe der UdSSR in den vergangenen Jahren eine wirtschaftliche Expansion erlebt, die aufhorchen lassen muß. Der milde Friedensvertrag des Jahres 1945 war mit einigen wirtschaftlichen Auflagen verbunden, die zur Neugründung eines völlig neuen Industrie-Zweiges führte und Zehntausende neuer Arbeitsplätze rundum im Lande schuf. Während des Konjunkturabschwunges zeigte sich, daß die finnische Werft- und Metallindustrie, die den überwiegenden Teil ihrer Kapazität für den Ostexport bereitstellt, im Gegensatz zu den gleichen Branchen in den nordischen Nachbarländern, nahezu unberührt aus der Misere hervorging. Auf finnischen Werften brauchten keine Entlassungen vorgenommen zu werden, das Produktionsprogramm konnte weiterhin voll ausgenutzt werden. Die enge wirtschaftliche Beziehung zwischen der UdSSR und Finnland — heute ist Finnland der größte Westhandelspartner der

Sowjetunion — wurde im Jahre 1950 mit der Gewährung einiger umfangreicher Rubelanleihen eingeleitet und erreichte nunmehr mit einer großen sowjetischen Industrieausstellung in Helsinki und einer vielbeachteten Messe Finnlands in Moskau und der gleichzeitigen Unterzeichnung eines Handelsvertrages mit fünfjähriger Laufzeit seinen vorläufigen Höhepunkt. Das Abkommen wird zum 1. 1. 1961 in Kraft treten und sieht einen Warenaustausch im Werte von 2,5 Milliarden Rubel vor. Damit ist die Möglichkeit zu einer weiteren positiven Entwicklung geschaffen worden. Gegenüber den bisher geltenden Handelsabsprachen mit dreijähriger Laufzeit — auf der gleichen Basis wird der Handel zwischen den übrigen skandinavischen Staaten und der Sowjetunion betrieben — bedeutete dies eine Steigerung um rund 3 Prozent. Etwa 20 Prozent des Gesamtaußenhandels Finnlands entfällt demnach auf die UdSSR. Die Lieferungen umfassen eigentlich alle Warengruppen bis hin zu einem Sonderabkommen, das Finnland elektrischen Strom — jährlich mindestens 200 Millionen kW — aus der UdSSR garantiert. Die finnischen Lieferungen konzentrieren sich jedoch wiederum auf Schiffsbauten und Erzeugnisse der Metallindustrie. Bis zu 80 Prozent der finnischen Werftkapazität und ein ähnlich hoher Prozentanteil bei den metallverarbeitenden Betrieben entfallen auf den Osthandel. Der bekannteste Konzern — Wärtsilä-Helsinki —, der im Vorjahre den größten Eisbrecher der Welt für die UdSSR baute, hat im Rahmen des neuen fünfjährigen Handelsvertrages einen weiteren Großauftrag erhalten, der die Vollbeschäftigung der Werft auf Jahre hinaus garantiert. Zwanzig neue Fahrzeuge, darunter zwei Eisbrecher mit je 22 000 PS und 15 moderne Motorschiffe mit je 11 000 bis 13 000 BRT sollen in den kommenden zwei Jahren auf Kiel gelegt werden. Ein Teil der Fahrzeugausrüstungen wird dabei aus anderen Ostblockländern — unter anderem aus der DDR — geliefert werden. Ein neuer Exportzweig — die finnische Möbelindustrie — stieß in den vergangenen Monaten erstmalig auf den Ostblockmarkt im größeren Umfang vor. Es steht nach Meinung der finnischen Experten zu erwarten, daß die qualitativ sehr guten modernen Möbel Finnlands in den kommenden Jahren eine immer stärkere Stellung im Ostgeschäft einnehmen werden. Damit setzt sich eine Tendenz fort, die erstmalig im Jahre 1956 sichtbar wurde. Die ehemals klassischen Exportprodukte Finnlands, landwirtschaftliche Güter, Lebensmittel, Produkte der Waldwirtschaft und Papierindustrie, nehmen immer mehr an Umfang ab, dafür nehmen die Lieferungen hochqualifizierter Güter der Halb- und Fertigprodukte immer breiteren Raum ein. Im Jahre 1959 erhielt Finnland als erstes westliches Land von der UdSSR einen 40-Millionen-Rubelkredit in frei konvertierbarer Valuta. Im gleichen Jahr stieg der Wert des Handelsaustausches auf die Rekordsumme von 1180 Millionen Rubel, das bedeutete eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre um 15 Prozent. 82 Schiffsneubauten im Werte von 200 Millionen Rubel, Maschinen im Werte von 110 Millionen Rubel, ferner Papiermasse, Sägewaren, Viskose, Sulfit, Papier und Kraftpapier, Baumaterialien, Möbel und Kunststoffe bildeten die Hauptposten in den Warenlisten. Außerdem wurde im Rahmen des Handelsvertrages ein Wasserkraftwerk bei Kaitakoski in der UdSSR von finnischen Fachleuten erstellt. Die sowjetischen Lieferungen umfassen in erster Linie Weizen, Roggen, Mais, Zucker, Rohöl und Ölprodukte, Kohle und Koks. Auch hier deutet sich jedoch eine Strukturwandlung an: im Vorjahr entfielen bereits sieben Prozent der Lieferungen auf Maschinen und Automobile. Vor allem Automobile werden in immer größerem Umfang aus den Ostländern eingeführt. So umfaßt der finnische Gesamt-Import an Kraftwagen nunmehr jährlich 12 000 Stück, wovon 5000 Stück aus der UdSSR geliefert werden. Andere hochwertige Konsumgüter, wie Kühlschränke, Fernsehgeräte, Rundfunkapparate usw. kommen in immer stärkerem Maße aus den östlichen Nachbarstaaten.

Sehr günstig entwickelte sich auch die wirtschaftliche Beziehung zwischen Finnland und der DDR. Die Verträge basieren auf einem Regierungsabkommen des Jahres 1951, die Handelsverträge haben eine mehrjährige Laufzeit und können ständig erweitert werden. Bezeichnend für die starke Position der DDR in Finnland ist u. a. die Tatsache, daß Helsinki heute 70 Prozent seines Gesamtbedarfs an Natriumsulfat für die Zelluloseindustrie — der wichtigste Industriezweig in Finnland — aus der DDR deckt. Die Lieferungen der ostdeutschen Schiffsausrüstungen, Chemikalien, Automobile und Werkzeugmaschinen stiegen von 1958 bis 1959 um über hundert Prozent. Der Handel wird von finnischen Fachleuten als ausbaufähig angesehen. Weitere Handelsbeziehungen unterhält Finnland zu den Ländern Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien — vor allem im Handel zwischen Finnland und Polen zeichnen sich neue Möglichkeiten ab, nachdem man die Absprache modifiziert und das Volumen nennenswert erweitert hat.

Schweden betreibt systematische Marktforschung in den Oststaaten

Die wirtschaftliche Blockbildung in Westeuropa hat auf dem absatzfreudigen Markt Skandinaviens zu einem Wettbewerb unter verschärften Bedingungen geführt. Während sich die EWG-Länder — an deren Spitze die traditionell am nordischen Markt interessierte Bundesrepublik — um eine Verteidigung ihrer Positionen bemühen, intensivierte sich in den vergangenen Monaten die Wirtschaftsbeziehung zwischen den EFTA-Staaten spürbar. Auch die Oststaaten bemühen sich um einen Ausbau ihrer Positionen. Eine Reihe von Industrieausstellungen — vor allem die sowjetischen Messen in Helsinki und Oslo, demnächst folgen ähnliche Veranstaltungen in Stockholm und Kopenhagen — dokumentieren dies deutlich. Auf der größten Industriemesse im nordeuropäischen Raum, der Stockholmer St. Eriksmesse, führte dieser Wettbewerb zu einer rekordartigen Teilnahme der ausländischen Interessenten. Die Bundesrepublik erstellte sogar einen neuen ständigen Pavillon. Trotzdem dominierten bei der diesjährigen Messe in Stockholm und wenige Monate später in Helsinki die Oststaaten. Rund die Hälfte der Fläche wurde von Polen, der UdSSR, der DDR und anderen Ostblockstaaten belegt. Das erklärt sich durch das gesteigerte Interesse Schwedens am lukrativen Ostgeschäft. Allein im letzten Jahr stieg der Gesamtosthandel Schwedens um 25 Prozent. Die stärkste Position nimmt hier die UdSSR ein, die mit Schweden einen Handelsvertrag mit dreijähriger Laufzeit abgeschlossen hat. 1957 erreichte das Totalvolumen 226,5 Millionen Rubel, 1958 brachte eine Steigerung um 8 Prozent — für die schwedischen Lieferungen gar um 28 Prozent. Nach wie vor dominieren die Kapitalgüter und Industrieausrüstungen im Export Schwedens. Fabrikseinrichtungen für die Lebensmittelbranche sowie Schwer- und Leichtmaschinenindustrie nehmen immer breiteren Raum ein. Neuerdings bemerkt man ein starkes sowjetisches Interesse an medizinischen Instrumenten und Apparaten. Wichtige Positionen sind weiterhin Fahrzeugausrüstungen, Schiffsbauten, Kugellager, elektronische Produkte sowie Metallprodukte, Zellulose, Walzgüter, Stahl und Eisen. Schweden hat sich im Laufe der Jahre stets auf die Erfordernisse und besonderen Umstände des Osthandels eingestellt. Bereits im Jahre 1924 unterzeichnete man den ersten Handelsvertrag mit der UdSSR, im Jahre 1932 erreichte das Volumen bereits 97 Millionen Rubel. Um das Geschäft während der Nachkriegsjahre zu beleben, gewährte Schweden der UdSSR einen Kredit von einer Milliarde Skr., der vom Jahr 1946 bis 1958 zu einer Vervierfachung des Handels führte. Nach Unterzeichnung des neuen Dreijahresabkommens und der gleichzeitig von beiden Partnern systematisch unternommenen Markterforschung stieg der Warenaustausch erneut beträchtlich. Für das Jahr 1960 rechnet man in Stock-

holm mit einem Export in Höhe von 245 Millionen Skr. sowie mit einem Import aus der UdSSR in Höhe von rund 260 Millionen Skr. Die sowjetischen Lieferungen — vor allem die Güter Rohöl, Ölprodukte, Kohle und Koks, die für das energiearme Land von größter Bedeutung sind — umfassen neuerdings auch einen Teil hochwertiger Konsumwaren. In erster Linie stehen auf der Warenliste: Chrom- und Manganerze, Ferrolegierungen, Zink, Schwefel, Pelze, Getreide und Lebensmittel. Güter des gehobenen Bedarfs, wie Fernsehapparate, Kühlaggregate und vor allem Automobile gehören mit zu den Produkten, die in immer stärkerem Maße auf den schwedischen Markt vordringen. Der Warenaustausch Schwedens mit der DDR befindet sich gegenwärtig in einer Zeit ausgesprochener Expansion. Der Vertrag mit einjähriger Frist sieht für das laufende Jahr Lieferungen der DDR in Höhe von 91,5 Millionen Skr. vor. Durch systematische Beschikkungen der wichtigsten schwedischen Messen gelang es Ostdeutschland, die hochwertigen Güter seiner optischen, elektronischen und Maschinenbauindustrie vorzustellen. Kalisalze, Braunkohle, Chemiewaren, Maschinen, Textilien und Automobile nehmen die führenden Positionen im Handel zwischen den beiden Ländern ein. Schwedens Lieferungen bestehen aus Fischwaren, Stahl, Holzprodukten sowie landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die wiederholt von schwedischen Wirtschaftskreisen vorgetragenen Wünsche, den Handel durch den Abschluß eines Handelsvertrages mit mehrjähriger Laufzeit zu beleben, wurden in diesem Jahr erstmalig durch Teilabkommen berücksichtigt. Eine Sonderabsprache über schwedische Stahl- und Walzgüterlieferungen ist als erster Erfolg in dieser Richtung zu betrachten. Eine Teilliberalisierung macht es nunmehr möglich, daß der jeweils geltende Handelsvertrag in einem gewissen Rahmen erweitert und modifiziert werden kann. Auf Grund dieser Bestimmungen, die nach Ansicht schwedischer Wirtschaftler zu einer spürbaren Belebung des Handels führen dürften, wurde unlängst beispielsweise eine Absprache auf Kompensationsbasis geschlossen, die Sonderlieferungen Schwedens an Fischwaren für 6,5 Millionen Skr. und Butter (4000 tons) vorsieht. Die westdeutschen Restriktionen gegen die DDR wurden hier in Wirtschaftskreisen als auch bei amtlichen Stellen mit Befremden zur Kenntnis genommen. Von offizieller Stelle war zu erfahren, daß sich Schweden unter gar keinen Umständen an irgendeinem wirtschaftlichen Boykott gegen die DDR beteiligen werde.

Ein Abkommen über die freie Konvertierbarkeit der Valuta traf Schweden erstmalig mit einem Ostblockstaat mit der Unterzeichnung des neuen Handelsvertrages mit Polen. Diese Maßnahme sowie umfangreiche Marktanalysen Schwedens in Warschau führten zu einer Stimulierung des Warenaustauschverkehrs. Das Volumen erreicht nunmehr jährlich über 100 Millionen Skr., dürfte aber in den kommenden Monaten durch die eventuelle Unterzeichnung einer Mehrjahresabsprache weiter anwachsen. Schweden unterhält weiterhin Handelsbeziehungen mit den Ostblockstaaten: CSSR — hier sind Schwer- und Leichtmaschinen nebst Fahrzeugen die wichtigsten Warengruppen im Import Schwedens — Bulgarien, Ungarn, China. Ganz allgemein steht man in Stockholm dem Osthandel mit steigendem Interesse gegenüber. Auch nach dem Eintritt des Landes in die EFTA-Gemeinschaft will man die vielfältigen Beziehungen mit den Oststaaten keineswegs vernachlässigen.

Island vertraut auf den Osthandel

Als es vor einigen Jahren vor den isländischen Küstengewässern zum ‚Fischereikrieg' um die 12-Meilenzone kam, stießen die isländischen Beteuerungen, daß das Land nahezu gänzlich von der Ausfuhr seiner Fischprodukte abhängig sei, auf wenig Verständnis in London und in anderen befreundeten Hauptstädten.

Die eigenmächtige Ausdehnung der Fischereigrenzen von vier auf zwölf nautische Meilen durch Reykjavik — im kommenden Jahr werden die anderen skandinavischen Staaten einschließlich der Faröer und Grönland dem isländischen Beispiel folgen — wurde als lebensnotwendige Schutzmaßnahme viel eher von den Oststaaten anerkannt. Durch die Verfügung eines Anlandungsverbotes für Islandfisch in Großbritannien und andere wirtschaftliche Druckmaßnahmen der befreundeten Nato-Staaten geriet das Land in eine wirtschaftliche Krise ernster Natur. 1958 machten die Fischausfuhren beispielsweise 92 Prozent der Gesamtausfuhr aus, die Import-Export-Statistik der letzten Jahre weist ein ständiges Defizit auf. Durch die verständnisvolle Hilfe der Ostblockstaaten — und hier vor allem der Sowjetunion — konnte die Krise überwunden werden. Die heutige Situation ist so, daß unlängst ein Abgeordneter des ‚Allting' in Reykjavik bei der Begründung, warum das Land nicht der EFTA beitreten wird, erklären konnte: „Wir haben unsere gesamte Wirtschaftspolitik geändert und vertrauen auf die Ostblockstaaten. Sollte heute von einem Tag auf den anderen unsere Handelsbeziehung mit dem Osten unterbrochen werden, dann würde nicht nur unsere Währung augenblicklich zusammenbrechen, sondern wir müßten ganz einfach verhungern." Dies wird durch folgende Zahlen deutlich: im Jahre 1958 gingen 35 Prozent des Gesamtexports in die UdSSR, im gleichen Jahr nahm dieses Land 42 Prozent der Gesamtproduktion an Gefrierfisch ab — erst mit weitem Abstand folgen die USA mit 23 Prozent der Ausfuhr. Insgesamt sind die Handelsbeziehungen Islands mit den Ostblockstaaten größer als der Warenaustausch mit den USA und den EWG-Staaten zusammengenommen, und die Sowjetunion ist Islands wichtigster Handelspartner schlechthin. Gegenwärtig basiert der Warenaustausch auf einem Dreijahresvertrag, der im Jahre 1962 auslaufen wird. Island wird in diesen Jahren faktisch seinen gesamten Energiebedarf aus der UdSSR decken: 135 000 Tonnen Rohöl, 215 000 Tonnen Dieselöl, 45 000 Tonnen Benzin sowie der Steinkohlen- und Koksbedarf der Insel kommen aus diesem Lande. Die Warenlisten umfassen ferner 8000 Tonnen Eisen und Stahl — das sind 50 Prozent der Metallimporte der Insel — 45 000 Kubikmeter Holz (Island hat keine eigenen Holzvorkommen), ferner Getreide und jährlich 500 Automobile. Die UdSSR importiert dafür 32 000 Tonnen tiefgefrorenen Fisch, 12 000 Tonnen Salzhering und andere Fischprodukte, wie Fischfilets, Fischmehl udgl. Die Wertziffer für den Export der UdSSR an Island vom Jahre 1958 — 244,5 Mill. isl. Kr. sowie des isländischen Exports an die Sowjetunion 176 Millionen isl. Kr. — dürfte damit überschritten werden. Lebhafte Handelsbeziehungen unterhält Island auch mit der CSSR, der DDR und Polen. Der Handel mit der DDR erhielt dadurch Bedeutung, daß Ostdeutschland sich als verläßlicher Lieferant von Fischereispezialfahrzeugen und Schiffsausrüstungen erwiesen hat.

Norwegen — Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg

Die These, daß der Handel zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsstruktur verbindend wirken und viel zum gegenseitigen Verständnis beitragen kann, wird im skandinavischen Raum wohl am besten durch die wirtschaftlichen Beziehungen der UdSSR mit Norwegen bestätigt. Die beiden ‚feindlichen Brüder', das Nato-Mitglied und das Warschauer-Pakt-Land, arbeiten im unterentwickelten Norden friedlich über die Grenzen hinweg zusammen. Sowohl die Sowjetunion als auch Norwegen bemühen sich um eine systematische Erschließung ihrer zum Teil noch weg- und straßenlosen Polarkreis-Bezirke. Fehlt es auf der östlichen Seite, infolge des Schwerpunktprogramms in anderen Gebieten, eher an Menschen und Arbeitskräften, so klagt man im westlichen Land mehr über Finanzierungsschwächen. Selbst der gemeinsame skandinavische „Nordkalottenplan", der eine

systematische Zivilisierung der ‚letzten Wildnis Europas' vorsieht, reicht hier nicht aus. Zu den schwierigsten Problemen in Nordnorwegen gehört die durch die mangelnde Industrialisierung und das Fehlen von anderen Erwerbsquellen als Fischerei und Forstarbeit bedingte Arbeitslosigkeit. Eine Erleichterung bedeutete für die Nordnorweger ein sowjetisch-norwegisches Abkommen, das den Bau eines Kraftwerkes bei Kirkenes auf sowjetischem Territorium vorsieht, da man übereinkam, Arbeitskräfte aus Norwegen hierfür einzusetzen. Die Zusammenarbeit hat sich bisher so gut bewährt, daß man an weitere Projekte ähnlicher Art denkt. Die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder sind jedoch nicht frei von Problemen. Norwegens klassiche Exportware, Walfett, Fischwaren und Fischprodukte, sind in der UdSSR nicht mehr so gefragt, da man auf diesen Gebieten autark geworden ist. Durch sorgfältig geführte Verhandlungen und die Gewährung von Krediten wurde jedoch der allmähliche Strukturwandel im Handelsaustausch der beiden Länder beschleunigt. Neben den erwähnten Warengruppen liefert Norwegen heute an die UdSSR auch Walzgüter und Roheisen aus den neuerstellten Werken Mo och Rana, Aluminium, Textilien und Schiffsneubauten. Der östliche Handelspartner liefert vor allem Getreide und landwirtschaftliche Produkte, Kohle, Koks und flüssige Treibstoffe aller Art. Auf der diesjährigen Sondermesse der UdSSR in Oslo stellte das Gastland weitere 2500 Produkte aus der einheimischen Fabrikation vor. Nach der Einfuhrliberalisierung für Automobile hat sich eine neue Möglichkeit erschlossen: es erwies sich, daß die sowjetischen Modelle ausgezeichnet für das harte Klima in Norwegen geeignet sind. So sind zum Beispiel einige Taxiunternehmen dazu übergegangen, nur noch Automobile aus der Sowjetunion anzukaufen. Nach Überwindung der erwähnten Strukturschwierigkeiten konnte man nunmehr einen mehrjährigen Handelsvertrag unterzeichnen, der einen jährlichen Austausch von Waren im Werte von 200 Millionen Rubeln vorsieht.

Der Handel zwischen Norwegen und der DDR entwickelte sich ebenfalls recht gut. Der Handelsvertrag des Jahres 1960 sieht ein Volumen von 121,1 Millionen norwegischer Kronen vor. Von 1958 bis 1959 stieg der Warenaustausch um 16 Prozent, von 1959 bis 1960 um weitere 10 Prozent. Norwegen interessiert sich vor allem für Spezialfangfahrzeuge, Erzeugnisse des Maschinenbaus, Pkw's, Zucker, Chemiewaren und Textilien, während es selber Walzwerkprodukte, Holzveredelungsprodukte nebst Fischwaren und Tran liefert. Norwegen unterhält fernerhin mit allen Ostblockstaaten einschließlich der Volksrepublik China — ausschließlich Albaniens — Handelsbeziehungen. Besonders intensiv gestalteten sich die wirtschaftlichen Beziehungen in den letzten Monaten mit Polen und der CSSR. Auf Anfragen von skandinavischen Korrespondenten beim Handelsministerium in Norwegen wurde erklärt, daß man an einem weiteren Ausbau der Osthandelsbeziehungen stark interessiert sei. Zum Jahreswechsel will man in Moskau mit der UdSSR Verhandlungen aufnehmen, die zur Überbrückung der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Blockbildung in Westeuropa — Norwegen gehört der EFTA-Gemeinschaft an — führen sollen. Betont wurde ferner, daß an irgendwelchen Boykottmaßnahmen gegen die DDR, sollte die Bundesrepublik dies von Norwegen fordern, nicht gedacht sei. Es herrscht vielmehr die Ansicht vor, daß man politische Probleme durch sachliche Verhandlungen lösen sollte; wirtschaftliche Druckmaßnahmen werden nicht als geeignetes Mittel betrachtet.

Dänemark will neue Wege erschließen

Das kleinste skandinavische Land — Dänemark — ist in den Nachkriegsjahren von einem ausgesprochenen Agrarland zu einem modernen Industriestaat gewor-

den. Der Prozeß ist indessen noch nicht abgeschlossen, er wird durch die Regierung in Kopenhagen durch realistische Maßnahmen aller Art vorangetrieben. Dieser Wandel ist auch in den Außenhandelsstatistiken deutlich abzulesen, wenn auch, vor allem im Warenverkehr mit der Bundesrepublik, die Agrarerzeugnisse noch immer an erster Stelle stehen. Der Handel mit den Ostblockstaaten wurde jedoch in immer stärkerem Maße auf Industriegüter und Konsumwaren umgestellt. Ein typisches Beispiel für diesen Prozeß sind die Warenlisten im Handel zwischen Dänemark und der UdSSR. Der gegenwärtig geltende Handelsvertrag sieht ein jährliches Volumen von 300 Mill. dänischer Kronen vor. Noch vor einigen Jahren exportierte Dänemark überwiegend landwirtschaftliche Produkte: Butter, Käse, Fleisch, Lebendvieh und Eier. Die Tatsache, daß die Sowjetunion nicht mehr auf Lebensmitteleinfuhren angewiesen ist, und der Wandel in der Wirtschaftsstruktur Dänemarks führten dazu, daß heute auch andere Produkte Aufnahme in die Listen finden. Hierbei nehmen Schiffsbauten, moderne Leichtbaumöbel und Baumaterialien die führenden Positionen ein. Die guten Erfahrungen der letzten Jahre führten dazu, daß man einen Handelsvertrag mit mehrjähriger Frist unterzeichnen konnte. In Kopenhagen äußerte man sich über die weiteren Aussichten des Osthandels — mit Schwerpunkt auf die UdSSR — positiv. Aus diesem Grunde will man, ebenfalls wie Norwegen, zum Jahreswechsel im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag Gespräche über die zukünftige wirtschaftliche Beziehung der Länder nach dem Anschluß Dänemarks an die EFTA führen. Gegebenenfalls denkt man daran, die Meistbegünstigungsklausel, die bisher im wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern angewandt wurde, auch in Zukunft neben den EFTA-Staaten den Ostblockländern zugute kommen zu lassen. Vorverhandlungen über diese Frage wurden indessen eingeleitet.

Die Importe Dänemarks aus der DDR stiegen in den letzten Jahren von 23,5 Millionen DM (1949) auf 55,7 Millionen DM (1958) und die Exporte in der gleichen Zeit von 23,2 Millionen DM auf 60,3 Millionen DM. Von 1957 zum darauffolgenden Kalenderjahr verzeichnete man eine Steigerung um 40 Millionen DM, der gegenwärtig geltende Vertrag beinhaltet einen Warenaustausch von 128 Millionen DM. 10 000 einzelne Import- und Exportverträge liegen dieser Beziehung zu Grunde. Dänemark beschickte im Jahre 1959 und im laufenden Jahr erstmalig in größerem Umfang die Leipziger Messe und machte dabei recht gute Erfahrungen. Genau so wie in den Nachbarländern werden die staatlichen und privaten Betriebe auf kollektiven oder Einzelständen regelmäßig auf der Messe vertreten sein. Der Handel zwischen den Ländern basiert auf einem Kammerabkommen, die vier wichtigsten dänischen Wirtschaftsorganisationen, die für den Vertrag zeichnen, konnten in diesem Jahr die Warenlisten nennenswert erweitern. Die DDR wird im Jahre 1960 Maschinen aller Art, Braunkohle, Kali, Chemiewaren, Textilien und Erzeugnisse der optischen, feinmechanischen und elektrotechnischen Industrie liefern. Dafür liefert der Empfänger neben landwirtschaftlichen Produkten aller Art und Fischwaren Schuhe, Schiffszubehör und Konsumwaren aller Art. Einige Schwierigkeiten im Handel zwischen den beiden Staaten — vor allem aber die dänischen Zollbestimmungen, die die ostdeutschen Textilien vom Markt verbannten — wurden von dänischen Wirtschaftszeitungen zum Anlaß genommen, eine „grundlegende Revision des Handels mit Ostdeutschland zu fordern". Ganz ohne Zweifel können sich die amtlichen Stellen in Kopenhagen nicht längere Zeit diesem Wunsch verschließen. Es dürfte aber noch einige Jahre dauern, bis es zu einer Klärung der wichtigsten Probleme und einer grundlegenden Liberalisierung kommt.

Die skandinavischen Länder haben in den vergangenen Jahren ihren Handel mit den Ostblockstaaten systematisch ausgebaut und verfügen heute über eine recht gute Stellung auf dem zukunftsträchtigen Markt dieser Länder. Ein wichtiger Faktor bei dieser Entwicklung war es, daß man die wirtschaftlichen Beziehungen unbeeinflußt ließ von politischen Auseinandersetzungen. Nachdem man gewisse Anfangsschwierigkeiten überwinden konnte, ist man heute allgemein im skandinavischen Raum zu der Erkenntnis gelangt, daß das Ostgeschäft aus dem Wirtschaftsleben dieser Staaten nicht mehr wegzudenken ist. Dies gilt in erhöhtem Maße für Finnland, Island und Schweden, doch auch für Dänemark und Norwegen. Kein verantwortungsbewußter Handelsexperte wagt daran zu zweifeln, daß sich diese Beziehungen in den kommenden Jahren weiterhin gut entwickeln werden, vor allem die mit der Sowjetunion, der DDR, CSSR und Polen, aber ohne Zweifel zu einem späteren Zeitpunkt auch mit China. Da die nordischen Staaten prinzipiell die Aufnahme Chinas in die UN befürworten und diesen neuen Staat formell anerkannt haben, scheint die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung gelegt zu sein.

Johannes Weidenheim

Trauriger Volkstrauertag

Unter den Ansprachen, Aufsätzen und so fort, die dieses Jahr zum „Volkstrauertag" publiziert wurden, kommt — neben der Rede des Bundespräsidenten — den Ausführungen von Prof. Dr. Ludwig Neundörffer, Direktor des Soziographischen Instituts der Universität Frankfurt, besondere Repräsentanz zu, wurden sie doch bei der offiziellen Feierstunde des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge" im Plenarsaal des Bundeshauses zu Bonn vor einem erlauchten Kreis in- und ausländischer Persönlichkeiten (darunter Kanzler Adenauer und Minister Strauß) gemacht und von Rundfunk und Fernsehen übertragen.

Den „Volkstrauertag" definiert der Große Brockhaus als einen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1952 am 2. Sonntag vor dem 1. Advent begangenen „nationalen Trauertag für die Opfer des Nat.-Soz. und die Gefallenen beider Weltkriege".

Prof. Neundörffers Spitzenrede beginnt mit dem Satz: „Dies ist die Stunde des Erinnerns an die Millionen Toter zweier Weltkriege ..." Schon hier stutzt man. Nanu — und die Opfer des „Nat.-Soz.", wo bleiben die denn? Hätten sie, nicht, genau genommen, sogar noch vor den „Millionen Toter zweier Weltkriege" genannt werden müssen? Nun, das kommt wohl noch, beruhigt man sich; der Professor wird seine Festrede wahrscheinlich sozusagen kontrapunktisch aufgebaut haben: hier die einen, dort die anderen ... Aber man wartet auf allerlei vergebens: auf eine Diktion, die einen nicht immer wieder auf fatale Weise an Thomas Mann's frühes Wort erinnern müßte: „Je höher in Deutschland das Amt, um so schlechter das Deutsch"; auf die Leistung eines irgendwie gearteten gedanklichen Aufbaus; und eben auch auf die Erwähnung — geschweige denn Würdigung — der Opfer des „Nat.-Soz.". Die kommen — man wagt bis zum Schluß nicht, es zu glauben — überhaupt nicht vor!

Man wagt es nicht — obwohl man von Anfang an auf eine Betrachtungsweise eingestimmt wird, die einen auf etliches gefaßt machen müßte. Schon die dem Eröffnungssatz folgende Rückschau kündigt an, daß der hohe Redner nicht die Absicht verfolge, den Krieg allzusehr als Schrecken und die deutsche Geschichte der letzten neunzig Jahre als Unglückskette darzustellen: „42 Jahre sind seit dem Ende des ersten Weltkrieges vergangen. Die in den Jahren von 1914 bis 1918 geborenen Kinder sind heute Männer und Frauen, die in der Mitte des Lebens stehen. Ihre Väter, die Kriegsteilnehmer von damals, sehen auf Enkel, manche schon auf Urenkel herab. Die im zweiten Weltkrieg Geborenen stehen vor dem Mündigwerden, und die Schulentlassenen von heute haben von den Schrecken und der Not des Krieges selbst nichts mehr miterlebt. Die Zeit rinnt dahin, läßt mitleidig vergessen, stellt neue Aufgaben in anderen Tagen." Bereits stilistisch bleibt da, wie man zugeben wird, mancher schlichte Wunsch unerfüllt; warum zum Beispiel sollte ich dermaleinst auf meine Enkel und Urenkel „herabsehen"? Ich werde, im Gegenteil, wahrscheinlich heilfroh sein, wenn sie nicht auf mich herabsehen. Ebenso wird aber auch in der Sache mein Widerspruch schon hier herausgefordert:

Mir scheint, es wäre so ebwegig nicht, die jüngere Vergangenheit unseres Volkes (zumal aus einem solchen Anlaß) etwa folgendermaßen vor uns Revue passieren zu lassen: Als die Knaben von 1848 herangewachsen waren, mußten sie in den Krieg 70/71 ziehen; als die Knaben von 70/71 zu Männern geworden waren, mußten sie in den Krieg 14/18 ziehen; als die Knaben von 14/18 herangewachsen waren, mußten sie in den Krieg 39/45 ziehen; und heute nun wachsen die deutschen Kinder von 39/45 zu jungen Vätern und Müttern heran —: Sollen auch sie . . . ? Nein, nie wieder!

Nicht wahr, so ähnlich hätte man diese Dinge vor den paarhundert ausgesuchten Zuhörern im Saal und vor den Millionen Zeugen an Lautsprecher und Bildschirm doch wohl darstellen können, — um so eher, als es sich dann immer noch um strenge Wahrnehmung geschichtlicher Fakten, darüber hinaus aber auch um ein Bekenntnis zum einzig produktiven Sinn gehandelt hätte, den der „Volkstrauertag" überhaupt haben kann und nach der Forderung vieler qualifizierter Zeitgenossen auch haben muß: eben zu jenem „Nie wieder!" das uns in erster Linie die „Millionen Toter zweier Weltkriege" abverlangen, wenn anders wir sie nicht der Geschichtslosigkeit, dem echolosen, verzweifelten „Warum nur?" preisgeben wollen.

Nun, unter den Themen und Aspekten, von denen in Prof. Neundörffers Rede auf die schamloseste Weise nicht im geringsten die Rede ist, rangiert gerade dieses „Nie wieder!" mit an vorderster Stelle. Daß das deutsche Volk und das deutsche Reich von einem dieser auf Fehleinschätzungen basierenden Kriege zum anderen immer nur nicht nur nicht reicher, sondern sinnfällig ärmer geworden ist (wissenschaftlich, künstlerisch, bildungsmäßig, volkstumsmäßig, sympathetisch, humanitär, politisch, machtmäßig, territorial, — wie man nur will), daß also handgreiflich etwas Grundlegendes an unserer Politik der zurückliegenden Jahrzehnte f a l s c h war und wir die massierten bittersten Lehren der Vergangenheit nun endlich zum Anlaß einer Neubesinnung machen müßten (um dieses geprüfte Volk nicht in den endgültigen Knock-out zu hetzen, sondern ihm auf einer von der Geschichte nun einmal reduzierten Basis der neuen technischen Gesellschaft angemessene, sein Leben und seine Heilheit wie seinen Augapfel behütende Wertbegriffe glaubhaft und praktikabel zu machen), — von alledem findet man hier kein Wort, keine Silbe, keine Andeutung.

Statt dessen: „Immer wieder ist die Frage nach dem Sinn dieses Opfers gestellt worden. Wir wollen keine neue Antwort versuchen. Ich glaube, es gibt dar-

auf keine Antwort ..." Meinen Sie nicht auch, geneigter Leser, daß ein Hochschullehrer (der ja zugleich Forscher zu sein hat) sich mit einer derartigen Gedankenträgheit selbst disqualifiziert?

Was natürlich nicht bedeutet, daß Herr Neundörffer jeder Deutung aus dem Wege ginge. Oh, im Gegenteil: „Die da gefallen sind, sind einem Ruf gefolgt ... Sie haben die Sorge um ihr eigenes Leben, die Sorge um Weib und Kind, berufliche Arbeit hintangestellt, haben Werkstatt, Kontor, Zuhause verlassen, um an einem fremden Ort unter gefahrvollen Umständen einem Anderen — dürfen wir sagen, einem Größeren? — zu dienen." Oder: „Dieser verborgene ‚Sinn' des Geschehens ist unabhängig von Kriegszielen, von Schuld und Sühne der Verantwortlichen und der Beteiligten. Es sind gleichsam Geburtswehen, die Leben zerstören, um neuem zum Dasein zu verhelfen." Oder: „Diese Toten haben sich einer Aufgabe gestellt — mag sie dem einzelnen oder uns Nachsinnenden noch so sinnlos erscheinen —, einer Aufgabe, die nicht vom eigenen Interesse, von einem eng verstandenen Eigennutz oder Gruppenegoismus gestellt war. Sie forderte sogar das Hintanstellen aller berechtigten und richtigen Eigeninteressen, sie wies über das Ich hinaus, sie stand im Interesse eines Wir. Sie haben dieser Aufgabe standgehalten bis zum Einsatz des Lebens, sie waren Helden, d. h. von der Sprachwurzel her einfach ‚Männer'; germanisch halip — angelsächsisch haelep bedeutet wie das irische calath: hart, harte Männer, sie waren, weil sie sich diesem Ruf des Wir gestellt haben, wahre Menschen in des Wortes edelster Bedeutung."

Abgesehen davon, daß ich das alles zum Heulen finde: Es ehrt jedermann, wenn er bestimmte Gelegenheiten nicht zum Anlaß nimmt, die „Millionen Toter zweier Weltkriege" zu tadeln. Soweit diese nicht zu den An- und Verheizern, Kriegsgewinnlern und Karrieremachern gehört haben (was ja immer und überall nur einer dünnen Creme der Gesellschaft beschieden war und beschieden bleiben wird), verdienen sie als mißbrauchte, hingeopferte Arme Teufel nichts mehr als unser Erbarmen, unsere Tränen und unser Gebet. Aber es ist einfach eine Unverschämtheit, uns heute noch einen Helden-Mythos andrehen zu wollen, der die erforschbaren (und erforschten) Hintergründe von Kriegen mit trotziger Naivität übersieht, — der den Scherbenhaufen deutscher Militärpolitik unbelehrbar ignoriert und der nicht einmal den astrein aggressiven Krieg Hitlers und seiner Clique außerhalb jeder Ehrbarkeit stellt.

Solche Mystifikationen sind allerdings nur bei vollständiger Verhedderung des kritischen Verstandes möglich. So wundern wir uns schließlich nicht mehr, aus dieses Professors Mund auch folgende Sottise zu hören: „Seien wir auch dessen eingedenk: ihr Tod hat schicksalhaft mitbewirkt, daß wir heute so leben können. Dieses ‚So' meint nicht den materiellen Wohlstand, es meint vielmehr die Freiheit als Grundform des Daseins, und dies in einem großen und mächtigen Haus Europa", — als wenn Hitlers Wehrmacht ausgezogen wäre, um die Demokratie zu begründen; als wenn wir Deutschen geradezu glücklich zu sein hätten, daß uns der Zweite Weltkrieg riesige Gebiete gekostet und den Rest auch noch gespalten hat; und als wenn Europa nicht gerade durch die Weltkriege — und vielleicht für immer — bis auf den Grund zerrissen worden wäre ...

Was alledem — in dieser Deutlichkeit unausgesprochen, aber zweifelsfrei — zugrunde liegt, ist evident: ‚Die soldatische Tradition verkörpert das bessere Ich des Deutschen; sie gilt es unversehrt und hehr herüberzuretten aus dem geschichtlichen Debakel und — an die Jugend von heute weiterzugeben ...' Wenn ein General so etwas vertritt, — nun, es ist sein Brot, und außerdem verstehen die meisten es nicht besser. Steht aber ein Hochschullehrer dahinter (der allein kraft seines Amtes wissen muß, daß die bleibenden Werte eines Volkes im-

mer nur von Zivilisten geschaffen und bewahrt worden sind), dann könnte man das Fürchten kriegen.

Was Professor Neundörffer da predigt, ist, man kann nicht einmal sagen: „faschistisch" oder „nazistisch" (obwohl sein „Hut ab" vor „diesem Ruf des Wir" und mancher Bestandteil seines Vokabulars herzlich wenig nach Distanzierung vom Nationalsozialismus aussieht), — es ist viel schlimmer als das: es ist das Bekenntnis zu einer Mentalität, die den Nationalsozialismus überhaupt erst möglich gemacht hat! Zur Mentalität des Militarismus („... eine Gesinnung und Haltung, die militär. Formen, Denkweisen und Zielsetzungen im soldat. Bereich überspannt, in den zivilen Bereich überträgt und im polit. Bereich überwuchern läßt." Der Große Brockhaus).

Am Ende angekommen, ist einem immerhin schon soviel klarer Wein eingeschenkt worden, daß man nicht herumzurätseln braucht, wie wohl diese Leuchte unserer Wissenschaft ihre Schlußapotheose verstanden wissen möchte: „Wir dürfen froh und stolz darauf sein, daß diese Toten der beiden Weltkriege Männer waren, die es gut gemacht haben und denen deshalb unsere Achtung gebührt. Wenn die junge Generation sich dieser Toten erinnert, so dürfen diese Toten gewiß sein, daß diese junge Generation, ihre Kinder und deren Alterskameraden, ihnen in dem folgen werden, was ihr Leben so entscheidend bestimmt hat, daß sie sich ihrer würdig erweisen wird, wenn sie auch davon nicht laut reden mag." Trotzdem stockt einem der Atem. Spricht hier ein Verrückter? Denn welchem gesunden, normalen Menschen könnte es verwehrt sein, diesen geschwollenen Gesang etwa in folgende klare deutsche Prosa zu transponieren: ‚Ihr jungen Leute unserer Tage, die ihr euch so gern amüsiert und die ihr so gern ein gutes, flottes Leben führt: Warum sollt ihr es eigentlich besser haben als euere Väter! Euere Väter wurden verführt, mißbraucht und auf nichts einbringenden Schlachtfeldern geopfert; folget ihnen nach ...'

Selbstredend, daß Herr Neundörffer auch der Atom- und Wasserstoffbombe nicht Erwähnung tut. Was soll einer auch mit solchen technischen Mißlichkeiten, dem es einzig und allein um die Kontinuität des Soldatischen und um dessen gesicherte ewige Wiederkehr geht? Denn auf die Wiederkehr der „Bewährung" könnte natürlich sehr leicht manchem jungen Menschen der Appetit vergehen, wenn man ihm klarmachte: ‚Aber paß auf — im nächsten Krieg wird nicht mit Dampfnudeln, sondern mit Atomraketen geschossen, — nein, ich will es dir noch schlichter sagen, junger Freund: der nächste Krieg wird überhaupt kein Krieg mehr, sondern eine Vertilgungsaktion sein, — gib dich also keinen heldischen Illusionen hin, denn mit deinem Mut wirst du da nicht mehr viel anfangen können ...' Und deswegen darf man ihm das nicht klarmachen: er soll sich ja eben Illusionen hingeben (wie schon sein Vater und Großvater es gesollt haben).

Wird er aber auch wirklich mitmachen, dieser junge Mensch von heute, — wo er doch inzwischen gehört und gelesen hat, wie es seinem Vater und Großvater ergangen ist? Da nun ist unser trauriger Festredner aus dem Plenarsaal des Bundestages zu Bonn mit seinem ganzen bankrottierten Heroenkitsch sich selber nicht sicher: „Ich weiß, daß diese junge Generation großen Worten wie Heldentum, Vaterland, Opfer skeptisch gegenübersteht, daß sie deren wahren Inhalt nicht begreift und deshalb daraus auch keine Handlungsimpulse empfängt ..." Walte es die Liebe zu Leben, Volk und Freiheit, daß er recht behielte!

Buchbesprechung

Bücher „aus dem unbequemen Bereich der Aufrichtigkeit"

Eines der großen „Signale" unserer Zeit ist die Vermassung. Sie macht auch vor dem Buch nicht Halt. Es gilt auch hier der an sich ganz unsinnige Satz: „An einer bestimmten Grenze schlägt Quantität in Qualität um". Das aber bedeutet nichts anderes als ein Abgleiten der Niveau-Kurve auf die Ebene der „gesellschaftsfähigen" Bestseller, der Foto-Reportagen aus extrem optischen Effekten, des Literatur-Journalismus, letzten Endes der „Mädchen und Raketen"-Belletristik.

Der Alltag läßt nus nur wenig Zeit zum Lesen. Die Dankbarkeit gegenüber dem „richtigen" Buch versteht nur der, der sie selbst erlebt hat. Eines dieser wenigen Bücher, dem wir — auf dem Gebiet der Politik — solchen Dank schulden, ist das in New York erschienene „The Causes of World war Three", unter dem Titel: „Die Konsequenz, Politik ohne Verantwortung" im Kindler-Verlag in München erschienen. Sein Verfasser, Wright Mills, 50 Jahre alt, ist als Professor für Soziologie an der Columbia-Universität in New York tätig. In Deutschland wurde er 1956 durch eine Vortragsreihe bekannt. Er hat den Mut, die Fiktionen der öffentlichen Meinung zu durchbrechen und — sein Gesicht dem Westen zugewandt — seinen Landsleuten eine sehr düstere Bilanz vorzulegen, die nicht die moderne Architektur, die Chrom-Autos, die Technik der Organisation der Wirtschaft beleuchtet, sondern entlarvend und grell die Konsequenz eines dritten Weltkrieges, des Untergangs, zitiert, als Folge irrsinnigen Wettrüstens in West und Ost. Er schreibt: „Das Schicksal ist ein charakteristisches Merkmal besonderer Gesellschaftsformen." Es ist das laisser faire, das uns der Katastrophe zutreibt. Mills fragt: „Ist heute der Krieg eine Sache blinder Strömung, das Ergebnis unabwendbarer Ereignisse historischen Schicksals, oder handelt es sich darum, daß die Menschen gewisse Entscheidungen treffen — und wenn ja, welche Menschen?"

Mills sieht keinen Zusammenhang zwischen den Entscheidungen des einzelnen, oft parallel, oft miteinander kollidierend oder sich hindernd, und ihrer blinden Summierung zum Endergebnis: dem historischen Ereignis, das gleichsam autonom ist. Er wendet dieses Beispiel auf die Entscheidung von Unternehmern und Verbrauchern in der freien Marktwirtschaft an. Er verwendet es bei seiner Untersuchung politischer Ereignisse und insbesondere der Ursachen eines Krieges. „Wenn heutzutage Menschen darauf verzichten, Geschichte zu machen, werden sie in wachsendem Maße zu Werkzeugen der Macher und zu bloßen Objekten des Prozesses." Seine Forderung besteht darin, die Machtmittel der modernen Gesellschaft gegen den Irrtum und für eine friedliche Zukunft anzuwenden, vom einzelnen her einzusetzen, wenn anders er nicht „objektiv Bankerott erleiden" will.

In den vier Teilen der Abhandlung untersucht Mills zuerst diese Grundfrage, ob Menschen Geschichte machen und ob sie es können, beschäftigt sich dann mit dem Thema des „dritten Weltkrieges", als der Konsequenz der nichtbewältigten Begegnung zweier Welten und des sturen „Querkopf-Realismus", um im dritten Teil die Frage „Was also sollten wir tun?" zu untersuchen. Der vierte Abschnitt behandelt die Rolle des Intellektuellen. Der Verfasser vertritt hier die Idee einer großen internationalen Universitas der Wissenschaftler und der geistigen Kreise. Gespräch und Kontakt, davon ist er überzeugt, bilden den Übergang zum friedlichen Streit.

Mills formuliert „Richtlinien". Hier findet sich der Satz: „Wir sollten die Demokratie ernst und ihren Sinn buchstäblich nehmen." Es ist diese Profundität, aus der Mills seine präzisen Schlüsse vorbringt. Seine Kenntnis der Vorgänge und der Institutionen ist erstaunlich. Er zerstört das Schlagwort vom „Frieden als östliche Propaganda". „Momentan ist vielleicht die Möglichkeit eines bewußt ausgelösten Krieges nicht so groß wie die eines ‚zufälligen' Hineinschlitterns. Aber die Grundvoraussetzungen des ‚Zufalls' sind an sich nicht zufälliger Natur, sondern planmäßig und bewußt organisiert. Der amerikanische Kriegsapparat mit Mann und Maschine ist aktionsbereit und kann

jeden Augenblick loslegen. Ihm steht ein ähnlicher Apparat sowjetrussischer Prägung gegenüber. Die erste Ursache des dritten Weltkrieges ist ganz sicher das Vorhandensein dieser bürokratischen und todbringenden Apparate." Indem Mills dieses feststellt, spricht er zugleich aus, daß nicht das amerikanische oder russische „Volk", nicht „alle Menschen" beschlossen, diese Apparaturen des Wettrüstens aufzubauen und instandzuhalten. „Die meisten Menschen sind gar nicht gefragt worden." Mills ist der Ansicht, daß wir nicht länger darauf warten sollen, gefragt zu werden. Er fordert das Handeln einer „Elite" aus der Verantwortung heraus, die dieser a priori auferlegt ist. Er glaubt an das „schöpferische Ethos" unserer Zeit, daran, daß das Denken und Handeln der Verantwortlichen für den Frieden die Konsequenz einer friedlichen Entwicklung nach sich zieht. Er hält nichts von „Appellen an die Machthaber", sie sind „utopisch im dummen Sinne des Wortes". Er fordert von jedem in seinem Umkreis Handlungsbereitschaft und Zerstörung der militärischen Metaphysik: „Wir müssen die ideologischen Proklamationen entlarven, die zur Unterstützung fehlerhafter Beschlüsse dienen, und die dogmatischen Anlagen widerlegen, auf denen sie beruhen. Wir müssen die Doktrin bekämpfen, daß w i r in der Tinte sitzen, daß es keine Alternativen gibt, daß jede andere Denkrichtung und Handlungsweise als die gegenwärtig herrschenden utopisch und praktisch undurchführbar seien."

Mills fordert, die Regierung der USA sollte die europäischen Nationen ermuntern, abermals eine welthistorische Initiative zu ergreifen; besonders W e s t d e u t s c h l a n d sollte den Gedanken, der Friede sei nur durch die Kraft des Gegenschlages zu sichern, restlos verwerfen, und es sollte einsehen, daß es heute der V o r p o s t e n der amerikanischen Kernwaffen ist, der zu den ersten Zielen eines russischen Gegenstoßes gehört. Mills stellt fest, daß dieses Westdeutschland wenig, wenn überhaupt irgendeinen Einfluß auf die Entscheidung haben wird, w e n n der erste Schlag fällt, der Europa unbewohnbar macht, und daß ein solcher Schlag durch einen Irrtum oder ein technisches Versagen ausgelöst werden kann.

Mit Recht erregt dieses Buch Aufsehen; es erscheint unumgänglich, es zu kennen, wenn man sich mit der Problematik der heutigen Situation Deutschlands beschäftigt.

Zu den Büchern, die von der Warte des erfahrenen Politikers aus das gleiche Thema umkreisen, gehört die große Schrift von Hermann R a u s c h n i n g „Ist Friede noch möglich?", die er jüngst durch sein Buch „Mut zu einer neuen Politik" ergänzt hat. Der frühere Danziger Senatspräsident und jetzige Staatsbürger der USA untersucht darin die Ohnmacht der Gewalt in unserer dualistischen Welt; er sieht in der „Schwäche der Verteidigung" ein Element der Unruhe und der Gefährdung. Er beschäftigt sich eingehend mit der politischen Entwicklung in Ost und West, mit den „politischen Sünden" der Regierungen, der „Rache", die sich nicht bezahlt macht. Er arbeitet seine Vorschläge für e i n e p o l i t i s c h e L ö s u n g aus. „Der politische Plan ist eine Aufgabe, die jede Nation auf ihre Weise zu lösen hat. Das Ziel der Politik ist, richtig aufgefaßt, für alle das gleiche. Es gibt nur e i n unveränderliches Ziel der Außenpolitik, sowie es nur ein und dasselbe Ziel der militärischen Strategie gibt und geben kann. Das strategische Ziel ist, immer und überall, die Brechung des politischen Willens des Feindes durch die Vernichtung seiner Streitkräfte (gegenwärtig durch die Vernichtung des Volkes selbst). Das politische Ziel ist immer und überall die Herstellung und Aufrechterhaltung eines Machtgleichgewichtes . . ." Rauschning wendet sich gegen die Zweiteilung der Welt, die zu einer permanenten Majorität, zur Zerstörung der „Demokratie der Mächte" — und damit zu einem autoritären Regime oder zum Krieg führt. „Ein Gleichgewicht ist niemals durch eine Zweiteilung zu erreichen, sondern nur durch ein tiefer gegliedertes System mehrerer selbständiger Machtfaktoren, das vielfältige Gruppierung der Einzelmächte erlaubt." „Ein Machtgleichgewicht der Staaten ist erst dann möglich, wenn zwischen der Macht als Mittel und der Macht als Ziel ein Unterschied gemacht wird und die Staaten bereit sind, sich in ihrer Macht als Ziel Beschränkungen aufzuerlegen . . . Friede und (immer nur bedingte) Sicherheit sind die Früchte eines Gleichgewichtes. Friede und Sicherheit können nicht das Ziel einer Außenpolitik sein: das Ziel der Politik ist immer und überall ein Gleichgewicht." In der Einordnung der Macht in ein Gleichgewicht sieht Rauschning die Umgestaltung der „nackten Gewalt" zur verantwortlich kontrollierten Macht. Rauschning lehnt es ab, die Realität unserer Welt der souveränen Nationalstaaten zu verlassen und in

noch so schönem Höhenflug der Gedanken eine universale Weltordnung zu schaffen: die Gegenwart fordert jetzt ihre Bewältung. Er erklärt sich mit vielen Gedanken einverstanden, die der ungarische Völkerbunds-Diplomat Emery Reves in seinem 1946 erschienenen Buch „Anatomie des Friedens" dargelegt hat. Er bekennt sich zu dessen Universalismus, zur Schaffung einer universalen Rechtsordnung bei Beibehaltung der ökonomischen und sozialen Ordnungen der Nationen. Indem er jeden Versuch ablehnt, der gesamten Menschheit eine einzige Kultur, eine einzige wirtschaftliche oder gesellschaftliche Ordnung aufzuerlegen, untersucht er zugleich die Möglichkeiten der Konflikte, die aus der Verschiedenheit der Menschen, Interessen und Anschauungen entstehen, ohne blutige Zusammenstöße zu lösen. Friede erwächst Rauschning nicht aus der Anmaßung des Siegers, sondern aus Opfer und Verzicht zugunsten gemeinsamer Aufgaben.

Die Eigenart der Darstellungen von Hermann Rauschning liegt vor allem darin, daß er sich nicht mit oberflächlichen Schlagworten begnügt, sondern nach eingehender Analyse exakte und reale Vorstellungen entwickelt.

Eine journalistische Illustration zu den zuvor genannten Büchern und zudem eine reiche Fundquelle von Ereignissen und Zitaten ist die kürzlich erschienene Zusammenstellung von Aufsätzen des Schriftstellers Erich Kuby „Alles im Eimer — siegt Hitler bei Bonn?" Es gehört zum „literarischen Schicksal" unserer Zeit, daß manche wertvolle Arbeit in Zeitungen und Zeitschriften publiziert wird, die bald, nachdem sie „verlegt" wurden, wieder verlegt werden und in Vergessenheit geraten. Diese Zeitgeschichte in Essays ist so etwas wie ein politisches Bilderbuch, dessen frische Farben uns jene Dinge wieder ins Blickfeld rücken, die wir nur zu leicht im Alltag unserer Umwelt vergessen.

Anscheinend können wir uns in unserer gesamten Vorstellungswelt und in unseren gemeinsamen Handlungen noch nicht darauf einstellen, daß mit dem Vorhandensein der „Bombe" ein neues Jahr Null für die Menschheit begonnen hat. Günther Anders wendet sich in seinen Büchern „Die Antiquiertheit des Menschen" und in seinem Tagebuch aus Hiroshima und Nagasaki „Der Mann auf der Brücke" (vergleiche Besprechung in Heft 10/60) mit vollem Recht gegen die „Zerstörung der Zerstörung", das Überspielen der Geschehnisse von 1945 und nach 1945 durch das Bühnenbild des Aufbaues und des Fortschritts. Was Günther Anders in philosophischer Gründlichkeit erarbeitet, finden wir, sozusagen mit Fleisch und Blut, in den Büchern von Robert Jungk bestätigt. Es ist erregend, in „Heller als tausend Sonnen" — das Schicksal der Atomforscher" die Geschichte des amerikanischen Unternehmens Alsos nachzulesen, des Decknamens für Entwicklung und Einsatz der ersten Atombombe. Jungk schildert die Furcht von General Groves, unter dessen Befehl in dem amerikanischen Atomzentrum Oak Ridge jahrelang 150 000 Menschen unter Verbrauch von mehr als zwei Milliarden Dollar die „Bombe" konstruierten, auf den „Einsatz" der Bombe zu verzichten. „Diese in seinen Augen geradezu wahnsinnige Idee diskutierte General Groves nicht einmal. Er war, so behauptet ein Atomforscher, der damals in seiner Nähe arbeitete, ab 1945 von einer einzigen großen Furcht besessen: daß der Krieg früher fertig sein könnte als seine Bombe" (S. 183). Jungk schildert das Dilemma des Gewissens der beteiligten Wissenschaftler zwischen der Furcht vor Hitlers A-Bombe und dem Zurückschrecken vor der nicht zurücknehmbaren Preisgabe des Atomgeheimnisses. Er schildert die Übermacht des Apparates über den einzelnen; er schildert die verantwortungsvolle wissenschaftliche Arbeit an Einzelproblemen: „Und die Summe tausender Einzelhandlungen von höchster Gewissenhaftigkeit führte schließlich zu einem Akt kollektiver Gewissenlosigkeit von schauerlicher Größe" (S. 215).

Es erschien dem Autor Robert Jungk folgerichtig, nach dieser Untersuchung des Schicksals und des Handelns der Atomwissenschaftler „die Geschichte jener Menschen aufzuzeichnen, die sich am anderen, flammenden Ende jener einst im Frieden der Laboratorien begonnenen Entwicklung befunden hatten". Daraus wurde das Buch „Strahlen aus der Asche". Aus eigener Anschauung berichtet er über den Wiederaufbau von Hiroshima, schildert „Strahlen der Nächstenliebe", beschäftigt sich aber noch eingehender mit der furchtbaren Tatsache der Auswirkung jener radioaktiven Kräfte von 1945, die ihr Vernichtungswerk bis heute noch nicht eingestellt haben. Der

Tagelöhner Kawamoto, der Sträfling Kazuo, der Bürgermeister von Hiroshima Shinzo Hamai, der Direktor des Atombombenmuseums Shogo Nagaoka, der Bibliothekar Togashi, amerikanische Atomärzte u. a. waren seine Auskunftsquellen. Ein vielfältiges Mosaik des Amerikanismus, der heimischen Sitten und des voll Scham verschleierten Atomschicksals der einzelnen bietet sich dem Lesenden. Er deckt auf, daß die Berichte über die Spät-Atomschäden durch die Zensur japanischer und alliierter Stellen in Presese, Funk und Büchern die Öffentlichkeit vielfach in Unkenntnis über die wahre Schwere der Auswirkungen ließ. Er läßt Tokie Uematsu, die erste Sekretärin der von dem Tagelöhner Kawamoto und der Schriftstellerin Yamashiro gegründeten „Atomopfer-Vereinigung" erzählen: „Als Doktor Mitsuo Takestani 1952 nach Hiroshima kam und wissenschaftlich aufklärte, welche Schäden die Radioaktivität verursachen kann, war ich überrascht. Wenn die Mädchen um uns herum das alles so unbekümmert läßt, wenn viele Atomopfer nicht einmal ihren eigenen Zustand wirklich ernst nehmen, liegt es daran, daß sie die Tatsachen nicht kennen. Jetzt erst beginnen wir zu ahnen, wie langwierig die Leiden sein werden, die uns durch die unmenschliche Bombe auferlegt worden sind. Ich selbst hatte bis zu diesem Vortrag nur eine ziemlich dunkle Vorstellung von dem ‚schrecklichen Ding' gehabt; jetzt begann ich klarer zu sehen." Jungk beschäftigt sich mit den fast allgemein zwischen 1951 und 1953 in Hiroshima als Spätfolgen der Bombe auftretenden Erkrankungen durch Strahlen, den Fehlgeburten, der Leukämie (Blutkrebs) und den erst in diesem Zeitpunkt festgestellten „Katarakten", den sehkraftnehmenden dunklen Augenflecken, auf radioaktiver Zellzerstörung beruhend, auf dem durchsichtigen Gewebe der Augenlinsen sichtbar geworden, mit Wahrscheinlichkeit zu gleicher Zeit in allen Geweben des Körpers auftretend. Jungk schildert Menschen, deren Atomschäden sie asozial werden ließen, er schildert andere, die zum Helfer für noch stärker Getroffene wurden. Jungk deckt das Mißverhältnis auf zwischen den Kräften und Mitteln der Zerstörung und denen der Wiedergutmachung in Hiroshima. Er schildert das Bemühen des amerikanischen Quäkers Floyd Schmoe, Professor für Botanik an der Universität des Staates Washington in Seattle, gegen dieses Mißverhältnis anzukämpfen: „Dort das Milliarden-Budget des Manhattan-Projekts, hier eine kleine, durch Einzelspenden von jeweils ein paar Dollar zusammengekommene Baukasse. Damals im Krieg die Team-Arbeit der besten Wissenschaftler und Ingenieure, jetzt eine Handvoll von gutwilligen Laien, die sich als Häuserbauer versuchten." Der Professor beteiligte sich selbst am Herankarren des Baumaterials und konnte am 1. Oktober 1949 die ersten vier von einem schönen Felsgarten umgebenen Häuser im japanischen Stil den Vertretern der Stadt Hiroshima für die „seizonsha" (überlebende Opfer) übergeben. Sollte die Bewältigung d i e s e r Probleme, heute noch ebenso unbefriedigend wie 1949, nicht damit beginnen, daß wir unsere Welt endlich von der Last und Gefahr der Bombe reinigen und die an sie vergeudeten Milliarden besseren Zielen zuwenden?

„Als ich nach Hiroshima reiste, kam ich als Reporter, der die interessante Geschichte einer fremden Stadt aufschreiben wollte. Aber je länger ich mich mit dieser Story beschäftigte, um so klarer wurde mir, daß ich nicht außerhalb und über ihr stand, sondern ein Teil von ihr war. Auch ich bin nämlich ein ‚Überlebender', der, wenn es das Schicksal nicht zufällig anders gewollt hätte, in einem der Massenvernichtungslager des Dritten Reiches umgekommen wäre. Und nun suchte ich am anderen Ende der Welt, am Rande Ostasiens, Antwort auf eine Frage, die mir mein eigenes Leben gestellt hatte. Diese Frage heißt: ‚Was haben wir, die Überlebenden des zweiten Weltkrieges, bisher getan, um unsere Rettung zu rechtfertigen?' Ich hatte die Tatsache, verschont geblieben zu sein, jahrelang genau so gedankenlos hingenommen wie viele andere. Dann aber traf ich die Atomopfer von Hiroshima und erhielt durch sie eine Vorahnung des neuen Unheils, das auf uns zukommt. Seither weiß ich, daß wir, die Generation derer, die ‚noch einmal davon gekommen sind', unsere ganze Kraft darauf verwenden müssen, daß unsere Kinder nicht nur so zufällig überleben wie wir."

Es sei abschließend auf zwei belletristische Neuerscheinungen hingewiesen, die ihrerseits in der Handlungsführung die Problematik der oben genannten Veröffentlichungen umkreisen. Es ist das „Porträt eines Offiziers" des französischen Autors Pierre Henri S i m o n, der im Gewissenskonflikt, als seine Ehre ihm verbietet, zu

gehorchen, den Abschied nimmt. Dieser Jean de Larsan zeichnet sich im zweiten Weltkrieg und in Indochina glanzvoll aus, erlebt mit tiefem Erschrecken den „schmutzigen Krieg" in Algerien und Indochina; er verzweifelt schließlich als untadeliger Soldat in ausweglosser Situation am Sinn seiner Berufung, keine Antwort findend auf die Frage, wie die soldatische Aufgabe in unserer Zeit zu verwirklichen sei. Simon hat ein ethisches und zugleich tief religiöses Buch geschrieben.

Zum anderen sei verwiesen auf die Erzählung „Die Blumen von Hiroshima" von Edita Morris. Der Reiz dieser Geschichte besteht in der Feinfühligkeit der Darstellung der japanischen Sitten und ihrer abrupten Berührung mit einer amerikanisierten Umwelt, geschildert an der Begegnung des durchaus sympathischen, baumlangen jungen Amerikaners Sam Willoughby mit dem Automechaniker Fumio, einem Atomopfer, und seiner liebenswerten Frau Yuka-san, die so gern lacht, Blumen und Vögel liebt, und die Kunst der Selbstbeherrschung und der Höflichkeit mit schmerzender Seele ausübt. Dieses Buch, in dem sich keine politischen Belehrungen finden, legt man sehr nachdenklich, ja verwundet aus der Hand.

Hast, Oberflächlichkeit und Vermassung verführen heute nur zu leicht dazu, wesentliche Ereignisse unserer Umwelt oft einfach zu übergehen, notwendige Gedanken zur kritischen Bewältigung unserer gemeinsamen Probleme zu vernachlässigen, vielleicht als unbequem zur Seite zu schieben. Die genannten Bücher nun kommen aus eben jenem unbequemen Bereich der Aufrichtigkeit, Ernsthaftigkeit und Wahrheit; sie sind von jener schonungslosen Offenheit und zugleich konstruktiven Einstellung, die wir für den Fortbestand der Gesellschaft so nötig brauchen. Sie haben nichts mit der „Illustrierten-Sucht" unserer Tage gemein, der Massen-Sucht, die Problematik unseres Daseins, von deren Bewältigung Leben oder Untergang abhängt, nur in Form von Schlagwort-Mixgetränken herunterzustürzen — in Form jener betäubenden Zivilisations-Cocktails, deren einer einem angeboten wird, wenn man in der Stadt Verdun vor dem großen Kriegerdenkmal für die Toten des ersten Weltkrieges steht, und nun der Blick zwangsläufig auf das breite Reklameschild eines gegenüberliegenden Andenken-Geschäftes fällt:

„Tavannes, Vaux, Douaumont — Les souvenirs et les Dragées de Verdun — Parfumerie — Visions de Guerre."

Manfred Pahl-Rugenstein

Dokumente zum Zeitgeschehen

Peinlich für Dr. Adenauer ...

Dr. Adenauers Ankündigung, er werde, „wie schon längst geplant", am 15. Februar in Washington sein und wolle bei dieser Gelegenheit mit dem neuen USA-Präsidenten Kennedy zusammentreffen, ist in der westlichen Welt nicht gut aufgenommen worden.

Nach kritischen Äußerungen in England und Frankreich über Adenauers Eile, und nachdem Kennedy selbst den Wunsch des Kanzlers mit dem Bemerken quittiert hatte, er habe keinerlei Verabredung getroffen, sei aber bereit, „sich zu einer passenden Zeit" mit dem Bonner Regierungschef auszusprechen, hat die Bundesregierung einen Rückzieher gemacht: Bundespressechef Eckardt schwächte die Ankündigung Dr. Adenauers mit den Worten ab, daß bis zum 15. Februar vielleicht noch „Ereignisse und Entwicklungen" eintreten, die für eine Reise des Kanzlers nach Washington einen anderen Zeitpunkt notwendig machen könnten ...

Der Vorgang wird in politischen Kreisen der Bundeshauptstadt als „recht peinlich" und besonders als „ganz und gar unnötig" bezeichnet, denn, so sagt man im Bundeskanzleramt, man hätte, bevor Dr. Adenauer den 15. Februar als Tag einer Begegnung mit Kennedy ankündigte, auf diplomatischem Wege in den USA das Einverständnis der neuen amerikanischen Regierung einholen müssen.

Nürnberger Nachrichten v. 12./13. XI. 60

Fulbright für Abbau der US-Stützpunkte

Eine Revision der amerikanischen Stützpunktsysteme in Übersee hat Senator Fulbright, der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, gefordert.

In einem Vortrag vor dem „Rat für internationale Angelegenheiten" in Nordkalifornien wies Fulbright darauf hin, daß diese Stützpunkte mit der fortschreitenden Entwicklung der interkontinentalen Raketen zunehmend an Bedeutung verlören. Die Vereinigten Staaten sollten daher in ihrer Verteidigungspolitik weniger Wert auf die Stützpunkte legen und deren Personal allmählich verringern.

Die Welt v. 3. XI. 60

Senator Goldwater's Vorschläge

Senator Barry Goldwater, der Führer des konservativen Flügels der Republikanischen Partei, hat mit außergewöhnlichen politischen Vorschlägen Aufsehen erregt. In einem Eröffnungsvortrag eines militärischen Kurses auf dem Luftstützpunkt Maxewell bei Montgomery in Alabama schlug Goldwater eine aktive Ermutigung und Unterstützung vor Volkserhebungen im kommunistischen Osteuropa sowie die Errichtung eines westlichen „Interimprotektorats" über Afrika vor. Zum ersten Vorschlag führte der Senator aus:

„Die amerikanische Politik kann keinen Erfolg haben, wenn sie nur versucht, festzuhalten, was wir bereits haben.

Die amerikanische Politik muß auf eine Offensive hingesteuert werden.

Unser Appetit auf kommunistisches Territorium muß ebenso groß sein wie der ihre auf nichtkommunistisches Territorium. Unsere Bemühungen, die Freiheit auch hinter dem Eisernen Vorhang auszudehnen, dürfen nicht weniger kraftvoll sein als ihre endlose Kampagne zur Ausbreitung des kommunistischen Einflusses in der freien Welt."

Goldwater betonte jedoch, jede Politik, die auf eine Förderung von Revolten in Osteuropa abziele, müsse „mit Vorsicht und Vernunft, aber auch mit Mut" geführt werden. „Während wir unseren versklavten Freunden zu verstehen geben müssen, daß wir auf eine Hilfeleistung brennen, sollten wir von vorzeitigen Aufständen abraten, die keine Aussicht auf Erfolg haben. Die Freiheitskämpfer müssen verstehen, daß Zeit, Ort und Methode solcher Aufstände von den Bedürfnissen einer weltweiten Strategie diktiert werden. Zu diesem Zwecke sollten wir enge Verbindungen zu Untergrundführern hinter dem Eisernen Vorhang herstellen und sie mit Druckpressen, Radioanlagen, Waffen, Instruktoren — kurz: einer vollständigen Ausrüstung für eine Widerstandsbewegung — versorgen.

Wir selbst müssen bereit sein, militärische Operationen gegen verletzliche kommunistische Regimes zu unternehmen.

Nehmen wir an, wir hätten Kernwaffen entwickelt, die für eine Kriegführung auf dem Lande benützt werden können, und hätten unsere europäischen Divisionen entsprechend ausgerüstet, nehmen wir weiter an, es würde sich in Osteuropa ein größerer Aufstand wie in Budapest im Jahre 1956 ereignen: In einer solchen Situation sollten wir dem Kreml ein Ultimatum stellen und jede sowjetische Intervention verbieten. Wenn das Ultimatum zurückgewiesen wird, müssen wir bereit sein, im höchsten Grade mobile Einheiten, die mit den angemessenen Nuklearwaffen ausgerüstet sind, an den Ort des Aufstandes zu entsenden.

Unser Ziel sollte es sein, die Sowjetunion mit überlegenen Streitkräften in der unmittelbaren Nachbarschaft der Aufstände zu konfrontieren und damit einen sowjetischen Rückzug zu erzwingen.

Ein eigentlicher Zusammenstoß zwischen den amerikanischen und sowjetischen Armeen wäre unwahrscheinlich. Die reine Androhung einer amerikanischen Aktion und die Einsicht des Kremls, daß sich die Kämpfe inmitten einer feindseligen Bevölkerung ereignen würden und deshalb leicht auf andere Gebiete überspringen könnten, würde wahrscheinlich zu einer Annahme des Ultimatums führen."

Als Ziel seines zweiten Vorschlags über ein westliches „Protektorat" über den afrikanischen Kontinent nannte Goldwater die Notwendigkeit, das afrikanische Volk wirtschaftlich, politisch und kulturell auf die Verantwortung der Selbstregierung vorzubereiten, und zwar in einer Atmosphäre, die zu einem Triumph der westlichen Ansichten über Gerechtigkeit und Freiheit führen müssen.

Der Senator räumte ein, daß eine solche Politik vielerorts als „reaktionär und unterdrückerisch" verschrien würde. „Solche Anschuldigungen müßten wir auf uns nehmen können, denn wir würden nicht die geringsten Zweifel darüber hegen, daß das Kolonialsystem — selbst in seiner heutigen Entwicklungsstufe — für das afrikanische Volk besser ist als das Elend und das Chaos, in das es kopfüber stürzt.

... Gerechtigkeit ist in der Tat ein würdiges Ziel. Aber wenn die Gerechtigkeit für die Bantus es mit sich bringt, daß die Regierung der Südafrikanischen Union vom Westen abgetrieben wird, dann müssen die Bantus bereit sein, ihre Identitätskarten noch eine Weile mit sich zu führen. Noch vor kurzem war ganz Afrika dem Westen vorbehalten. Man kümmerte sich nicht darum, ob die Kikiyus und die Bantus und die Bakongo-Leute die Selbstbestimmung genossen. Hauptsache ist, daß in dem Weltkampf zwischen Kommunismus und Freiheit sich diese riesige Landmasse unter der Herrschaft und dem Einfluß des Westens befand. Heute wendet sich Afrika heftig vom Westen ab und fällt — wie es scheint — in den sowjetischen Einflußbereich."

Goldwater erklärte weiter, es bestehe die Möglichkeit, daß sich Eingeborenenführer heranbilden, die dem Westen freundlich gesinnt seien „und die in der Lage sind, ihre Völker ohne Unterstützung einem gewissen Maße ordentlicher und fortschrittlicher Selbstregierung zuzuführen. Vielleicht ist Oberst Mobuta ein solcher Führer — aber wahrscheinlich werden wir das nie wissen. Denn in den acht Wochen, da das westliche Schicksal in Afrika auf seinen Schultern ruhte, scheinen wir keinen Finger gerührt zu haben, um ihm zu helfen". An den Gebieten, wo es keine dem Westen freundliche Führer gebe, müsse der Westen festhalten.

„Wir können keine Unabhängigkeitsbewegungen hinnehmen, wenn diese Unabhängigkeit eine Rückkehr zur Barbarei oder eine Unterstellung unter die kommunistische Beherrschung bedeutet. Noch weniger können wir es uns leisten, uns dem Trend des Antikolonialismus anzuschließen und so den irren Lauf zur Anarchie und zur sowjetischen Sklaverei zu beschleunigen.

... In den Gebieten, wo der westliche Einfluß noch vorherrscht, muß das ganze Gewicht der amerikanischen Diplomatie eingesetzt werden, um ihn aufrecht zu erhalten. In den Gebieten, die bereits dem kommunistischen Einfluß verfallen sind, müssen wir offen und versteckt darangehen, den westlichen Einfluß wieder herzustellen."

Basler Nachrichten vom 17. XI. 1960

Englische Ford-Werke völlig in amerikanischer Hand

Die britische Regierung hat gestern die Übernahme der noch nicht in amerikanischem Besitz befindlichen 46 Prozent des Aktienkapitals der britischen Fordwerke durch die amerikanische Ford-Gesellschaft genehmigt. Schatzkanzler Selwyn Lloyd teilte im Unterhaus mit, die amerikanische Gesellschaft habe der Regierung versichert, daß sich an der Verkaufs- und Beschäftigungspolitik der britischen Fordwerke nichts ändern werde.

Westfälische Rundschau v. 22. XI. 60

Neutraler Kompromißvorschlag über Abrüstung

Eine Gruppe neutraler Staaten unter Führung Indiens arbeitet gegenwärtig an einem Kompromißvorschlag in der Abrüstungsfrage, mit dem der angedrohte sowjetische Boykott der Abrüstungsdebatten abgewendet werden soll. Der indische Verteidigungsminister Krishna Menon kündigte im politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung, auf dessen Tagesordnung gegenwärtig die Abrüstungsfrage steht, eine baldige Initiative der Neutralen an. Dem Vernehmen nach arbeiten außer Indien noch Burma, Mexiko, Schweden, Venezuela, die Vereinigte Arabische Republik und Jugoslawien an der Formulierung der geplanten Entschließung. Die Resolution soll den angedrohten Auszug der kommunistischen Vertreter aus dem politischen Ausschuß verhindern.

Diplomatische Kreise in New York berichteten in der Nacht zum Freitag, der indische Plan, der neun Punkte umfasse, sei in inoffiziellen Gesprächen von den Vereinigten Staaten positiv aufgenommen worden. Die Sowjets hätten bemängelt, daß er nichts über den Abschluß eines Vertrages über die allgemeine und totale Abrüstung enthalte. Dem politischen Ausschuß liegen gegenwärtig der Chrustschow-Plan und von westlicher Seite

je ein Entschließungsentwurf Italiens und Großbritanniens vor. Während Italien eine Schritt-für-Schritt-Abrüstung fordert, sieht die britische Resolution einen Expertenausschuß zur Prüfung der Kontrollaufgaben vor.

Der indische Plan enthält dem Vernehmen nach folgende neun Punkte: 1. Die Aufstellung von Richtlinien für Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung. 2. Die Erweiterung des Zehn-Mächte-Abrüstungsausschusses um fünf Nationen und eine Berichterstattung des Ausschusses über erzielte Fortschritte bis Ende Mai nächsten Jahres an den 99 Staaten umfassenden UN-Abrüstungsausschuß. 3. Eine Aufforderung der Vollversammlung an die Atommächte, bis zum Abschluß eines Kernwaffenversuchsverbots freiwillig auf Versuche zu verzichten. 4. Eine Aufforderung an alle Nationen, keinen anderen Staat mit Massenvernichtungsmitteln und ihren Trägern zu beliefern. 5. Eine Aufforderung an alle Nationen, von Überraschungsangriffen auf andere Staaten abzusehen. 6. Eine Empfehlung an alle Nationen, von jeglichen Maßnahmen abzusehen, die die internationale Spannung erhöhen könnten. 7. Eine Aufforderung zur Ächtung des Krieges und der Kriegsmittel. 8. Eine Empfehlung eines wirksamen Kontrollsystems in allen Phasen der Abrüstung, das einen einseitigen militärischen Vorteil während der Abrüstung ausschließt. 9. Die Forderung, den Weltraum nur für friedliche Zwecke zu benutzen.

Stuttgarter Zeitung v. 29. X. 60

Universität für Völkerfreundschaft in Moskau

Ministerpräsident Chrustschow hat am Dienstag in Moskau an der Eröffnung der „Universität für Völkerfreundschaft" teilgenommen und eine kurze Ansprache gehalten. Die Rede war gespannt erwartet worden, da man Aufschluß über die noch immer tagende Konferenz der kommunistischen Parteiführer im Kreml erwartete. Chrustschow ging jedoch auf die Konferenz nicht ein.

Er versicherte, die Sowjetunion verfolge mit der Einrichtung der Universität nur „edle und humane" Ziele. Die Sowjetunion wolle den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten helfen, eigene wissenschaftliche und technische Kader auszubilden. An die Studenten gewandt sagte er: „Wir werden nicht böse sein, wenn Sie während Ihrer Lernzeit in Moskau nicht zu Kommunisten werden, würden aber auf der anderen Seite auch nichts dagegen einzuwenden haben." Der Lehrkörper der Universität beabsichtige nicht, den ausländischen Studenten die politischen und ideologischen Ansichten der sowjetischen Menschen aufzudrängen.

Die Eröffnungsfeier dauerte siebzig Minuten, von denen Chrustschow etwa 15 Minuten sprach. Einige Staatschefs asiatischer und afrikanischer Staaten, darunter Sukarno, Nehru und Seku Ture, hatten Glückwunschtelegramme geschickt. An der Universität werden zunächst 500 Studenten studieren, die von den Sowjets aus einer Anzahl von 43 000 Bewerbern ausgewählt worden sind.

FAZ v. 17. XI. 60

Beschämende Szenen in New Orleans

Die Polizei hat am Dienstag bei Demonstrationen gegen die Rassenintegration des Schulwesens 17 weiße Jugendliche verhaftet. Sie gehörten einer Gruppe an, welche die vier sechsjährigen Negermädchen, die als erste farbige Kinder „weiße" Schulen besuchen können, belästigen wollten.

Dienstagvormittag kam es vor der Primarschule Mcdonogh in New Orleans zu einer Schlägerei, nachdem drei Negermädchen das Gebäude betreten hatten. Etwa hundert erwachsene Weiße durchbrachen die polizeilichen Absperrungen und versuchten, in die Schule einzudringen. Schließlich konnten sie mit Hilfe berittener Polizei zurückgewiesen und auseinandergetrieben werden. Ein erwachsener Weißer, der sich mit einem Polizisten in ein Handgemenge einließ, wurde verhaftet.

UPI und AFP v. 16. XI. 60

Kuba verspricht Nichteinmischung in Lateinamerika

Kuba wünsche allen um ihre Freiheit kämpfenden Völkern Erfolg, werde sich aber nicht in deren innere Angelegenheiten einmischen. Dies erklärte am Sonntag der Bruder des

kubanischen Regierungschefs, Major Raul Castro. Er betonte, daß es nicht der Wunsch Kubas sei, „bis an die Zähne bewaffnet bis zum letzten Kubaner zu kämpfen". Vielmehr wolle Kuba „mit allen für alle eine neue Gesellschaftsform errichten". Major Castro sprach zum „Tag des Petroleums" vor den Toren der verstaatlichen Esso-Raffinerie in der Nähe von Havanna. Am Anfang seiner Rede hatte er erklärt, die ganze Welt wisse, daß die amerikanische Intervention in Guatemala und Nikaragua gegen die kubanische Revolution gerichtet sei.

Stuttgarter Zeitung v. 22. XI. 60

Italien intensiviert Kontakte mit dem Osten

Italien ist offensichtlich bestrebt, seine Kontakte mit dem Osten — zumindest auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet — zu intensivieren. Jüngste Glieder in der Kette dieser Fühlungsnahmen sind ein achttägiger Informationsbesuch italienischer Parlamentarier in der Tschechoslowakei und eine italienisch-rumänische „wissenschaftliche Informationstagung" in Bologna. Die italienischen Parlamentarier, an ihrer Spitze der christlich-demokratische Senator Onorio Jannuzzi, besichtigten vom 13. bis zum 20. November tschechoslowakische Industriewerke und landwirtschaftliche Betriebe. Sie wurden auch von dem Präsidenten der tschechoslowakischen Nationalversammlung, Fierlinger, empfangen. Senator Jannuzzi hielt in Prag einen Vortrag. Auf der am Wochenende in Bologna abgehaltenen italienisch-rumänischen Tagung kamen Archäologen, Mediziner, Chemiker und Sprachwissenschaftler zu Wort. Die rumänischen Professoren, die an der Diskussion teilnahmen, waren von der Universität Cluj (Klausenburg). In den letzten Wochen hatten sich die Beziehungen zwischen Rom und Warschau laufend „erwärmt". Der albanische Ministerpräsident weilte mehrere Tage — nach offizieller Erklärung privat — in Rom. In Moskau schloß Italiens „Ölkönig" Mattei eine umfassende Serie von Lieferverträgen für sowjetisches Öl zu Preisen ab, die den westlichen Ölmarkt in Europa unterminieren können. Der Besuch des jugoslawischen Außenminister Popovic in Rom steht für den 1. Dezember bevor.

Stuttgarter Zeitung v. 22. XI. 60

Intellektuelle an Malraux

Mit einer Bittschrift zugunsten der Unterzeichner des „Manifestes der 121" (einer Gruppe linksgerichteter französischer Intellektueller, die das Recht auf Gehorsamsverweigerung im Algerienkrieg forderten) haben sich 36 deutsche, schweizerische und österreichische Schriftsteller und Gelehrte an den französischen Minister für Kultur, André Malraux, gewandt.

Zu den deutschen Unterzeichnern des Briefes gehören unter anderen Prof. Dr. Theodor W. Adorno, Stefan Andres, Alfred Andersch, Heinrich Böll, Walter Jens, Erich Kästner, Eugen Kogon, Luise Rinser und Inge Scholl. Von Schweizer Seite haben den Brief neben anderen unterzeichnet: Prof. Dr. Karl Barth, Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch, Hermann Hesse. Für Österreich unterzeichneten Ilse Aichinger und Ingeborg Bachmann.

DPA v. 7. XI. 60

Robert Jungk: Die Konsequenzen

Der Schriftsteller Robert Jungk, dessen Bücher über das Atomzeitalter internationale Bedeutung gefunden haben, nahm bei einem Besuch in Kopenhagen Stellung zu den Vorwürfen, seine Werke seien antiamerikanisch. „Ich bin amerikanischer Staatsbürger und wünsche nichts Herabsetzendes über Amerika zu schreiben. Aber die Dinge liegen ja so, daß das System einen Verantwortlichen nicht zu kennen scheint", erklärte Jungk. „Als man die Atombombe konstruierte, wußte der eine Wissenschaftler nicht, was der andere tat. Und als man die Bombe warf, wußte niemand, welche Leiden sie hervorrufen würde. Ich habe mit leitenden Konstrukteuren der Atombomben gesprochen, die nie die Explosion einer Atombombe gesehen haben und sie auch nicht zu sehen wünschen. Sie wünschen davon befreit zu sein, weil sie die Konsequenzen ahnen. Mein Angriff setzt ein, weil sie sich nicht die Mühe gemacht haben, die Konsequenzen zu bedenken. Ich habe die Konsequenzen gesehen — in Hiroshima!"

Jungk erklärte, wir hätten alle zwei Pflichten: einen neuen Krieg zu vermeiden und durch persönliche Leistung für eine bessere Welt zu arbeiten. „Als Jude empfinde ich diese Verpflichtungen doppelt."

Hamburger Echo v. 14. XI. 60

Entrüstung über „Polaris"

Der Ansturm der britischen Linken gegen den amerikanischen Polaris-Stützpunkt in Schottland gewinnt rasch an Umfang und Intensität. Der Gewerkschaftsrat von Glasgow, in dessen Nähe der Stützpunkt Holy Loch liegt, hat im Namen seiner 92 000 Mitglieder den sofortigen Widerruf des britisch-amerikanischen Abkommens gefordert. Das Volk müsse nun seine Stimme gegen die immer mehr anwachsende Gefahr erheben. Der Gewerkschaftsrat werde mit allen erlaubten Mitteln gegen das Abkommen kämpfen und die schottischen Unterhausabgeordneten auffordern, es zu verurteilen und für seine Aufhebung zu wirken.

Der ganz offensichtlich auf fehlerhafte Berichterstattung beruhende britisch-amerikanische Meinungsstreit über Macmillans Unterhauserklärung ist inzwischen auf eine Weise geklärt worden, die Wasser auf die neutralistischen Mühlen ist. Von einer britisch-amerikanischen Konsultation vor dem Einsatz von Polaris-Booten, die sich irgendwo im Atlantik befinden, kann nach Meinung der britischen Verteidigungsexperten im Ernstfalle praktisch nur dann die Rede sein, falls ausgiebig Zeit zur Verfügung steht, was eine zumindest fragwürdige Voraussetzung ist. Von einem verbrieften Recht auf eine britische Mitentscheidung kann im Falle der Polaris-U-Boote keine Rede sein.

FAZ v. 4. XI. 60

Geheime Gespräche ...

Abgeordnete der britischen Labour Party haben am Donnerstag im Parlament Auskunft über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gefordert. Premierminister Harold Macmillan erklärte auf eine Frage, ob die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Gegenstand der Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und ihm gewesen sei, er könne darüber keine Auskunft geben, da der Inhalt der Gespräche geheim sei.

FAZ 11. XI. 60

Adenauer verlangt Atomwaffen für die Nato

Der Bundeskanzler hat für die Nato eine eigene atomare Abschreckungswaffe verlangt. Die Nato müsse ebenso stark wie der Ostblock bewaffnet sein. Das verlange das Schutzbedürfnis der Menschen im Westen. Eine nukleare Abrüstung würde dadurch nicht erschwert. Die Sowjetunion werde niemals zu einer Abrüstung bereit sein, solange sie glaube, eine Überlegenheit in den Atomwaffen zu besitzen.

FAZ v. 2. XI. 60

Die „Befreier"

Bürgermeister Rothmaier empfand es als große Ehre, daß der General trotz der knapp bemessenen Zeit auch dem Bürgermeister der Garnisonstadt die Referenz erweise. Seit dem Tag des Einzugs herrsche hier vollkommene Harmonie zwischen Stadt und Bundeswehr, und diese werde bis heute von beiden Teilen gehegt und gepflegt. Dafür danke er besonders auch den Offizieren. Wir müßten alle zusammenstehen, um die Freiheit uns selbst zu bewahren und sie vielleicht auch den unterdrückten Brüdern im Osten zu bringen.

Schwäbische Post vom 2. XI. 60

„Narr oder noch böser"

Der Schriftsteller Stefan Andres und Oberkirchenrat Kloppenburg haben an den Bundeskanzler einen Brief gerichtet, in dem sie sich in überaus scharfen Formulierungen mit Redewendungen des Kanzlers vor der CDU-Fraktion auseinandersetzen. Der Brief ist außerdem von 21 Vertretern des Geisteslebens und der Politik unterzeichnet, darunter Professor Born, Heinrich Böll, Professor Gollwitzer, Erich Kästner, Professor Kogon, Kir-

chenpräsident Niemöller und eine Reihe von Bundestagsabgeordneten. In dem Brief heißt es: „Wer der Bundeswehr heute noch moderne Waffen vorenthalte, das haben Sie erklärt, der versündige sich, der sei ein Narr oder noch böser." Und weiter: „Sie haben damit über eine große Gruppe von Staatsbürgern ein grundsätzliches sittliches Urteil gefällt. Durch Ihre Erklärung haben sie alle diejenigen diskriminiert, die aus begründeter Überzeugung die atomare Ausrüstung der Bundeswehr für verhängnisvoll halten. Sie erklären alle, die aus politischer, ethischer Verantwortung dieses Ziel der Bundesregierung nicht billigen können, für unmündig, noch schlimmer, Sie stempeln diese Bürger als verbrecherisch ab. Denn was sollen Ihre Worte ‚versündigen' und ‚noch böser als Narren' sonst bedeuten. Die Verwendung solcher Argumentation ist ein Mißbrauch Ihres politischen Amtes."

Düsseldorfer Nachrichten v. 16. XI. 60

„Honest-John" über der Ostsee

Von einer Artillerieeinheit der 6. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr sind zum ersten Male an der Eckernförder Buch zwei „Honest-John"-Raketen über etwa zwanzig Kilometer in Richtung Ostsee abgeschossen worden. Die je 8,30 Meter langen, 2650 Kilogramm schweren unlenkbaren Raketen, die mit Übungssprengköpfen ausgestattet waren, flogen mit annähernd doppelter Schallgeschwindigkeit und detonierten entsprechend der Zündereinstellung 300 Meter über dem Meer.

FAZ v. 12. XI. 60

„Offensive Verteidigung"

Anläßlich eines internationalen Kongresses von Luftfahrtpublizisten sprach der Inspekteur der Luftwaffe, General Kammhuber, in München-Neubiberg über die Aufgaben der deutschen Luftwaffe. Nach Auffassung Kammhubers kann die rein defensive Luftverteidigung angesichts der technischen Entwicklung der Angriffsmittel einen vollen Erfolg nicht mehr garantieren. Sie bedarf daher der Ergänzung durch offensive Luftverteidigung. Die Luftwaffe hätte also im Kriegsfalle drei Aufgaben zu erfüllen:

1) die Vernichtung von mehr als 1000 Abflughäfen feindlicher Flugzeuge und Abschußbasen von Raketen. Diese Aufgabe kann nach Meinung Kammhubers nicht mehr allein mit konventionellen Waffen erfüllt werden. Sie erfordert vielmehr in erster Linie den Atomangriff der taktischen Luftstreitkräfte, und zwar sowohl mit Flugzeugen als auch mit Raketen.

2) die „Abriegelung" des Kampfraumes, das bedeute, a) Unterbindung der Zuführung von Truppen und Material aus dem feindlichen Hinterland, b) Angriffe auf das in der Kampfzone bereits vorhandene militärische Potential des Feindes, c) Beschränkung der Bewegungsfreiheit des Gegners durch Unterbrechung seiner Verbindungslinien.

3) die unmittelbare Unterstützung der kämpfenden Heeresverbände durch die Bekämpfung von Zielen aus der Luft, die außerhalb der Wirkungsmöglichkeiten heereseigener Waffen liegen, durch Luftaufklärung, die für die Operation des Heeres notwendig sei, und durch den Lufttransport von Heereseinrichtungen in die Brennpunkte der Kämpfe.

Süddeutsche Zeitung v. 25. X. 60

Prof. v. Ardenne zur Degussa-Gaszentrifuge

Prof. M. v. Ardenne schreibt uns:

Die Reaktion in der Öffentlichkeit auf das Bekanntwerden der Isotopentrenn-Arbeiten mit Gasultrazentrifugen bei der Degussa, Frankfurt/M., hat zu offenbar von der Degussa inspirierten Meldungen in der Presse (vgl. z. B. Nucleus, Bonn 4, Nr. 39, 428, 1960) geführt, in denen behauptet wird, die Betätigung der Degussa auf dem Gaszentrifugen-Gebiet und auf dem Uran-Gebiet diene ausschließlich friedlichen Zwecken.

Auf einer öffentlichen Aussprache, die vor wenigen Tagen in Dresden stattfand, wurde das Thema der Degussa-Zentrifuge angeschnitten und der bekannte Atomphysiker Prof. Dr. h. c. Manfred v. A r d e n n e zu seiner Ansicht über die wahren Perspektiven dieses Verfahrens gefragt. Die gegebene Antwort war in höchstem Grade alarmierend. Prof. v. Ardenne erklärte, das bei der Degussa jetzt angewandte Urantrennverfahren mit Ultra-

zentrifuge (Selbstkaskadierung nach dem Gegenstromprinzip und Erzeugung der Gaskonvektion mit der Steenbeckschen Brennscheibe) habe ausschließlich für militärische Zwecke Bedeutung.

Es sei ein in bezug auf Trennleistung, Raumbedarf und Energiebedarf besonders günstiges Verfahren, um aus schwach angereichertem Uran, das für Reaktorzwecke benutzt und in großen Mengen preiswert zur Verfügung steht, schnell und billig hochangereichertes Uran, d. h. Kernexplosivstoff für Atombomben herzustellen. Deswegen seien die betreffenden Arbeiten bei der Degussa ein Politikum ersten Ranges, das wegen der sich ergebenden Folgen große Beachtung auch in der westlichen Welt verdiene. Es seien alle Voraussetzungen jetzt erfüllt, daß bei der Degussa mit Gaszentrifugen, die ein Zimmer füllen, Kernsprengstoff für zwei bis drei Atombomben pro Jahr hergestellt werden kann. Diese wissenschaftliche Tatsache sei nicht wegzudiskutieren und man müsse sie klar sehen.

Das Verfahren der Gasultrazentrifuge habe zur Herstellung von schwach angereichertem Uran für Reaktoren, also für friedliche Zwecke, keinerlei Aussichten, weil die pro Zeiteinheit zu trennende Uranmenge bei diesem Verfahren hierfür viel zu klein ist.

Prof. von Ardenne wies in der Diskussion weiter darauf hin, daß alle Einzelheiten der bei der Degussa jetzt angewendeten Gasultrazentrifuge mit Selbstkaskadierung seit langem in der DDR bekannt seien, denn der wirkliche Vater des Verfahrens, Prof. Dr. Max Steenbeck*) lebe und wirke in der DDR. Trotz dieser Tatsache sei seit der Rückkehr Steenbecks aus der Sowjetunion vor fünf Jahren in der DDR an diesem Verfahren nicht gearbeitet worden, weder theoretisch noch praktisch, weil es nur der Vorbereitung von Tod und Vernichtung diene. Auch dieser bewußte Verzicht der DDR sei ein politisch sehr bedeutsamer Fakt, welcher in der Weltöffentlichkeit große Beachtung verdiene. Die Gegenüberstellung des Handelns der Bundesrepublik in dieser Frage mit dem bewußten Verzicht der DDR sei geeignet, um auch durch politische Propaganda verwirrte Menschen sehr nachdenklich zu stimmen.

Strauß wirbt bei Rechtsradikalen

Das Bundesverteidigungsministerium sucht seinen Offiziersnachwuchs auch durch Anzeigen in einem rechtsradikalen Blatt. Ein entsprechendes Inserat veröffentlichte in seiner letzten Ausgabe des Organ des rechtsradikalen Bundes Nationaler Studenten (BNS), „Student im Volk". In der gleichen Ausgabe preist der Druffel-Verlag in Leoni am Starnberger See das Buch des ehemaligen stellvertretenden Reichspressechefs Sündermann „Das Dritte Reich, eine Richtigstellung in Umrissen" an.

Süddeutsche Zeitung v. 17. XI. 60

Der neueste Angriff auf das Grundgesetz

Wieder einmal stehen wir vor der Tatsache, daß eines unserer Grundrechte außer Kraft gesetzt werden soll: diesmal das Recht auf Freizügigkeit. Um die unterirdische Tätigkeit kommunistischer Agenten zu unterbinden, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorbereitet, der unter anderem unerwünschte Ausreisen von Bundesbürgern in die DDR verhindern soll. Begründung: Die Sicherheit der Bundesrepublik erfordere außergewöhnliche Maßnahmen.

Was dieser Gesetzentwurf bedeutet, läßt sich in einem Satz sagen. Würde er eines Tages Gesetz werden, dann könnten Polizei, Verwaltung und Justiz jedem Bürger Westdeutschlands verbieten, die Zonengrenze in Richtung Osten zu überschreiten. Mit Gewalt könnte jeder von uns daran gehindert werden, beispielsweise zur Leipziger Messe zu reisen, Verwandte in Dresden zu besuchen oder journalistische Informationen an der Oder-Neiße-Linie zu sammeln.

---

*) Prof. Steenbeck leitete gemeinsam mit Prof. von Ardenne und Prof. Thiessen, dem heutigen Vorsitzenden des Forschungsrates der DDR, seit 1945 fast 10 Jahre lang in der Sowjetunion ein bei Suchumi gelegenes Forschungsinstitut.

Prof. Steenbeck ist besonders durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Gasentladungen und durch die Konzeption des Betatrons bekannt geworden.

Die Arbeiten bei der Degussa an der Zentrifuge wurden von den früheren Mitarbeitern Prof. Steenbecks aus der Sowjetunion-Zeit, Dr. Zippe und Scheffel, durchgeführt.

Das heißt: Die gleichen Einschränkungen, denen der Reiseverkehr in der DDR unterworfen ist, würden im Prinzip auch bei uns gelten. Was wir bisher mit Recht als schreckliche Unfreiheit angeprangert haben, wäre plötzlich auch bei uns möglich — daß ein Bürger nicht dorthin reisen darf, wohin er will.

Ich finde, daß dieser Gesetzentwurf ungeheuerlich ist. Darum bin ich auch nicht sonderlich überrascht, daß quer durch alle Parteien Einwände gegen ihn erhoben werden. Aber im Grunde genommen scheut sich jeder, öffentlich dagegen aufzutreten. Sogar die Opposition äußert sich, wie aus Bonn berichtet wird, nur sehr zurückhaltend.

Denn der Gesetzentwurf richtet sich, wie Bundesinnenminister Gerhard Schröder sagt, zwar nicht im Wortlaut, der für alle gilt, jedoch angeblich in der Praxis ausschließlich gegen Kommunisten und Agenten. Und mit dieser Begründung ist es leider schon wieder möglich, auch in unserem gebrannten Land Grundgesetz und Grundrechte, auf die wir meist in den Sonntagsreden so besonders stolz sind, kurzerhand aufzuheben. Bei dieser Begründung schweigen auch sonst recht mutige Leute, weil sie fürchten, andernfalls selbst als Kommunisten verdächtigt zu werden . . .

Nach den Plänen der Bundesregierung soll ein Notstandsrecht geschaffen werden, das die Pressefreiheit aufhebt und das Parlament ausschaltet. Es gibt andere Entwürfe, die die persönliche Freiheit einschränken. Die öffentliche Meinung soll an die Kette gelegt werden. Das und vieles andere ist im Kommen.

Und nun legt man uns auch noch einen Gesetzentwurf gegen die Freizügigkeit vor.

Laute und harte Ablehnung — das ist die einzige Möglichkeit, diesen neuen Angriff auf unsere Grundrechte abzuwehren. Hier geht es ums Prinzip!

„Voluntas" in: Abendzeitung (München) v. 19./20. XI. 60

Niemöller: Telefon wird abgehört

Der hessische Kirchenpräsident Niemöller fühlt sich in seiner Arbeit für die Friedensbewegung überwacht. Niemöller sagte vor der deutschen Friedensgesellschaft in Bielefeld, er habe in den zurückliegenden Jahren wohl kein Telefongespräch geführt, das nicht abgehört worden sei. Der Kirchenpräsident kündigte bei einer mehrstündigen Diskussion über die Thesen seiner „pazifistischen Realpolitik" eine neue Rußlandreise an. Niemöller will sich auf Einladung des Moskauer Patriarchen im kommenden Frühjahr „etwas länger in der Sowjetunion umsehen".

Süddeutsche Zeitung v. 17. XI. 60

Post befiehlt Abbruch neuer Sender

Bundespostminister Stücklen hat dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) in einem gestern in Hamburg veröffentlichten Schreiben die Auflage gemacht, vier kurz vor der Fertigstellung stehende und mit Millionenkosten errichtete Fernsehsender für das 2. Programm „unverzüglich zu beseitigen". In dem vom 10. November datierten Schreiben wird dem NDR gleichzeitig unter Berufung auf das Gesetz über Fernmeldeanlagen aus dem Jahr 1928 untersagt, einen geplanten weiteren Fernsehsender zu errichten.

Der NDR hat sofort nach Bekanntgabe der Auflage mitgeteilt, daß er gegen die Maßnahme der Bundesregierung vor dem Kölner Verwaltungsgericht Klage erheben werde. Die Klage habe gegenüber der Maßnahme des Bundes aufschiebende Wirkung, so daß die Sender zunächst stehenbleiben könnten.

Das Vorgehen des Bundespostministers wurde von einem Sprecher des Hamburger Senats in einer ersten Stellungnahme als „ungeheuerlich" bezeichnet. Der Sprecher verwies darauf, daß die Verfügung zum Abbruch der Sender um so unverständlicher sei, als die rundfunkrechtlichen Fragen gegenwärtig beim Bundesverfassungsgericht und beim Verwaltungsgericht in Köln geklärt werden.

Der Senatssprecher fügte hinzu, die vom NDR gebauten Sender seien besonders leistungsstark und reichten bis weit in die Sowjetzone, teilweise sogar bis an den Rand von Berlin. Demgegenüber reichten die vom Bund vorgesehenen Sender für das 2. Programm nur bis an die Zonengrenze. Hieraus werde deutlich, daß der Bundesregierung lediglich daran gelegen sei, mit dem 2. Programm für ihre eigenen parteilichen Zwecke im Inland zu wirken.

UPI/DPA v. 22. XI. 60

Schriftsteller boykottieren Regierungs-Fernsehen

21 Dichter und Schriftsteller, die zum großen Teil schon als Hörspielautoren tätig sind, haben sich in einer Erklärung zum Boykott der „Deutschland-Fernsehen GmbH" entschlossen. Sie verpflichteten sich mit ihrer Unterschrift, der Fernseh-Gesellschaft weder Texte noch Rechte an Texten zu überlassen und ihr jede redaktionelle oder dramaturgische Beihilfe zu verweigern, da sie befürchten, daß diese Institution die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik gefährden könne.

In der gestern in Frankfurt von dem Lyriker Hans Magnus Enzensberger veröffentlichten Erklärung heißt es, Entstehungsgeschichte und bisherige Zusammensetzung der Aufsichtsorgane der „Deutschland-Fernsehen GmbH" ließen erkennen, daß die Gesellschaft nicht ein Publikationsorgan unter öffentlicher Kontrolle, sondern ein Instrument der Bundesregierung, der Regierungsparteien und der wirtschaftlichen Interessengruppen sein werde.

Zu den Unterzeichnern, die alle Autoren auffordern, sich ihnen anzuschließen, gehören neben Enzensberger Ilse Aichinger, Herbert Asmodi, Heinrich Böll, Günter Eich, Günter Graß, Wolfgang Hildesheimer, Walter Jens, Robert Jungk, Marie Luise Kaschnitz, Eva Müthel, Hans Werner Richter, Paul Schallück und Wolfgang Weyrauch.

DPA v. 22. XI. 60

Neuer weiblicher Arbeitsdienst?

Der Leiter der Hauptabteilung Jugend im Bundesvorstand des DGB, Hansen, hat in einem Brief an Bundesfamilienminister Wuermeling und die Fraktionen des Bundestages Bedenken dagegen angemeldet, daß im nächsten Bundesjugendplan 300 000 Mark für Werbung und Aufbau eines freiwilligen weiblichen Hilfsdienstes eingesetzt worden sind. Die Initiative für diesen von Wuermeling befürworteten Beschluß des Aktionsausschusses im Kuratorium für Jugendfragen war von der „Aktion Gemeinsinn" ausgegangen. Junge Mädchen sollen danach veranlaßt werden, in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Haushalten kostenlos für ein halbes oder ein ganzes Jahr tätig zu sein, um den Personalmangel zu mildern. Man vermutet, daß sie dabei „zugleich viel lernen", obwohl frühere Erfahrungen darauf hindeuten, daß die Hilfskräfte nur mit den gröbsten Arbeiten beschäftigt werden, daß sie aber zugleich einen Lohndruck nach unten ausüben. Der Protest des DGB ist vor allem auf den Verdacht zurückzuführen, daß mit dem freiwilligen Hilfsdienst nur eine Ausgangsposition für einen neuen weiblichen Arbeitsdienst geschaffen werden soll.

In seinem Schreiben beruft sich Hansen auf Erklärungen des der „Aktion Gemeinsinn" nahestehenden Leiters der evangelischen Jugend, des Oberkirchenrats Manfred Müller (Stuttgart), in „Diakonie in unserer Zeit". Darin heißt es, „es gibt zweifellos Leute, die man zum Helfen zwingen muß, damit sie seine Schönheit entdecken. Man muß ihnen unter Druck beibringen, was sie in einem Haushalt erwartet". Müller schreibt ferner, die Zeit für ein Pflichtjahr der Mädchen sei noch nicht gekommen. Habe man aber erst einmal Erfahrungen mit 50 000 jungen Leuten jährlich gemacht, könne man „später vielleicht zu einem Pflichtjahr weiterschreiten".

Stuttgarter Zeitung v. 10. XI. 60

Pfarrer Mochalski wehrt sich

Der Darmstädter Studentenpfarrer Herbert Mochalski hat bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt Strafanzeige gegen den Chefredakteur des „Darmstädter Echo", Hans J. Reinowski, erstattet. Reinowski hatte, wie in SZ Nr. 273 berichtet, den Studentenpfarrer in einem Leitartikel scharf angegriffen und von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau die Abberufung Mochalskis gefordert.

Mochalski fühlt sich durch diesen Artikel in vielfacher Hinsicht verleumdet. Er stellt in seiner Strafanzeige u. a. fest, er habe niemals die Sicherheits- und Bündnispolitik des Westens, insbesondere der Bundesrepublik, verächtlich gemacht; vielmehr habe er auf die Konsequenzen der Bonner Politik für die Wiedervereinigung Deutschlands und für die Gefährdung des Friedens in Europa hingewiesen. Auch habe er niemals „die Politik der Sowjetmachthaber als Friedenspolitik verherrlicht"; ebensowenig habe er an „kommunistischen Tarnkongressen" in Paris und Prag teilgenommen.

Süddeutsche Zeitung v. 17. 11. 60

Offener Brief an Peter Nellen

Verehrter Herr Nellen!

Wenn wir die Hoffnung nicht aufgaben, daß auch in Bonn der Parlamentarismus nicht ganz zur bloßen Form entleert wurde, dann dachten wir vor allem an Sie, — an Ihr Auftreten bei der dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes, Ihr Pladoyer für das Recht der Kriegsdienstverweigerung, an Ihren Widerspruch gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten. Daß Unerschrockenheit immerhin noch einiges vermag, wurde daran deutlich, daß die CDU-Parteileitung es nicht ohne weiteres wagte, Sie in die Wüste zu schicken. Es scheint uns folgerichtig, daß Sie nun eine Partei verließen, die atomare Aufrüstung betreibt, die — wie Sie in der Begründung Ihres Austritts richtig sagen — „in einer beklagenswerten Weise die Grundsätze des Ahlener Programms verleugnet", die zudem immer mehr die inhaltliche Seite der Demokratie aus den Augen verliert.

Keineswegs folgerichtig aber erscheint uns Ihr Eintritt in die SPD-Fraktion!

In der Begründung für Ihren Schritt wenden Sie sich dagegen, daß von der CDU und Adenauer „die demokratische Opposition und ihre von der Politik der CDU abweichende Auffassung in Verteidigungs- und außenpolitischen Fragen als Narrheit oder gar als Verbrechen bezeichnet" wird. Dieser Protest gegen eine Verteufelung demokratischer Opposition ist richtig. Die Frage ist nur: vertritt die SPD noch eine von der CDU abweichende Verteidigungs- und Außenpolitik? Hat sie sich nicht vielmehr, oft notdürftig verhüllt, der Politik Adenauers in diesen Fragen angeschlossen, ja, die Kalte-Kriegs-Sprache der CDU jüngst gar gelegentlich noch kälter zu sprechen versucht?

Als das Organ der SPD, der „Vorwärts", am 11. 11. Ihren Übertritt meldete, schrieb er dazu in einem Kommentar u. a.: „Nicht daß sich die SPD die früher von Nellen entwickelten Auffassungen immer und in jeder Beziehung hätte zu eigen machen können. Auch haben politische Entscheidungen in der Regel keinen Ewigkeitswert, sondern wandeln sich mit den Veränderungen der Umwelt . . ." Merken Sie den Wink mit dem Zaunpfahl, SPD-Abgeordneter Nellen? Ahnungsvoll schrieb am gleichen Tag das „Hamburger Abendblatt": „Auch Nellen könnte eines Tages eine Überraschung erleben, denn schon jetzt befürwortete die SPD die Ausrüstung der Bundeswehr mit Mehrzweckwaffen, zu denen auch Trägerraketen für Atomsprengköpfe gehören." Und das Blatt erinnert an das politische Schicksal von Dr. Heinemann (wir fügen hinzu: auch das von Frau Wessel), die gewiß mehr als Unbehagen empfinden über den jetzigen Kurs der Partei, der sie einst beitraten, weil sie eine Alternative zur Adenauerpolitik zu sein schien.

Für den politisch wachen Teil unseres Volkes stellt sich doch heute die Politik der SPD so dar:

der Widerspruch gegen die Politik der atomaren Stärke wurde von der SPD (aus Gründen der Machtspekulation) aufgegeben;

die wirtschaftspolitische Konzeption der SPD gleitet schnellstens ins Fahrwasser des Liberalismus über (siehe Dahrendorfs Referat auf dem SPD-Jugendkongreß);

an die Stelle sachlicher Argumentation und innerparteilicher Demokratie tritt nun auch in der SPD die Politik der hohlen Slogans und des Fernsehstars (mit dem Gleichschalter im Hintergrund).

Und in diese Partei meinen Sie eintreten zu sollen? Wir fürchten: dieser Schritt, würden Sie ihn endgültig — d. h. durch Kandidatur für die SPD bei der nächsten Bundestagswahl — tun, wäre ein Fehlschritt. Ersparen Sie ihn uns und sich selbst.

gez. Dr. A. Klönne, Paderborn

Erklärung der Vereinigung unabhängiger Sozialisten

Am 5./6. November fand in Dortmund der vom „Zentralausschuß ausgetretener und ausgeschlossener Sozialdemokraten" einberufene Kongreß „Rettet den Frieden — verteidigt die Demokratie" statt, an dem 500 Delegierte und Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik, ausländische Gäste, darunter drei Labour-Abgeordnete des Unterhauses und Kammerabgeordnete aus den Niederlanden, und zahlreiche Journalisten teilnahmen.

Die Hauptreferate des Kongresses hielten Dr. Gleissberg, Albert Berg, Lothar Schirmacher und Oswald Hüller. In einer ausgedehnten Diskussion nahmen die Delegierten zu den einzelnen Referaten Stellung. Auf dem Kongreß wurde von der über-

wiegenden Mehrheit der Delegierten die Gründung einer „Vereinigung unabhängiger Sozialisten" beschlossen. Unter den angenommenen Anträgen befand sich einer, in dem die Delegierten festlegten, die Unionspartei, deren Gründung am 29. Oktober in Frankfurt a. M. beschlossen wurde, zu unterstützen. Die Delegierten beschlossen ferner folgende Erklärung:

Dem deutschen Volk droht tödliche Gefahr. Sie droht ihm von der Politik der Aufrüstung, der atomaren Bewaffnung, der Ablehnung von Verhandlungen über ein friedliches Zusammenleben und eine Annäherung der beiden deutschen Staaten. Sie droht ihm von der Weigerung, den Plan einer atomwaffenfreien, ganz Deutschland umschließenden Zone in Mitteleuropa zu verwirklichen und über einen Friedensvertrag zu verhandeln, der ganz Deutschland aus Militärpakten und von fremder Besatzung und fremden Stützpunkten befreien würde. Diese Politik des Rüstens und Nichtverhandelns droht das deutsche Volk in einen selbstmörderischen Bruderkrieg zu treiben und die internationale Lage zu verschärfen, bis ein neuer Weltkrieg nicht mehr abzuwenden ist. Er würde für Deutschland den sicheren Untergang und für die Menschheit eine unermeßliche Katastrophe bedeuten, deren Schrecken die Verbrechen der beiden vorangegangenen Weltkriege noch weit überbieten würde. Und wieder wäre es das deutsche Volk, dem man die Schuld am Ausbruch der Katastrophe zusprechen würde.

Die Behauptung, diese angebliche Politik der „Stärke" werde die Wiedervereinigung Deutschlands herbeiführen, hat sich als ebenso falsch erwiesen wie die Behauptung, daß diese Politik der Sicherung gegen einen vom Osten drohenden Angriff diene. Denn die Erfahrung der letzten zehn Jahre — seit Bundeskanzler Adenauer im Jahre 1950 der USA das Angebot westdeutscher Divisionen machte — hat mit schmerzlicher Deutlichkeit gezeigt, daß wir der Wiedervereinigung Deutschlands keinen Schritt näher gekommen sind, ja, daß sich die Teilung Deutschlands verhärtet und der „Kalte Krieg" zwischen den beiden inzwischen für souverän erklärten deutschen Staaten verschärft hat. Auch die Behauptung, die westdeutsche Aufrüstung sei notwendig, um einen militärischen Überfall aus dem Osten zu verhindern, hat sich als unwahr erwiesen. Denn wäre ein solcher Überfall beabsichtigt gewesen, dann wäre er erfolgt, bevor die Bundeswehr aufgestellt und mit Raketen und Atomwaffen ausgerüstet worden ist. Überdies spricht alles dafür, daß die Länder des Ostens, die sich in einem auf lange Sicht geplanten Aufbauprozeß befinden, an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Es ist ein Trugschluß oder eine Irreführung, den ideologischen und politischen Kampf der Kommunisten gegen den westlichen Kapitalismus und den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Wettkampf, zu dem sie herausfordern, mit militärischer Bedrohung gleichzusetzen.

Verantwortliche Wissenschaftler aller Länder, auch Westdeutschlands, haben vor den Folgen der atomaren Experimente, der atomaren Rüstung und der Katastrophe eines mit Atomwaffen geführten Krieges eindringlich gewarnt. Die einzige Möglichkeit, uns vor diesen Folgen zu sichern, besteht darin, der Kriegsvorbereitung ein Ende zu machen. Nur der meint es ehrlich mit dem deutschen Volk, der ihm sagt: Es gibt keine andere Sicherheit für Deutschland als die Verhinderung des Krieges.

Die Denkschrift der Bundeswehr-Generale, in der die allgemeine Wehrpflicht, die Ausbildung aller wehrfähigen Bürger „für die vielfältigen Aufgaben der Verteidigung", die Ablehnung der Neutralität, das Festhalten am Bündnis mit der NATO und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gefordert wurden, war eins der vielen alarmierenden Zeichen für die Gefahr, die der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik und den demokratischen Grundrechten ihrer Bürger durch die zunehmende Unterordnung des gesamten öffentlichen Lebens der Bundesrepublik unter die Gebote der Remilitarisierung und die Gesetze der Aufrüstung erwachsen ist. Erst haben die sogenannten „Blitzgesetze" die Freiheit der politischen Meinungsäußerung und das Recht auf Opposition gegen die offizielle westdeutsche Staatspolitik durch Strafandrohung für Vergehen wie „Staatsgefährdung" und „verfassungsfeindliche Beziehungen" erheblich eingeengt. Dann wurden die im Grundgesetz der Bundesrepublik festgelegten und dort für unveränderlich erklärten Grundrechte um der Einführung der Wehrpflicht willen teils aufgehoben, teils eingeschränkt. Jetzt droht ein „Notstandsgesetz", das die Bundesregierung ermächtigen soll, die Reste der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten außer Kraft zu setzen und das Militär gegen die Bevölkerung zu mobilisieren.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging auf wirtschaftlichem Gebiet die Zusammenballung des Kapitals und der wirtschaftlichen Macht in den nach der kurzen Periode der „Entflechtung" und „Dekartellisierung" in Westdeutschland wieder oder neu erstandenen Konzernen und Kartellen. Ihre Gewinne und ihre Macht wachsen im Zeichen der Rüstungswirtschaft und Staatsaufträge ins Gigantische, während zu gleicher Zeit als Folge der ebenso kostspieligen wie unproduktiven Rüstungskonjunktur die Preise der Konsumgüter steigen, die Inflationsanzeichen sich mehren, der Wohnungsbau eingeschränkt wird, die Mieten erhöht werden und die sozialen Leistungen — wie die Dienste der Krankenversicherung — mit Sondergebühren belastet werden sollen.

Es wäre Pflicht einer Oppositionspartei in der Bundesrepublik gewesen, diese Entwicklung zu bekämpfen und die Massen des Volkes über die Gefahren der Regierungspolitik aufzuklären und ihr im Parlament und außerhalb des Parlaments entschieden entgegenzutreten. Die SPD hat diese Pflichten der Oppositionspartei nicht erfüllt. Sie hat nicht nur bei den „Blitzgesetzen" und den Grundgesetzänderungen mitgewirkt, sie hat nicht nur die gleichen „antikommunistischen" Parolen des Kalten Krieges verbreitet wie die Regierungspropaganda, sie hat schließlich auch die Warnungen, die sie selbst einst gegen die Bindung Westdeutschlands an die NATO, gegen die Aufrüstung und die Wehrpflicht geäußert hat, in den Wind geschlagen und sich auf den Boden der NATO und der „Landesverteidigung" gestellt. Sie hat die Vorschläge ihres eigenen „Deutschlandplans", der die Schaffung gesamtdeutscher Gremien aus beiden deutschen Staaten zur Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands vorsah, für eine Sache der Vergangenheit erklärt und der Bundesregierung eine gemeinsame Außenpolitik angeboten. Da sie vor den Grundsätzen der Politik der Rüstung und des Nichtverhandelns kapituliert hat, hat sie auch nicht mehr die Möglichkeit, glaubwürdig und mit Aussicht auf Erfolg gegen die undemokratischen, unsozialen und die Gefahr des Bruderkrieges und des Weltkrieges heraufbeschwörenden Folgen dieser Politik zu opponieren.

Die Zukunft des deutschen Volkes, der Friede der Welt und das Leben der Menschheit sind bedroht, solange diese Politik fortgesetzt wird. Es ist notwendig, ihr ein Ende zu machen, bevor es zu spät ist.

Deshalb fordern wir:

1. Die demokratische Verfassung der Bundesrepublik muß wiederhergestellt werden. Die in den Jahren 1954 und 1956 vorgenommenen Grundgesetzänderungen, die das Grundgesetz einem westlichen Militärpakt unterordnen und zwecks Einführung der Wehrpflicht die im Grundgesetz ausdrücklich für unantastbar erklärten Grundrechte einschränken oder aufheben, müssen rückgängig gemacht werden.

2. Die eingeleitete „Notstandsgesetzgebung" muß entschlossen abgewehrt werden. Ihr Inkrafttreten würde das Ende politischer und gewerkschaftlicher Freiheit in der Bundesrepublik, die Legalisierung der reaktionären Diktatur nach dem Muster des Hitlerschen Ermächtigungsgesetzes und die Mobilisierung der Polizei und des Militärs zur Unterdrückung der Volksopposition bedeuten.

3. Die Gesetze, die in Abänderung des Strafrechts seit 1951 in Kraft getreten sind und durch Einführung der Begriffe „Staatsgefährdung" und „Verfassungfeindlichkeit" in den Katalog strafbarer Handlungen der Verfolgung der Opposition gegen die Politik der Bundesregierung freien Lauf gegeben haben, müssen aufgehoben werden.

4. Aus Regierung, Verwaltung, Justiz, militärischen und politischen Kommandostellen, Lehrkörpern an Schulen und Hochschulen und aus der Publizistik in der Bundesrepublik einschließlich Rundfunk und Fernsehen sollen Personen, die durch ihre Tätigkeit für das Hitlerregime belastet sind, entfernt werden.

5. Die Bundesrepublik soll aus allen Bündnissen ausscheiden, die sich nur auf einen Teil Europas erstrecken, unter der Bedingung, daß auch die DDR aus solchen Bündnissen ausscheidet.

6. Die Bundesrepublik soll ihre Bereitschaft erklären, einer von Atomwaffen freien Zone anzugehören, sofern auch die DDR dieser Zone angehört.

7. Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge allgemeiner und totaler Abrüstung unterstützen.

8. Nach dem Muster des österreichischen Staatsvertrages von 1955 soll eine Neutralitätsverpflichtung beider deutscher Staaten angestrebt werden.

9. Die Bundesrepublik soll sich zur Bildung einer aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammengesetzten Kommission zur Beratung eines Friedensvertrages zwischen den ehemals gegen Deutschland verbündeten Staaten und den beiden deutschen Staaten, aus denen Deutschland jetzt besteht, bereit erklären.

10. Die Bundesrepublik soll normale diplomatische Beziehungen mit allen Ländern aufnehmen, die zur Aufnahme solcher Beziehungen bereit sind.

11. Zu den nicht der NATO angehörenden Ländern sollen politische, gewerkschaftliche, kulturelle und sportliche Kontakte in gleichem Maße wie zu den NATO-Ländern hergestellt werden.

12. Die Bundesrepublik soll der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker in den noch bestehenden oder ehemaligen Kolonien keine Unterstützung gewähren, weder durch direkte oder indirekte militärische Mitwirkung noch durch Kapitalbeteiligung an der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Bodenschätze.

13. Die Aufrüstung der Bundesrepublik muß sofort beendet werden. Es dürfen keine weiteren Wehrpflichtigen einberufen und keine weiteren Mittel für militärische Zwecke bereitgestellt werden. Die dadurch eingesparten öffentlichen Mittel sind für den Bau von Wohnungen und Schulen, für Zwecke der Volksgesundheit und der Förderung fortschrittlicher Wissenschaft und Kunst zu verwenden. Mit dem Abbau aller militärischen Einrichtungen ist sofort zu beginnen. Hierfür beschlagnahmtes und enteignetes Land ist an die früheren Eigentümer zurückzugeben.

Die ausgetretenen und ausgeschlossenen Sozialdemokraten in der „Vereinigung unabhängiger Sozialisten" werden gemeinsam mit allen Sozialisten, die sich zu ihren Zielen bekennen, und darüber hinaus mit allen Kräften, besonders auch der verantwortungsbewußten und fortschrittlichen Intelligenz, für diese Forderungen eintreten und kämpfen.

Dortmund, den 6. November 1960.

Vereinigung unabhängiger Sozialisten

Der Zentralausschuß: Dr. Viktor Agartz, Köln; A. v. Behr, Göttingen; Albert Berg, Hamburg; Gerhard Bessau, Baden-Württemberg; Irma Buchholz, Berlin; Karl Eckerlin, Kassel; Hubert Erven, Bayern; Albert Fein, München; Dr. Gerhard Gleissberg, Hamburg; Oswald Hüller, Baden-Württemberg; Walter Koopmann, Hamburg; Günter Muhs, Ahlsdorf; Franz Nitt, Berlin; Lothar Schirmacher, Kassel; Eugen Schwarz, Wedel/Holstein.

An unsere Leser

Erfreulicherweise können wir mit dem Beginn des neuen Jahrgangs 1961 das jeweilige Monatsheft bereits zu Beginn des Monats in die Hände unserer Leser gelangen lassen. Die damit verbundene redaktionelle Umstellung dürfen unsere Leser als das Bestreben erachten, die ständig wachsende Resonanz der nun im sechsten Jahrgang erscheinenden Zeitschrift durch weiteres intensives Bemühen um Sachlichkeit, politischen Realismus und lebendige Zeitkritik zu vertiefen.

Der Verlag bittet gleichzeitig um Verständnis dafür, daß nach einer langen Periode des Stillhaltens bei mehrfach erhöhten Druck-, Lohn- und Papierkosten nunmehr ab 1. Januar 1961 ein Heftpreis von 2,— DM unumgänglich notwendig ist.

In Angleichung an die Umstellung des Erscheinungsdatums wird das vorliegende Heft als Doppelheft 11/12 ausgeliefert.

Das nächste Heft erscheint dementsprechend Anfang Januar 1961.

Verlag und Redaktion

25

Es schrieben bisher u. a.:

Frank Allaun, M. P. - Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred v. Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim v. Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hans Magnus Enzensberger - Dr. Hermann Etzel - Staatssekr. a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Joh. Harder - Prof. Dr. Wilh. Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Roll Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Dr. Carlo Levi - Prof. Dr. Hanns Linhardt — Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. L. L. Matthias - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter v. Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Mârton von Pâkozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Heinrich Steege - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Herbert Stubenrauch - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,15 DM Porto oder 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. **Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.**